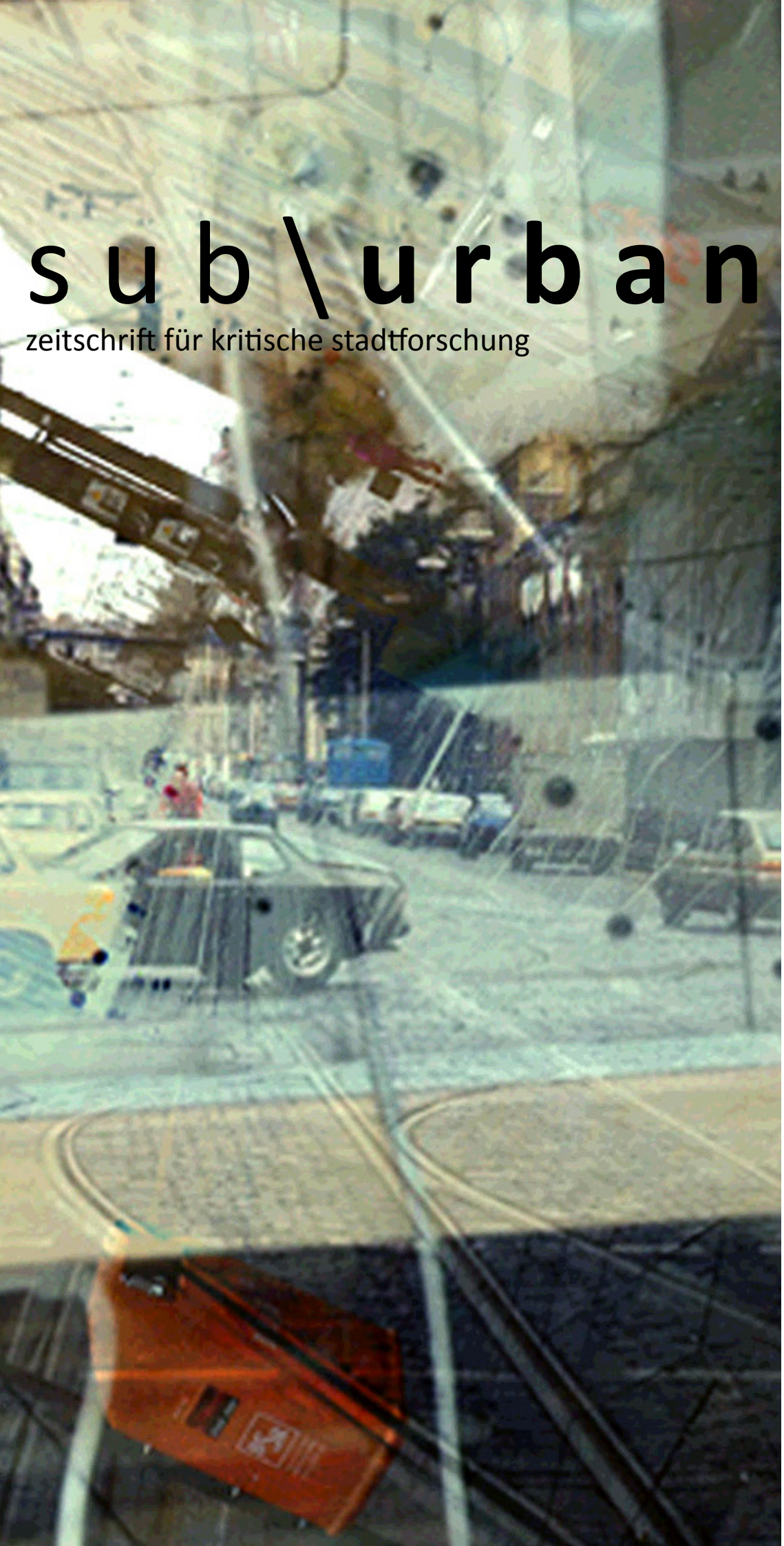


2015
band 3, heft 1
www.zeitschrift-suburban.de

sub\urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

aufsätze

Urban policy mobilities versus *policy transfer*
Jenny Künkel

Mietpreissteigerungen und Wohnungsengpässe abseits der Ballungsräume
Michael Mießner, Thorsten Fehlberg

Megaevents und *favelas*
Malte Steinbrink, Daniel Ehebrecht, Christoph Haferburg, Veronika Deffner

debatte

Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren
Stephan Lanz, kommentiert von Shadia Husseini, Laura Wenz, Kanishka Goonewardena, Jin Haritaworn

magazin

Terroranschläge in Frankreich
Éric Macé

Methode(n), Migration und Widerstand
Olaf Tietje

Vom Zentrum an die Peripherie und wieder zurück
Katharina Sucker

Networks of Dispossession
Yaşar Adnan Adanalı, Nina Gribat

Schöneweide – neu kollagiert
Albert Markert

rezensionen

Impressum

s u b \ **u r b a n** . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2015, Band 3, Heft 1
ISSN 2197-2567

Redaktion
Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Yuca Meubrink, Boris Michel, Kristine Müller, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Heftkoordination für diese Ausgabe
Laura Calbet i Elias, Nina Gribat, Yuca Meubrink

Autor_innen dieser Ausgabe
Yaşar Adnan Adanalı, Veronika Deffner, Daniel Ehebrecht, Thorsten Fehlberg, Kanishka Goonewardena, Philippe Greif, Nina Gribat, Christoph Haferburg, Jin Haritaworn, Shadia Husseini, Jenny Künkel, Friederike Landau, Stephan Lanz, Éric Macé, Albert Markert, Michael Mießner, Henning Mohr, Malte Steinbrink, Katharina Sucker, Olaf Tietje, Lisa Vollmer, Laura Wenz

Lektorat, Gestaltung, Satz
Sarah Lempp, Leipzig, Joscha -N. Barisch jnb@posteo.de (Lektorat)
Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Websatz), Redaktion (Gestaltung, Websatz)

Titelbild
Albert Markert

Rechte
Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ **u r b a n** veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung.

Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ **u r b a n** , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden
Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar.
Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de

Kontoverbindung
Kontoinhaberin: sub\urban e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00
BIC: GENODEM1GLS

Kontakt
www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial 5

Aufsätze

Urban policy mobilities versus *policy transfer* 7
Jenny Künkel

Mietpreissteigerungen und Wohnungsengpässe abseits der Ballungsräume 25
Thorsten Fehlberg, Michael Mießner

Megaevents und *favelas* 45
Malte Steinbrink, Daniel Ehebrecht, Christoph Haferburg und Veronika Deffner

Debatte

Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren 75
Stephan Lanz

- Postkoloniale Schlüsselkategorien und translokale Theoriebildung 91
  Shadia Husseini de Araújo
- *Worlding* – Zwischen theoretischer Annährung, kritischer Intervention und gelebter (Forschungs-)Praxis 97
  Laura Wenz
- Vom Antikolonialismus zu globalen Gebeten ohne Marx 103
  Kanishka Goonewardena
- Über die (Un-)Möglichkeit, die Beziehung zwischen Kolonialität, Urbanität und Sexualität zu thematisieren 111
  Jin Haritaworn
- Pluralistisches Theoretisieren der Stadt und ihrer Verknüpfungen mit dem Kolonialen 119
  Stephan Lanz

Magazin

Terroranschläge in Frankreich seit 1995: ein postkoloniales Drama 129
Éric Macé

Im Treibhaus wächst der Eigensinn. Methode(n), Migration und Widerstand 135
Olaf Tietje

Vom Zentrum an die Peripherie und wieder zurück 145
Katharina Sucker

Das Unsichtbare sichtbar machen. Die *Networks of Dispossession* kartieren türkische Stadtentwicklungsprozesse 153
Yaşar Adnan Adanalı, Nina Gribat

Schöneweide – neu collagiert 165
Albert Markert

Rezensionen

Wenn „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ 167
Lisa Vollmer

Interventionen als Kunst des urbanen Handelns? 173
Friederike Landau, Henning Mohr

(Über-)Leben auf der Schattenseite des neoliberalen Kapitalismus in den USA 179
Philippe Greif

Editorial
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 5-6
zeitschrift-suburban.de

Editorial

Liebe Leser_innen,

nach zwei thematisch fokussierten s u b \ u r b a n-Ausgaben (*Stadt und Migration* und *Illegalität – Stadt – Polizei*) erscheint nun ein thematisch offenes Heft. Die Beiträge verbindet die Frage, was kritische Stadtforschung bedeutet und wie sie von der Theorie in die Praxis übersetzt werden kann. Sie reichen von der theoretischen Diskussion über eine künstlerische Auseinandersetzung bis hin zu empirischen Studien von Rio de Janeiro über Spanien und Deutschland bis in die Türkei.

Mit einer theoretischen Auseinandersetzung zum Potenzial der *urban-policy-mobility*-Forschung für die Analyse der Neuordnung des Städtischen eröffnet ein Beitrag von Jenny Künkel das Heft. Sie plädiert darin für ein stärkeres Zusammendenken politökonomischer und poststrukturalistischer Ansätze. Malte Steinbrink, Daniel Ehebrecht, Christoph Haferburg und Veronika Deffner vertreten am Beispiel von Rio de Janeiro – Austragungsort der Männerfußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 – die These, dass sozialräumliche Interventionen und Folgen solcher Megaevents in Städten des Globalen Südens drastischer sind als im Globalen Norden. Sie untersuchen das Spannungsverhältnis zwischen einer am Gemeinwohl orientierten Legitimation der Ausrichtung auf der einen und den tatsächlichen stadtpolitischen Strategien und Auswirkungen des Großereignisses auf der anderen Seite.

Michael Mießner und Thorsten Fehlberg widmen sich in ihrem Beitrag dem nach wie vor brisanten Problem der Wohnraumversorgung. Sie zeigen am Beispiel der studentisch geprägten Stadt Göttingen, dass auch abseits der Metropolregionen Mietpreissteigerungen und Wohnungsengpässe zu verzeichnen sind. Um frühzeitig die lokale Diskussion mit kritischen Argumenten zu beliefern, haben die Autoren in Absprache mit s u b \ u r b a n ihre Ergebnisse bereits am 16. Oktober 2014 im Göttinger Tageblatt veröffentlicht.

Die Debatte wendet sich dieses Mal der postkolonialen Stadtforschung zu. In seinem Auftakt formuliert Stephan Lanz eine Kritik an der eurozentrischen Perspektive, die in der deutschsprachigen Wissenschaft tief verankert ist. Er

stellt den aktuellen Stand der Postkolonialismus-Diskussion vor, die einen Ansatz bietet, um Prämissen der westlichen Stadttheorie zu dekonstruieren. Was dies konkret für die Stadtforschung bedeuten kann, bespricht Lanz auf zwei Ebenen: Zum einem zeigt er anhand zweier konkreter Kämpfe in und um Berlin, wie grundlegende Verständnisse von Stadt und Zugehörigkeit in Frage gestellt werden. Zum anderen fordert Lanz, postkoloniale Forschung als methodischen und nicht nur als theoretischen Ansatz zu betreiben. Shadia Husseini, Laura Wenz, Kanishka Goonewardena und Jin Haritaworn kommentieren aus unterschiedlichen Perspektiven und wissenschaftlichen Disziplinen den Text. Die Debatte endet mit einer Replik von Stephan Lanz, in der er auf die Kommentare Bezug nimmt.

Ebenfalls aus einer postkolonialen Perspektive deutet Éric Macé im Magazinteil die Terroranschläge Anfang 2015 in Paris und setzt sie in den Kontext einer zunehmend radikalisierten Spannung zwischen Dschihadismus und dem ‚Krieg gegen den Terror'. Weiter geht es im Magazinteil mit der andalusischen Stadt Almería, am Beispiel derer Olaf Tietje methodologische Möglichkeiten aufzeigt, wie (unsichtbare) widerständige Praktiken gegen die europäische Migrationskontrolle rekonstruiert werden können. Katharina Sucker untersucht den Zusammenhang zwischen ausgewählten Stadtentwicklungen und den Distinktionspraktiken der säkularen Mittelschicht in Istanbul seit den 1980er Jahren.

In diesem Heft gibt es weiterhin ein Interview von Nina Gribat mit dem Stadtforscher und Aktivisten Yaşar Adnan Adanalı. Darin wird das kollektive Kartierungsprojekt *Networks of Dispossession* vorgestellt, das sich während der Gezi Proteste in Istanbul formte und sich zum Ziel gesetzt hat, durch Kartierungen die Akteure und ihre verschiedenen Netzwerke sichtbar zu machen, die hinter verschiedenen Großprojekten in der Türkei stehen. Das Magazin wird abgerundet mit einem künstlerischen Stadtforschungsbeitrag von Albert Markert, der anhand von Kollagen die Veränderungen im Berliner Stadtteil Schöneweide untersucht – eine der Kollagen haben wir für die Titelseite dieser Ausgabe ausgesucht.

Als Ausblick zu weiteren Themen der kritischen Stadtforschung beinhaltet das Heft dieses Mal drei Rezensionen: Friederike Landau und Henning Mohr rezensieren *Die Kunst des urbanen Handelns von* Judith Leister und Anton Lederer, Philippe Greif die Studie *On The Run. Fugitive Life in an American City von* Alice Goffman und Lisa Vollmer das Buch *Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona* von Armin Kuhn.

An dieser Stelle möchten wir euch außerdem einladen, unsere nächsten Ausgaben durch eine Spende oder eine Fördermitgliedschaft zu unterstützen. Auf unserer Homepage findet ihr mehr Informationen dazu.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Die Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Yuca Meubrink, Boris Michel, Kristine Müller, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

CC BY NC ND

Aufsatz
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 7-24
zeitschrift-suburban.de

Urban policy mobilities versus *policy transfer*

Potenziale für die Analyse der Neuordnung des Städtischen

Jenny Künkel

Der Beitrag eruiert das Potenzial der Forschung über *urban policy mobilities* (UPM) für die Analyse städtischer Neoliberalisierung. Das Konzept UPM erfüllt eine wertvolle Scharnierfunktion, indem es zwischen Prozessen globaler Restrukturierung und lokalen Politikexperimenten vermittelt. Aufgrund der Kombination marxistischer und poststrukturalistischer Theorien ist der Ansatz besonders gut geeignet, nicht nur Verfestigungen vermachteter sozialer Verhältnisse, sondern auch Brüche in hegemonialen Konstellationen einzufangen. Damit erfasst er die Kooptierung antineoliberaler Prozesse ebenso wie Ansätze für gesellschaftliche Alternativen. Allerdings nutzt UPM die bisherige Transferforschung vorrangig als Abgrenzungsfolie. Der Ansatz könnte davon profitieren, insbesondere Erkenntnisse zu informellen Politiken sowie zu Zusammenhängen von Macht/Wissen und Politik aus feministischer Staatstheorie, postkolonialer Wissenstransferforschung und den *governmentality studies* systematischer zu integrieren.

Ersteinreichung: 6.5.2014; Veröffentlichung online: 10.4.2015
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung [1]

In den letzten Jahren machte in der angelsächsischen Stadtforschung das Thema Politiktransfer eine steile Karriere. In kurzer Abfolge erschienen verschiedene Artikel (v. a. McCann 2008; 2010, McCann/Ward 2013, Temenos/McCann 2013) und Aufsatzsammlungen (Peck/Theodore 2010a, McCann/Ward 2011a, Cochrane/Ward 2012) über *urban policy mobility/ies* (UPM).

Dem liegt zum einen die empirische Beobachtung zugrunde, dass Stadtpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmend durch Politiktransfer geprägt wird. Die UPM-Forschung betont: Stadtpolitische Neuerungen erfolgen verstärkt durch „schnellen", internationalen Politiktransfer direkt von Stadt zu Stadt (Peck/Theodore 2010a: 172).[2] Denn die lokale Politik gerät angesichts wachsender sozialer Spaltungen und Krisentendenzen zunehmend unter Legitimationsdruck. Städtische Eliten verstärken mit Verweis auf die internationale Städtekonkurrenz ihre Suche nach „‚cutting edge' cities to emulate and with which to compete, and ‚hot' experts from whom to learn the latest, most successful policies" (McCann 2008: 9).

Nicht nur Städte, sondern auch ihre Politiken werden zunehmend vermarktet, um so das Image der eigenen Stadt zu verbessern (McCann 2013).

Zudem bestärken postdemokratische Politikstile Politiktransfer (und umgekehrt), da internationale Politiknetzwerke leicht umsetzbare, konfliktarme Politikmodelle präferieren (Clarke 2012). Die Diversifizierung der Akteurslandschaft, insbesondere die gewachsene Bedeutung von privaten Beratungsunternehmen und Thinktanks, fördert die Beschleunigung des Transfers von Ideen und Politiken (McCann 2008, Prince 2012). Auch und gerade im globalen Süden beeinflussen zudem oftmals internationale Organisationen (z. B. Entwicklungshilfeorganisationen, Staatenverbünde oder Weltbank) unter Rückgriff auf internationale Politikvorbilder die lokalen Aushandlungsprozesse (Robinson 2011). Damit fördert insgesamt ein heterogenes Spektrum global vernetzter (lokal)staatlicher und zivilgesellschaftlicher Transferakteur_innen (*transfer agents*, also Schlüsselakteur_innen, die den Politiktransfer vorantreiben, vgl. Stone 2004) den Im- und Export von Politiken. Städte weltweit adaptieren gegenwärtig zum Beispiel Verwaltungsabläufe wie das Neue Steuerungsmodell (Lebuhn 2010) sowie Nachhaltigkeits- (McCann 2010), Arbeitsmarkt- (Eick et al. 2004, Peck/Theodore 2010b), Kreativwirtschafts- (Peck 2012a) oder Armutspolitiken (Mayer 2003, Roy 2010; 2012, Peck 2011a). Privat(wirtschaftlich)e Akteur_innen versuchen sich an der Einführung von Sicherheitspolitiken wie *neighbourhood* und *business improvement districts* (Benit-Gbaffou et al. 2012, Peyroux et al. 2012, Michel/Stein 2014), *gated communities* (Morange et al. 2012) oder *defensible space* (Jacobs/Lees 2013). Nichtregierungsorganisationen lobbyieren zum Beispiel für den Import liberaler Drogenpolitiken (McCann 2008). Städtische soziale Bewegungen adaptieren in wachsendem Tempo Organisierungs- und Kampagnenstrategien wie *Right to the City* (Holm/Gebhardt 2011) oder *Occupy*-Zeltstädte (Sparke 2012). Insgesamt ist städtischer Politiktransfer damit zum einen ein empirisches Fundstück – und verdient angesichts der gewachsenen Bedeutung nähere empirische Untersuchung.

Zum anderen propagiert die UPM-Forschung – anknüpfend an den *mobility turn* (Sheller/Urry 2006) in den Sozialwissenschaften – einen theoretischen Wandel. Zentral für UPM und den *mobility turn* ist ein heterogenes Spektrum an *assemblage*-Ansätzen (für einen raumbezogenen Überblick: McFarlane 2011), die insbesondere an das Konzept des *agencement* (in der englischen Übersetzung üblicherweise: *assemblage*) von Deleuze und Guattari (1987 [1980]) sowie *actor-network*-Theorien (ANT, für einen Überblick: Latour 2005, Law 2009) anschließen. Bei aller Breite der Verwendung des Konzepts *assemblage*, das darüber hinaus in der Geografie insbesondere in „nicht-repräsentationalen" Ansätzen (vgl. Thrift 2008) Verwendung findet, lassen sich zentrale Verschiebungen umreißen. Als *assemblage*-Ontologien gelten solche Ausarbeitungen, die *assemblage* als theoretischen Zugang zu allen empirischen Phänomenen nutzen, das heißt als „both a particular object in the world (e. g. a policy assemblage) and an orientation to the world" (McFarlane 2011: 208), anstatt *assemblage* nur als einen möglichen Gegenstand von vielen, als Methode, Sensibilisierung oder normatives Leitbild zu konzeptualisieren (vgl. ebd., Brenner et al. 2011). Solche *assemblage*-Ontologien betonen vor allem dreierlei: Erstens gilt Handlungsfähigkeit (*agency*) als über das Soziale und Materielle verteilt. Zweitens stehen die permanente Entstehung, Prozesshaftigkeit und damit

auch Veränderbarkeit von empirischen Gegenständen im Vordergrund. Drittens hebt der Ansatz die Notwendigkeit empirischer Untersuchungen und dichter Beschreibungen hervor. Einige „zentrale" – das heißt ihre konzeptionellen und empirischen Erkenntnisse zum Themenfeld besonders häufig publizierenden, typischerweise männlichen – Vertreter des UPM-Ansatzes rekurrieren auf solche *assemblage*-Ansätze.[3] Dementsprechend wird UPM auch unter dem Stichwort „policy assemblages, mobilities, and mutations approach" (McCann/Ward 2012: 236; 2013: 3) ausformuliert. Allerdings rekurriert die UPM-Forschung keinesfalls nur auf diesen Ausschnitt neuer materialistischer Ansätze, im Rahmen derer *assemblage* als zentrales Konzept gilt (vgl. Folkers 2014). Vielmehr spielen zusätzlich langjährig erprobte und immer wieder weiterentwickelte Materialismen marxistischer Provenienz eine Rolle (v. a. Peck/Theodore 2010a). UPM versucht beide Theorierichtungen zu integrieren. Damit erhebt der neue Forschungsstrang neben der empirischen Erschließung eines Forschungsfeldes zusätzlich den Anspruch, theoretisch-methodologische Neuerungen einzuführen.

Dieser Artikel fragt nach Potenzialen dieses neuen Ansatzes für die Untersuchung städtischer Neoliberalisierung. Dazu werden erstens die Herausbildung des UPM-Ansatzes in Abgrenzung zur Literatur über *policy transfer* (PT) und Fallstricke, die sich aus den Abgrenzungsgesten ergeben, skizziert. Zweitens werden die Neuerungen, die der Ansatz einführt, mit Blick auf die Forschung zu städtischer Neoliberalisierung diskutiert. Schließlich fasst das Fazit die Ergebnisse zusammen und skizziert noch unzureichend erforschte Fragestellungen.

2. Vom *policy transfer* zu den *urban policy mobilities*

Der UPM-Ansatz kann als Teil von und zugleich Weiterentwicklung der kritischen Stadtforschung, insbesondere der Arbeiten zu städtischer Neoliberalisierung, gelten. Zentrale Vertreter des Ansatzes betonen jedoch vorrangig die Neuerungen gegenüber der PT-Forschung. Das heißt, sie präsentieren die Möglichkeiten, die UPM bietet, vor der Negativfolie der deutlich positivistisch geprägten Politiktransferforschung – anstatt einerseits Erkenntnisse der überwiegend nichtpositivistischen Wissenstransferforschung aufzugreifen und sich andererseits systematisch im Feld städtischer Neoliberalisierungsforschung zu verorten, wie im Folgenden ausgeführt wird.

2.1. Policy-transfer-*Forschung*

Die PT-Forschung gilt als Untersuchungsfeld vor allem der Politikwissenschaften, aber auch verwandter Disziplinen wie zum Beispiel der Kriminologie (vgl. Dolowitz/Marsh 2000). Publikationen, die den Begriff des *policy transfer* in den Mittelpunkt stellen, rekurrieren bis heute häufig auf positivistische Wissenschaftstraditionen (so zusammenfassend: Benson/Jordan 2011). Allerdings ergänzt(e) – schon vor Einführung des UPM-Ansatzes – eine theoretisch heterogene, oft auf poststrukturalistische Ansätze rekurrierende Literatur unter Rückgriff auf Konzepte wie „Wissenstransfer" oder „Übersetzung" die Erkenntnisse der PT-Forschung (für einen Überblick: Khirfan et al. 2013, Ostermeier 2014). Zudem brachte interne Kritik (z. B.

Dolowitz/Marsh 1996: 357) auch im Kern der PT-Forschung vereinzelt fruchtbare Versuche hervor, Subjektivierungsprozesse beim Politiklernen zu berücksichtigen, anstatt von rationalen Entscheidungsprozessen auszugehen (z. B. Stone 2001).

Die PT-Forschung untersucht vor allem, ob und durch welche Akteur_innen Wissen über nationale Politiken und administrative Strukturen zwischen (Bundes-)Ländern transferiert wird. Dabei stellt die Forschung durchaus die Frage, wie dies vonstattengeht. So wird PT regelmäßig definiert als

> „process by which knowledge about policies, administrative arrangements, institutions, and ideas in one political system (past or present) are used in the development of policies, administrative arrangements, institutions and ideas in another political system." (Dolowitz/Marsh 1996: 5)

Allerdings fokussierten in den 1990er und frühen 2000er Jahren viele Forschungen auf Faktoren, die Transfer begünstigen oder hemmen, und versuchten den Einfluss verschiedener Variablen zu systematisieren (z. B. Evans/Davies 1999; Knill 2005). Das heißt, diese Arbeiten folgten nur in begrenztem Maße dem Trend nichtpositivistischer Wissenschaften, empirische Gegenstände als Prozesse zu konzeptualisieren. Dies gilt bis heute. Denn im Forschungsfeld zeigte sich zuletzt vor allem eine Verschiebung weg von der Frage, „‚how and why' policy transfer happens" (Benson/Jordan 2011: 374), hin zu den Effekten: „[P]olicy transfer is now treated as an independent and a dependent variable; clear evidence of conceptual evolution" (ebd.). Der Frage, warum Transfer stattfindet, nähert sich die PT-Forschung durch Systematisierungen von Transferanlässen. Als Transferursache untersucht sie nicht zuletzt, wie Politiken international angeglichen werden – zum Beispiel durch Harmonisierungsbestregungen internationaler Staatenverbünde (vgl. Knill 2005, Bulmer et al. 2007). Neoliberalisierungsprozesse untersuchen vor allem solche jüngeren Arbeiten, die auch Veränderungen von Politiken im Transferprozess, also auch Divergenz, betrachten (z. B. Newburn/Jones 2007). Denn die Annahme konvergierender politischer Entwicklungen durch Lernprozesse konfligiert mit einer Perspektive, die gesellschaftlichen Wandel an unterschiedlichen Orten aufgrund sozialer Kämpfe betont.

Dieser Forschungsstrang liefert dementsprechend vor allem zweierlei Erkenntnisse: Erstens gibt die Forschungsrichtung Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang PT stattgefunden hat. Forscher_innen treffen dabei zugleich Aussagen über das Maß der Angleichung (*convergence*) internationaler Politiken. Ältere Studien verstanden Konvergenz dabei häufig als notwendiges Ergebnis von Transfer (vgl. Holzinger et al. 2007). Jüngere Texte hingegen gehen durchaus von einer Gleichzeitigkeit von Konvergenz und Divergenz aus. Dementsprechend untersuchen sie auch, in welchem Maße sich ähnliche Politiken an unterschiedlichen Orten tatsächlich gleichen oder sich im Rahmen von Transferprozessen verändern (z. B. ebd., Newburn/Jones 2007).

Zweitens liefert der Forschungsstrang Kategorisierungen von Transferakteur_innen sowie von Bedingungen, die Transfer begünstigen oder verhindern. Allerdings, so die Selbstkritik, werden dabei makroökonomische

Strukturen und Länder jenseits des globalen Nordens bzw. Westens noch in zu geringem Maße berücksichtigt (Benson/Jordan 2011).

2.2. Urban-policy-mobilities-*Forschung*

An der PT-Forschung formuliert die vorrangig in Publikationsorganen der Stadt- und Raumforschung veröffentlichte UPM-Forschung (vgl. Peck/Theodore 2010a, McCann/Ward 2011a) eine Kritik, wie sie ähnlich auch innerhalb der politikwissenschaftlichen Literatur zu PT selbst diskutiert und nicht zuletzt unter dem Stichwort „Wissenstransfer" teilweise bereits adressiert wird (vgl. Stone 2004, Benson/Jordan 2011, Marsh/Evans 2012; Khirfan et al. 2013). Die PT-Forschung, so die Kritik, untersucht bis heute vor allem nationalen Politiktransfer (McCann/Ward 2011b). Zwar berücksichtigt sie auch Politikwandel unterhalb der nationalen Ebene. Doch der Forschungszweig, der dann unter dem Stichwort „Politikdiffusion" firmiert, fokussiert lediglich auf die Verbreitung von Politiken innerhalb eines Landes (meist zwischen Bundesländern). Dies problematisieren Vertreter_innen dieses PT-Forschungszweigs selbst als „methodologischen Nationalismus" (Stone 2004: 549). Die UPM-Forschung mit ihrem Ursprung in der Stadtforschung inkludiert demgegenüber auch internationalen Transfer zwischen Städten und Regionen in ihre Untersuchungen (McCann/Ward 2011b). Zudem vermeidet sie mit einem prozesshaften Verständnis von Maßstabsebenen (*scales*, vgl. Brenner 1998) methodologische Nationalismen. Denn Maßstabsebenen – wie Nation oder Stadt – werden nicht als gegebene Einheiten gedacht. Vielmehr knüpfen zentrale Vertreter der UPM-Forschung diesbezüglich sowohl lose an marxistische Theorien zum „spatial fix" (Harvey 2001) an als auch an den *assemblage*-Ansatz (z. B. an Allen/Cochrane 2010). Dementsprechend gelten räumliche Ebenen und Territorien als temporäre Fixierungen und Ergebnis eines „process of arranging, organizing, fitting together" (Wise 2005: 77).

Zudem kritisiert der UPM-Ansatz die PT-Forschung – zum Teil zu Unrecht (vgl. Benson/Jordan 2011, Marsh/Evans 2012) – für einen alleinigen Fokus auf staatliche Akteur_innen und Eliten (McCann/Ward 2012). UPM berücksichtigt ein breites Spektrum an Transferakteur_innen wie zum Beispiel „mid-level technocrats" (Larner/Laurie 2010), Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen (vgl. Temenos/McCann 2013) oder private Beratungsunternehmen (Prince 2012, Vogelpohl 2013).

Warum PT – zunehmend – stattfindet, erklärt die UPM-Forschung wie einleitend umrissen mit der Beschleunigung von Kommunikation und Transport, mit verstärkter Städtekonkurrenz und Stadt(politik)vermarktung, der Ausweitung postdemokratischer Politikstile und der Diversifizierung von Akteurswelten. In konkreten Fallbeispielen rekonstruiert die UPM-Forschung zudem Wahrnehmungsweisen und Interessen bestimmter Akteur_innen (oder anders ausgedrückt: Diskurse und Subjektivierungen). Entgegen *rational-choice*-Ansätzen werden Denkweisen und Politiklernen jedoch kontextualisiert. Das heißt, sie gelten als eingebettet in – aber nicht determiniert durch – herrschende Diskurse, vor allem über (neoliberale) Stadtentwicklungspolitiken andernorts und andere machtvolle

gesellschaftliche Formationen. Auch Prozesse der Neoliberalisierung gelten dementsprechend als historisch offen:

> „[C]ritical approaches to policy mobility tend to explore open-ended and politicized processes of networking and mutation across shifting social landscapes. These may have followed a neoliberal patterning in recent years, though this too has been associated with an evolving, experimental policy repertoire, beset by contradictions, as opposed to some fixed blueprint." (Peck/Theodore 2010a: 173)

Insgesamt fragt die UPM-Forschung damit weniger, ob und aufgrund welcher Faktoren, sondern vielmehr *wie* Politiken transferiert werden. Im Mittelpunkt – mittlerweile auch von Teilen der PT-Forschung (vgl. Benson/Jordan 2011) – steht die Frage, wie Politiken sich verändern, wenn sie lokal adaptiert werden. Neu im Vergleich zur PT-Forschung ist insbesondere der ausgeprägte Fokus auf die Ebene der Lokalpolitik.

2.3. Der Pappkamerad PT-Forschung und die Tendenz zur disziplinären statt theoretischen Abgrenzung

Die Verschiebung in der Forschungsperspektive des UPM-Ansatzes im Vergleich zur PT-Forschung bleibt allerdings in Teilen unscharf konturiert. Die Unschärfe speist sich nicht zuletzt aus der Art und Weise, *wie* die Abgrenzung des jüngeren Forschungsstrangs gegenüber dem Älteren seitens zentraler Stichwortgeber der Debatte erfolgt: in starkem Maße als disziplinäre Abgrenzung und als Kritik am Transferbegriff der PT-Forschung. So betonen McCann und Ward (2012: 326) als zentralen Unterschied zwischen UPM-Ansatz und PT-Forschung (neben der Hinwendung zu ethnografischen Herangehensweisen und dem neuen Fokus auf Städte) die Kritik am Begriff des „Transfers". Transfer wird dabei als reine Bewegung von Blaupausen von Politiken ohne jede Veränderung derselben konzeptualisiert – was allerdings auch in der PT-Forschung selbst als veraltet gilt (vgl. Benson/Jordan 2011).

> „We argue that while the notion of policy *transfer*, narrowly defined, has lost a significant amount of intellectual currency outside political science, the emergence of multidisciplinary perspectives on how, why, where and with what effects policies are mobilised, circulated, learned, reformulated and reassembled highlights a wealth of opportunities for further conceptualization and empirical investigation." (McCann/Ward 2012: 326, Hervorh. i. O.)

Der Fokus auf Transfer gilt McCann und Ward als Unterfangen, das disziplinär auf die Politikwissenschaften begrenzt ist („*disciplined*", ebd.: 3, Hervorh. i. O.). Demgegenüber verstehen sie die – oft geografische – Beschäftigung mit *mobilities* als interdisziplinären Ansatz (bzw. „multi-disciplinary approach", McCann/Ward 2013).

Doch die Unterschiede liegen weniger in den Disziplinen. Denn auch die Politikwissenschaften (sowie weitere Sozialwissenschaften), nicht zuletzt die feministische Staatstheorie, postkoloniale Wissenstransferforschung und *governmentality studies*, untersuchen seit Langem vermachtete, auch informelle oder alltägliche Formen des Politikmachens (z. B. Kreisky 1992,

Sauer 2001, Altvater/Mahnkopf 2002) sowie Zusammenhänge von Macht/Wissen und Politik (z. B. Rose/Miller 1992, Ziai 2012). Die Unterschiede liegen vielmehr in den theoretischen Grundlagen: Ein erheblicher Teil der politikwissenschaftlichen Analysen, die PT – unter diesem Stichwort! – untersuchen, rekurriert auf *rational-choice*-Konzepte (kritisch: Peck/Theodore 2010a: 169). Entsprechende Forschungen tendieren dazu, Transferakteur_innen als rationale Subjekte, die nach optimalen Politikkonzepten suchen, zu porträtieren (kritisch: McCann/Ward 2012: 327). Demgegenüber nutzt jener Teil der kritischen Stadtforschung, der mit einem „post-transfer approach" (ebd.: 328) UPM untersucht, marxistische und poststrukturalistische Ansätze. Solche theoretischen Abgrenzungen von *rational-choice*-basierten Analysen betonen im Rahmen zentraler Grundlegungen von UPM vorrangig neomarxistische Stimmen, während bei zentralen Vertretern des *assemblage*-Konzeptes das theoretische Argument stellenweise in disziplinären Abgrenzungen untergeht (vgl. McCann/Ward 2012; 2013). Anstelle der damit verbundenen Errichtung disziplinärer Barrieren scheint es vielversprechender, die Kritik an *rational-choice*-basierten Analysen von PT um eine Wertschätzung bestehender, zum Beispiel feministischer, gouvernementalitätstheoretischer und/oder postkolonialer Erkenntnisse zu Wissenstransfer und informellen Politiken zu ergänzen.

2.4. Schneller Politiktransfer versus (langsamer) Wissenstransfer und Transfer als Diskurselement

Da sich zentrale UPM-Vertreter stark von der PT-Forschung abgrenzen, aber nur begrenzt an Literaturen zu Wissenstransfer anknüpfen, bleibt eine zentrale Gemeinsamkeit kaum benannt: Schlussendlich privilegieren die beiden mit Politiktransfer beschäftigten Forschungsstränge, UPM und PT, die Analyse von „schnellem" (Peck/Theodore 2010a: 172) Politiktransfer. Das heißt, sie fokussieren vorrangig den direkten, bewussten Import von – so die Selbstdarstellung zentraler Vertreter des Ansatzes – relativ klar umrissenen (wenn auch veränderbaren!) Politikmodellen. Die PT-Forschung untersucht vereinzelt Normwandel als Wegbereiter für „harten" Politiktransfer (Stone 2004; 2010). Doch gerade in der UPM-Forschung steht meist nicht im Vordergrund, wie global zirkulierende (zum Beispiel neoliberale) Ideen bisweilen nur langsam und diffus, zum Beispiel via wissenschaftlichen Wissenstransfer in lokale Politikdiskurse aufgenommen werden, wie sie in Identitäten und lokale Praktiken übersetzt werden und welche lokalen Verschiebungen von Kräfteverhältnissen dem Transfer vorausgehen und darauf folgen (vgl. Künkel 2012, Silomon-Pflug et al. 2014).

Damit verbunden ist, dass beide Forschungsstränge zumindest implizit von einem eindeutigen Interesse an Politiktransfer durch lokale Akteur_innen ausgehen. Eindeutige Absichten, eine konkrete Politik zu implementieren, sind jedoch insbesondere bei einem neuen Typus von Diskurselementen, den neoliberalen „vehicular ideas" (vgl. McLennan 2004, Peck 2012a), oft nur in begrenztem Maße gegeben. Denn diese Diskurselemente – wie „dritter Weg" (McLennan 2004), „creative city" (Peck 2012a) oder „zero tolerance" (Newburn/Jones 2007) – sind besonders stark ideologisch und normativ positiv (oder negativ) aufgeladen. Sie zeichnen sich gerade dadurch aus,

dass sie weniger eine klar umrissene Politik kolportieren. Vielmehr befördern sie – ähnlich wie es auch für die Neoliberalisierung konstatiert wird (Peck 2012b) – eine politische Richtung. Insbesondere solche Politikvorbilder können bereits existierenden Politiken als Werbelabel zugedacht werden oder als Tabubruch vorrangig der Verschiebung lokaler Kräfteverhältnisse dienen (Künkel 2015a). In diesen Fällen ist eine Implementierung der Politikvorbilder nicht intendiert, ein Wandern vermachteter Politikdiskurse aber dennoch involviert (zum Beispiel als Wahlkampfstrategietransfer oder als Transfer von Argumenten zum Zurückdrängen bestehender Politiken und weniger zum Implementieren neuer). Eine stärkere Berücksichtigung von auch langsamen Wissenstransfers bzw. Verschiebungen von Diskursen und Subjektivierungen könnte die UPM-Forschung (und die PT-Forschung) daher bereichern.

2.5. Zwischenfazit: urban policy mobilities *versus* policy transfer

Insgesamt mag die Kritik von UPM-Vertreter_innen an der bisherigen, oft politikwissenschaftlichen Transferforschung bisweilen offene Türen einrennen. Auch deuten sich bereits erste theoretische Schwachstellen der UPM-Forschung an: Insbesondere könnte diese davon profitieren, 1) Literaturen zum Wandel vermachteten Wissens stärker zu berücksichtigen, 2) Politiktransfer konsequent als wissenstransferbasiert zu konzeptualisieren, 3) dementsprechend Verschiebungen auf der Ebene von Diskursen, Subjektivierungen, materiellen Praktiken und administrativ-politischen Strukturen zu untersuchen und 4) damit auch langsamen und diffusen Politiktransfer einzufangen. Doch theoretische Grenzen und Rekonzeptualisierungen werden an anderer Stelle vertieft (Künkel 2015b). Hier sollen zunächst die Stärken von UPM aufgezeigt werden. Denn der Ansatz beförderte innerhalb der Geografie und Stadtforschung wichtige Denkbewegungen. Dies gilt nicht zuletzt für ein prozesshaftes, stark auf die Einbettung von Politiken fokussiertes Politikverständnis, das sowohl marxistisch als auch poststrukturalistisch inspirierte UPM-Autor_innen hervorheben.[4] Die unterschiedlichen Perspektiven ergänzen sich dabei produktiv mit komplementären Schwerpunktsetzungen: Insbesondere die politökonomisch geprägten Beiträge der UPM-Forschung betonen den strukturierten und strukturierenden („*patterned and patterning*"; Brenner et al. 2010: 202, Hervorh. i. O.) Charakter der Politikformierung, die durch existierende Machtverhältnisse geprägt ist (vgl. auch Theodore/Peck 2012, sowie zur „selectivity of the state" Jessop 2004). In etwas geringerem Maße geschieht dies auch unter dem Stichwort *assemblage* – oft unter Verweis auf Beiträge der politökonomischen UPM-Vertreter zur Neoliberalisierung des Städtischen. Der *assemblage*-Ansatz betont jedoch stärker die permanente Veränderung empirischer Phänomene (vgl. z. B. Färber 2014). Insgesamt machen die beiden Perspektiven damit die zwei Seiten prozesshaft gedachter Politikformierung und damit verbundener Hegemoniebildung stark, das heißt sie betrachten die Verdichtung zu – ebenso wie die permanente Veränderung von – vermachteten gesellschaftlichen Strukturen bzw. *assemblages*. Im Folgenden wird aufgezeigt, welche Erkenntnisse dies für die Forschung zu städtischer Neoliberalisierung brachte.

3. Wesentliche Erkenntnisse: UPM als Scharnierkonzept städtischer Neoliberalisierung

UPM bietet wertvolle dichte Beschreibungen von lokalen Politikprozessen, die durch empirisch reichhaltige Verwaltungsethnografien bzw. „globale Ethnographien“ (Roy 2012) offengelegt werden (z. B. Khirfan et al. 2013, Prince 2013). Neuerungen bietet der Ansatz für die geografische Erforschung politischer Prozesse dabei erstens, da verstärkt ethnografische Methoden zur Analyse politischer Aushandlungen zum Einsatz kommen. Entsprechend dem *follow-the-policy*-Ansatz (Peck/Theodore 2012), der an geografische Arbeiten zu Güterketten (z. B. Cook 2004) anknüpft, folgen die Forscher_innen den wandernden Politiken. Dies geschieht einerseits sinnbildlich als (Rück-)Verfolgen von Ideen und Konzepten (ähnlich wie bereits im Rahmen der historischen Arbeiten von Saunier/Ewen 2008, vgl. dazu Clarke 2012). Andererseits verfolgen die Forscher_innen auch wortwörtlich das Politikmachen im Rahmen teilnehmender Beobachtung (ähnlich wie bereits im Rahmen der ethnografischen Politikforschung, vgl. Wiesner 2003). Das heißt, sie begleiten und beobachten Schlüsselakteur_innen politischen Wandels zum Beispiel auf internationalen Konferenzen oder beim „Politiktourismus“, das heißt auf Informationsreisen von Expert_innen in Städte mit beispielhaften Politiken (vgl. McCann 2008).

Zweitens liefert der Forschungsstrang ein Scharnierkonzept, das zwischen der Mikroebene lokaler (neoliberaler) Politikexperimente und der Makroebene globaler sozioökonomischer Veränderungen vermittelt (ähnlich bereits: Evans/Davies 1999). Indem UPM aufzeigt, dass globale Prozesse lokal und alltäglich produziert werden, ebnet der Ansatz dabei zugleich die Mikro-Makro-Unterscheidung stark ein. UPM vermeidet auf diese Weise einerseits flache Ontologien der Globalisierung als „space of flows“ (kritisch: Smith 1996, Brenner et al. 2011, Peck/Theodore 2012). Andererseits berücksichtigt es Kritiken an Globalisierungstheorien, die das Lokale als durch globale Strukturen dominiert oder gar determiniert beschreiben (kritisch: Gibson-Graham 2002). Unter Umgehung beider Fallstricke gelten im Rahmen der UPM-Forschung neoliberale Stadtpolitiken als translokal produziert und umkämpft.

Angesichts dieser theoretisch-methodologischen Neuerungen verstehen einige Autor_innen die UPM-Forschung als Alternative zur Neoliberalisierungsforschung (Clarke 2012). Denn Untersuchungen städtischer Neoliberalisierung, so die Kritik, übersehen im Gegensatz zum innovativen UPM-Ansatz gegenhegemoniale Entwicklungen und das Scheitern neoliberaler Politiken (ebd.). Weiterhin wird der Neoliberalisierungsforschung vorgeworfen, das Verhältnis von global und lokal hierarchisch zu konzipieren und die Handlungsfähigkeit politischer Akteur_innen zu unterschätzen (ebd., ähnlich Parnell/Robinson 2012 mit Blick auf Empirien und Theorien des globalen Südens).

Doch der UPM-Ansatz kann angesichts der skizzierten Neuerungen auch als Antwort auf die Probleme früherer Forschungen zur städtischen Neoliberalisierung gelesen werden (Peck/Theodore 2010a, Theodore/Peck 2012) und damit eher als Weiterentwicklung denn als Ersatz bisheriger Forschungen über die Neoliberalisierung des Städtischen. Denn in der

Neoliberalisierungsforschung zeichneten sich in jüngerer Zeit insbesondere zwei Bewegungen ab (für einen Überblick: Mayer/Künkel 2012): Zum einen erfolgte eine stärkere Berücksichtigung lokaler Pfadabhängigkeiten und Einbettungen von Politiken. Das heißt Neoliberalisierungsprozesse wurden als Wechselspiel global diskutierter neoliberaler Ideen und lokaler Kräfteverhältnisse untersucht und sowohl die Integration bestehender Strukturen in neoliberale Politiken als auch gegenhegemoniale Tendenzen verstärkt in den Blick genommen. Poststrukturalistische *assemblage*-Theoretiker_innen betonen dabei besonders stark, dass Neoliberalisierung kontingent ist und inkohärent verläuft (also veränderbar ist) und performativ hergestellt wird. Dementsprechend müssen auch nichtneoliberale Elemente in die Analyse einbezogen werden, anstatt a priori von einer neoliberalen Entwicklung auszugehen (so z. B. Ong 2007, McGuirk/Dowling 2009 sowie ähnlich bereits regulationstheoretische Arbeiten v. a. im Anschluss an Jessop 2002). Zum anderen zeigt sich eine Öffnung zu größerer Methoden- und Theorienpluralität, vor allem in Form von Versuchen des Zusammendenkens marxistischer und poststrukturalistischer Ansätze etwa durch Integration von *assemblage*-Ontologien (z. B. Ong/Collier 2005). Der UPM-Ansatz führt beide Denkbewegungen fort. Er ist mit seinem Fokus auf die Veränderung transferierter Politiken besonders gut geeignet, die Umkämpftheit und den historisch offenen Ausgang der lokalen Einbettung neoliberaler Politiken sichtbar zu machen.

Ein solcher Fokus auf das Ringen zwischen und Zusammenspiel von neoliberalen und antineoliberalen Politikelementen ist notwendig, da Neoliberalisierung keine Totalität darstellt. Vielmehr existieren Neoliberalisierungsprozesse als vielfältige lokale „messy hybrids“ (Peck 2010: 7). Neoliberale Elemente kohabitieren dabei mit dem politisch/ideologisch „Anderen“, also zum Beispiel fordistischen Politikelementen (ebd., Jessop 2002). In Zeiten der Krise ist eine solche Perspektive in besonderem Maße von Bedeutung. Denn seit internationale Finanzkrisen ab 2007/2008 auch den globalen Norden erschüttern, stellen dort selbst städtische Eliten die neoliberale Ideologie bisweilen deutlich in Frage (Schipper/Belina 2009). Zugleich sehen verschiedene Autor_innen die Neoliberalisierung selbst im Zustand des scheintoten „Zombies“ (vgl. Peck 2011b) trotz und durch scheiternde Politikexperimente immer noch „voranscheitern“ („fail forward“, Peck 2010: 6). Denn „Politikversagen“ ist Teil des neoliberalen Suchprozesses und wird häufig mit neuen – im Rahmen des „austerity urbanism“ (Peck 2012b) zum Teil intensivierten – neoliberalen Politikexperimenten beantwortet.

Mit dem Blick auf die lokalen Einbettungen international zirkulierender Ideen und Konzepte eröffnet der UPM-Ansatz zum einen ein besseres Verständnis davon, wie sich der Prozess der Neoliberalisierung in solchen lokalen Politikexperimenten erneuert. Dies geschieht oft unter Kooptierung, das heißt der Einbindung oppositioneller Kräfte und Denkweisen in neoliberale Regime. Exemplarisch für solche Prozesse steht der Transfer von *business improvement districts* (BID) unter dem Namen *city improvement districts* nach Südafrika (vgl. Didier et al. 2012). Lokale Proteste bremsten hier zunächst die Durchsetzung des Instruments BID. Aktivist_innen gewannen Unterstützung in der lokalen Bevölkerung, indem sie ethnische und soziale Ausschlüsse durch BIDs mit den Diskriminierungen unter dem

Apartheidsregime verglichen. Erst nachdem Politikschaffende (*policy makers*) die Anti-Apartheidsargumente gegen den Transfer aufgriffen und eine neoliberale BID-Politik unter „sozialem Vorzeichen" („social inflexion", ebd.: 127) hervorbrachten, erlangte das Modell breite gesellschaftliche Akzeptanz (vgl. für ähnliche Adaptionsprozesse im deutschen Kontext: Michel 2013, Michel/Stein 2014).

Zugleich befördert es der UPM-Ansatz, Politikelemente, welche die neoliberale Hegemonie unterlaufen, in den Blick zu nehmen. So zeigt etwa Peck (2011a, 2013, Peck/Theodore 2010b) wie sich *conditional cash transfer* (CCT) – eine (vorgebliche) Armutsbekämpfungsstrategie, die Wohlfahrtsleistungen an Bedingungen wie zum Beispiel Schulbesuch der Kinder koppelt – beim Transfer zwischen Kontinenten veränderte. Entstanden mit Unterstützung der Weltbank in Mexiko, war CCT in den USA Teil von „workfare"-Reformen (Peck/Theodore 2010b), die sozialstaatliche Leistungen zunehmend an Zwang zur Arbeitsaufnahme knüpfen. Bereits beim Transfer nach Brasilien, und stärker noch bei der Adaption in afrikanischen Ländern, wurden Bedingungen hingegen reduziert und Forderungen nach der Unterstützung von Armen aufgegriffen. Wenngleich dies Neoliberalisierungsprozesse nicht grundlegend in Frage zu stellen vermag, werden darin deutliche gegenhegemoniale Tendenzen sichtbar, weshalb Roy (2013: 115f.) schlussfolgert:

> „I argue that such programmes must also be seen as an integral part of a rearranged world, one in which bold experiments with poverty policy and social democracy are unfolding in the global South, often in conjunction with equally bold experiments with market rule."

Insgesamt wird Hegemonie damit in der UPM-Forschung – durchaus im Sinne der marxistischen Wurzeln des Konzepts, doch aufgrund der poststrukturalistischen Inspirationen besonders konsequent Instabilitäten berücksichtigend – als prozesshaft, umkämpft und veränderbar konzeptualisiert. Denn Vertreter_innen des UPM-Ansatzes zeigen sowohl Kooptierungsprozesse auf als auch die in sozialen Kämpfen durchgesetzte Herausbildung von gegenhegemonialen, nicht (mehr) als neoliberal zu kennzeichnenden Politiken. Damit bietet der UPM-Ansatz eine theoretische Fortführung und empirische Unterfütterung einer Neoliberalisierungsforschung, die Neoliberalisierung als historisch offenen, umkämpften Prozess versteht und sowohl Verfestigungen vermachteter sozialer Verhältnisse als auch Brüche in hegemonialen Konstellationen in den Blick nimmt.

4. Zusammenfassung der Potenziale des UPM-Ansatzes für die Analyse der Neuordnung des Städtischen und Ausblick auf offene Forschungsfragen

Der Artikel fragte, welchen Beitrag das Feld der UPM-Forschung für die Analyse städtischer Neoliberalisierung leistet. Er zeigte, dass der UPM-Ansatz ein fruchtbares Scharnierkonzept zur Ergänzung der Forschung zur Neoliberalisierung des Städtischen liefert. Denn insbesondere ist ihm dreierlei zu verdanken: Erstens führt der UPM-Ansatz den Trend des Zusammendenkens (neo)marxistischer und poststrukturalistischer Theorieansätze in der Neoliberalisierungsforschung fort. Zweitens lenkt er

das Augenmerk sowohl auf mögliche Brüche und Verschiebungen in der neoliberalen Hegemonie, als auch auf ihre Stabilisierung durch neue lokale Politikexperimente. Drittens wertet der Ansatz (wenn auch nur implizit) eine empirische, auch ethnografische Forschung zu informellen Politiken und Wissenstransfer auf, die insbesondere in feministischer und postkolonialer Politikwissenschaft und weiteren Sozialwissenschaften wie der Humangeografie bereits am Rande des wissenschaftlichen Mainstreams praktiziert wird.

Zugleich wirft der Beitrag Fragen auf, die sich aus einer solchen theoretischen Perspektive für die Untersuchung von Neoliberalisierungsprozessen ergeben, und verweist auf Forschungslücken. Warum Politiken in der Neoliberalisierung des Städtischen besonders mobil sind, haben die Literaturen zu UPM und Neoliberalisierung bereits in weiten Teilen aufgearbeitet. Nicht nur vervielfältigen und beschleunigen sich Kommunikation und Transportmöglichkeiten, unter dem Paradigma der Städtekonkurrenz sehen sich politische Eliten zudem unter dem permanenten Druck, die eigene Stadtpolitik zu vermarkten und zu verbessern (vgl. McCann/Ward 2012). Auf diese Weise entwickeln sich neoliberale Politiken – zum Teil unter selektiver Aufnahme der Forderungen sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen (vgl. Mayer 2010, Didier et al. 2012) – beständig weiter. Bisweilen können sich jedoch auch Alternativen zum neoliberalen Paradigma entwickeln (vgl. z. B. Peck 2011a).

Die Frage ist jedoch nicht nur, warum Neoliberalisierung mit UPM verknüpft ist, sondern auch wie. Mit der Neoliberalisierung des Städtischen sind – doch dies bedarf noch genauerer Untersuchung – auch spezifische Formen (und nicht nur Inhalte) des Politiktransfers verknüpft. Neoliberale Verwaltungsrestrukturierungen, nicht zuletzt die Einführung von *monitoring*-Systemen, Evaluationen und *best-practice*-Datenbanken, machen Informationen überlokal verfügbar und schaffen dabei zumindest die Illusion interurbaner oder -nationaler Vergleichbarkeit. Mit Hilfe dieser Instrumente wird in Zeiten neoliberaler Restrukturierung Wissen nicht nur verbreitet, sondern es werden Politikvorbilder bisweilen regelrecht geschaffen. So zeigen Peck und Theodore (2010b), wie der Transfer des mexikanischen *conditional-cash-transfer*-Modells nach New York unter der Bloomberg-Administration mittels gezielter Initiierung von Modellprojekten und deren Evaluation vorbereitet wurde.

Neben diesen (neoliberalen) administrativen Strukturen, die UPM prägen, bedürfen auch spezifische Politikmodi und Diskursformationen, die offenbar in unterschiedlichen Phasen und Konstellationen der Neoliberalisierung des Städtischen für unterschiedliche Politikfelder besonders prägnant sind, genauerer Untersuchung. So scheint es kein Zufall, dass interurbaner Politiktransfer besonders früh und intensiv von Forschern, die sich mit Drogen- und Wohlfahrtsstaatspolitiken befassten, thematisiert wurde (McCann 2008, Peck/Theodore 2010a). Denn das Rekurrieren auf ausländische „Modelle" ist in „moralischen Politikfeldern" (vgl. Wagenaar/Altink 2012) wie zum Beispiel Drogen und Prostitution aufgrund der besonders massiven Umkämpftheit scheinbar ähnlich ausgeprägt wie in Politikfeldern, die während des neoliberalen *rollback* (Peck/Tickell 2002) besonders stark moralisch aufgeladen wurden und als Kernfelder staatlichen Handelns hoch umkämpft

waren, wie Kriminalität und Transferleistungen für Erwerbslose. Hier wäre zum Beispiel zu untersuchen, ob die Moralisierung eines Feldes bestimmte Politikmodi erleichtert. So sind nationale Regime in typischen „moralischen Politikfeldern“ zwar aufgrund der hohen Umkämpftheit deutlich pfadabhängig, also durch die Zähigkeit hegemonialer Denkmuster, Politik- und Verwaltungsstrukturen und Akteurskonstellationen geprägt (vgl. z. B. Outshoorn 2004, Nelken 2009). Doch zugleich zeigen sich oft starke lokale Variationen innerhalb eines Landes (vgl. z. B. Bergin 2013) und Politikwandel erfolgt oft in sprunghafter Weise (Wagenaar/Altink 2012). Inwiefern solche Politiktransfermodi in bestimmten historischen Phasen[5] bzw. Situationen der Neoliberalisierung verstärkt auftreten, bleibt noch zu untersuchen.

Ähnliches gilt für bestimmte Diskursformationen. Insbesondere in der frühen, auf Rückbau wohlfahrtstaatlicher Leistungen fokussierten Phase der Neoliberalisierung („roll-back neoliberalism“, vgl. Peck/Tickell 2002) scheinen Tabubrüche eine zentrale Rolle in den Diskursformationen einzunehmen (z. B. „zero tolerance“; vgl. Brüchert/Steinert 1998, Belina 2005, Künkel 2013). In anderen Feldern und vor allem späteren Phasen („roll-out neoliberalism“, vgl. Peck/Tickell 2002) sind die neoliberalen Diskurse von wohlklingenden Großkonzepten wie „dritter Weg“, „community“, „creative city“ oder „diversity“ geprägt, die Peck (2012a) im Anschluss an McLennan (2004) als „vehicular ideas“ bezeichnet. Bei diesen Konzepten ist es neben der starken positiven emotionalen Aufladung – wer ist schon gegen Kreativität? – nicht zuletzt ihre „ambivalence that evokes universal popular appeal“ (Schofield 2002: 664). Positiv wie negativ konnotierte Großkonzepte – von *zero tolerance* bis zur *creative city* – sind als „leere Signifikanten“ (Laclau 1996: 36-46), das heißt als Konzepte, die mit einem relativ breiten Spektrum an Inhalten verknüpfbar sind, weniger klar umrissene Politiken, sondern fungieren als Wegweiser: Der Verweis auf solche Konzepte ist Ausdruck diskursiver Hegemoniebildung und organisiert Konsens für eine bestimmte Richtung beim Umbau lokaler Kräfteverhältnisse. Entsprechende Großkonzepte wirken daher nicht immer direkt über den Weg der Implementierung politischer Programme, sondern bisweilen auch über wissenschaftlichen Wissenstransfer (vgl. Pütz/Rodatz 2014) oder die Restrukturierung von Identitäten (vgl. Dixon/Maher 2005). Solche spezifischen Funktionsweisen unterschiedlicher vermachteter Wissensformen und ihre unterschiedlichen lokalen Materialisierungen gilt es in Zukunft verstärkt in den Blick zu nehmen, um so das spezifisch Neoliberale ihrer Konstituierung herauszuarbeiten und Ansatzpunkte für gegenhegemoniale Politiken zu eruieren.

Endnoten

[1] Ich danke den Kolleg_innen aus dem Forschungsschwerpunkt „Neuordnungen des Städtischen“ des Instituts für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt sowie den ausgesprochen gründlichen und kenntnisreichen anonymen Reviewer_innen für die hilfreichen Kommentare und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Projekt CR 92/6-1) sowie der Alfons und Gertrud Kassel-Stiftung für die finanzielle Unterstützung von Forschung und Publikation.

[2] Alle Übersetzungen stammen von der Autorin. Bei potenziell strittigen Übersetzungen folgt der Originalbegriff in Klammern.

[3] Da dieser Text die Potenziale ebensolcher „zentraler" theoretischer Grundlegungen von UPM eruiert, sind auch hier Autorinnen unterrepräsentiert.

[4] Die Unterscheidung von marxistischer Theoriebildung und dem weiten Feld des Poststrukturalismus (vgl. van Dyk 2012) wird verwendet, obgleich die Unterscheidung vor allem historischer Natur ist: Poststrukturalistische Theorien entstanden in Abgrenzung von strukturdeterministischen Argumentationen, wie sie zwischenzeitlich – vor allem in den 1970er Jahren – auch innerhalb des breiten Spektrums marxistischer Ansätze recht verbreitet waren, heute aber bestenfalls am Rande vertreten werden.

[5] Bereits Peck und Tickell (2002) gehen davon aus, dass *roll-back* (vor allem in den 1980er Jahren) und *roll-out* (vor allem ab den 1990ern) zwar in bestimmten historischen Phasen besonders kennzeichnend sind, jedoch in der Regel in unterschiedlicher Stärke parallel auftreten.

Autor_innen

Jenny Künkel betreibt kritische Sozialforschung zwischen Politikwissenschaften, Geografie, Kriminologie und Queer Studies.
jkuenkel@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

Allen, John / Cochrane, Allan (2010): Assemblages of state power. Topological shifts in the organization of government and politics. In: Antipode 42/5, 1071-1089.

Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Belina, Bernd (2005): Der vor allem rhetorische Import von Zero Tolerance nach Baltimore. Die Geschichte eines Wahlerfolges und seiner Hintergründe. In: Kriminologisches Journal 37/3, 183-199.

Benit-Gbaffou, Claire / Fourchard, Laurent / Wafer, Alex (2012): Local politics and the circulation of community security initiatives in Johannesburg. In: International Journal of Urban and Regional Research 36/5, 936-957.

Bennett, Jane (2010): Vibrant Matter. A Political Ecology of Things. Durham: Duke University Press.

Benson, David / Jordan, Andrew (2011): What have we learned from policy transfer research? Dolowitz and Marsh revisited. In: Political Studies Review 9/3, 366-378.

Bergin, Tiffany (2013): How and why do criminal justice public policies spread throughout U.S. states? A critical review of the diffusion literature. In: Criminal Justice Policy Review 24/1, 166-198.

Brenner, Neil (1998): Between fixity and motion. Accumulation, territorial organization, and the historical geography of spatial scales. In: Environment and Planning D 16/4, 459-481.

Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011): Assemblage urbanism and the challenges of critical urban theory. In: City 15/2, 225-240.

Brenner, Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010): Variegated neoliberalization. Geographies, modalities, pathways. In: Global Networks 10/2, 182-222.

Brüchert, Oliver / Steinert, Heinz (1998): Das kriegerische Mißverständnis des polizeilichen Gewaltmonopols. Am Beispiel „Aufräumen wie in New York". In: Helmut Ortner / Arno Pilgram / Heinz Steinert (Hg.): Die Null-Lösung. Baden-Baden: Nomos, 17-40.

Bulmer, Simon / Dolowitz, David / Humphreys, Peter / Padgett, Stephen (2007): Policy Transfer in the European Union. London: Routledge.

Clarke, Nick (2012): Urban policy mobility, anti-politics, and histories of the transnational municipal movement. In: Progress in Human Geography 36/1, 25-43.

Cochrane, Allan / Ward, Kevin (2012): Guest editorial. Researching the geographies of policy mobility. Confronting the methodological challenges. In: Environment and Planning A 44/1, 5-12.

Cook, Ian (2004): Follow the thing. Papaya. In: Antipode 36/4, 642-664.

Deleuze, Gilles / Guattari, Félix (1987 [1980]): A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Didier, Sophie / Morange, Marianne / Peyroux, Elisabeth (2012): City improvement districts and 'territorialized neoliberalism' in South Africa (Johannesburg, Cape Town). In: Jenny Künkel / Margit Mayer (Hg.): Neoliberal Urbanism and Its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 119-136.

Dixon, David / Maher, Lisa (2005): Policing, crime and public health: Lessons for Australia from the 'New York miracle'. In: Criminology and Criminal Justice 5/2, 115-143.

Dolowitz, David P. / Marsh, David (1996): Who learns what from whom. A review of the policy transfer literature. In: Political Studies 44/2, 343-351.

Dolowitz, David P. / Marsh, David (2000): Learning from abroad. The role of policy transfer in contemporary policy-making. In: Governance 13/1, 5-23.

Eick, Volker / Grell, Britta / Mayer, Margit / Sambale, Jens (2004): Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Evans, Mark / Davies, Jonathan (1999): Understanding policy transfer. A multi-level, multi-disciplinary perspective. In: Public Administration 77/2, 361-385.

Färber, Alexa (2014): Potenziale freisetzen. Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären kritischen Stadtforschung. In: s u b \ u r b a n 2/1, 95-103.

Folkers, Andreas (2014): Was ist neu am neuen Materialismus? Von der Praxis zum Ereignis. In: Tobias Goll / Daniel Keil / Thomas Telios (Hg.): Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus. Münster: Edition Assemblage, 16-33.

Gibson-Graham, Julie Katherine (2002): Beyond global vs. local. Economic politics outside the binary frame. In: Andrew Herod / Melissa W. Wright (Hg.): Geographies of Power. Placing Scale. Malden: Blackwell, 25-60.

Harvey, David (2001): Globalization and the „spatial fix". In: Geographische Revue 3/2, 23-30.

Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA.

Holzinger, Katharina / Jörgens, Helge / Knill, Christoph (Hg.) (2007): Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken. Wiesbaden: VS-Verlag.

Jacobs, Jane M. / Lees, Loretta (2013): Defensible space on the move. Revisiting the urban geography of Alice Coleman. In: International Journal of Urban and Regional Research 37/5, 1559-1583.

Jessop, Bob (2002): Liberalism, neoliberalism, and urban governance. A state-theoretical perspective. In: Antipode 34/3, 452-472.

Jessop, Bob (2004): The gender selectivities of the state. A critical realist analysis. In: Journal of Critical Realism 3/2, 207-237.

Khirfan, Luna / Momani, Bessma / Jaffer, Zahra (2013): Whose authority? Exporting Canadian urban planning expertise to Jordan and Abu Dhabi. In: Geoforum 50, 1-9.

Knill, Christoph (2005): Introduction. Cross-national policy convergence. Concepts, approaches and explanatory factors. In: Journal of European Public Policy 12/5, 764-74.

Kreisky, Eva (1992): Der Staat als „Männerbund". Der Versuch einer feministischen Staatssicht. In: Elke Biester / Brigitte Geißel / Sabine Lang / Birgit Sauer (Hg.): Staat aus feministischer Sicht. Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft Arbeitskreis Politik und Geschlecht, Berlin: Eigenverlag, 53-62.

Künkel, Jenny (2012): Community goes German. The displacement of the sex trade in the name of a neoliberal concept. In: Social Justice 48/1-2, 47-70.

Künkel, Jenny (2013): San Diego ist besser als das Wunder von New York. Streit um polizeipolitische Neuausrichtungen. In: Westend 10/1, 78-89.

Künkel, Jenny (2015a): Verschiebung lokaler Kräfteverhältnisse durch Transfer Talk. Transferdiskurse und ihre Materialisierungen. Unveröffentlichtes Manuskript.

Künkel, Jenny (2015b): Urban Policy Mobilities. Theoretische Grenzen und Rekonzeptualisierungen. In: s u b \ u r b a n 3/2, im Erscheinen.

Laclau, Ernesto (1996): Emancipation(s). London: Verso.

Larner, Weny / Laurie, Nina (2010): Travelling technocrats, embodied knowledges. Globalising privatisation in telecoms and water. In: Geoforum 41/2, 218-226.

Latour, Bruno (2005): Reassembling the Social. Oxford: Oxford University Press.

Law, John (2009): Actor network theory and material semiotics. In: Bryan S. Turner (Hg.): The New Blackwell Companion to Social Theory. Malden: Wiley-Blackwell, 141-157.

Lebuhn, Henrik (2010): Das Neue Steuerungsmodell und die (Markt-)Logik städtischer Verwaltungen. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 22/4, 35-45.

Marsh, David / Evans, Mark (2012) Policy transfer. Coming of age and learning from the experience. In: Policy Studies 33/6, 477-481.

Mayer, Margit (2003): The onward sweep of social capital. Causes and consequences for understanding cities, communities and urban movements. In: International Journal of Urban and Regional Research 27/1, 110-132.

Mayer, Margit (2010): Social Movements in the (Post-)Neoliberal City. London: Bedford Press.

Mayer, Margit / Künkel, Jenny (2012): Introduction. Neoliberal urbanism and its contestations. Crossing theoretical boundaries. In: dies. (Hg.): Neoliberal Urbanism and Its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries. London: Palgrave Macmillan, 3-26.

McCann, Eugene (2008): Expertise, truth, and urban policy mobilities. Global circuits of knowledge in the development of Vancouver. Canada's 'four pillar' drug strategy. In: Environment and Planning A 40/4, 885-904.

McCann, Eugene (2010): Urban policy mobilities and global circuits of knowledge. Toward a research agenda. In: Annals of the Association of American Geographers 101/1, 107-130.

McCann, Eugene (2013): Policy boosterism, policy mobilities, and the extrospective city. In: Urban Geography 34/1, 5-29.

McCann, Eugene / Ward, Kevin (Hg.) (2011a): Mobile Urbanism. Cities and Policymaking in the Global Age. Minneapolis: University of Minnesota Press.

McCann, Eugene / Ward, Kevin (2011b): Introduction. Urban assemblages. Territories, relations, practices, and power. In: dies. (Hg.): Mobile Urbanism. Cities and Policymaking in the Global Age. Minneapolis: University of Minnesota Press, XIII-XXXV.

McCann, Eugene / Ward, Kevin (2012): Policy assemblages, mobilities and mutations. Toward a multi-disciplinary conversation. In: Political Studies Review 10/3, 325-332.

McCann, Eugene / Ward, Kevin (2013): A multi-disciplinary approach to policy transfer research. Geographies, assemblages, mobilities and mutations. In: Policy Studies 34/1, 2-18.

McFarlane, Collin (2011): Assemblage and critical urbanism. In: City 15/2, 204-224.

McGuirk, Pauline / Dowling, Robyn (2009): Neoliberal privatisation? Remapping the public and the private in Sydney's masterplanned residential estates. In: Political Geography 28/3, 174-185.

McLennan, Gregor (2004): Travelling with vehicular ideas. The case of the third way. In: Economy and Society 33/4, 484-499.

Michel, Boris (2013): Wenn mobile Politiken gegen die Wand fahren. Grenzen des Politik Transfers am Beispiel von Business Improvement Districts in Deutschland. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 81/1, 87-102.

Michel, Boris / Stein, Christian (2014): Reclaiming the European city and lobbying for privilege. Business improvement districts in Germany. In: Urban Affairs Review 51/1, 74-98.

Morange, Marianne / Folio, Fabrice / Peyroux, Elisabeth / Vivet, Jeanne (2012): The spread of a transnational model. 'Gated communities' in three Southern African cities (Cape Town, Maputo and Windhoek). In: International Journal of Urban and Regional Research 36/5, 890-914.

Nelken, David (2009): Comparative criminal justice. Beyond ethnocentrism and relativism. In: European Journal of Criminology 6/4, 291-311.

Newburn, Tim / Jones, Trevor (2007): Policy Transfer and Criminal Justice. Exploring US Influence over British Crime Control Policy. Maidenhead: Open University Press.

Ong, Aihwa (2007): Neoliberalism as a mobile technology. In: Transactions of the Institute of British Geographers 32/1, 3-8.

Ong, Aihwa / Collier, Stephen (Hg.) (2005): Global Assemblages. Technology, Politics and Ethics as Anthropological Problems. Oxford: Wiley-Blackwell.

Ostermeier, Lars (2014): Transnationalisierungsprozesse in internationalen Polizeiprojekten. Wissenstransfer und Übersetzungsprozesse. In: Kriminologisches Journal 4/2014, 249-263.

Outshoorn, Joyce (Hg.) (2004): The Politics of Prostitution. Women's Movements, Democratic States, and the Globalisation of Sex Commerce. Cambridge: Cambridge University Press.

Parnell, Susan / Robinson, Jennifer (2012): (Re)theorizing cities from the global south. Looking beyond neoliberalism. In: Urban Geography 33/4, 593-617.

Peck, Jaime (2010): Constructions of Neoliberal Reason. Oxford: Oxford University Press.

Peck, Jamie (2011a): Global policy models, globalizing poverty management. International convergence or fast-policy integration? In: Geography Compass 5/4, 165-181.

Peck, Jamie (2011b): Beyond the Neoliberal Zombieland. Antipode Lecture, Royal Geographical Society (with IBG), August 2011, http://bcove.me/0ffr7k09 (letzter Zugriff am 19.2.2015).

Peck, Jamie (2012a): Recreative city. Amsterdam, vehicular ideas, and the adaptive spaces of creativity policy. In: International Journal of Urban and Regional Research 36/3, 462-485.

Peck, Jamie (2012b): Austerity urbanism. In: City 16/6, 626-655.

Peck, Jaime (2013): Social innovation … at the limits of neoliberalism. In: Jean-Louis Klein / Matthieu Roy (Hg.): Pour une nouvelle mondialisation. Le défi d'innover. Montréal: Presses de l'Université du Québec, 11-30.

Peck, Jamie / Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing space. In: Antipode 34/3, 380-404.

Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010a): Mobilizing policy. Models, methods, and mutations. In: Geoforum 41/2, 169-174.

Peck, Jamie / Theodore, Nik (2010b): Recombinant workfare, across the Americas. Transnationalizing „fast" social policy. In: Geoforum 41/2, 195-208.

Peck, Jamie / Theodore, Nik (2012): Follow the policy. A distended case approach. In: Environment and Planning A 44/1, 21-30.

Peyroux, Elisabeth / Pütz, Robert / Glasze, Georg (2012): Business Improvement Districts (BIDs): the internationalization and contextualization of a 'travelling concept'. In: European Urban and Regional Studies 19/2, 111-120.

Prince, Russell (2012): Policy transfer, consultants and the geographies of governance. In: Progress in Human Geography 36/2, 188-203.

Prince, Russell (2013): Calculative cultural expertise? Consultants and politics in the UK cultural sector. In: Sociology 48/4, 747-762.

Pütz, Robert / Rodatz, Mathias (2014): Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. In: Geographische Zeitschrift 101/3+4, 166-183.

Robinson, Jennifer (2011): The spaces of circulating knowledge. City strategies and global urban governmentality. In: Eugene McCann / Kevin Ward (Hg.): Mobile Urbanism. Cities and Policymaking in the Global Age. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Rose, Nikolas / Miller, Peter (1992): Political power beyond the state. Problematics of government. In: British Journal of Sociology 43/2, 172-205.

Ross, Kristin (1996): Fast Cars, Clean Bodies. Decolonization and the Reordering of French Culture. Cambridge: MIT Press.

Roy, Ananya (2010): Poverty Capital. Microfinance and the Making of Development. New York: Routledge.

Roy, Ananya (2012): Ethnographic circulations. Space-time relations in the worlds of poverty management. In: Environment and Planning A 44/1, 31-41.

Roy, Ananya (2013): Shifting the territory of politics. In: Territory, Politics, Governance 1/2, 113-117.

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.

Saunier, Pierre-Yves / Ewen, Shane (Hg.) (2008): Another Global City. Historical Explorations into the Transnational Municipal Moment, 1850-2000. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Schipper, Sebastian / Belina, Bernd (2009): Die neoliberale Stadt in der Krise. Anmerkungen zum 35. Deutschen Städtetag unter dem Motto „Städtisches Handeln in der Krise". In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 21/4, 38-51.

Schofield, Barry (2002): Partners in power. Governing the self-sustaining community. In: Sociology 36/3, 663-683.

Sheller, Mimi / Urry, John (2006): The new mobilities paradigm. In: Environment and Planning A 38/2, 207-226.

Silomon-Pflug, Felix / Stein, Christian / Heeg, Susanne / Pütz, Robert (2014): Die unternehmerische Stadt als Gegenstand von Urban-Policy-Mobilities-Forschung. In: Geographische Zeitschrift 101/3+4, 201-217.

Smith, Neil (1996): Spaces of vulnerability. The space of flows and the politics of scale. In: Critique of Anthropology 16/1, 63-77.

Sparke, Matthew (2012): From global dispossession to local repossession. Towards a worldly cultural geography of Occupy activism. In: Jamie Winders / Richard Schein (Hg.): The New Companion to Cultural Geography. Oxford/New York: Wiley-Blackwell, 387-408.

Stone, Diane (2001): Learning lessons. Policy transfer and the international diffusion of policy ideas. CSGR Working Paper Nr. 69, http://wrap.warwick.ac.uk/2056/1/WRAP_Stone_wp6901.pdf (letzter Zugriff am 8.3.2014).

Stone, Diane (2004): Transfer agents and global networks in the 'transnationalization' of policy. In: Journal of European Public Policy 11/3, 545-566.

Stone, Diane (2010): Private philanthropy or policy transfer? The transnational norms of the Open Society Institute. In: Policy & Politics 38/2, 269-287.

Temenos, Cristina / McCann, Eugene (2013): Geographies of policy mobilities. In: Geography Compass 7/5, 344-357.

Theodore, Nik / Peck, Jamie (2012) Framing neoliberal urbanism. Translating 'common sense' urban policy across the OECD zone. In: European Urban and Regional Studies 19/1, 20-41.

Thrift, Nigel (2008): Non-Representational Theory. Space, Politics, Affect. New York: Routledge.

Van Dyk, Silke (2012): Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik. Über Potenziale, Probleme und Perspektiven. In: PROKLA 41/2, 185-210.

Vogelpohl, Anne (2013): Expert's Advice. The Role of Private Consultans in Urban Austerity Policies. Vortrag im Rahmen des Workshops „Urban Crisis or Urban Crises? Comparing Austerity Urbanism, Everyday Life and Resistance in Greek and German Cities", 5.-7.12.2013 an der National Technical University of Athens.

Wagenaar, Hendrik / Altink, Sietske (2012): Prostitution as morality politics or why it is exceedingly difficult to design and sustain effective prostitution policy. In: Sexuality Research and Social Policy 9/3, 279-292.

Wiesner, Achim (2003): Ethnographische Politikforschung. In: Matthias Leonhard Maier / Frank Nullmeier / Tanja Pritzlaff / Achim Wiesner (Hg.): Politik als Lernprozess. Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse. Wiesbaden: VS-Verlag, 141-166.

Wise, John Macgregor (2005): Assemblage. In: Charles Stivale (Hg.): Gilles Deleuze. Key Concepts. Montreal/Kingston: MeGill and Queen's University Press, 77-87.

Ziai, Aram (2012): Postkoloniale Politikwissenschaft. Grundlagen einer postkolonialen politischen Theorie und deren Anwendungsfelder. In: Julia Reuter / Alexandra Karentzos (Hg.): Schlüsselwerke der Postcolonial Studies. Wiesbaden: VS-Verlag, 283-296.

Urban policy mobilities versus policy transfer

The paper explores the potential of urban policy mobilities (UPM) research for the analysis of urban neoliberalization. In linking processes of global restructuring and local policy experimentation, the concept UPM has a useful mediating function. Since UPM combines Marxist and poststructuralist theories, the approach is particularly well equipped to analyze both condensation of power relations and ruptures in hegemonic constellations. UPM thus captures both cooptation of anti-neoliberal processes and moments of the formation of alternative pathways. However, existing research on tranfer processes largely features as negative foil for comparison within UPM literature. The approach could particulary profit from systematically integrating the insights about informal policies and relations of power/knowlegde and politics produced by feminist state theory, postcolonial research on knowledge transfer and governmentality studies.

CC BY NC ND

Aufsatz
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 25-44
zeitschrift-suburban.de

Mietpreissteigerungen und Wohnungsengpässe abseits der Ballungsräume*

Investitionen in Wohnimmobilien in B-Lagen und Regionalzentren – das Beispiel Göttingen

Thorsten Fehlberg
Michael Mießner

Der Aufsatz legt am Beispiel von Göttingen dar, dass in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der neoliberalen Reformpolitik zunehmend steigende Mietpreise nicht nur in Ballungszentren zu verzeichnen sind, sondern auch in kleineren Großstädten. Bezugnehmend auf die Analysen der kritischen Stadtforschung und der Regulationstheorie wird in diesem Aufsatz der Frage nachgegangen, was die jüngsten Mietpreissteigerungen in der B-Lagen-Stadt Göttingen verursacht haben. Dabei zeigt sich, dass die Mechanismen, die mit der marktförmigen Organisation der Wohnraumversorgung einhergehen, auch in Göttingen in erheblichem Maße die lokale Entwicklung bestimmen. Hinzukommt, dass nach und nach institutionelle Investor_innen auf dem Göttinger Wohnungsmarkt aktiv werden. Dieser Teil der Finanzialisierung des lokalen Wohnungsmarktes sorgt für eine zusätzliche Steigerung der Mietpreise.

Ersteinreichung: 11.6.2014; Veröffentlichung online: 10.4.2015
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung [1]

Steigende Mietpreise bestimmen die aktuelle wohnungspolitische Diskussion in Deutschland. Es wird heiß diskutiert, wie ein Schutz der Mieter_innen gewährleistet werden kann – wozu auch zahlreiche Parteien im Bundestagswahlkampf 2013 und Kommunalwahlkampf 2014 Stellung bezogen haben.

An Mietpreissteigerungen entzünden sich auch Proteste, die nicht auf staatliche Institutionen und Parteien begrenzt sind. Die unterschiedlichen Bewegungen für ein Recht auf Stadt stellen dabei häufig die Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozesse in den Städten sowie die marktgesteuerten Mietpreisentwicklungen und die ‚unternehmerische Stadtpolitik' (Schipper 2013a) in den Vordergrund. Die Forderung nach einem Recht auf die Stadt erhebt einen allgemeinen Anspruch auf Nichtausschluss von städtischen Ressourcen und Dienstleistungen. Zugleich werden damit Visionen für eine andere, emanzipatorische und gerechtere Stadtentwicklung formuliert (vgl. Harvey 2008: 23, Schmid 2005: 184-185).

Die Proteste und Bewegungen konzentrierten sich bisher stark auf die großstädtischen Räume – hier sind die Preissteigerungen auf den Wohnungs- und Immobilienmärkten am größten. Mittlerweile gibt es aber auch Hinweise darauf, dass die Wohnungsmärkte jenseits der deutschen „Big Five"

* Dies ist ein Originalartikel. Aufgrund der Dringlichkeit der im Artikel angesprochenen stadtpolitischen Prozesse hat s u b \ u r b a n einer Anfrage der Autoren zugestimmt, den Text auf ihrer Webseite im Oktober 2014 vorab zu veröffentlichen.

(Heeg 2011: 188) Frankfurt am Main, München, Düsseldorf, Hamburg und Berlin oder der Großstädte im Allgemeinen zunehmend angespannt sind (vgl. F+B 2013, Schürt 2013: 2). So verzeichneten die Universitätsstädte mit mehr als 50.000 Einwohner_innen zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem Jahr 2013 Mietpreissteigerungen von durchschnittlich 13 Prozent. In diesem Beitrag wird am Beispiel der 130.000 Einwohner_innen zählenden Universitätsstadt Göttingen erklärt, welche Mechanismen für den Immobilienmarkt einer mittleren Stadt relevant sind, wobei im Anschluss an Heeg (2013a: 89 f.) der These gefolgt wird, dass mittlerweile in der Bundesrepublik Deutschland so viel Kapital auf der Suche nach einer profitablen (Immobilien-)Anlage ist, dass auch sogenannte B-Lagen akzeptiert werden.

Um die Dynamik am Göttinger Wohnungsmarkt zu untersuchen und einschätzen zu können, ob die lokalen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt das Ergebnis der marktförmigen Organisation oder der Finanzialisierung des Immobilienmarktes sind, werden zunächst den Wohnungsmarkt betreffende Einflussfaktoren erläutert. Dazu werden in Abschnitt 2 grundlegende Mechanismen der marktförmigen Organisation des Wohnungsmarktes dargestellt. Anschließend wird die spezielle Rolle von Immobilien in Zeiten krisenhafter Kapitalakkumulation mit Hilfe von Harveys Theorie des *spatio-temporal fix* erklärt (Abschnitt 3). Weiterhin wird unter Bezugnahme auf Analysen der Regulationstheorie die Neuformierung des Kapitalismus nach der Krise des Fordismus erläutert (Abschnitt 4). Mit den damit verbundenen sozioökonomischen Strukturreformen geht eine Finanzialisierung einher, die aktuell die Entwicklung auf dem deutschen Immobilienmarkt beeinflusst (Abschnitt 5). In Abschnitt 6 wird erläutert, wie aufgrund der Stellung von Unternehmen im globalen Wertschöpfungsprozess ein städtisches Hierarchiesystem entsteht, dem auch die Investitionen in Immobilien bzw. Wohnraum folgen. In diesem Artikel werden diese Städte als A- und B-Lagen-Städte bezeichnet. Daraus resultiert nicht nur eine Dynamik am Wohnungsmarkt und die damit verbundene Mietpreissteigerung in Ballungsgebieten und Agglomerationen, die Knotenpunkte globaler Wertschöpfungsketten und damit attraktiver Unternehmensstandort sind, sondern auch eine Ausweitung dieser Dynamik auf kleinere und mittlere Städte. Dieses Phänomen wird in Abschnitt 7 am Beispiel des Göttinger Wohnungsmarktes konkretisiert. Warum die Entwicklung am Göttinger Wohnungsmarkt die Aufmerksamkeit auf weitere Städte mit ähnlichen Ausgangsbedingungen lenken sollte, wird im Fazit begründet.

2. Marktförmige Organisation des Wohnraums und ihre Konsequenzen

Die Wohnraumversorgung in Deutschland ist marktförmig organisiert, womit Wohnraum als Ware und Träger eines Doppelcharakters von Tauschwert und Gebrauchswert zu betrachten ist (vgl. Frieling 2014, Holm 2011). Eigentümer_innen sind vom Interesse getrieben, einen möglichst hohen Tauschwert zu erzielen, was notwendigerweise im Konflikt mit dem Gebrauchswert für die Mieter_innen steht (vgl. ebd.). Diese marktförmige Organisation der Versorgung mit Wohnraum produziert dabei Widersprüche zwischen der Notwendigkeit, ausreichend bezahlbaren Wohnraum für die

mietende Bevölkerung (bzw. Arbeitskräfte) zur Verfügung zu stellen (vgl. Harvey 1985: 28) und dem Erhalt eines attraktiven Geschäftsfelds für Geldvermehrungsinteressen. Der Konflikt für die staatliche Planung besteht einerseits darin, die Investitionen in Wohnraum (Bau und Sanierung) für mögliche Investor_innen attraktiv zu halten und andererseits zu gewährleisten, dass „die Versorgung mit Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität an den richtigen Standorten zur richtigen Zeit und zu einem akzeptablen Preis stattfindet, so dass die von den anderen Kapitalfraktionen wie die der Industrie [z. B. produzierendes Gewerbe], des Finanzgewerbes usw. benötigten Arbeitskräfte an den jeweiligen Standorten taugliche Wohnungen vorfinden“ (Frieling 2012: 23). Um investitionsfreundliche Stadtpolitik zu betreiben, werden in der Konsequenz regelmäßig Abstriche bei sozialen Versorgungszielen gemacht, was zu sozialen Konflikten führen kann (vgl. Häußermann et al. 2008: 289, Holm 2011: 15 ff.).

Um von staatlicher Seite die Anreize für Investor_innen und Eigentümer_innen aufrechtzuerhalten, werden direkte Förderungen in Form von Steuernachlässen sowie Subventionen und indirekte steuerliche Abschreibungen geboten (vgl. Häußermann et al. 2008: 237 f.). Staatliche Förderungen gehen bis zur Subventionierung des Rückbaus von Gebäuden, um die Knappheit des Gutes Wohnraum zu gewährleisten.[2] Dem gegenüber stehen Regulationsmöglichkeiten bei steigender Wohnungsnot, wie beispielsweise Wohngeld, Mietpreiskontrollen, staatlich subventionierter Wohnungsbau (vgl. Frieling 2012: 23) oder die unlängst im Bundestag diskutierte Mietpreisbremse.

Harvey macht die spezifische Rolle von gebauter Umwelt, zu der auch Wohnraum gehört, als Anlageform deutlich: „We also know that the built environment is long-lived, difficult to alter, spatially immobile and often absorbent of large, lumpy investments.“ (1985: 16)[3] Der Rückfluss der Investition ist abhängig von der langfristigen Zinsentwicklung und birgt das Risiko, dass andere Anlageformen (bspw. Aktien) wieder attraktiver werden, wenn das Kapital bereits in Immobilien gebunden ist (vgl. Frieling 2012: 22 f., Holm 2011: 11 f.). Außerdem ist die Entwicklung der Rendite auch von äußeren Faktoren wie der Entwicklung des Stadtteils, also der Lage, und der allgemeinen Knappheit des Angebotes an Wohnraum abhängig (vgl. Belina 2010: 10, Häußermann et al. 2008: 289).

Das Profitinteresse muss zwangsläufig dazu führen, dass Investitionen für eine zahlungsfähigere Klientel interessanter werden, was tendenziell zu einer Verknappung des Wohnraums im Segment des günstigeren Wohnraums – besonders in attraktiven Lagen – führt (Heeg 2011: 196).

3. Wohnraum als *spatio-temporal-fix*

Da die Versorgung mit Wohnraum, wie gezeigt, marktförmig organisiert ist, können Investitionen in Wohnraum eine Möglichkeit sein, der Überakkumulation von Kapital zu begegnen. Daher sind Harveys Analysen zur Überakkumulation des Kapitals und die damit verbundene Theorie des *spatio-temporal-fix*[4] (vgl. Harvey 2001; 2004: 186) ein wichtiger Ausgangspunkt für die vorliegende Untersuchung. (Wohn-)Immobilien bieten nach Harvey eine Möglichkeit, Kapitalüberschüsse in langfristige Kapitalprojekte zu investieren, wenn nur wenige attraktive kurzfristige Anlagemöglichkeiten

bestehen (vgl. Harvey 2004: 184 ff., Belina 2011: 248). Da in Immobilien investiertes Kapital (‚zweiter Kapitalkreislauf') eine vergleichsweise lange Umschlagszeit besitzt, bietet dies die Möglichkeit, überschüssiges Kapital vorübergehend zu ‚parken', um es zu einem späteren Zeitpunkt wieder im ‚ersten Kapitalkreislauf' zu investieren (vgl. Harvey 2006: 235 ff., Wiegand 2013a: 136 ff.; 2013b: 41). Entsprechend kann es in der Folge von Krisen und verstärkten Investitionen in die gebaute Umwelt dazu kommen, dass der Druck auf dem Immobilienmarkt steigt.

Neben diesen beschriebenen Ursachen der Mietpreissteigerungen im Wohnungssektor kommt es seit den 1970er Jahren zu strukturellen Veränderungen der Kapitalakkumulation, die unter anderem eine verstärkte Dynamik auf den Immobilienmärkten auslösen.

4. Sozioökonomische Strukturreformen und finanzmarktdominierte Akkumulation

Die makroökonomischen und politischen Entwicklungen nach der Krise des Fordismus werden von Vertreter_innen der Regulationstheorie als ‚finanzdominiertes Akkumulationsregime' bezeichnet (vgl. Chesnais 2004: 217 ff., Demirović/Sablowski 2012, Sablowski 2011, Zeller 2003).[5] Zur Etablierung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes und der dazugehörigen Regulationsweise waren sowohl die Aufgabe von Bretton Woods (1973) als auch die Liberalisierung der globalen Finanzmärkte sowie die Privatisierung zahlreicher staatlicher Aufgaben notwendige Veränderungen (Harvey 2004: 194, Hirsch 2002: 99 ff.). Eine Dominanz des hochkonzentrierten finanziellen Anlagevermögens ist seit 1979/80 zu erkennen (vgl. Chesnais 2004: 217), was mit einer enormen Ausweitung von Spekulationsmöglichkeiten für international agierendes Kapital einhergeht (vgl. Chesnais 2004: 241 ff., Frank 2009: 113 ff., Wallach 2013: 16), wovon mittlerweile auch der Immobilienmarkt verstärkt betroffen ist.

Die Etablierung des finanzdominierten Akkumulationsregimes wurde von einem politischen und wirtschaftlichen Reformkatalog begleitet, der in Deutschland mit der Agenda 2010 an seinem vorläufigen Höhepunkt angekommen ist. Im Zuge der Umstrukturierung des deutschen Sozialstaates werden ehemals staatliche Verantwortungsbereiche wie sozialer Wohnungsbau, Altersvorsorge oder Gesundheitsversorgung zunehmend privatisiert (vgl. Kannankulam 2008: 186, 320 ff., Lessenich 2008: 89) und der Warenförmigkeit untergeordnet (vgl. Husson 2004: 148). Durch die Kommodifizierung öffentlicher Anlagewerte (vgl. Harvey 2007b: 45 ff.) werden auch soziale Risiken privatisiert.

Die Strukturreformen, die im internationalen Kontext zu sehen sind, werden häufig mit dem Begriff Neoliberalismus[6] zusammengefasst und weisen auf nationaler Ebene unterschiedliche Ausprägungen auf (vgl. Harvey 2007a, Ptak 2008: 23 ff.). Die Kernelemente der neoliberalen Politik werden häufig auch mit den Schlagworten Deregulierung, Flexibilisierung, Liberalisierung, Privatisierung und Eigenverantwortung umschrieben:

> „Das bedeutet Abbau von Schutzrechten und Marktbeschränkungen (Deregulierung), von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen

(Freihandel), die Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge (Privatisierung), die Schaffung immer neuer Märkte (Liberalisierung) und die erzwungene Anpassung der Individuen an den Marktmechanismus (Flexibilisierung).“ (Ptak 2008: 84)

Die dadurch ermöglichte Aneignung von bisher nicht (vollständig) der Kapitalakkumulation unterworfenen Bereichen, bspw. durch die Umwandlung verschiedenster Eigentumsrechte in Privateigentumsrechte, führt zu einer Dominanz des Finanzsektors, also zu einer Finanzialisierung (Harvey 2007b: 47 f.).

Auch auf städtischer Ebene setzt sich die neoliberale Logik des Einzugs von mehr Wettbewerb in möglichst viele Lebensbereiche durch eine unternehmerische Stadtpolitik fort (vgl. Schipper 2013a), wobei Stadtverwaltungen zunehmend marktwirtschaftliche Lösungen für stadtpolitische Aufgaben favorisieren.

5. Wirkungen der Finanzialisierung auf den deutschen Immobilienmarkt

Durch die Finanzialisierung werden große institutionelle Anleger zunehmend am Immobilienmarkt aktiv. Wie bereits dargelegt, kam es durch die neoliberale Reformpolitik zu einer Rechtfertigung des Abbaus sozialer Leistungen, wovon auch der soziale Wohnungsbau betroffen war. Staatlicher Wohnungsbau wurde als nicht finanzierbar gebrandmarkt, was auch als Argument gegen öffentliche Wasserversorgung oder andere soziale Dienstleistungen herangezogen wird (vgl. Häußermann et al. 2008: 80 ff.). Der soziale bzw. staatliche Wohnungsbau wich zunehmend einer stärkeren Eigentumsförderung und einer vermieterfreundlicheren Mietgesetzgebung. Damit erfolgte „in vielen Ländern Europas eine stärker marktgeregelte anstelle einer sozial abgefederten Wohnraumversorgung“ (Heeg 2013a: 78). Zwischen 1999 und 2010 veräußerten deutsche Kommunen und Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung einen großen Anteil ihrer Wohneinheiten (vgl. Held/ Lorenz-Hennig 2011: 5), womit Kommunen in großem Maße wohnungspolitische Steuerungsmöglichkeiten aufgaben (vgl. Heitel et al. 2011: 41).

Durch den Abbau des staatlich subventionierten Wohnungsbaus und die Erleichterungen für Finanzmarktakteure, Kapital am Wohnungsmarkt gewinnbringend einzusetzen, kam es zu einer Finanzialisierung der Immobilienmärkte (vgl. Holm 2011: 12). Die Finanzialisierung sorgt seitdem für eine Ausweitung internationaler Investmentmöglichkeiten und die Entwicklung von neuen Finanzmarktinstrumenten und damit für eine Zunahme von institutionellen Anleger_innen am Immobilienmarkt. Dies geht mit der Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmer_innen und Kleinanleger_innen durch Pensionsfonds und private Rentenversicherungen einher (vgl. Heeg 2013a: 78) und wird durch die Zunahme der Eigenverantwortung, die Deregulierung von Finanzmärkten sowie die Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zum Immobilienmarkt verstärkt (ebd.: 80 ff.). Auch der deutsche Wohnungsmarkt wird stärker als zuvor von Finanzmarktakteuren wie globalen Finanzdienstleister_innen dominiert. Dies wurde durch den gezielten Abbau von Eintrittsbarrieren für ausländisches Kapital (vgl. DV 2007: 34)

zum Beispiel im Rahmen der vier Finanzmarktförderungsgesetze zwischen 1990 und 2002 ermöglicht. „Diese [Finanzmarktförderungsgesetze] lockerten schrittweise auch den Bewegungs- und Gestaltungsfreiraum für die unterschiedlichen Kapitalanlagen in Immobilien und erweiterten damit die Investitionsmöglichkeiten für in- und ausländische Investoren." (Dörry 2010: 354)

Durch die gesetzliche Zulassung der Immobilien-Aktiengesellschaften (Real Estate Investment Trusts kurz: REITs) mit börsennotierten Anteilen wurde die Attraktivität von Immobilien als Anlagegut, zunächst 1961 in den USA (vgl. Frank 2009: 22 ff.) und später auch in anderen Ländern, weiter gefördert. Die Immobilien-Aktiengesellschaften wurden in Deutschland erstmals 2007 zugelassen (vgl. FAZ.NET 2006) und dürften die zunehmende Dynamik am Immobilienmarkt angeheizt haben.[7] Nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA kam es spätestens seit 2011 wieder zu verstärkten Investitionen am deutschen Immobilienmarkt (vgl. Franke/Lorenz-Hennig 2014: 3) weil Deutschland zunehmend als sicherer Anlagestandort gesehen wird (Heeg 2013b).

Immobilien haben sich zu einer Kapitalanlageform wie jede andere entwickelt, die dem Vergleich mit anderen Anlagemöglichkeiten standhalten muss; dazu unterliegen „Immobilienportfolios institutioneller Anleger stetigen Bewertungen, die mit der Bereitschaft einhergehen, weniger ertragreiche und risikoreiche Objekte abzustoßen" (Heeg 2011: 185). Damit wird der Anlagedruck auf den Immobilienmärkten nochmals erhöht.

6. Die Hierarchie von Städten und Wohnungsmärkten

Wie bereits erwähnt, sind besonders Großstädte und Ballungszentren von den Mietpreissteigerungen betroffen, weil diese im internationalen Kontext als Knotenpunkte globaler Wertschöpfungsketten und Standorte von Unternehmenszentralen eine zentrale Rolle spielen. Entsprechend der Hierarchie von Unternehmen hat sich auch eine Hierarchisierung der Städte herausgebildet (vgl. Schipper 2013b). Diese Hierarchisierung spiegelt sich auch in der Investitionsneigung von Immobilienanleger_innen wider (vgl. Heeg 2011: 187). So konzentrierten sich 74 Prozent der Liegenschaften deutscher offener Immobilienfonds (nach Verkehrswert) auf die Regionen Rhein/Main, Rhein/Ruhr, Hamburg, Berlin, München und Stuttgart, während sich 16 Prozent in weiteren Verdichtungsräumen und nur 10 Prozent in anderen Regionen und Städten fanden (vgl. Heeg 2008: 85). Der Grund für diese Präferenz liegt darin, dass die großstädtischen Immobilienmärkte im Vergleich zu kleinstädtischen profitträchtiger sind (vgl. Heeg 2008: 85; 2011: 187 ff.). Die *rent gap* (Smith 1979), die Lücke zwischen der tatsächlich realisierten und der möglichen Grundrente, ist in den Großstädten viel größer (vgl. Schipper 2013b): Die prosperierende regionale Wirtschaftsentwicklung sorgt für eine höhere Nachfrage nach Büro- und Wohnimmobilien. Der Bedarf an (hochwertigen) Büroimmobilien entsteht, weil die dort angesiedelten Firmen der Finanz- und Unternehmensdienstleistungen auch die entsprechenden physischen Infrastrukturen benötigen. Den Unternehmen folgen auch Arbeitskräfte, die nach Wohnraum verlangen: Die „veränderten Bedürfnisse des produktiven wie des Finanzkapitals [haben] an diesen Standorten neue Arbeitsmarktsegmente

geschaffen“, weshalb „flexible, mobile, leistungsorientierte, hoch qualifizierte Arbeitskräfte“ benötigt werden (Frieling 2012: 28). Die Ursachen dafür liegen im „Übergang zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie, [in der] intellektuelle Arbeit und menschliche Kreativität zu einem zentralen Produktionsfaktor“ (Häußermann et al. 2008: 177) geworden sind. Diese Arbeitskräfte sind auf kurze Wege angewiesen und erhalten gleichzeitig überdurchschnittliche Einkommen, was Wohnungsanbieter_innen Mietpreissteigerungen in den innerstädtischen Lagen ermöglicht (vgl. Frieling 2012: 29). Allgemein steigen in den deutschen Metropolen seit 2010 die Mietpreise enorm an, ebenso die Nachfrage nach Immobilien, nicht zuletzt wegen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (vgl. Haas et al. 2013: 4 ff., Micheli/Schmidt 2013: 23).

Dabei kann es zu einer Art Abkopplung von der lokalen Wirtschaftsentwicklung kommen, weil der Immobilienboom aufgrund der oben genannten Entwicklungen sehr stark von international tätigen Investor_innen abhängt (Heeg 2011: 187 f.). Ist besonders viel Kapital auf der Suche nach guten und sicheren Immobilienanlagen, so kann es dazu kommen, dass „sogar B-Lagen akzeptiert“ werden (ebd.), weil die Renditechancen in den A-Lagen sinken (Heeg 2013: 89 f.). Hier werden als B-Lagen solche Standorte bezeichnet, die entweder innerstädtische Randlagen oder suburbane Räume in den Metropolen sind oder aber kleinere Großstädte bzw. mittlere Städte, die eine solide wirtschaftliche Dynamik erleben und dadurch gute Renditen versprechen, wie bspw. Universitätsstädte wie Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Göttingen, Konstanz und Mainz (vgl. F+B 2013). Diese B-Lagen kennzeichnet entsprechend, im Gegensatz zu den Agglomerationskernen, zeitlich verzögerte Preissteigerung für Immobilien und Mieten sowie verspätetes Tätigwerden von Finanzinvestor_innen.

So deuten Untersuchungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (vgl. bspw. Held et al. 2012: 9, Schürt 2013: 2) darauf hin, dass die Entwicklung im Umland von Agglomerationen und in verstädterten Regionen in Deutschland an Dynamik zunimmt. Auch hat laut einer Studie des Immobilienverbandes Deutschland (IVD) der Mietpreisanstieg in den Mittelstädten mit 250.000 bis 500.0000 Einwohner_innen von 1,4 Prozent (2011/12) auf 5,25 Prozent (2012/13) zugenommen (vgl. Rottwillm 2013). So kommt der Vizepräsident des IVD zu dem Schluss, dass „[i]n den Mittel- und Kleinstädten [...] die Preise deutlich stärker gestiegen [sind] als in den Vorjahren“, weil „[d]ie Nachfrage nach Wohnungen [...] sich in den vergangen Monaten auch in die kleineren Städte verlagert“ hat (Schick, zit. nach Rottwillm 2013). Zusätzlich stellt das Marktforschungsinstitut F+B fest, dass sich jüngst die „Preise von Eigentumswohnungen und die Neuvermietungsmieten [...] an den Standorten mit einem hohen Studentenanteil besonders dynamisch“ entwickeln, weshalb zur Zeit ein „Investitionsboom in vielen dieser Orte“ zu verzeichnen ist (F+B 2013: 1) – wachsende Studierendenzahlen erzeugen aus Investor_innensicht eine positive Marktdynamik am Immobilienmarkt (vgl. Kaiser 2014).

Im Folgenden soll mit der Stadt Göttingen eine solche Stadt mittlerer Größe etwas genauer untersucht und den Ursachen der Mietpreisentwicklung auf den Grund gegangen werden.

7. Immobilienmarkt in Göttingen – Aufstieg einer B-Lage

Die Stadt Göttingen, die knapp 130.000 Einwohner_innen zählt, wobei die Wanderungsbilanz in den letzten Jahren positiv ist (GÖSIS), ist eines von elf Oberzentren Niedersachsens (vgl. Niedersächsische Landesregierung 2012: 4) und das wichtigste Zentrum in Südniedersachsen (vgl. Cassing 2013). Die wirtschaftliche Leistungskraft (BIP zu Marktpreisen) liegt im Landkreis Göttingen zwar mit 29.441 Euro pro Erwerbstätigem unter dem Bundesdurchschnitt von 31.702 Euro pro Erwerbstätigem (vgl. Statistische Ämter der Länder 2013), seit 2008 ist die Wachstumsrate im Landkreis Göttingen aber um knapp vier Prozent höher als im Bundesdurchschnitt (eigene Berechnung). Die Stadt ist nach eigener Darstellung zu einem guten Teil von der Wissensökonomie geprägt (vgl. Leuner-Haverich 2002; 2012). Von besonderer Bedeutung ist in diesem Bereich die Universität. So waren 2010 mehr als ein Viertel der Beschäftigten (direkt oder indirekt) in Forschung und Lehre tätig, und durch den Wissenschaftsbereich wurden rund 830 Millionen Euro an regionalwirksamen Ausgaben getätigt (Investitionen, privater Konsum; Leuner-Haverich 2012). Darüber hinaus gibt es im Landkreis Göttingen im niedersachsenweiten Vergleich eine gewisse Konzentration von wissensintensiven Dienstleistungen und Industrien (Legler/Schasse 2004: 16 ff.). In der Arbeitsamtsregion Göttingen[8] sind in den Wissensdienstleistungen mehr als ein Drittel der Beschäftigten angestellt (vgl. Cassing 2013: 26). So ist die Beschäftigtenzahl in der Stadt Göttingen von 2006 bis 2011 von 58.000 auf 63.538 gestiegen, was vor allem an der Zunahme der Beschäftigung im tertiären Sektor liegt (Leuner-Haverich 2012). Dabei macht der Zuwachs der Beschäftigten im wissenschaftlichen Sektor rund ein Drittel aus (eigene Berechnung nach Leuner-Haverich 2012).

Ein wichtiges wirtschaftliches Standbein der Universitätsstadt sind folglich dem Wissenschaftsstandort nahestehende Dienstleistungen und Unternehmen, die in den letzten Jahren eine positive Entwicklung verzeichnet haben. Diese Entwicklung, so die hier vertretene These, lässt darauf schließen, dass die Stadt – eben als eine attraktive B-Lage – gerade im Bereich der (Wohn-) Immobilien zunehmend in den Fokus von Anleger_innen rücken dürfte.

7.1. Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt

Einen ersten Eindruck von den Entwicklungen auf dem Göttinger Mietwohnungsmarkt gibt die Steigerung der Neuvermietungsmieten um 17 Prozent zwischen dem zweiten Quartal 2008 und 2013 (F+B 2013: 2). Diese Steigerung ist um vier Prozent größer als im Durchschnitt der deutschen Universitätsstädte. Unter den Universitätsstädten ist die Göttinger Mietpreissteigerung die drittgrößte (vgl. F+B 2013: 2). Das nun erreichte Niveau der Neuvermietung von 7,50 €/m² im zweiten Quartal 2013 (F+B 2013: 2; die Studie von Wieland (2014: 3) ermittelt einen durchschnittlichen Mietpreis von 7,91 €/m²) war unter den Universitätsstädten aber nur Mittelfeld – man kann hier von einer nachholenden Entwicklung sprechen. Damit ist das durchschnittliche Mietniveau bei Neuvermietung größer als das in Berlin mit 7,10 €/m² (F+B 2014b: 7). Die Neuvertragsmieten in den übrigen Großstädten liegen aber wesentlich über dem Göttinger Niveau (bspw. München: 12,20 €/m², Frankfurt

am Main: 10,20 €/m², Stuttgart und Hamburg: 9,60 €/m²; F+B 2014b: 7), die durchschnittliche Angebotsmiete in Deutschland allerdings mit 6,59 €/m² (Schürt 2013: 3) erheblich darunter.

Die Angebotsmieten in Göttingen stiegen nicht nur, wie oben deutlich wurde, im Vergleich zu anderen Universitätsstädten überdurchschnittlich an, sondern auch im niedersachsenweiten Vergleich (vgl. NBank 2013: 15) – 2012 gehörte die Mietpreissteigerung im Landkreis Göttingen mit mehr als vier Prozent gegenüber dem Vorjahr gar zu den Spitzenwerten in Deutschland (vgl. Schürt 2013: 6). Der Göttinger Wohnungsmarkt hat also ein – im Vergleich zu anderen Universitätsstädten als potenzielle B-Lagen – durchschnittliches Mietpreisniveau, die Preissteigerungen haben aber in letzter Zeit verstärkt zugenommen.

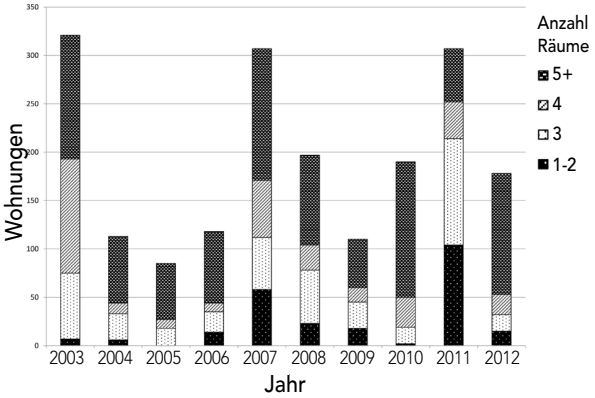
Die Preisentwicklung auf dem Göttinger Mietwohnungsmarkt hat nach der Wirtschaftskrise 2008 zugenommen. Allerdings stagnierte die Entwicklung der Kaufpreise für Wohneigentum: So sanken die Kaufpreise von Ein- und Zweifamilienhäusern von 2007 auf 2008 von ca. 1.620 €/m² im Jahr 2007 auf knapp 1.300 €/m², stiegen dann jedoch wieder bis ins Jahr 2011 auf 1.670 €/m² (GEWOS 2013: 23). Ähnlich, wenn auch auf niedrigerem Niveau, verhielt es sich mit den Eigentumswohnungen. Deren Kaufpreise sanken von 1.430 €/m² 2007 im Jahr 2008 um 100 €/m² und stiegen dann bis 2011 auf 1.490 €/m² (GEWOS 2013: 24). Durchschnittliche Kaufpreise für Eigenheime liegen in der Stadt Göttingen jedoch mehr als 25.000 € über den durchschnittlichen Angebotspreisen (Held et al. 2012: 11). Solche deutlich höheren Kauf- als Angebotspreise sind ein Zeichen für die guten Profitchancen auf dem Wohnimmobilienmarkt (vgl. ebd.), und sprechen für das große Interesse an einem Eigenheim (vgl. Helbrecht/Geilenkeuser 2012: 434). Dieser Befund wird zusätzlich von neueren Daten des Gutachterausschusses für Grundstückswerte gestützt: 2013 sind die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser in der Stadt Göttingen gegenüber dem Vorjahr um bis zu 15 Prozent gestiegen (vgl. Schubert 2014).

Der Grund für diese Entwicklung liegt nicht unbedingt in einem Anstieg der Nachfrage nach Wohnraum im Allgemeinen (vgl. Wieland 2014), sondern vielmehr in der Profitorientierung der Wohnungsakteure. So wird an der Einwohner_innenentwicklung der Stadt deutlich, dass die Bevölkerungszahl in den letzten drei Jahren lediglich um 1.665 Einwohner_innen (+1,3 Prozent) zugenommen hat, aber ähnlich viele Menschen auch in der jüngeren Vergangenheit in Göttingen wohnten – ähnliches gilt auch für die Entwicklung der Studierendenzahlen (vgl. Wieland 2014). Die Zahl der Wohnungen ist in Göttingen seit dem Jahr 2000 um mehr als 2.700 auf nun 65.100 im Jahr 2012 gestiegen (GÖSIS). Es ist auf den ersten Blick also keine Verknappung aufgrund der Entwicklung von Angebot und Nachfrage zu erkennen, die die Mietpreissteigerungen der letzten Jahre erklären würde. Entscheidend für die Situation auf dem Wohnungsmarkt dürften deshalb die städtische Politik und die Strategien von Vermieter_innen und Investor_innen in verschiedenen Wohnungssegmenten in Göttingen sein.

7.2. Beginnende Finanzialisierung des Wohnungsmarktes

Wie beschrieben finden die Mietpreissteigerungen statt, obwohl in den letzten zehn Jahren, mit Ausnahme von 2005, jährlich mehr als 100 Wohneinheiten

(WE) neu gebaut wurden und der Wohnungsbestand in dieser Zeit um mehr als 1.900 WE angewachsen ist. In Abb. 1 kann man erkennen, dass kleine Wohnungen, in denen überwiegend Personen mit geringen Einkünften wohnen, 2011 erstmals in größerer Zahl (ca. ein Drittel) neu entstanden. Es wird auch deutlich, dass „ein schwankender, allerdings stets hoher Anteil an Wohnungen mit 5 und mehr Räumen“ gebaut wurde, was „für eine Konzentration der Bautätigkeit in den vergangenen Jahren auf Ein- und Zweifamilienhäuser“ spricht (GEWOS 2013: 19), wobei es sich für gewöhnlich nicht um Mietwohnungen handelt. Entsprechend sind seit dem Jahr 2003 neue Wohnungen zu mehr als einem Drittel in Einfamilienhäusern (737 WE) und zu knapp zwei Dritteln (1178 WE) in Mehrfamilienhäusern entstanden (vgl. Abb. 2). Der Einfamilienhausbau sorgt jedoch auf dem Mietwohnungsmarkt kaum für Entlastungen.



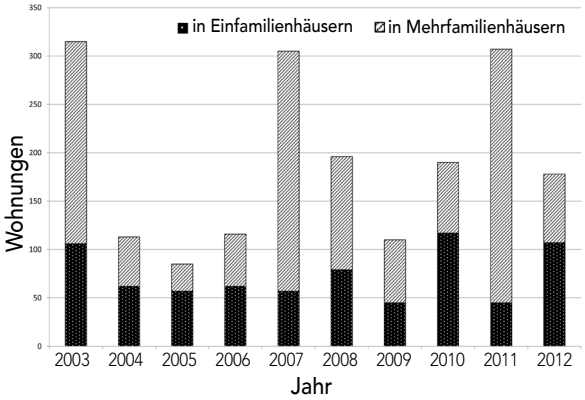


Abb. 1 Fertiggestellte Wohnungen in Göttingen nach Zahl der Räume (Eigene Darstellung nach GÖSIS)

Abb. 2 Fertiggestellte Wohnungen in Göttingen nach Gebäudeart (Eigene Darstellung nach GÖSIS)

Von Bedeutung ist also der Neubau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Hier zeigt sich, dass institutionelle Anleger zunehmend auf den Göttinger Wohnungsmarkt drängen, was für eine zunehmende Finanzialisierung spricht. Unlängst ist zum Beispiel das Projekt „Quartier am Leinebogen“ von der institutionellen Anlegerin (vgl. Abschnitt 5) Delta Bau AG entwickelt und umgesetzt worden. Die Delta Bau AG ist Teil der Delta Immobilien Gruppe, die mit ihren Tochterfirmen die gesamte Bandbreite von Immobilienentwicklung, über den Bau und die Modernisierung bis hin zur Verwaltung oder Vermarktung zu ihrem Geschäftsfeld zählt (vgl. Delta Immobilien Gruppe 2013). Die Delta Immobilien Gruppe investiert eigenes Kapital und/oder das Kapital anderer institutioneller, aber kleiner Anleger. Dabei hat sie ihren räumlichen Schwerpunkt in der Region Hannover, ist aber auch deutschlandweit sehr aktiv. Mit dem „Quartier am Leinebogen“ (City-Lage) sollte eine städtebauliche Lücke geschlossen werden, die durch den Abriss des Ende der 1990er Jahre stillgelegten alten Stadtbades entstanden war. Der Verkauf des 3.600 m² großen Geländes durch die Stadt an die Delta Bau AG für etwas mehr als eine Million Euro (vgl. Brakemeier 2010) sorgte für Empörung (vgl. auch Göttinger Stadtinfo o. J.). So bezeichnet der Verein Stadt und Planung Göttingen e. V. (2009) diesen Verkauf als „Kniefall vor den Investoren und eine Verschleuderung von öffentlichem Eigentum“. Der Verkauf von öffentlichem Eigentum an private Akteure ist Teil der Privatisierung von Städten und somit eines von vielen Beispielen für ‚unternehmerische Stadtpolitik‘ (Schipper 2013a), wobei sich die Maßnahmen von Stadtverwaltungen verstärkt an betriebswirtschaftlichen Kriterien messen lassen müssen.

Auf dem Gelände (1A-Lage) entstanden in zwei Gebäudekomplexen 1.500 m² Ladenfläche, knapp 2.600 m² Büro- und Praxisflächen sowie mehr als 1.700 m² Wohnfläche (vgl. Delta Bau AG 2013; o. J.). Die Delta Bau AG investierte hier rund 14 Millionen Euro in die beiden Gebäude, die sie nun selbst bewirtschaftet (Brakemeier 2010, Delta Bau AG 2013). In die Gestaltung des umliegenden Außengeländes investierte die Stadt bislang rund 1,5 Millionen Euro, unter anderem für die Neugestaltung des anliegenden Leinekanals und eine neue Fußgängerbrücke (GT 2013). Die 20 in dem südlichen der beiden Gebäude entstandenen Wohnungen, die unmittelbar nach ihrer Fertigstellung im Frühjahr 2013 bezogen worden sind, haben eine Größe von 65 bis 115 m² und werden zu einer Nettokaltmiete von 10 bis 11 €/m² vermietet (eigene Berechnungen nach Delta Bau AG o. J.). Damit sind diese Wohnungen, im Göttinger Vergleich, am oberen Ende der Mietpreisskala angesiedelt.

Es gibt auch andere Beispiele für jüngst entstandene Wohnungsneubauten, die von institutionellen Investor_innen und Projektentwickler_innen durchgeführt werden oder in Planung sind – bspw. die beiden Projekte der EBR Projektentwicklung GmbH im Nonnenstieg 72-72a (170 Eigentumswohnungen) und in der Geismar Landstraße 19-21a (23 Eigentumswohnungen), wo für den gehobenen Bedarf gebaut wird (vgl. EBR 2013). Die EBR Projektentwicklung GmbH ist ein Joint Venture aus sechs Immobilienunternehmen, das die klassische Aufgabe der Projektentwicklung der beiden Immobilienobjekte übernommen hat. Solche Projektentwickler_innen stehen für gewöhnlich im „Zentrum des Entwicklungsprozesses" (Heeg 2008: 62) von Immobilien und sind wichtige Vermittler_innen zwischen Finanzinvestor_innen, Bauwirtschaft und lokaler Wohnungswirtschaft (vgl. ebd.: 62 ff.). Nur geringfügig anders verhält es sich mit jüngsten Immobilienprojekten, deren Zielgruppe Studierende sind. In der Annastraße wird zurzeit in universitätsnaher Lage ein sogenanntes Studentenwohnheim im Auftrag der Kapitalgesellschaft MS Wohnbau GmbH gebaut. Zwischen der Hannoverschen Straße 6 und der Philipp-Reis-Straße 8, ebenfalls unweit der Universität, entstehen gerade 33 Ein-Zimmer-Appartements und eine für drei Studierende gedachte Wohnung (vgl. GbR Lorenz/Sgodda 2014). Die Mietpreise für die Ein-Zimmer-Apartments bewegen sich dabei zwischen 9,65 €/m² und 10,74 €/m², der Preis für die Dreier-WG liegt bei 8,51 €/m² (eigene Berechnungen nach GbR Lorenz/Sgodda 2014) – diese Preise sind im Göttinger Vergleich leicht überdurchschnittlich. Bei diesen beiden Projekten sind Projektentwickler_in und Investor_in jeweils in einer Hand. Hier liegt also wiederum eine etwas anders gelagerte Akteurskonstellation in der Immobilienentwicklung vor als bei den beiden voran genannten Beispielen, die überwiegend externes Kapital in Immobilien anlegen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch sie intermediäre Akteure bei der Vermittlung zwischen Finanzinvestor_innen, Immobilienmarkt und Grundstücksmarkt sowie der Bauwirtschaft sind.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass es in Göttingen möglich ist, die im deutschlandweiten Vergleich durchschnittlichen Mietzinsen zu steigern und auch hochpreisige Wohnungen zu vermieten. Dieser „leichte Vermietermarkt" (Interview 1), auf dem es mittlerweile möglich ist, die *rent gap* zu verkleinern, macht die B-Lagen-Stadt Göttingen auch für überregionale institutionelle Investor_innen und Projektentwickler_innen attraktiv

(vgl. Abschnitt 5), die bisher aufgrund der besseren Renditechancen eher in großstädtischen Lagen investierten. Die städtische Politik unterstützte die Entwicklungen durch ihre Entscheidungen, wie beim „Quartier am Leinebogen“ durch den umstrittenen Verkauf des Stadtbadareals und die Neugestaltung des Außenbereichs des Projektes.

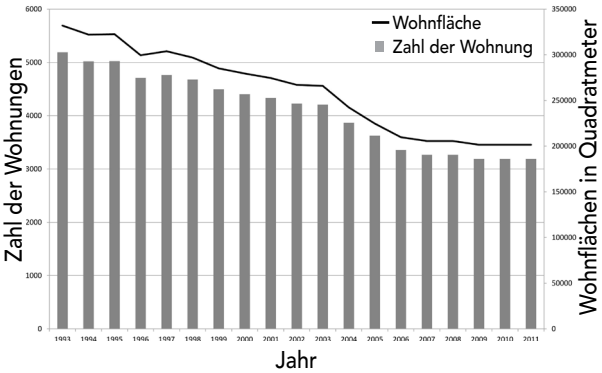
An Entwicklungen wie diesen entzünden sich auch in Göttingen Proteste. Zum Beispiel gründete sich im Stadtteil Ostviertel eine Bürgerinitiative, die die Bebauungspläne für den Nonnenstieg 72-72a öffentlich mehrfach kritisierte. Die Stadtbewohner_innen erleben diese Prozesse als Ausschluss von urbanen Ressourcen und fordern ihr Recht auf Stadt oder wenigstens Mitbestimmung.

7.3. Verknappung günstiger Mietpreissegmente – Folge ‚normaler‘ marktförmiger Entwicklung?

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, was die Gründe dafür sind, dass die Mietpreise in Göttingen in jüngster Zeit gesteigert werden konnten und die Stadt für institutionelle Investor_innen zu einem attraktiven Anlagefeld geworden ist. Der entscheidende Punkt ist dabei, dass der preisgünstige Wohnraum einer Verknappung unterliegt.

Auf dieses Segment greifen Personen zu, „die sich aus finanziellen Gründen oder aufgrund ihrer sozialen Eigenschaften nicht eigenständig mit Wohnraum versorgen können“ (GEWOS 2013: 26). Dieses Segment wird in der Stadt sehr stark von Geringverdiener_innen, Transferleistungsbezieher_innen, Studierenden und Rentner_innen mit geringen Einkommen bewohnt. Mit dem Rückbau der staatlichen Sicherungssysteme ging der soziale Wohnungsbau zurück und die Mietpreisbindungen für Sozialwohnungen liefen bzw. laufen aus (vgl. Abschnitt 3), was auch in Göttingen zu einer Verknappung im preisgünstigen Mietsegment führt. So ist seit dem Jahr 2000 die Zahl der Sozialwohnungen von 4.402 um mehr als ein Viertel auf 3.191 Wohnungen im Jahr 2011 gesunken (vgl. Abb. 3). Darüber hinaus kommt das schon zitierte GEWOS-Gutachten zu dem Schluss, dass in Göttingen zurzeit „1.500 preisgünstige Wohnungen für Einpersonenhaushalte“ fehlen (GEWOS 2013: 83). Außerdem haben „große Familienhaushalte [...] Schwierigkeiten sich mit einem adäquaten Wohnungsangebot zu versorgen“, weil „viele preisgünstige Wohnungen von Personen bewohnt werden“, die nicht als preisgünstige Nachfrager_innen einzustufen sind (GEWOS 2013: 79). Dieses Problem trifft besonders Großfamilien mit Migrationshintergrund, wie ein leitender Mitarbeiter einer Göttinger Wohnungsbaugesellschaft anmerkt (Interview 1).

Ein weiterer Grund für die Verknappung im günstigeren Mietpreissegment ist das Ausnutzen der Mieter_innenfluktuation. Der Göttinger Wohnungsmarkt ist im niedersachsenweiten Vergleich durch eine hohe Mieter_innenquote und eine geringe Selbstnutzer_innenquote gekennzeichnet (vgl. NBank 2010: 40 ff.). Besonders wichtig sind in Göttingen kleine Wohnungen, da auf dieses Segment sehr viele Gruppen, wie „Studenten, Senioren, und Transferleistungsempfänger“, zugreifen (GEWOS 2013: 21). In diesem Segment sind die durchschnittlichen Angebotsmieten für Einzimmerwohnungen in der Stadt Göttingen mit 9,99 €/m² „besonders teuer“ (GEWOS 2013: 21, vgl. auch Abb. 4).



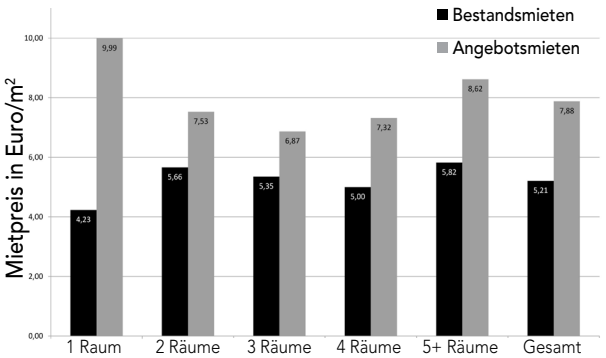


Abb. 3 Entwicklung des Sozialwohnungsbestandes in der Stadt Göttingen (Eigene Darstellung)

Abb. 4 Angebots- und Bestandsmieten in Göttingen nach Zahl der Räume (Eigene Darstellung nach GEWOS 2013, S.22f.)

Die Mietpreise in diesem Segment sind so hoch, weil dies insbesondere für Studierende attraktiv ist (vgl. GEWOS 2013: 77), die relativ oft zum Beispiel aufgrund von Universitätswechsel umziehen. Die dadurch entstehende Fluktuation „ermöglicht regelmäßige Mietpreisanpassungen“ in genau den Beständen, auf die die Studierenden angewiesen sind, weshalb ein deutscher Internetmarktplatz für Immobilien, ImmobilienScout24, Studierende als Mieter_innen anpreist (ImmobilienScout24 2013). Dass diese Segmente aufgrund hoher Fluktuation in Göttingen teurer werden, wird daran deutlich, dass die Bestandsmieten von Ein-Raum-Wohnungen mit durchschnittlich 4,23 €/m² im Vergleich zu den Angebotsmieten weniger als halb so teuer sind (GEWOS 2013: 22, vgl. Abb. 4). Die Bestandsmieten werden aus erhebungstechnischen Gründen bei den großen Göttinger Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften erhoben, die ihre Mieten anders als kommerzielle Vermieter_innen nicht bei jedem Mieter_innenwechsel anheben. An dieser Diskrepanz zwischen Angebots- und Bestandsmieten für Ein-Zimmer-Wohnungen wird deutlich, dass Wohnungen in für Studierende attraktiver Lage als Investitionsobjekt interessant sind. Deshalb investieren private Investor_innen in größere Wohnblöcke in universitätsnaher Lage (vgl. Abschnitt 7.2).[9]

Hinzu kommt, was ein leitender Mitarbeiter einer Göttinger Wohnungsbaugesellschaft als „tendenzielles Abdriften“ des Niedrigpreissegmentes in höherpreisige Segmente bezeichnet (vgl. Interview 1). Gemeint sind damit Mietpreissteigerungen durch Sanierungen, Modernisierungen oder Wohngrundrissveränderungen, die die Profitraten der Vermieter_innen steigen lassen. Wenn auch bereits ein früheres Gutachten feststellte, dass im günstigen Preissegment „kein ausreichender Wohnraum“ in der Stadt zur Verfügung stehe (GEWOS 2005: 24), so spitzt sich aktuell die Situation doch erheblich zu und mittelfristig ist keine Verbesserung der Situation absehbar (bspw. fallen bis 2025 weitere 1.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung; vgl. GEWOS 2013: 85).

Die in diesem Abschnitt geschilderten Gründe für die Verknappung des preisgünstigen Wohnraums entstehen vor allem durch die marktförmige Organisation der Wohnraumversorgung aufgrund der Renditekalkulationen der Vermieter_innen und Investor_innen. Das steigende Interesse von institutionellen Investor_innen respektive die Finanzialisierung des Göttinger Wohnungsmarktes verschärfen diese Dynamiken aber zusätzlich.

8. Fazit

In diesem Beitrag wurde argumentiert, dass sich die grundlegenden Konflikte des kapitalistischen Wohnungsmarktes im Zuge der Finanzialisierung der Ökonomie weiter zuspitzen und sich auch auf bisher weniger ‚attraktive' Gebiete ausweiten. Im Anschluss an Harvey lassen sich die Preissteigerungen am deutschen Immobilienmarkt als Folge des Versuchs der Verschiebung der Krise mittels *spatio-temporal fix* interpretieren. Diese Entwicklung wird zusätzlich durch die politisch unterstützte Finanzialisierung des deutschen Immobilienmarktes begünstigt und hat zur Folge, dass nun auch international agierende Investor_innen in der Bundesrepublik investieren. Damit ist verbunden, dass im Zuge der Krise immer mehr Kapital auf der Suche nach einer sicheren und profitablen Anlage in Deutschland ist, welche im Wohnungsmarkt in den ökonomisch prosperierenden Ballungsgebieten und Großstädten gefunden wird. Da aber in der Bundesrepublik, aufgrund ihrer vergleichsweise guten Entwicklung nach dem ersten Kriseneinbruch 2008/2009, mittlerweile sehr viel Kapital auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten ist, rücken zunehmend auch sogenannte B-Lagen mit vergleichsweise großen *rent gaps* in den Fokus der Anleger_innen. Das hat zur Folge, dass im Umland von Ballungszentren und Metropolen sowie in mittleren Städten wie Göttingen mit einer vergleichsweise guten Entwicklung und sicheren Renditechancen der Druck auf dem Wohnungsmarkt zunimmt. In dieses Bild fügen sich die verhältnismäßig hohen Preissteigerungen auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt Göttingen ein.

Die Entwicklungen in Göttingen verdeutlichen *erstens*, dass die lokalen Mietpreissteigerungen eine Folge der marktförmigen Organisation der Wohnraumversorgung sind. Die Vermieter_innen und Investor_innen sind nicht nur gewillt, sondern auch in der Lage, ihre Renditeinteressen in Göttingen durchzusetzen und dabei die vorhandene *rent gap* in größerem Maße auszunutzen. Dabei kommt es durch Modernisierungen und das Auslaufen der Bindungsfrist von Sozialwohnungen zu einer Verknappung des Niedrigpreissegmentes. *Zweitens* wird die Tendenz zur Finanzialisierung besonders beim Wohnungsneubau deutlich, weil das Finanzkapital, vermittelt durch lokale Projektentwickler_innen, zunehmend auf den Göttinger Wohnungsmarkt drängt. Konsequenterweise ist der Neubau von Wohnungen aufgrund der besseren Renditechancen auf den mittleren und vor allem hochpreisigen Mietwohnungs- und Eigentumsbau ausgerichtet. Von Seiten der lokalen Stadtpolitik werden diese Entwicklungen unterstützt oder jedenfalls nicht verhindert.

Die genannten Entwicklungen führen dazu, dass der preisgünstige Wohnraum auch in den B-Lagen-Städten, wie am Beispiel von Göttingen gezeigt, immer knapper und damit die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum zunehmend härter wird. Auch wenn das Ausmaß der Entwicklungen weniger auffällig ist als in den Ballungszentren und Metropolen, sollten sie doch dazu veranlassen, auch die Dynamik in Städten zu beleuchten, die weniger im Zentrum der ‚großen' Diskussion stehen. Die Diskussion um ein Recht auf Stadt, die einen Nichtausschluss von städtischen Ressourcen und Dienstleistungen fordert, ist folglich auch jenseits der Metropolen zu führen, um den Ausschluss zahlreicher Bevölkerungsgruppen zu vermeiden.

Endnoten

[1] Wir danken Hans-Dieter von Frieling und Sebastian Schipper für die hilfreichen Anmerkungen und Kommentare. Wir bedanken uns außerdem bei den Teilnehmenden des Seminars „Arbeitsmethoden der Kultur- und Sozialgeographie (A)“ für das Engagement und die anregenden Diskussionen im Rahmen des Seminars.

[2] Dies geschieht in der Bundesrepublik seit einiger Zeit in den Stadtumbauprogrammen Ost und West. Ziel des „Rückbau[s] dauerhaft leer stehende[r] Wohnungen“ sind dabei die „Reduzierung von Angebotsüberhängen und […] Stabilisierung des Wohnungsmarktes“ (Bundestransferstelle Stadtumbau Ost 2006: 11).

[3] Harvey ergänzt: „The built environment comprises a whole host of diverse elements: factories, dams, offices, shops, warehouses, roads, railways, docks, power stations, water supply and sewage disposal systems, schools, hospitals, parks, cinemas, restaurants – the list is endless.“ (2006: 234 f.)

[4] In älteren Schriften verwendete Harvey den Begriff *spatial fix* (ausführlich dazu Belina 2011).

[5] Das heißt aber nicht, dass sich eine irgendwie geartete ‚Finanzsphäre‘ gegenüber der ‚Realproduktion‘ verselbständigt hat. Das Finanzkapital (als fiktives Kapital) besteht „aus Versprechen bezüglich zukünftiger produktiver Aktivität“ (Chesnais 2004: 226), es „antizipiert“ also „künftige Erträge“ (Serfati 2012: 534, vgl. auch Zeller 2011: 71) – und ist damit auf die produktive Verwertung der sog. ‚Realproduktion‘ angewiesen.

[6] Generell beschreibt ‚Neoliberalismus‘ in diesem Text die politökonomische Interpretation, die mit der Reformpolitik von Reagan und Thatcher ihre Anfänge gefunden hat und sich auf die Konzepte der beiden Nobelpreisträger Hayek und Friedman beruft (vgl. Harvey 2007a: 57 ff.).

[7] Die Befürworter_innen versprachen sich davon eine Erleichterung von internationalen Investitionen für den deutschen Immobilienmarkt (vgl. Deutscher Bundestag 2007: 9024). Bei dieser Entscheidung für die Gesetze sollten die Auswirkungen in den USA beispielweise in Florida bereits bekannt gewesen sein – die REITs führten in den USA bereits zu Baubooms und Immobilienblasen (vgl. Frank 2009: 24).

[8] Der Arbeitsamtsregion gehören neben dem Landkreis Göttingen auch die Landkreise Northeim und Osterode am Harz an.

[9] Ein weiteres Indiz dafür, dass die Fluktuation von Studierenden von Vermieter_innen zu Mietpreissteigerung genutzt wird, ist darin zu sehen, dass der Quadratmetermietpreis für große Wohnungen mit fünf und mehr Räumen wesentlich höher ist als für zwei bis vier Zimmerwohnungen. Bis zu den Dreizimmerwohnungen nehmen die Mietpreise auf 6,87 €/m² ab und steigen dann mit zunehmender Zimmerzahl auf 8,62 €/m² für Wohnungen mit fünf und mehr Räumen (vgl. Abb. 4), die von „Studenten für Wohngemeinschaften und bei Familien mit Kindern sehr gefragt“ sind (GEWOS 2013: 21).

Autor_innen

Thorsten Fehlberg, Geograf und Politikwissenschaftler, befasst sich mit Stadt- und Regionalentwicklung sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
thorsten.fehlberg@web.de

Michael Mießner, Geograf, forscht in Frankfurt/M. und Göttingen zu Raumordnungspolitik, Regionalentwicklung und Wohnungsmarktentwicklung und -politik.
mmiessn@uni-goettingen.de

Literatur

Belina, Bernd (2010): Krise und gebaute Umwelt. Zum Begriff des „sekundären Kapitalkreislaufs“ und zur Zirkulation des fixen Kapitals. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 83, 8-19.

Belina, Bernd (2011): Kapitalistische Raumproduktionen und ökonomische Krise. Zum Begriff des *spatial fix* bei David Harvey. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 55/4, 239-252.

Brakemeier, Michael (2010): Stadtbad: Delta Bau investiert 14 Millionen Euro. Zwei neue Gebäude. In: Göttinger Tageblatt, 22.10.2010.

Brakemeier, Michael (2013): Land Niedersachsen verkauft Göttinger Villa in Toplage. Unter den Hammer. In: Göttinger Tageblatt, 31.10.2013.

Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (2006): Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven. 1. Statusbericht. Erkner: Bundestransferstelle Stadtumbau Ost.

Cassing, Gerhard (2013): Untersuchungen und Anregungen zum Südniedersachsenplan. Regionales Entwicklungsprofil: Wissenschaftsregion Göttingen. Göttingen.

Chesnais, Francois (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime. Theoretische Begründung und Reichweite. In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 217-254.

Delta Bau AG (o. J.): Göttingen bekommt eine neu „Beste Lage!". http://www.quartier-am-leinebogen.de/downloads/Q-a-Leinebogen.pdf (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Delta Bau AG (2013): Immobilien-News. http://www.deltabauag.de/aktuelles/immobilien-news/05860/index.php (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Delta Bau AG / Delta Domizil GmbH / Delta Fonds GmbH (2013): www.quartier-am-leinebogen.de, http://www.quartier-am-leinebogen.de/index.html (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Delta Immobilien Gruppe (2013): www.deltaimmobilien.de (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Demirović, Alex / Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: Analysen der Rosa Luxemburg Stiftung. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Finanzdominierte_Akkumulation.pdf (letzter Zugriff am 24.4.2014).

Deutscher Bundestag (2007): Plenarprotokoll 16/89. Stenografischer Bericht. http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16089.pdf (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Dörry, Sabine (2010): Europäische Finanzzentren im Sog der Finanzialisierung. Büromärkte und Stadtpolitik in Frankfurt, London und Paris. In: Informationen zur Raumentwicklung 5/6, 351-364.

DV [Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.] (2007): Zur Ökonomisierung der Immobilienwirtschaft. Entwicklungen und Perspektiven. Bericht der Kommission des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/WohnenImmobilien/Immobilienmarktbeobachtung/MethodenMaterialien/Dokumente/Veroeffentlichungsliste/KommissionsberichtImmobilienwirtschaft_info.html?nn=444728 (letzter Zugriff 14.2.2014.)

EBR [EBR Projektentwicklung GmbH] (2013): Homepage. http://www.ebr-immobilien.com/ (letzter Zugriff am 14.3.2014).

F+B (2013): Hochschulstandorte mit überdurchschnittlichem Anstieg bei Neuvermietung und Preisen von Eigentumswohnungen. F+B-Newsletter im Oktober 2013. http://www.f-und-b.de/pdf/newsletter/F+B_Hochschulstandorte_Mieten_Preise.pdf (letzter Zugriff am 24.4.2014).

F+B (2014a): F+B-Mietspiegelindex 2013. Ortsübliche Vergleichsweiten in Deutschland um 1,3 Prozent gestiegen. Teuerste Metropolen: München, Stuttgart, Köln, Frankfurt und Hamburg. http://www.f-und-b.de/beitrag/fb-mietspiegelindex-2014.html (letzter Zugriff am 3.3.2015).

F+B (2014b): F+B-Wohn-Index Deutschland 2014. Immobilienpreise und Mieten stiegen im vergangenen Jahr um 4 %. http://www.f-und-b.de/files/fb/content/Dokumente/Publikationen/F+B-Wohn-Index_2014Q2.pdf (letzter Zugriff am 3.3.2015).

FAZ.NET (2006): Kabinett beschließt die Einführung von REITs. http://www.faz.net/aktuell/finanzen/fonds-mehr/immobilien-kabinett-beschliesst-die-einfuehrung-von-reits-1384863.html (letzter Zugriff 12.12.2013).

Frank, Stefan (2009): Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise. Saarbrücken: Conte-Verlag.

Franke, Jonathan / Lorenz-Hennig, Karin (2014): Handel großer Wohnungsportfolios in 2012 und 2013. In: BBSR-Berichte KOMPAKT 3/2014. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Frieling, Hans-Dieter von (2012): Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse in der Stadt – Ausdruck kapitalistischer Konkurrenzlogik oder politisches Programm? In: AK Kritische Geographie Frankfurt (Hg.): Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert vom „Wem gehört die Stadt?"-Netzwerk. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie, 21-35.

Frieling, Hans-Dieter von (2014): Wohnraum. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 141-146.

GbR Lorenz/Sgodda (2014): Studentenapartments Göttingen. http://studentenapartments-goettingen.de (letzter Zugriff am 27.5.2014).

GEWOS-Institut für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsförderung GmbH (2005): Mietpreisgefüge in Göttingen. Analyse für die Stadt Göttingen. Hamburg.

GEWOS-Institut für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsförderung GmbH (2013): Wohnbauflächenbedarfsprognose Göttingen 2025. Hamburg.

Göttinger Stadtinfo (o. J.): Stadtbad-Grundstück. http://www.goest.de/stadtbad.htm (letzter Zugriff am 13.12.2013).

GÖSIS – Göttinger Statistisches Informationssystem: Statistisches Informationssystem der Stadt Göttingen. Referat Statistik und Wahlen. http://www.goesis.goettingen.de/ (letzter Zugriff am 23.4.2014).

GT (2013): Quartier „Am Leinebogen" in Göttingens Innenstadt offiziell eröffnet. Delta Bau investiert 14 Millionen, die Stadt 1,5 Millionen Euro. In: Göttinger Tageblatt, 28.6.2013. Haas, Heide / Henger, Ralph / Voigtländer, Michael (2013): Reale Nachfrage oder bloße Spekulation. Ist der deutsche Wohnimmobilienmarkt überhitzt? In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): IW policy paper 8/2013. Köln.

Häußermann, Hartmut / Läpple, Dieter / Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Harvey, David (1985): The Urbanization of Capital. Studies in the History and Theory of Capitalist Urbanization. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Harvey, David (2001): Globalization and the 'spatial fix'. In: Geograpische Revue 3/2, 23-30.

Harvey, David (2004): Die Geographie des „neuen" Imperialismus. Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 183-215.

Harvey, David (2006): The Limits to Capital. London u. a.: Verso.

Harvey, David (2007a): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich: Rotpunkt.

Harvey, David (2007b): Räume der Neoliberalisierung. Zur Theorie der ungleichen Entwicklung. Hamburg: VSA-Verlag.

Harvey, David (2008): The rigt to the city. In: New Left Review 53, 23-40.

Heeg, Susanne (2008): Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront" als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld: Transcript.

Heeg, Susanne (2011): Finanzkrisen und städtische Immobilienmärkte. Die räumlichen Auswirkungen in und zwischen Städten. In: Alex Demirović (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, 181-198.

Heeg, Susanne (2013a): Wohnungen als Finanzanlage. Auswirkungen von Responsibilisierung und Finanzialisierung im Bereich des Wohnens. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 1, 75-99.

Heeg, Susanne (2013b): Wohnen als Anlageform. Vom Gebrauchsgut zu Ware. In: Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis 6/2013, 5-20.

Heitel, Stephanie / Lohse, Moritz / Zahn, Michael / Pfnür, Andreas / Damianakis, Manuela (2011): Wohnungswirtschaft im Wandel. Möglichkeiten und Grenzen öffentlicher Finanzierung in der Wohnraumversorgung. Darmstadt: Universität Darmstadt.

Helbrecht, Ilse / Geilenkeuser, Tim (2012): Demographischer Wandel, Generationeneffekte und Wohnungsmarktentwicklung – Wohneigentum als Altersvorsorge? In: Raumforschung und Raumordnung 70/5, 425-436.

Held, Tobias / Nielsen, Jörg / Waltersbacher, Matthias (2012): Immobilienpreise und Transaktionen am Wohnimmobilienmarkt. Aktuelle Wohnungsmarktentwicklungen und Tendenzen. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Held, Tobias / Lorenz-Hennig, Katrin (2011): Handel mit Wohnungsportfolios weiter auf niedrigem Niveau. In: BBSR-Berichte KOMPAKT 3/2011. Bonn: Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung.

Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag.

Holm, Andrej (2011): Wohnung als Ware. Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 121, 9-20.

Holm, Andrej (2012): Wohnung als Ware. Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung. In: AK Kritische Geographie Frankfurt (Hg.): Wem gehört Frankfurt? Dokumentation des aktionistischen Kongresses vom März 2012, organisiert vom „Wem gehört die Stadt?"-Netzwerk. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie, 36-45.

Husson, Michel (2004): Der Kapitalismus nach der „neuen Ökonomie". In: Christian Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 127-159.

ImmobilienScout24 (2013): Kölner Studenten zahlen höchste Mieten. http://www.immobilienscout24.de/eigentuemer/vermarktung/vermarktungstipps/koelner-studenten-zahlen-hoechste-miete.html (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Kaiser, Lena (2014): Neuer Trend bei Immobilieninvestoren. Spekulation mit Studenten. In: Die Tageszeitung Nord/Hamburg, 11.4.2014.

Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. Hamburg: VSA-Verlag.

Klocke, Katharina (2009): Sanierung am Leineberg, Neubau am Windausweg. Millionen-Investitionen. In: Göttinger Tageblatt, 16.3.2009.

Legler, Harald / Schasse, Ulrich (2004): Wirtschaftlicher Strukturwandel in Niedersachsen. In: Neues Archiv für Niedersachsen 4, 3-23.

Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: Transcript.

Leuner-Haverich, Claudia (2002): Der Wissenschaftsstandort Göttingen und seine wirtschaftliche Bedeutung für die Region. Eine Bestandserhebung. Göttinger Statistik Aktuell Nr. 9. Göttingen.

Leuner-Haverich, Claudia (2012): Der Wissenschaftsstandort Göttingen und seine wirtschaftliche Bedeutung für die Region 2000 bis 2010. Göttinger Statistik Aktuell Nr. 36. Göttingen.

Micheli, Martin / Schmidt, Torsten (2013): Immobilienboom verstärkt den Anstieg der Mieten. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 136, 23-27.

NBank (2010): Wohnungsmarktbeobachtung 2009. Strukturen und Qualitäten im Wohnungsbestand.

NBank (2013): Wohnungsmarktbeobachtung 2012/13. Wohnen in Niedersachsen 2012 – 2030: Investieren in zukunftssichere Bestände.

Niedersächsische Landesregierung (2012): Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP) vom 24.9.2012.

Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-86.

Rottwillm, Christoph (2013): Die Kleinen jagen die Großen. http://www.manager-magazin.de/immobilien/artikel/ivd-preise-und-mieten-fuer-haeuser-und-wohnungen-steigen-weiter-a-925450.html (letzter Zugriff am 6.2.2014).

Sablowski, Thomas (2011): Krise und Kontinuität des finanzdominierten Akkumulationsregimes. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 55/1-2, 50-64.

Schipper, Sebastian (2013a): Genealogie und Gegenwart der „unternehmerischen Stadt". Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schipper, Sebastian (2013b): Global-City-Formierung, Gentrifizierung und Grundrentenbildung in Frankfurt am Main. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 57/4, 185-200.

Schmid, Christian (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. Stuttgart: Steiner.

Schubert, Ulrich (2014): Grundstückspreise in Göttingen steigen rasant. Zietenterrassen und Ostviertel besonders teuer. In: Göttinger Tageblatt, 24.4.2014. http://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Goettingen/Uebersicht/Grundstueckspreise-in-Goettingen-steigen-rasant (letzter Zugriff am 28.4.2014)

Schürt, Alexander (2013): Wohnungsengpässe und Mietensteigerungen. Aktuelle Mietenentwicklungen in den Städten und Regionen. In: BBSR Analysen Kompakt 07/2013. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Serfati, Claude (2012): Die finanz- und rentengetriebene Logik der multinationalen Unternehmen. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 42/4, 531-556.

Smith, Neil (1979): Toward a theory of gentrification. A back to the city movement by capital, not people. In: Journal of the American Planning Association 45/4, 538-548.

Stadt und Planung Göttingen e. V. (2009): Geheime Beschlüsse zur Stadtentwicklung mit fatalen Folgen. http://www.stadtundplanung-goettingen.de/front_content.php?idart=24&lang=1 (letzter Zugriff am 13.12.2013).

Statistische Ämter der Länder (2013): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2011. Stuttgart.

Wallach, Lori (2013): TAFTA – die große Unterwerfung. In: Le Monde diplomatique, 8.11.2013.

Wiegand, Felix (2013a): David Harveys urbane Politische Ökonomie. Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Wiegand, Felix (2013b): David Harveys urbane Politische Ökonomie. In: Emanzipation. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis 2/2013, 35-56.

Wieland, Thomas (2014): Der Göttinger Wohnimmobilienmarkt. Eine Analyse der Angebots- und Nachfragesituation auf dem Göttinger Wohnimmobilienmarkt und besonderer Berücksichtigung der Mietpreise. Göttinger Statistik Aktuell Nr. 39. Göttingen.

Zeller, Christian (2003): Innovationssysteme in einem finanzdominierten Akkumulationsregime. Befunde und Thesen. In: Geographische Zeitschrift 91/3-4, 133-155.

Zeller, Christian (2011): Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und Suche nach neuen Feldern. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 55/1-2, 65-83.

Interviews

Interview 1 (27.6.2013): Interview mit einem leitenden Mitarbeiter einer Göttinger Wohnungsbaugesellschaft zur aktuellen Entwicklung auf dem Göttinger Wohnungsmarkt. Durchgeführt von Julius Knopp.

Rent increase and housing shortage beyond urban agglomerations. Investments in residential estates in class B locations and regional centers – using the example of Göttingen

There is a tendency to increasing rents in the Federal Republic of Germany. This fact is not only relevant for the areas of urban agglomerations but also – due to the neoliberal reforms during the last decades – for smaller cities, e. g. Göttingen, as is shown in this article. Referring to analyses of critical urban studies and the regulation theory this article examines what especially causes the recent rent increase in the class B location of Göttingen. Obviously mechanisms that are typical of the organisations of the housing provision on a market basis in general also influence the local development enormously. Institutional investors are gradually gaining more influence on the housing market of Göttingen. This part of financialization of the local housing market produces an additional increase of the rental prices.

CC BY NC ND

Aufsatz
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 45-74
zeitschrift-suburban.de

Megaevents und *favelas*

Strategische Interventionen und sozialräumliche Effekte in Rio de Janeiro

Malte Steinbrink, Daniel Ehebrecht,
Christoph Haferburg und Veronika Deffner

Häußermann und Siebel konzeptionalisierten 1993 mit der Festivalisierungsthese die stadtpolitische Instrumentalisierung von Großereignissen. Seither haben sich die Events und die theoretische Auseinandersetzung verändert. Hinsichtlich der Megaevents lassen sich derzeit zwei Trends beobachten: 1. der enorme ökonomische wie politische Bedeutungsgewinn der Events und 2. die Events finden immer häufiger im ‚Globalen Süden' statt. Dieser Beitrag untersucht die urbanen Bedingungen und Effekte von Megaevents am Beispiel Rio de Janeiros. Der Fokus liegt auf den in zumeist informell organisierten Wohngebieten einkommensschwacher Gruppen, auf den *favelas*, die sich als besonders sensibles Wirkungsfeld der Festivalisierung erweisen. Im Zuge der Auseinandersetzung mit den urbanen Effekten entwickeln wir eine analytische Perspektive, die sich auf andere Gastgeberstädte im Globalen Süden übertragen lässt. Thematisiert werden exkludierende Strategien und marktimperiale Effekte der Eventvorbereitung. Im Fazit werden diese als *anti-social legacy* zusammengefasst.

Ersteinreichung: 27.10.2014; Veröffentlichung online: 10.4.2015
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Instrumentalisierung sportlicher und kultureller Großereignisse für Stadtentwicklung und -marketing wurde bereits vor über 20 Jahren von Häußermann und Siebel (1993) als ‚Festivalisierung' beschrieben und damit als stadtpolitische Strategie konzeptionell greifbar. Seither haben sich nicht nur die Events verändert. Auch die theoretische Auseinandersetzung mit der ‚Politik der großen Ereignisse' hat in Stadtsoziologie und -geographie an Breite und Tiefe gewonnen (vgl. Altrock et al. 2011). Insbesondere die sogenannten Megaevents (FIFA-WM, Olympische Spiele und die EXPO) sind seit längerem auch Gegenstand internationaler Forschung (vgl. Roche 1994, Andranovich et al. 2001, Horne/Manzenreiter 2006). Im Zusammenhang mit der Vergabe und Ausrichtung dieser Megaevents lassen sich derzeit zwei Trends beobachten, die eine Erweiterung der Forschungsperspektive erforderlich machen. Der erste Trend betrifft den ‚Bedeutungsgewinn der Events'. Das enorme ökonomische wie politische Gewicht (Black 2007), das solche Events in den letzten beiden Jahrzehnten erlangt haben, lässt sich zum einen an der zunehmenden Vermarktung, der gewachsenen weltweiten medialen Aufmerksamkeit[1] und den steigenden Umsätzen, die damit

erzielt werden können, ablesen (vgl. Kitchin 2011). Zum anderen fällt auf, dass die Regierungen der Gastgeberstädte und -staaten verstärkt bereit sind, diese Events mit kapitalintensiven baulich-infrastrukturellen, organisatorischen und sicherheitsbezogenen Maßnahmen zu unterstützen, um auf diese Weise eine standardisierte Form globaler (Sport-)Kultur in einem spezifischen lokalen Kontext zu reproduzieren (vgl. Whitson/Macintosh 1996, Matheson/Baade 2004). Den zweiten Trend verkörpern die ‚Megaevents im Globalen Süden'. Austragungsrechte für globale Großveranstaltungen wurden in den letzten Jahren zunehmend an Gastgeber aus sogenannten *emerging nations* vergeben, die in den vergangenen Jahren enorme ökonomische Wachstumsraten verzeichnen konnten, gleichzeitig jedoch von gravierenden sozioökonomischen Disparitäten geprägt sind (vgl. Matheson/Baade 2004).[2]

Im Mittelpunkt der eventbezogenen Stadtforschung standen bisher vor allem Fragen der Stadterneuerung (vgl. Essex/Chalkley 1998, Carlsen/Taylor 2003, Altrock et al. 2011) sowie stadt- und regionalwirtschaftliche Effekte bzw. Kosten-Nutzen-Analysen (vgl. Whitson/Macintosh 1996, Kasimati 2003, Preuß 2004, Maennig/Schwarthoff 2010). Im Zuge der beiden genannten Trends findet aktuell auch eine kritische Auseinandersetzung statt, die nach den gesellschaftlichen Auswirkungen fragt (vgl. Matheson/Baade 2004, Pillay et al. 2009, Haferburg/Steinbrink 2010a, Fleischer et al. 2013). Insbesondere seit den Olympischen Spielen in Peking und der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika rückt diese Thematik in den Vordergrund, und im Vorfeld der FIFA-WMs in Russland 2018 und Katar 2022 mehren sich bereits äußerst skeptische Medienbeiträge. Kern der aktuellen Kritik ist neben den finanziellen und sozialen Kosten von Megaevents auch deren politische Instrumentalisierung.

Im Sinne der Erweiterung eines kritischen Forschungszugangs erscheint es geboten, die mehrfache (baulich-materielle, ökonomische, soziale, politische, symbolische) und die multiskalare (lokale, nationale und globale) Herstellungslogik der Events einzubeziehen, um lokale sozialräumliche Effekte der globalen Ereignisse angemessen analysieren zu können.

Ziel dieses Beitrags ist es, am Beispiel Rio de Janeiros einige Grundlagen für eine solche analytische Perspektive zu legen, um das Spannungsverhältnis zwischen der öffentlichen Rhetorik, welche die am Gemeinwohl orientierten Ziele der Eventausrichtung betont, einerseits und den Strategien und Effekten der Eventvorbereitung andererseits auszuloten. Dabei geht es hier vor allem um Aspekte, welche die städtische Ebene betreffen.[3] Thematisiert werden die stadtpolitischen Entscheidungslogiken, die hinter der Lenkung von Stadtentwicklungsprozessen im Eventkontext stehen. Konkrete eventstrategische Maßnahmen werden beschrieben und kontextuiert und deren soziale und sozialräumliche Konsequenzen im Hinblick auf Veränderungen der Wohn- und Lebenssituation der Menschen in der *event city* Rio de Janeiro beleuchtet. Der Fokus liegt auf den informellen Wohngebieten einkommensschwacher Gruppen, denn diese Siedlungen erweisen sich als besonders sensibles Wirkungsfeld der Festivalisierung im Globalen Süden.

Im folgenden Teil dieses Beitrags werden zunächst die politisch-ökonomischen Rationalitäten der Festivalisierung der Stadtpolitik auf

allgemeiner Ebene erläutert. Anschließend werden einige Überlegungen zu den Besonderheiten der Festivalisierung im Globalen Süden angestellt, wobei die Wohn- und Lebenssituationen unterer Einkommensgruppen im Zentrum stehen. Vor diesem Hintergrund wird im dritten Teil am Beispiel der brasilianischen Metropole Rio de Janeiro der politische Umgang mit städtischen Marginalsiedlungen (*favelas*) im Eventkontext analysiert und erste beobachtbare soziale wie sozialräumliche Folgen näher betrachtet. Es wird eine analytische Perspektive entwickelt, die sich auch auf andere städtische Kontexte zukünftiger Megaevents im Globalen Süden übertragen lässt, wenn es darum geht, den stadtpolitischen Umgang der jeweiligen *host city* mit marginalisierten Stadtgebieten zu untersuchen.

2. Politisch-ökonomische Rationalitäten der Festivalisierung im Globalen Süden

Die Logik der Ausrichtung eines Megaevents wird nur verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Megaevents nicht nur zutiefst kommerzielle, sondern auch höchst politische Ereignisse sind. Die Verschränkung dieser beiden Bedeutungshorizonte wirkt konstituierend auf die Prozesse rund um die Events (Steinbrink et al. 2011).

Die Welt-Sportverbände FIFA und IOC sind *global players* und als solche vor allem wirtschaftliche Akteure, die nach Marktprinzipien agieren. Die Events fungieren als deren wichtigste Einnahmequellen: Mit TV-Rechten, Produkt-Lizenzen, Werbeverträgen und dem Ticketverkauf werden Milliarden-Umsätze erzielt (vgl. Kitchin 2011). Auch die Entscheidungen der Sportfunktionäre über die Austragungsorte orientieren sich maßgeblich an Profitinteressen. Das Austragungsrecht wird regelrecht versteigert. Als ‚Franchisenehmer' müssen die Bewerberstaaten die Erfüllung eines umfangreichen Katalogs an Verbandsvorgaben[4] – und damit den kommerziellen Erfolg für IOC und FIFA – garantieren (vgl. Cottle 2011, Steinbrink et al. 2011). Allein die Tatsache, dass den Verbänden so tiefgreifende, auch politische Einflussnahme gewährt wird, macht deutlich, welch starke Interessen die Regierungen der Gastgeberländer und -städte mit der Event-Ausrichtung verknüpfen.

Bei Bewerbungen aus sogenannten Schwellenländern spielt die symbolische nationale Aufwertung eine besondere außenpolitische Rolle: Mit der erfolgreichen Ausrichtung eines globalen Großereignisses soll die Schwelle zum exklusiven Kreis der führenden Wirtschaftsnationen symbolisch überschritten werden (Cornelissen 2004, Desai/Vahed 2010, Ley et al. 2010). Die Bewerber hegen aber auch innenpolitische Hoffnungen. Neben dem immer wieder angeführten ökonomischen Argument (Whitson/Macintosh 1996, Hiller 2000, Maennig/Schwarthoff 2010) ist hier vor allem die Funktion des Sports im Sinne von *nation building* und nationalem ‚*feel-good*-Effekt' zu nennen (vgl. Cornelissen 2012).

Auf stadtpolitischer Ebene gelten Globalisierungsprozesse, neoliberale Wirtschaftspolitik und die weltweite Konkurrenz zwischen den Metropolen als treibende Kräfte hinter dem Bedeutungszuwachs von Megaevents. In den alten Industrienationen bemüht man sich, den Deindustrialisierungsprozess zu kompensieren und sich im internationalen Standortwettbewerb

als Finanz-, Konsum- oder Unterhaltungszentren zu behaupten (vgl. Harvey 1989; 2013, Sassen 1991, Greene 2003). Für die Metropolen des Südens indes sind insbesondere Aspekte wie schnelles Bevölkerungs- und Flächenwachstum, Infrastrukturdefizite und sozialräumliche Disparitäten die großen Herausforderungen. Deshalb steht die Ausrichtung der Events dort auch eher im Zusammenhang mit der Möglichkeit der ‚Ermächtigung' der *host cities* bzw. bestimmter Akteure. Aber auch im Globalen Süden dienen die Events zunehmend als stadtpolitisches Instrument; auch hier sollen sie als Wirtschaftsmotor und Transmissionsriemen für Stadtentwicklung dienen.

2.1. Zielebenen der stadtpolitischen Festivalisierung

In Anlehnung an Häußermann et al. (2008: 263f.) kann generell zwischen ‚nach außen' und ‚nach innen' gerichteten Zielebenen der stadtpolitischen Festivalisierung unterschieden werden.

Die nach außen gerichtete Zielebene: Immer mehr Städte werden heute unternehmerisch geführt. Sie konkurrieren mit anderen Städten um Attraktivität, Ansehen und nicht zuletzt um Investitionen (vgl. Harvey 1989; 2013, Brenner/Theodore 2002). Insofern sind Events Instrumente des Stadtmarketings und der Imagebildung im globalen Wettbewerb der *world class cities*. Man erhofft sich dadurch u. a. mehr ausländische Direktinvestitionen und steigende Touristenzahlen ebenso wie – daraus resultierend – wachsende Steuereinnahmen und positive Effekte für den Arbeitsmarkt (vgl. Hiller 2000, Andranovich et al. 2001, Greene 2003, Häußermann et al. 2008).

Nach innen gerichtete Zielebene: Megaevents werden zudem als stadtpolitisches Mittel eingesetzt, um bestimmte (Groß-)Projekte bzw. politisch gewünschte Stadtentwicklungsdynamiken anzustoßen, zu legitimieren und voranzutreiben (Mayer 2007). Im Vorfeld der Events entsteht aufgrund des definierten Zeitlimits ein enormer politischer wie planerischer Handlungsdruck. Gleichzeitig verstärkt dieser Druck die planerischen Handlungsfähigkeiten der Verwaltungen und die politische Position der beteiligten Regierungsebenen: Strategische Entscheidungen können nun auch kurzfristig und ohne langwierige Partizipationsprozesse getroffen werden. Während dabei einige (z. B. sozialpolitische) Handlungsfelder in den Hintergrund rücken, sind bestimmte (stadtplanerische Infrastruktur-)Projekte, die ohne das Event – etwa aufgrund hoher Kosten oder öffentlichen Widerstands – nur schwer zu realisieren wären, plötzlich durchsetzbar (vgl. Häußermann/Siebel 1993, Ehrenberg/Kruse 2000, Matheson/Baade 2004, Haferburg/Steinbrink 2010b). So wird ein Event zum Steuerungsmedium, das eine finanzielle, räumliche wie inhaltliche Konzentration der Stadtpolitik begünstigt und politisch gewünschte Stadtentwicklungen selektiv beschleunigt.

Im Zuge der Eventvorbereitung vermengen sich die nationalpolitischen Ambitionen der Ausrichterstaaten und die stadtpolitischen Interessen der *host cities* mit den Profitinteressen der Weltverbände (FIFA und IOC), ihrer (welt-)wirtschaftlichen Partner und anderer privatwirtschaftlicher Akteure. Das politisch-ökonomische Amalgam all dieser Interessen ist das gemeinsame Ziel des Eventerfolgs – wobei ‚Erfolg' zunächst nur den reibungslosen Ablauf des Events meint.

2.2. Strukturelle Besonderheiten im Globalen Süden

Neben dem politökonomischen Wirkungsgefüge und den beiden allgemeinen Zielebenen stadtpolitischer Festivalisierung (außen/innen) müssen in dem hier behandelten Zusammenhang die strukturellen Besonderheiten im Globalen Süden berücksichtigt werden. Denn die Ausrichterstädte in Südafrika, China, Indien oder Brasilien weisen hier andere Merkmale auf als die Gastgeberstädte im Globalen Norden.

Die Übertragbarkeit der Festivalisierungsthese wurde bislang vor allem am Beispiel Südafrika diskutiert (Pillay et al. 2009, Haferburg/Steinbrink 2010a), wobei zwei grundsätzliche Annahmen formuliert wurden: Zum einen fallen im Globalen Süden aufgrund des niedrigeren Bruttoinlandsprodukts (pro Kopf) volkswirtschaftliche und regionalökonomische Effekte stärker ins Gewicht als in den alten Industrienationen (Cottle 2011). Zum anderen sind die eventinduzierten Eingriffe in die bauliche Entwicklung und die planungspolitischen Abläufe der Ausrichterstädte tiefgreifender, da die vorhandene Infrastruktur weder den Verbandsvorgaben noch den *world class*-Ambitionen der jeweiligen Städte entsprechen (Haferburg 2011). In Bezug auf zentrale Unterschiede zu den Gastgeberstädten im Globalen Norden und hinsichtlich besonderer Herausforderungen, die sich im Eventkontext im Globalen Süden ergeben, können daher folgende weiterführende Thesen formuliert werden:

1. Es ist davon auszugehen, dass – um den verbindlichen Normen der Sportverbände zu entsprechen – umfangreichere Infrastrukturmaßnahmen nötig sind als in Städten des Globalen Nordens. Während Letztere beispielsweise meist über ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrssystem und moderne Stadien verfügen, muss diese Infrastruktur in den ‚neuen' Gastgeberstädten oft erst geschaffen werden (vgl. Matheson/Baade 2004). Das bedeutet zwar sehr lukrative Optionen für (internationale) Unternehmen im Bausektor, hat aber vor allem deutlich höhere Kostenbelastungen für die öffentlichen Haushalte und gleichzeitig tiefergehende Eingriffe in die Stadtstruktur zur Folge.

2. Die Eventvorbereitungen im Globalen Süden treffen auf Bedingungen schnell wachsender, sozial stark fragmentierter Städte mit ausgeprägten informellen Wirtschafts- und Siedlungsaktivitäten. In diesem Kontext stellt der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für untere Einkommensgruppen eine der größten Herausforderungen dar. Zugleich sind die gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten und die Möglichkeiten zur öffentlichen Mitgestaltung von Stadtentwicklung häufig sehr ungleich verteilt: Einer die städtische Politik dominierenden Elite steht eine große marginalisierte Bewohnerschaft gegenüber (vgl. UN-Habitat 2003, Roy/Al Sayyad 2004, Rojas 2010). Umfangreiche Eingriffe in die Stadtentwicklung sind in Ländern des Südens deshalb direkt mit der Wohnraumfrage und mit Fragen nach demokratischer Mitgestaltung von Stadtentwicklungsprozessen verknüpft.

3. Aus der Ausrichtung eines Megaevents erwächst – in den alten Industrienationen ebenso wie im Globalen Süden – stets die Möglichkeit zur Inwertsetzung städtischer ‚Restflächen'. Vor dem Hintergrund stark divergierender Qualitäten des städtischen Strukturwandels in Nord und Süd sind jedoch deutliche Unterschiede zu beachten: Im Gegensatz zu den deindustrialisierten Städten im Globalen Norden handelt es sich bei den ‚Flächenreserven'

der ‚neuen' *host cities* selten um weitgehend ungenutzte Industrie- oder Gewerbebrachen, sondern oft um Areale mit informeller Besiedlung. Im Zuge der Eventplanungen steigt der Inwertsetzungs- und Umnutzungsdruck auf diese Flächen, weshalb Raumnutzungskonflikte absehbar sind (vgl. COHRE 2007, Shin 2009, Ley 2010).

2.3. Wohnraumversorgung als sensibles Wirkungsfeld der Festivalisierungspolitik

Ausgehend von den bisherigen Darstellungen und auf Grundlage diverser Studien über Großveranstaltungen im Globalen Süden (vgl. Greene 2003, COHRE 2007, Shin 2009, Ley 2010) kann konstatiert werden, dass die Wohn- und Lebenssituation unterer Einkommensgruppen ein besonders sensibles Wirkungsfeld der eventbezogenen Stadtpolitik ist. Dabei werden verschiedene Faktoren wirksam, welche die Wohnsituation direkt oder indirekt beeinflussen (können). Besonders relevant sind:

1. Eventinduzierte Einflüsse auf den (sozialen) Wohnungsbau: In der Vorbereitungsphase zur WM 2010 in Südafrika kam es beispielsweise zu maßgeblichen Umschichtungen im öffentlichen Haushalt zugunsten eventrelevanter Infrastrukturen (Stadien, Flughäfen, Verkehrstrassen etc.) und zulasten des sozialen Wohnungsbaus bzw. der Wohnungsbauförderung. In Rio zeichnet sich ein etwas anderes Bild ab, denn dort entstehen – parallel zu den Eventvorbereitungen im Rahmen öffentlicher Wohnungsbauprogramme – zahlreiche neue Wohneinheiten (vgl. 4.1). Infolge des Baubooms vor den Events und der damit verbundenen hohen Nachfrage steigen allerdings die Baustoffpreise, was sowohl den öffentlichen Wohnungsbau als auch die private (formelle und informelle) Wohnraumproduktion für untere Einkommensgruppen beeinträchtigt (Ley 2010, Steinbrink et al. 2011). Es ist davon auszugehen, dass diese Dynamiken bis Olympia 2016 weiter anhalten werden.

2. Eventinduzierte Veränderungen von Planungs- und Beteiligungsverfahren: Im Zusammenhang mit Großereignissen werden regelmäßig Planungsgesetze und -richtlinien kurzfristig geändert bzw. durch Sonderregelungen ergänzt oder außer Kraft gesetzt, um auf die Anforderungen der Eventplanung flexibel reagieren zu können. Demokratische Beteiligungsverfahren werden auf diese Weise eingeschränkt oder umgangen. In Rio war damit der rechtliche Weg geebnet für Enteignungen und Umsiedlungen sowie für die Privatisierung und Umnutzung öffentlicher Liegenschaften ohne Bürgerbeteiligung (vgl. Gaffney 2010a; 2010b; 2013).

3. Eventinduzierte Umsiedlungsmaßnahmen: Zentral oder besonders exponiert gelegene informelle Siedlungen gelten entsprechend der Inszenierungslogik zum einen als ‚Schandflecken'; zum anderen werden eventbezogene Projekte auf informell bewohnten Flächen geplant. Megaevents im Globalen Süden waren bislang fast immer mit großangelegten Abriss- und Umsiedlungsmaßnahmen verbunden: Vor den Olympischen Spielen 1988 in Seoul wurden 720.000 Menschen zwangsumgesiedelt, im Vorfeld der EXPO 2010 in Shanghai war die Umsiedlung von 400.000 Menschen angekündigt und New Delhi sollte bis zu den Commonwealth Games 2010 „*slumfree*" werden, weshalb zwischen 2003 und 2006 rund 300.000 Slumbewohner umgesiedelt wurden (vgl. COHRE 2007). Schätzungen zufolge

waren in Peking fast 1,5 Millionen Menschen von Abrissmaßnahmen im Zusammenhang mit Olympia 2008 betroffen (vgl. Shin 2009). Und auch in Rio finden bereits umfangreiche Umsiedlungen statt (siehe 4.1).

4. Eventinduzierte Aufwertungsprozesse: Stadterneuerungs-, Infrastruktur- oder auch sicherheitspolitische Maßnahmen führen oft zu Attraktivitäts- und Bodenpreissteigerungen in bestimmten Stadtvierteln. Diese Prozesse können eine Verdrängung der Wohnbevölkerung durch einkommensstärkere Schichten und gesamtstädtische sozialräumliche Veränderungen induzieren. Dieses Phänomen der Gentrifizierung wird konzeptionell vor dem Hintergrund einer international zu beobachtenden Neoliberalisierung der Stadtpolitik diskutiert, deren Effekte nun zunehmend auch in Städten des Südens wirksam werden (vgl. Smith 2002). Für verschiedene Metropolen in Asien (vgl. Harris 2008), Lateinamerika (vgl. López-Morales 2010, Inzulza-Contardo 2012), teilweise auch in Afrika (vgl. Kotze/Van der Merwe 2000), wurde bereits auf die Folgen dieser städtischen Restrukturierungen hingewiesen. Im Kontext von Megaevents können sich Gentrifizierungsdynamiken verstärken. So zeigen beispielsweise Bénit-Gbaffou (2009) und Ley (2010) sozialräumliche Veränderungen in strukturschwachen Wohngebieten von Johannesburg auf, die aus Investitionstätigkeiten im Vorfeld der FIFA-WM 2010 resultierten, und machen dabei auf gravierende Aufwertungs- und Verdrängungseffekte aufmerksam.[5] Aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Rio findet der Begriff der *gentrification* auch dort zunehmend Eingang in die wissenschaftlichen und medialen Stadtentwicklungsdiskurse (Tadini 2013, Vasconcellos et al. 2013; siehe auch Kapitel 4).

3. Festivalisierung in Rio de Janeiro und die *favelas*

Seit einigen Jahren setzt Rio de Janeiro verstärkt und sehr gezielt auf die Politik der Festivalisierung. Neben der WM 2014 und den anstehenden Olympischen Spielen 2016 fanden dort bereits die Panamerican Games 2007, die World Military Games 2011, der RIO+20 Gipfel 2012, der FIFA Confederations Cup 2013 und der Weltjugendtag 2013 statt.[6] Diese auffällige Abfolge hat ihren Ursprung in einer strategischen Neuausrichtung der städtischen Politik in den 1990er Jahren unter dem damaligen Bürgermeister Cesar Maia. Mit dessen erster von insgesamt drei Amtszeiten (1993-1996, 2001-2004, 2004-2007) begann Rio de Janeiro, eine an privatwirtschaftlichen Interessen und Vermarktungslogiken orientierte Stadtpolitik zu betreiben (vgl. Bienenstein et al. 2012). Hierbei stand zunächst die im Rahmen von städtebaulichen (Groß-)Projekten in *Public-Private-Partnership* realisierte Umgestaltung der Stadt im Vordergrund. Damit einher gingen die Neuformulierung strategischer Entwicklungspläne und eine starke Fokussierung auf Stadtmarketing (vgl. Sánchez 1999, Sánchez et al. 2004). Mit der Bewerbung um die Austragungsrechte globaler Events führt die Stadt diese Politik nach dem Vorbild des ‚Barcelona Modells'[7] konsequent weiter (vgl. Gaffney 2010a).

Der Festivalisierungstrend kann als Reaktion auf den allgemeinen Bedeutungsverlust der Stadt Rio seit den 1960er Jahren verstanden werden. Mit dem Verlust der Hauptstadtfunktion an Brasília, der politischen und ökonomischen Krise der 1980er Jahre und dem Aufstieg von São Paulo – der größten Wirtschaftsmetropole Lateinamerikas – ist Rio politisch wie ökonomisch

ins Hintertreffen geraten. Die Megaevents werden nun als Chance begriffen, planerische und infrastrukturelle Projekte voranzutreiben und die Stadt neu zu positionieren. Die im Zuge der Events angestrebten städtischen Modernisierungs- , Vermarktungs- und (privaten) Akkumulationsprozesse finden nicht nur Ausdruck in prestigeträchtigen öffentlich finanzierten Bauprojekten wie der Umgestaltung des *Maracanã*-Stadions und dem Bau des *Museum of Tomorrow*. Auch privatwirtschaftliche Investitionen in neue Shoppingcenter, Bürogebäude, teure Wohnanlagen bzw. *condomínios fechados* (*gated communities*) etc. zeugen davon. Großflächigen städtischen Restrukturierungen – so z. B. die aktuelle Erneuerung des alten Hafengebietes (*Porto Maravilha*) – sowie der Umwidmung, Privatisierung und marktwirtschaftlichen Inwertsetzung städtischer ‚Restflächen' kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu (vgl. Gaffney 2010a; 2010b, Bienenstein et al. 2012, Paiva et al. 2013, Mesentier/Moreira 2014).

Da die planerischen Vorbereitungen der zahlreichen Großereignisse seit Jahren nahezu lückenlos ineinander übergehen, bezeichnet Vainer (2011) Rio de Janeiro als *„cidade de exceção"* („Stadt im Ausnahmezustand")[8] und meint damit, dass die für Vorbereitungsphasen typische Stadtpolitik des Ausnahmezustands inzwischen zum Normalfall geworden ist. Das betrifft insbesondere das Aushebeln von Beteiligungsprozessen und die Einsetzung demokratisch nicht legitimierter, aber mit umfangreichen Befugnissen ausgestatteten Sonderorganisationen (vgl. Gaffney 2010a; 2013, Oliveira 2012: 219f.).[9]

Die aktuellen stadtpolitischen Entwicklungslinien stehen in eklatantem Widerspruch zu der in Brasilien intensiv vertretenen Forderung nach einem ‚Recht auf Stadt' (vgl. Lopes de Souza 2001, Holston 2008). Dieses fand nach langjährigem Engagement verschiedener sozialer Bewegungen im Jahr 1988 zumindest formell auch Eingang in die brasilianische Gesetzgebung, als mit der neuen Verfassung auch eine neue urbane Politik formuliert wurde, die Eingang in den *Estatuto da Cidade* (‚Stadt-Statut') von 2001 fand. Dieses soll grundsätzlich die Formalisierung informeller Siedlungen regeln und die soziale Funktion von städtischem Boden unterstreichen – insbesondere für ärmere Bevölkerungsgruppen – und somit die demokratische Beteiligung an Stadtentwicklung und -verwaltung garantieren (vgl. Lopes de Souza 2001, Fernandes 2007). Im Zuge der Eventvorbereitungen und -durchführungen werden diese Prinzipien und Ziele, die ohnehin in der urbanen Realität der Betroffenen nur bedingt Umsetzung gefunden haben, in der Praxis größtenteils ausgeblendet und von den Logiken der *cidade de exceção* überlagert.[10]

3.1. Die favela *– Brasiliens ambivalente (innerstädtische) Peripherie*

Ebenso wie in anderen brasilianischen Metropolen gibt es auch in Rio einen hohen Anteil städtischer Armut. Trotz einer wachsenden Mittelschicht sind die großen Städte Brasiliens weiterhin von immensen sozioökonomischen Disparitäten geprägt, die sich in stark segmentierten und kleinräumig fragmentierten Stadtstrukturen widerspiegeln (vgl. Wehrhahn 2000, Borsdorf 2002, Coy 2006, Deffner 2010, Perlman 2010, Lanz 2012). Rund jeder fünfte Einwohner der 6-Millionen-Metropole Rio lebt in einer der über 750 *favelas* (IBGE 2010). Angesichts des Mangels an günstigem formellem Wohnraum und unzureichender sozialer Wohnungsbauprogramme stellen

die informell errichteten Wohngegenden seit langem die einzig bezahlbare Alternative für die ökonomisch schwächere Stadtbevölkerung dar. Seit den Anfängen der *favela*-Entstehung vor über hundert Jahren wurden diese Wohngebiete stadtplanerisch vernachlässigt und deren Bewohner_innen gesellschaftlich marginalisiert. Von einigen Ausnahmen abgesehen kümmerte sich der Staat kaum um die Anbindung der *favelas* an die öffentlichen Versorgungsstrukturen. Wenn überhaupt, fanden Interventionen meist in Form von Abriss bzw. Umsiedlung oder polizeilicher und militärischer Repression statt (vgl. Wacquant 2008, Penglase 2009).[11]

Die Stadtforschung führt die Situation in den *favelas* auf bestimmte historische Konstellationen zurück (Holanda 1995 [1936], Souza 2003; 2006). So wird häufig darauf verwiesen, dass mit dem Ende der Militärdiktatur in Brasilien Anfang der 1980er Jahre kriminelle Gruppierungen begannen, das Machtvakuum in den gesellschaftlich und politisch marginalisierten Stadtgebieten zu füllen (Lopes de Souza 2008, Wacquant 2008, Deffner 2013). Zur Sicherstellung ihrer (Drogen-)Geschäfte und zur Verteidigung ‚ihrer' Territorien kontrollierten sie seitdem viele *favelas* in Rio de Janeiro mithilfe von Waffengewalt und Angst. Die Polizei und parastaatliche Sicherheitskräfte (*milícias*), die vielfach aus der *polícia militar* hervorgegangen sind, gingen ihrerseits mit Härte gegen die kriminellen Gruppierungen (und oft auch gegen unschuldige Bewohner_innen) vor. Die Macht der Drogenbanden konnte jedoch nie vollständig gebrochen werden. Vielmehr kam es in den *favelas* zu einer weitreichenden Verstrickung staatlicher Akteure in den Drogen- und Waffenhandel. Und letztlich wurde die Polizei ebenfalls Teil des unübersichtlichen, korrupten und komplexen Einschüchterungs-Settings. Die verschiedenen Drogenorganisationen entwickelten sich nach und nach zu lokalen Parallelmächten, die das Alltagsleben der Bewohner_innen dieser Gebiete seither stark prägten (Penglase 2009). In Form von kleineren, gut vernetzten lokalen Gruppen wurden sie aber auch fester Bestandteil der Selbstorganisation in den Favelas, die zum Teil auch soziale Unterstützung für die Bewohner_innen (z. B. in Form von Dienstleistungen oder Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen) leisteten. Der Rückzug staatlicher Verantwortung führte somit zu neuen Abhängigkeiten. Die Macht einiger Drogengangs war lange so weitreichend – und ihre Verbindungen zu Vertreter_innen des politischen Systems bzw. der Polizei so stark –, dass sie eine umfangreiche staatliche Einflussnahme in ‚ihren' Territorien weitgehend verhindern konnten (vgl. Lopes de Souza 2004, Arias 2006).

Diese Entwicklungen brachten einerseits eine weitgehende Vernachlässigung dieser Gebiete seitens Stadtpolitik und –planung mit sich und führten zugleich zu einer weiteren Stigmatisierung der Bewohner_innen. Andererseits trugen sie dazu bei, dass die *favelas* von den scharfen Preisdynamiken des formellen Wohnungsmarktes lange Zeit unberührt blieben. Selbst in zentral gelegenen *favelas* ist Wohnraum noch vergleichsweise günstig.

Die *favelas* stellen als Wohn- und Lebensmittelpunkt für die Bewohner_innen zwar einen wichtigen ‚Möglichkeitsraum' dar; die Handlungsspielräume und Chancen zur selbstbestimmten Lebensgestaltung der meisten *favela*-Bewohner_innen sind jedoch nicht nur wegen der Präsenz bewaffneter Bandenmitglieder und der oft unzureichenden infrastrukturellen Ausstattung, der Enge und mangelhaften Bausubstanz, sondern auch aufgrund ihrer

ökonomischen und sozialen Position eingeschränkt. Die asymmetrische gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration äußert sich vor allem in ungleichen Zugangschancen zu Bildung und Arbeitsmarkt, aber auch in Diskriminierung und Stigmatisierung (Deffner 2010, Rothfuß 2012).

3.2. Rios favelas *als Problem- und Zielgebiete der Festivalisierung*

Im Kontext der Festivalisierungspolitik stellen *favelas* für Regierung, Stadtverwaltung, Organisationskomitees der Veranstaltungen und weitere Interessengruppen eine zentrale Planungsherausforderung dar. Entsprechend den beiden stadtpolitischen Zielebenen der Festivalisierung (außen/innen) sind sie sowohl (a) ‚Problemgebiete' als auch (b) ‚Zielgebiete' der Eventpolitik.

(a) Im Sinne der nach außen gerichteten Zielsetzung (Stadtmarketing) können *favelas* in zweifacher Weise ‚Problemgebiete' sein: Erstens erweisen sie sich für die Planer als ‚städtebauliches Arrangierungsproblem', sofern sie sich auf Flächen befinden, die für eventbezogene Projekte vorgesehen sind. Solche *favelas* sind den baulichen Maßnahmen für die urbane Inszenierung buchstäblich im Weg. Zweitens sind *favelas* für die Gastgeberstadt ein ‚ästhetisches Imageproblem'. Insbesondere die zentral und in der florierenden Südzone gelegenen *favelas* prägen das Stadtbild, da sie weithin sichtbar an den steilen Berghängen erbaut wurden und teilweise unmittelbar an die teuersten Wohngegenden und die berühmten Strände Copacabana, Ipanema und Leblon angrenzen. Aufgrund ihrer exponierten Lage befinden sie sich gewissermaßen auf der Vorderbühne der *event city;* ihr Erscheinungsbild ist indes schwerlich mit dem angestrebten *world class city*-Image vereinbar, stehen sie doch geradezu emblematisch für Attribute wie Armut, *bad governance* und soziale Polarisierung. Als Drittes kommt hinzu, dass die internationalen Medien vor allem die Sicherheitssituation in Rio de Janeiro sehr kritisch verfolgen und Kriminalität vornehmlich in den *favelas* verorten (*favela* als ‚Sicherheitsproblem'). So gelten *favelas* meist pauschal als unkontrollierbare, gefährliche Orte, in denen Gewalt und Gesetzlosigkeit herrschen. Das heißt, die *favelas* sind aufgrund ihrer Lage und ihrer spezifischen semantischen Aufladung sehr präsente stadträumliche Signifikanten eben jener Teilaspekte des ambivalenten Stadtimages, deren Überwindung mithilfe der Megaevents demonstriert werden soll (Steinbrink/Ehebrecht 2013: 197).

(b) Im Sinne der nach innen gerichteten Zielsetzung (Event als Steuerungsmedium der Stadtentwicklung) sind *favelas* auch ‚Zielgebiete' der Festivalisierungspolitik. Die Events werden als stadtpolitisches Instrument eingesetzt, um dem ‚Inwertsetzungsproblem' zu begegnen: Insbesondere die *favelas* in der Südzone sind auf Flächen erbaut, die für den Boden- und Immobilienmarkt höchst interessant sind, der formellen ökonomischen Inwertsetzung – nicht zuletzt aufgrund der Kriminalitätssituation – bislang aber weitgehend entzogen waren (vgl. Abb. 1 unten). Die Großereignisse und der hohe Erwartungsdruck sorgen innenpolitisch – in der Mittel-und Oberschicht – für die nötige gesellschaftliche Akzeptanz und ermöglichen die Bündelung staatlicher Kapazitäten sowie finanzieller Mittel für Maßnahmen, die den Zugriff der ‚unsichtbaren Hand des freien Marktes' auf attraktive Flächen und neue lukrative Marktgebiete ermöglichen, die bisher als ‚investive No-Go-Areas' galten (vgl. Steinbrink 2013).

4. Politische Strategien im Umgang mit den *favelas* im Eventkontext

Der ‚Planungsherausforderung *favela*' begegnet die Stadtverwaltung von Rio derzeit mit zwei Hauptstrategien: ‚Abriss und Umsiedlung' sowie ‚Pazifizierung und Aufwertung'. Diese beiden Strategien werden im Folgenden jeweils hinsichtlich der beschriebenen Mehrdimensionalität im Sinne der zwei festivalisierungspolitischen Zielebenen (innen/außen) betrachtet.

4.1. Abriss und Umsiedlung

Bisherige Erfahrungen mit Megaevents im Globalen Süden deuten darauf hin, dass Umsiedlungen die konventionelle Strategie im Umgang mit Armutsgebieten sind, sobald der Festivalisierungsprozess in Gang gekommen ist. Schätzungen zufolge könnten in Brasilien im Zusammenhang mit der WM 2014 und Olympia 2016 zwischen 150.000 und 250.000 Menschen unmittelbar betroffen sein (vgl. Paiva et al. 2013: 16, Marinho et al. 2014: 37). In Rio de Janeiro wurden bereits vor den Panamerikanischen Spielen 2007 zahlreiche Umsiedlungen durchgeführt, und auch die Bewerbungsunterlagen zu Olympia 2016 enthalten die Ankündigung weiterer „*relocations*" von „*less advantaged communities*" (Rio 2016 Candidate City 2009, Vol. 2: 145). Im Jahr 2009 veröffentlichte die Stadtregierung zudem eine Liste mit 119 *favelas*, für die es damals Umsiedlungspläne gab (Freire 2013: 109). Insbesondere kleinere *favelas*, unter anderem entlang geplanter Verkehrstrassen (*bus rapid transit* – BRT)[12] bzw. in direkter Nachbarschaft zu den (geplanten) Sportstätten, sind davon betroffen. Der Abriss ist der offensichtlichste Weg, mit den baulichen ‚Arrangierungsproblemen' bzw. ästhetischen Image- und Sicherheitsproblemen umzugehen. Letztlich handelt es sich um ein ‚Platz schaffen' und ‚unsichtbar machen'. Im Sinne der nach innen gerichteten Zielebene sind die Umsiedlungen aber gleichzeitig als Strategie im Zuge der ökonomischen Inwertsetzungsproblematik zu verstehen: Die geplanten Neugestaltungen zielen, wie unten gezeigt wird, vor allem auf eine an Marktinteressen orientierte (Nach-)Nutzung.

Ausmaß und Begründungszusammenhänge

Schätzungen gehen davon aus, dass in Rio (bis 2014) bereits mindestens 4.770 Familien (ca. 16.700 Personen) umgesiedelt wurden, davon rund 3.500 Familien (ca. 12.300 Personen) für Maßnahmen, die in engem Zusammenhang mit den Großereignissen stehen. Weitere ca. 9.400 Familien (schätzungsweise 33.000 Personen) sind von Umsiedlung bedroht oder haben bereits behördliche Umsiedlungsbescheide erhalten; davon sind rund 7.300 Familien von Umsiedlungsmaßnahmen im Zuge der direkten Eventplanungen betroffen (siehe Tabelle 1, Comitê Popular 2014a: 21).

Offizielle Begründungen für Umsiedlungen sind – neben Argumenten wie Umweltschutz, der Lage von Siedlungen in ‚Risikogebieten' und der Schaffung von Freizeit- bzw. touristischen Anlagen – vor allem größere baulich-infrastrukturelle Planungen. Diese Begründungen stehen meist mit drei sich teils überschneidenden Formen der Inwertsetzung in Verbindung: 1. dem Bau, der Erweiterung oder Modernisierung von Sportstätten, 2. dem Ausbau der

Siedlung	Anzahl bislang umgesiedelter Familien	Betroffene Familien insgesamt[1]	Offizielle Begründung für Umsiedlung
Largo do Campinho (Campinho) Rua Domingos Lopes (Madureira) Rua Quáxima (Madureira) Penha Circular Largo do Tanque	65 100 27 40 66	65 100 27 40 66	*bus rapid transit* (BRT) Transcarioca
Arroio Pavuna (Jacarepaguá)	73	96	*bus rapid transit* (BRT) Transcarioca; Umweltschutz; Bau einer Zufahrt zu einer Luxus-Wohnanlage
Vila das Torres (Madureira)	1.017	1.017	Anlegen einer Parkanlage (*Olympic Legacy* -Projekt)
Restinga (Recreio) **Vila Harmonia (Recreio)** Vila Recreio II (Recreio) Notredame (Recreio) Vila da Amoedo (Recreio) *nicht identifiziertes Gebiet*	80 120 235 52 50 129	80 120 235 52 50 129	*bus rapid transit* (BRT) Transoeste
Vila Taboinha (Vargem Grande)	bislang keine	400	Boden ist Privatbesitz[2]
Asa Branca (Curicica) Vila Azaleia (Curicica) Vila União (Curicica) Colônia Juliano Moreira (Colônia)	bislang keine bislang keine bislang keine bislang keine	4.500 100 700 400	*bus rapid transit* (BRT) Transolímpica
Metrô Mangueira	518	612	Bau von Infrastruktur für das Maracanã-Stadion
Vila Autódromo (Jacarepaguá)	200	550	*bus rapid transit* (BRT) Transolímpica; Umweltschutz; Bau des Olympia-Parks
Belém-Belém (Pilares)	bislang keine	300	Bau einer neuen Zufahrt zum João Havelange-Stadion (Engenhão)[3]
Favela do Sambódromo (Centro)	60	60	Erweiterung des Sambódromo[4]
Morro da Providência (Porto)	140	832	Bau einer Seilbahn; Lage im Risikogebiet
Mehrere Besetzungen ehemals leerstehender Häuser und Flächen im Hafengebiet (insgesamt acht)	535	935	Projekt zur Umgestaltung des alten Hafengebietes (Porto Maravilha)
Zwischensumme	**3.507**	**11.466**	**Baulich-infrastrukturelle Maßnahmen**
Insgesamt acht weitere Siedlungen	1.265	2.592	Lage im Risikogebiet; Umweltschutz
Gesamt	**4.772**	**14.058**	

[1] = Summe der bereits umgesiedelten Familien und der Familien mit angedrohter Umsiedlung
[2] = Hintergrund ist außerdem die Lage in der Nähe der BRT Transoeste und das Auftreten von Immobilieninteressen
[3] = Das Fußballstadion wird als Austragungsstätte für die Olympischen Spiele genutzt
[4] = Hier finden alljährlich die Karnevalsumzüge statt

Tab. 1 Umfang der Umsiedlungen in Rio de Janeiro und ihre offiziellen Begründungen (Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung nach Comité Popular 2014a, S. 19-37, vgl. auch UFRJ/IPPUR 2012)

Verkehrsinfrastruktur und 3. der Inwertsetzung durch Immobilienprojekte. Im Folgenden werden diese jeweils anhand eines Beispiels verdeutlicht:

1. Den Bewohner_innen der *favela* Metrô Mangueira, ehemals Wohnort von ca. 700 Familien, wurde durch die Stadtverwaltung im Jahr 2010 die bevorstehende Räumung angekündigt. Diese begründete die Maßnahme damals mit der Notwendigkeit eines Parkhauses für das angrenzende Maracanã-Stadion. Unter dem behördlichen Druck akzeptierten 108 Familien die sofortige Umsiedlung in das 70 Kilometer entfernte Wohnungsbauprojekt Cosmos. Nach anfänglichem Widerstand der verbleibenden Bewohner_innen wurden im Jahr 2012 auch diese annähernd komplett umgesiedelt und auf drei Wohnraumprojekte in der Nähe verteilt. Den wenigen verbleibenden Familien wurde inzwischen die öffentliche Strom- und Wasserversorgung abgestellt. Ende 2013 verkündete die Stadtverwaltung dann, dass anstelle des Parkhauses nun ein Geschäftskomplex mit angrenzender Parkanlage gebaut werden würde (vgl. UFRJ/IPPUR 2012, Comitê Popular 2014a: 26).

2. Die rund 120 Familien der Vila Harmonia im Westteil der Stadt erhielten ihre Räumungsbescheide im Zusammenhang mit der Ankündigung der BRT *Transoeste*-Planung. Die Familien wurden gedrängt, in ein einige Kilometer entferntes Projekt des Wohnungsbauprogramms *Minha Casa, Minha Vida* (siehe unten) in Campo Grande umzuziehen, damit eine Auffahrt für die Schnellstraße errichtet werden könne. Die Mehrheit der

Familien akzeptierte eine Entschädigungszahlung bzw. ein Apartment im Wohnungsbauprojekt. Die konkreten Pläne für die Nachnutzung der Fläche wurden den Bewohner_innen nie präsentiert. Gegenwärtig wird das ehemalige Siedlungsgebiet als Parkplatz für Fahrzeuge der Stadtverwaltung genutzt (vgl. UFRJ/IPPUR 2012, Comitê Popular 2014a: 24).

3. Beispielhaft für die Inwertsetzung durch Immobilienprojekte und für die Verquickung der verschiedenen planerischen ‚Problemebenen' ist die *favela* Vila Autódromo, die sich im südlich gelegenen Stadtteil Barra da Tijuca befindet. Immer wieder kam es zu Konflikten mit den Behörden, die das seit Mitte der 1990er Jahre bestehende Siedlungsrecht mit den unterschiedlichsten Begründungen anfochten. Bereits im Vorfeld der Panamerikanischen Spiele 2007 sollte die *favela* abgerissen werden, um Platz für Sportstätten zu schaffen. Seit Beginn der Olympia-Planungen steht die Umsiedlung der rund 1.250 Bewohner_innen nun wieder auf der Agenda (vgl. Silvestre/Oliveira 2012, Freire 2013, Vainer et al. 2013).

Entsprechend der Festivalisierungslogik stellt die Vila Autódromo ein städtebauliches Arrangierungs-, Image- und Inwertsetzungsproblem dar: Die Siedlung befindet sich in unmittelbarer Nähe zu den Sportstätten des angrenzenden Olympia-Standortes und bedeutet – den Argumenten der Stadtverwaltung zufolge – ein Hindernis bei der Errichtung des Olympischen Parks, eines Parkplatzes und eines Medienzentrums. Außerdem wird die Siedlung in der Diskussion als ‚Sicherheitsproblem' und ‚unästhetischer Schandfleck' beschrieben. Auch der Bau einer BRT-Strecke (*Transolímpica*) sowie Umweltschutzmaßnahmen für eine direkt angrenzende Lagune fließen in die offiziellen Begründungen für die Umsiedlung ein. Weiterer zentraler Faktor dürfte sein, dass ca. 75 % des olympischen Geländes nach dem Event als hochwertiges Bauland zur Verfügung stehen sollen, um dort unter anderem ein großangelegtes Immobilienprojekt eines privaten Investors zu realisieren. Aufgrund der stigmatisierenden Raumdiskurse stellt die Vila Autódromo auch in diesem Zusammenhang ein Inwertsetzungsproblem dar, denn die Nähe einer *favela* könnte sich negativ auf die Rendite des Immobilienprojekts auswirken (vgl. Silvestre/Oliveira 2012, Comitê Popular 2014a: 26-28).

Die Bewohner_innen der Siedlung, von denen die meisten seit Jahrzehnten dort wohnen, sollen in das nahegelegene Wohnungsbauprojekt *Parque Carioca* (ebenfalls *Minha Casa, Minha Vida)* umgesiedelt werden. Unterdessen wurde das formelle Siedlungsrecht der Bewohner_innen infolge umfangreicher Proteste[13] zwar gerichtlich bestätigt; trotzdem besteht nach wie vor die behördliche Absicht, zumindest Teile der Siedlung abzureißen – viele Abrissmaßnahmen sind bereits erfolgt. Dadurch verschärft sich der Konflikt mit der Stadtverwaltung und Kontroversen innerhalb der Bewohnerschaft sind die Folge. Von den ursprünglich rund 550 Familien haben bereits mehr als 200 Familien das Angebot der Stadtverwaltung akzeptiert, der Räumung zuzustimmen und im Gegenzug eine Sozialwohnung zu beziehen oder eine finanzielle Entschädigung zu erhalten. Jene Bewohner_innen, die sich nach wie vor gegen die Umsiedlung zur Wehr setzen, sehen sich dagegen behördlichen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt: Vielen Wohneinheiten wurden Strom und Wasser abgestellt und vielfach wird Abrissschutt zurückgelassen, um die Wohnqualität für die verbliebenen

Bewohner_innen zu beeinträchtigen (vgl. Crumpler/Steiker-Ginzberg 2013, Comitê Popular 2014a: 26-28, Steiker-Ginzberg 2014).

Diese drei Beispiele zeigen auch, dass sich keineswegs immer eindeutig bestimmen lässt, ob die Events nun Zweck oder Mittel für die Umsetzung der baulich-infrastrukturellen Maßnahmen sind. So tragen etwa die BRT-Systeme zur Verbesserung der kritischen Situation des öffentlichen Personennahverkehrs bei, schaffen jedoch gleichzeitig Anreize zur Inwertsetzung der angrenzenden Flächen. Und natürlich dienen sie dem Transport der internationalen Gäste während der Spiele. Die neugebauten Sportstätten im Westteil der Stadt werden zunächst für das Großereignis genutzt; danach soll der dort entstehende Olympische Park allerdings größtenteils zu hochwertigen Wohn-, Geschäfts- und Shoppingflächen weiterentwickelt werden, so dass dieses ‚Eventprojekt' letztlich den Profitinteressen der Investoren entgegenkommt. Die Neugestaltung des Hafengebietes und dortige Immobilienentwicklungen sowie die damit verbundenen Umsiedlungen haben keine direkte Relevanz für die Durchführung der Sportevents, stehen aber exemplarisch für die im Eventkontext beschleunigten Prozesse der spekulativen Flächeninwertsetzung und die internationale (touristische) Vermarktung.

Im Rahmen der Eventvorbereitungen vermengen sich also stadtpolitische und privatwirtschaftliche Interessen mit dem kurzfristigen Ziel einer erfolgreichen, reibungslosen Eventausrichtung. Im Grunde sind die aktuellen Umsiedlungen eine Fortsetzung bzw. Neuauflage einer alten, vorwiegend repressiven *favela*-Politik – jetzt im Zeichen der Events: Die Großveranstaltungen legitimieren Interventionen, die vor allem kapitalistischen Inwertsetzungslogiken folgen.

Soziale und sozialräumliche Konsequenzen

Die Art und Weise, in der die Umsiedlungsmaßnahmen durchgeführt werden, macht die Verwundbarkeit der Betroffenen deutlich und führt oft gleichzeitig zu einer Verschärfung ihrer Verwundbarkeitssituation.

Charakteristisch für den Umgang mit Wohngebieten unterer Einkommensgruppen im Kontext des stadtpolitischen ‚Ausnahmezustands' ist die äußerst undemokratische Verfahrensweise: Details über Zeitpläne und Bedingungen der Umsiedlungen werden zurückgehalten, konkrete Planungsinhalte kaum offengelegt, und ein Mitspracherecht wird meist vollständig verwehrt. Zudem werden die Bewohner_innen oft sehr kurzfristig und mit zweifelhaften Mitteln dazu gedrängt, entweder dem Umzug in ein Projekt des Wohnungsbauprogramms *Minha Casa, Minha Vida* oder einer Kompensationszahlung zuzustimmen. Vielfach werden die Betroffenen über die genauen Konditionen der Entschädigungsleistungen im Unklaren gelassen; dass die Höhe der finanziellen Entschädigung für eine Unterkunft in der Nähe oder in vergleichbarer Lage zu niedrig ist, stellt sich entsprechend spät heraus. Außerdem bedeutet das Umsiedeln in eines der Wohnungsbauprojekte oft den problematischen Umzug an den Stadtrand (vgl. Lopez de Souza 2012, Crumpler/Steiker-Ginzberg 2013, Comitê Popular 2014a: 19-20 und 35ff.).

Die Verknüpfung des Wohnungsbauprogramms *Minha Casa, Minha Vida* mit den Zwängen und Logiken der Umsiedlungsmaßnahmen erscheint ohnehin widersprüchlich. Während es das verlautbarte Ziel des Programms ist, einen Beitrag zur Behebung des landesweiten Wohnraummangels zu

leisten, werden in der Praxis offenbar dieselben Fehler wiederholt, die bereits im Kontext der *slum eradication & redevelopment policy* in den 1950er und 1960er Jahren in zahlreichen Ländern des Globalen Südens gemacht wurden (vgl. Burgess 1992, Jenkins et al. 2007: 155f.). Viele der betroffenen Menschen in den *favelas* haben über Jahre oder Jahrzehnte hinweg in den Bau ihrer Unterkunft investiert und sich ein individuell angepasstes Umfeld geschaffen. Die neuen Wohnanlagen des Programms bieten zwar moderne Apartments samt technischer Infrastruktur, jedoch entsprechen die meist kleineren Standardwohnungen nur selten den Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten der Menschen. Zum einen fallen für die formellen Wohnungen Gebühren und Instandhaltungskosten an – und bisher ist unklar, ob Menschen mit geringem Einkommen diese überhaupt zahlen können. Zum anderen sind die Wohnanlagen in der Regel nicht auf die bisherigen wirtschaftlichen Aktivitäten der Umzusiedelnden ausgerichtet. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die heimbasierte Dienstleistungen anbieten, Werkstätten oder Geschäfte haben oder – mit Gartenbau bzw. Nutztierhaltung – eine Form von Subsistenzwirtschaft betreiben. Da zahlreiche Bewohner_innen zudem in den zentralen Bereichen der Stadt arbeiten, bedeutet eine Relokalisierung in die Peripherie einen deutlich höheren Zeit- und Kostenaufwand für das tägliche Pendeln. Auch soziale Versorgungsstrukturen der Stadt wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sind sehr viel schwieriger erreichbar (vgl. Comitê Popular 2014b, McTarnaghan 2014). Nicht zuletzt haben die Umsiedlungen gravierende Auswirkungen auf die gewachsenen sozialen Netzwerke innerhalb der Bewohnerschaft.

Insgesamt zeigt sich, dass die Umsiedlungspraxis vielfach in deutlichem Widerspruch zu den demokratischen Prinzipien des *Estatuto da Cidade* steht. Meist geht es bei den städtischen Interventionen nicht um die Verbesserung der Lebenssituation und Partizipationsmöglichkeiten von Bewohner_innen im Sinne eines ‚Rechts auf Stadt'. Im Gegenteil: Der rigorose staatliche Eingriff in weitgehend funktionierende Strukturen der Alltagsorganisation, in soziale Netzwerkgefüge und ökonomische Strategien der Existenzsicherung wird für die Betroffenen vermutlich schwerwiegende Konsequenzen mit sich bringen.

4.2. Pazifizierung und Aufwertung

Bei der zweiten stadtpolitischen Strategie im Umgang mit der ‚*favela*-Problematik' handelt es sich um eine *in situ*-Transformation im physisch-materiellen, sozialen und symbolischen Sinne. Anstelle einer kompletten Räumung stehen hier Sicherheits- und städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen im Mittelpunkt.

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Entscheidung für Brasilien als Gastgeberland der WM initiierte die Regierung des Bundesstaates Rio de Janeiro im Jahr 2008 – mit Unterstützung der Stadt- und der Nationalregierung – ein großangelegtes Programm zur ‚*favela*-Pazifizierung'. Das Vorgehen sieht im ersten Schritt den Einsatz der militärpolizeilichen Elitetruppe BOPE (*Batalhão de Operações Policiais Especiais)* vor. Deren Invasionen zielen auf die Vertreibung, Tötung oder Verhaftung von Mitgliedern der Drogenbanden und auf die Besetzung der *favelas*. Im zweiten Schritt werden Polizeistationen der ‚Friedenspolizei' UPP (*Unidade de Polícia Pacificadora*) in den

betreffenden *favelas* errichtet. Die speziell ausgebildeten UPP-Einheiten sollen in den Gebieten patrouillieren und sicherstellen, dass diese dauerhaft von Drogenhandel und Gewalt frei bleiben (vgl. Gaffney 2010a, Freeman 2012). Die Behörden versuchen damit, auf die in den Medien diskutierten Bedenken hinsichtlich der allgemeinen städtischen Sicherheitslage zu reagieren und zugleich den Forderungen der Sportverbände nach Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit während der Großevents nachzukommen (Pellacini 2011). Die Pazifizierungen sind insofern zunächst als Bestandteil einer ‚nach außen' gerichteten Imagestrategie zu verstehen (*favela* als Imageproblem). Hier soll jedoch gezeigt werden, dass die Befriedungsmaßnahmen gleichzeitig Teil einer Strategie im Sinne der ‚nach innen' gerichteten neoliberalen Zielsetzung der Festivalisierung sind, da sie die Voraussetzung für die Erschließung neuer Marktgebiete darstellen.

Umfang und räumliche Lage

Das Pazifizierungsprogramm ist umfangreich: Bis Oktober 2014 wurden 38 *favelas* bzw. größere Siedungskomplexe ‚befriedet' und mit UPP-Stationen ausgestattet (Governo do Rio de Janeiro 2014). Bis zu den Olympischen Spielen sollen insgesamt 100 *favelas* befriedet sein (Freeman 2012: 105). Nicht nur der Zeitpunkt des Programmstarts und der Zeitplan, sondern auch die räumliche Fokussierung der Maßnahmen machen den Bezug zur Festivalisierungspolitik augenfällig: Die betreffenden *favelas* befinden sich ausnahmslos innerhalb oder in der Nähe eventrelevanter Bereiche der Stadt, d. h. entlang von Zufahrtswegen zum internationalen Flughafen und in den Einzugsbereichen der vier Standorte Barra da Tijuca, Copacabana, Deodoro und Maracanã (*Olympic Zones*[14], vgl. Abbildung 1, Oliveira 2012: 247).

In den 38 UPP-Einheiten sind derzeit insgesamt über 9.500 Polizist_innen im Einsatz (vgl. Governo do Rio de Janeiro 2014). Das finanzielle Gesamtvolumen des Programms beläuft sich bereits jetzt auf rund 570 Millionen Reais jährlich (vgl. Freeman 2012). Darüber hinaus wurden nach

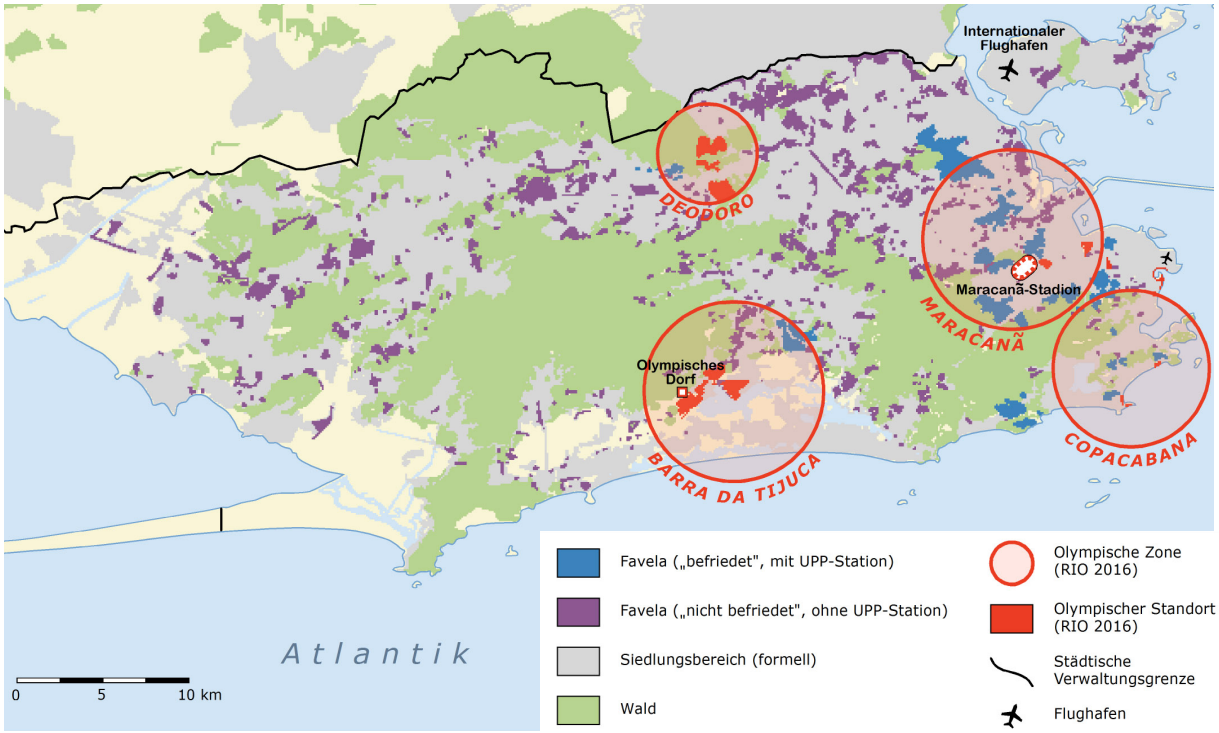


Abb. 1 Räumliche Lage der UPPs und der Olympischen Zonen. Entwurf: M. Steinbrink, Kartographie: C. Reichel, Kartengrundlage: Adam Towle/LSE Cities (zit. nach Smith 2013).

Angaben der Stadt ca. 1,8 Milliarden Reais öffentlicher Gelder in den pazifizierten *favelas* investiert, davon etwa die Hälfte für bauliche Maßnahmen im Rahmen des Infrastrukturprogramms *Morar Carioca*.[15] Inzwischen wurden in vielen Gebieten zudem etliche neue Sozialprojekte initiiert (u. a. Kindergärten und Schulen). Nach offiziellen Angaben profitieren derzeit fast 770.000 Bewohner_innen von den Maßnahmen (vgl. Prefeitura do Rio de Janeiro/Instituto Pareira Passos 2014).

Soziale und sozialräumliche Konsequenzen

In den befriedeten *favelas* lassen sich bereits umfangreiche Veränderungen beobachten, die einerseits Verbesserungen für die Lebenssituation der Bewohner_innen nahelegen, andererseits aber Fragen nach den Konsequenzen dieser neuen Form der Machtausübung und nach künftigen Verdrängungs- und Segregationsmechanismen aufwerfen:

Mit der militärisch-polizeilichen Besetzung der *favelas* gehen zahlreiche positive Veränderungen einher. Zuallererst ist das Aufbrechen der lokalen Strukturen des organisierten Verbrechens zu nennen. Die Maßnahmen haben zu einer teils deutlichen Reduzierung der exzessiven Gewalt von Seiten der Drogenbanden geführt. Studien aus pazifizierten *favelas* zeigen, dass sowohl die Anzahl der bewaffneten Auseinandersetzungen als auch die Opferzahlen in den ersten Jahren deutlich zurückgegangen sind (vgl. Cano et al. 2012, Fundação Getulio Vargas 2012). Für die Bewohner_innen bedeutet das gemeinhin mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit innerhalb ihres Wohngebietes und damit größeren Handlungsspielraum im Alltag. Das soziale Leben in der Siedlung hat sich wieder stärker in den öffentlichen Raum verlagert. Die verbesserte Sicherheitslage ermöglicht zudem die Einleitung notwendiger Infrastrukturprojekte, etwa im Rahmen des nationalen Wachstumsprogramms PAC (*Programa de Aceleração do Crescimento*) und des städtischen Programms *Morar Carioca*. Es werden neue Straßen, Treppen und Wege angelegt, Maßnahmen gegen Naturrisiken (Hangrutschungen u. Ä.) getroffen und die Wasser- und Elektrizitätsversorgung ebenso wie die Abwasser- und Abfallbeseitigung ausgebaut. All diese Maßnahmen bedeuten zunächst erhebliche Verbesserungen für die Bewohner_innen; sie tragen dazu bei, dem Ausbruch von Krankheiten vorzubeugen, die infrastrukturelle Grundversorgung sicherzustellen und erleichtern unter Umständen neue ökonomische Aktivitäten im Wohngebiet. Auch das vom Bundesstaat Rio de Janeiro 2009 eingesetzte und nun von der Stadtverwaltung weitergeführte Sozialprogramm *UPP Social* – es firmiert inzwischen unter der Bezeichnung *Rio Mais Social* – unterstützt die Transformation des öffentlichen Lebens in den befriedeten *favelas*. Insbesondere Kindern und Jugendlichen erleichtert es den Zugang zu schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten und eröffnet neue Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Darüber hinaus verbessert sich, etwa durch die Einrichtung neuer Gesundheitseinrichtungen, der allgemeine Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen (vgl. Prefeitura do Rio de Janeiro / Instituto Pareira Passos 2014).

Die Kehrseite der Medaille stellen die Schwierigkeiten in der Durchführung der Pazifizierung sowie deren mittel- und langfristige Wirkungen dar. Den staatlichen Militär- und Polizeieinheiten ist es bislang nicht gelungen, den Drogenhandel und damit assoziierte Verbrechen in *allen* befriedeten

favelas zu unterbinden. Neuere Medienberichte lassen sogar darauf schließen, dass die Drogengangs in einige *favelas* zurückkehren. Cano et al. (2012) weisen zudem darauf hin, dass die Zahlen anderer erfasster Straftaten wie häusliche Gewalt, Diebstahl und Einbrüche stark angestiegen sind. Sie liefern dafür zwei Erklärungen: Zum einen sei es aufgrund der Polizeipräsenz nun einfacher, Straftaten anzuzeigen und die Polizei selbst könne jetzt vor Ort Gesetzesübertritte leichter registrieren. Zum anderen gab es unter der Kontrolle der Drogenbosse Konventionen, bestimmte Delikte drakonisch zu sanktionieren, weshalb die Abschreckung zu einer Verringerung dieser Straftaten führte. Überdies zeichnet sich eine räumliche Verlagerung der Kriminalität ab und damit eine neue Konzentration in Gebieten, die nicht von Militär- oder ‚Friedenspolizei' kontrolliert werden.[16] Eine solche Entwicklung bedeutet also lediglich eine Problemverschiebung (vgl. Cano et al. 2012).

Weitere Schwierigkeiten entstehen infolge der alltäglichen Machtausübung durch die Einheiten der UPP: Seit den ersten Befriedungen ist es immer wieder zum Missbrauch staatlicher Macht, etwa in Form von Korruption, willkürlichen Durchsuchungen oder Schikanierungen von Bewohner_innen gekommen, in einigen Fällen sogar zu Folter und Mord. So wurden im Zusammenhang mit dem Tod eines Bewohners der *favela* Rocinha im Jahr 2013 einige Offiziere der lokalen UPP-Einheit angeklagt, einen Unschuldigen zunächst gefoltert und schließlich getötet zu haben (vgl. Ashcroft 2014, LeBaron 2014, Marinho et al. 2014). Da das Verhältnis der *favela*-Bewohner_innen zum Staat aufgrund fortwährender Repressionen seit jeher sehr gespannt ist, dürften Vorkommnisse dieser Art die generelle Skepsis gegenüber staatlichen Stellen und deren Maßnahmen keineswegs verringern. Eine Entwicklung, die in eklatantem Kontrast steht zu dem offiziell verlautbarten Ziel der UPP, ein Vertrauensverhältnis zur Bewohnerschaft aufzubauen.[17]

Des Weiteren ist fraglich, inwieweit die bisher eingeleiteten baulichen und infrastrukturellen Maßnahmen in den befriedeten *favelas* tatsächlich zu einer bedeutsamen Verbesserung der Lebenssituation führen und wie viele Bewohner_innen überhaupt davon profitieren. Insbesondere die im Rahmen von *Morar Carioca* getroffenen Infrastrukturmaßnahmen erfolgen bislang nur sehr punktuell, zahlreiche Maßnahmen werden nicht wie angekündigt umgesetzt und vielfach sind die Inhalte der städtischen Pläne genauso wenig transparent wie die konkreten Zielsetzungen (vgl. Osborn 2013).[18]

Über diese akuten Schwierigkeiten in der Durchführungspraxis hinaus deuten sich Prozesse an, die eher mittel- und langfristige Folgen haben. Die allgemeine Attraktivitätssteigerung durch die bessere Sicherheitslage und den Infrastrukturausbau bringt in einigen *favelas* Dynamiken mit sich, die zu einer substanziellen Aufwertung und zur Verdrängung der jetzigen Einwohner_innen führen können: 1. Kommerzialisierung/Kommodifizierung, 2. Touristifizierung, 3. Zuzug anderer sozialer Gruppen sowie Boden- und Immobilienspekulationen:

1. Kommerzialisierung/Kommodifizierung: Seit der Initiierung des UPP-Programms engagieren sich in den befriedeten *favelas* immer mehr Konzerne und Dienstleistungsketten, weil sie die Siedlungen als neue Marktgebiete entdeckt haben. So treiben Großunternehmen derzeit den Ausbau und die Formalisierung der technischen Dienstleistungen voran, die bislang zu großen Anteilen über informelle bzw. ‚illegale' Anschlüsse organisiert waren; die *Light*

Serviços de Eletricidade sorgt zum Beispiel für formelle Stromanschlüsse der Haushalte und sichert sich damit Hunderttausende neuer Kunden. Banken, Supermarktketten und Fast-Food-Restaurants eröffnen Filialen in den Siedlungen. Auch nutzen Unternehmen wie der brasilianische Baukonzern *Odebrecht* und *Coca Cola Brasil* ihren Status als finanzielle Sponsoren des UPP-Programms als Marketing-Plattform. Während sich *Coca Cola* in einigen Sozialprojekten engagiert, ist *Odebrecht* vor allem an der Durchführung von umfangreichen (und ausgesprochen lukrativen) Baumaßnahmen in den *favelas* beteiligt (Freeman 2012, Governo do Rio de Janeiro 2014).

Diese Entwicklungen haben fraglos viele praktische Verbesserungen und Erleichterungen des Alltags zur Folge. Mit der Formalisierung der öffentlichen Versorgungsstrukturen, insbesondere der Strom-, Wasser- und TV-Anschlüsse, kommen aber auch neue Kosten auf die Bewohner_innen zu. Ähnliches gilt für die mit der einsetzenden Regulierung der ökonomischen Aktivitäten einhergehenden Abgaben (Steuern, Lizenzen etc.) und die damit verbundenen Preissteigerungen (vgl. Barbosa 2012, Ost/Fleury 2013). Darüber hinaus ist zu hinterfragen, ob und inwieweit die neuen ökonomischen Akteure im privaten Einzelhandels-, Gastronomie- und Dienstleistungsbereich in Konkurrenz zu den vielen kleinen, oft informellen Anbieter_innen treten und diese vom lokalen Markt verdrängen.

2. Touristifizierung: Auch die zunehmende touristische Inwertsetzung der befriedeten Siedlungen in der Südzone der Stadt ist Ausdruck der Kommerzialisierung. Zwar fand der sogenannte *favela*-Tourismus bereits vor den Befriedungen vereinzelt statt, inzwischen aber boomt die Branche regelrecht. Neben zahlreichen neuen Anbietern ist jetzt auch die Stadtverwaltung daran beteiligt; mit dem Programm *Rio Top Tour* fördert sie gezielt die touristische Entwicklung in befriedeten *favelas* (Steinbrink 2013). Einige der im Rahmen von PAC und *Morar Carioca* neu geschaffenen Infrastrukturen sind ebenfalls vor dem Hintergrund der ‚*favela*-Touristifizierung' zu betrachten. In den *favelas* Santa Marta, Providência und Complexo do Alemão entstanden beispielsweise Zahnrad- bzw. Seilbahnen, und am Fuße der Siedlung Cantagalo steht ein mehrgeschossiger Aufzug. Mit diesen Strukturen wird zwar offiziell das Ziel verbunden, den Bewohner_innen den Zugang zu den am Berghang gelegenen Siedlungen zu erleichtern. Der Bezug zur touristischen Inwertsetzung ist jedoch unübersehbar, denn die Bahnen und der Aufzug führen auch zu Aussichtsplattformen und anderen touristischen Attraktionen.[19] Am Eingang zur *favela* Cantagalo in Ipanema machen z. B. Angestellte der Stadt vorbeikommende Tourist_innen auf die Möglichkeit aufmerksam, die Aussichtsplattform am oberen Ende des Aufzugs bzw. die *favela* zu besuchen. Auch für die Umsetzung dieser Infrastrukturprojekte wurden zahlreiche Bewohner_innen umgesiedelt (vgl. Freeman 2012, Steinbrink 2013, Comitê Popular 2014a).

Seit der UPP-Präsenz eröffnen in den zentral gelegenen *favelas* Vidigal, Chapéu Mangueira und Babilônia sowie in Santa Marta immer mehr Backpacker Hostels und im Zusammenhang mit der WM zunehmend auch *bed and breakfast*-Unterkünfte in Privathaushalten.[20] Die Gäste sind fast ausschließlich internationale Touristen oder ausländische Studierende. In Vidigal eröffnete im Dezember 2013 zudem das Hotel *Mirante do Arvrão*, das Suiten zu Preisen von bis zu 400 Reais pro Nacht anbietet, und an

Wochenenden werden sogenannte *baile funk partys* mit Eintrittspreisen zwischen 70 und 200 Reais veranstaltet, die immer mehr brasilianische, aber auch internationale Gäste in die *favelas* locken.

Infolge dieses neuen „*favela chic*" (Freire-Medeiros 2008), der verbesserten Sicherheitslage, der medialen Aufmerksamkeit und der zunehmenden Popularität des *favela*-Tourismus (Steinbrink et al. 2012) ist die Zahl internationaler Gäste, die nun auch für längere Zeit in den Siedlungen verweilen, dort Unterkünfte beziehen und konsumieren, gestiegen. Diese neuen Konsumentengruppen fragen höherwertige Produkte nach und sind in der Lage, höhere Preise für das Dienstleistungsangebot zu zahlen, das sich mittlerweile auch – zumindest in der ersten befriedeten *favela* Santa Marta – zunehmend an touristischen Interessen ausrichtet. So kommt es durch den Tourismus zu allgemeinen Preissteigerungen bei Dienstleistungen und Konsumgütern (vgl. Ost/Fleury 2013).

Unabhängig davon, ob diese Entwicklungen neue Einkommensmöglichkeiten für die Bewohner_innen mit sich bringen und ob der Tourismus zu einer Entstigmatisierung der *favelas* beitragen kann (vgl. LeBaron 2014) ist festzustellen, dass mit der Touristifizierung eine allgemeine Aufwertung der Siedlungen stattfindet, die nun auch für Bevölkerungsgruppen interessant werden, für die das Leben in einer *favela* lange unvorstellbar war.

3. Zuzug anderer sozialer Gruppen und Boden- und Immobilienspekulation: Die erhöhte Nachfrage nach Wohnraum und die spekulativen Investitionen im Kontext der Megaevents haben in den vergangenen Jahren insgesamt zu stark gestiegenen Preisen für Grundstücke und Immobilien in Rio de Janeiro geführt, insbesondere in zentralen Lagen und attraktiven Stadtteilen wie Leblon, Ipanema und Copacabana. Dass dabei auch die Pazifizierungen von wesentlicher Bedeutung sind, konnten Frischtak/Mandel (2012) nachweisen. Für Wohngebiete, die an neu befriedete *favelas* grenzen, haben sie einen sprunghaften Anstieg der Immobilienpreise um 5 bis 10 % ermittelt. Die Wertsteigerungen fallen umso höher aus, je näher die jeweilige Immobilie an den befriedeten Siedlungen liegt.

Auch innerhalb der *favelas* selbst ist es mit den Befriedungen zu drastischen Steigerungen der Immobilien- und Mietpreise gekommen; aus *favelas* in der Südzone wird teilweise von bis zu 400 % berichtet (vgl. Freeman 2012: 96 und 121, Rodrigues 2013: 9). Aufgrund der Lage, der verbesserten Sicherheitssituation und des rasanten tourismusinduzierten Imagewandels wird Wohnraum in den *favelas* auch für neue Nachfragergruppen interessant. So lässt sich beobachten, dass vermehrt internationale Student_innen und andere Nicht-Brasilianer_innen auf der Suche nach günstigen Unterkunftsmöglichkeiten in zentraler Lage in die *favelas* ziehen (vgl. Freeman 2012: 121, Jansen 2012). Aber auch Personen aus der brasilianischen Mittelschicht weichen angesichts der hohen Miet- und Lebenshaltungskosten in den formellen Bereichen der Südzone auf die nahegelegenen Hügel aus.

Nicht nur die wachsende Nachfrage, sondern auch die sich abzeichnende Formalisierung von Grundstücken ist für die verstärkten Immobilienkäufe und -spekulationen verantwortlich. Für rund 23 % der Immobilien in Rios *favelas* ist die Vergabe individueller Besitztitel geplant (Forte 2013). Diese könnten von den neuen Eigentümer_innen zwar als Sicherheit für Kredite genutzt werden, um Investitionen in produktive *assets* zu tätigen (im Sinne einer Aktivierung

von *dead capital*; vgl. De Soto 2000). Die formalisierten Grundstücke gewinnen aber automatisch an Attraktivität für Investor_innen, so dass Verkauf (etwa aufgrund sozioökonomischer Zwangslagen) und Wegzug wahrscheinlicher werden.[21] Ähnlich wirkt die mit der Formalisierung einhergehende Erhebung von Grundsteuern (Williamson 2014). Insbesondere für Mieter_innen bedeutet das höhere Wohnkosten. Solche Mietpreissteigerungen führen möglicherweise zu einer größeren Belegungsdichte oder zum Umzug in günstigere (randstädtische) Wohnlagen.

Vieles deutet darauf hin, dass die genannten Faktoren in verschiedenen befriedeten *favelas* zu weitreichenden Gentrifizierungsprozessen beitragen.

Es lässt sich festhalten, dass die Befriedungsaktionen weit über den kurzfristigen Zweck hinausgehen, die Sicherheitslage und das damit verknüpfte Image der Stadt für die Events zu verbessern. Im Sinne der nach innen gerichteten Zielsetzung der Festivalisierung werden die Events vielmehr als Katalysator eingesetzt, denn sie legitimieren und ermöglichen das milliardenschwere Befriedungsprogramm, das wirkmächtige Entwicklungsdynamiken in Gang setzt. Es deutet sich an, dass diese letztlich vor allem externen privatwirtschaftlichen Interessen und weniger den Bewohner_innen nutzen. Die befriedeten *favelas* sind somit nicht nur ‚Problemgebiete' einer gelungenen Stadtinszenierung: Viele sind als neu eroberte Investitionsräume auch ‚Zielgebiete' einer neoliberalen Stadtpolitik Rio de Janeiros.

5. Schlussbetrachtung

Dieser Aufsatz hat eine Perspektive auf den stadtpolitischen Umgang mit marginalisierten Stadtgebieten entwickelt, die sich auch auf andere städtische Kontexte zukünftiger Megaevents im Globalen Süden übertragen lässt.

Die offiziellen Begründungen für die Austragung von Megaevents werden regelmäßig in die Narration einer nachhaltigen städtischen Entwicklung und einer *social legacy* eingebettet.[22] Verantwortliche Politiker_innen wie Planer_innen beteuern unermüdlich die positiven Folgewirkungen der Events für alle Bewohner_innen der Gastgeberstadt. Die kritische Megaeventforschung hat jedoch gezeigt, dass die Großereignisse vor allem als strategisches Instrument einer Stadtpolitik eingesetzt werden, die keineswegs auf gesellschaftlichen Ausgleich ausgerichtet ist. Dieses Spannungsverhältnis entpuppt sich insbesondere im Globalen Süden zunehmend als wesentliches Charakteristikum der Megaevent-Inszenierungen. Wie gezeigt wurde, liegt ein Zugang zum Verständnis dieser Spannung insbesondere in der Analyse des planungspolitischen Umgangs mit Wohngebieten einkommenschwächerer Gruppen in diesen ‚neuen' Ausrichterstädten.

Auch Rio verfolgt seit den 1990er Jahren eine Strategie der Stadtentwicklung und Eigenvermarktung mithilfe von Megaevents. Wie in anderen Austragungsorten im Globalen Süden rücken auch hier die immensen sozialen Ungleichheiten in den Fokus, die in den zahlreichen *favelas* im Stadtgebiet ihren räumlichen Ausdruck finden. Die Siedlungen stellen entsprechend der Eventlogik eine mehrdimensionale Herausforderung dar; sie werden als bauliches ‚Arrangierungsproblem' sowie als massives Sicherheits- und Imageproblem gedeutet. Im Umgang damit setzen die politisch Verantwortlichen zum einen auf die gängige Methode von Abriss

und Umsiedlung, zum anderen auf eine Strategie der Pazifizierung und Aufwertung. Die jeweiligen Maßnahmen werden der *social-legacy*-Rhetorik entsprechend als Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung kommuniziert.

Unser Beitrag hat gezeigt, dass die stadtpolitischen Interventionen in den *favelas* vor allem eine Öffnung dieser Gebiete für den formellen Boden- und Immobilienmarkt, den Einzelhandel und den Tourismus vorbereiten, und damit die Erschließung bisher weitgehend ungenutzter Marktgebiete. Sowohl die Umsiedlungen als auch die befriedungsbedingten Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse in den *favelas* lassen sich als Formen der „*accumulation by dispossession*" (Harvey 2003) bezeichnen. Die sich bereits jetzt abzeichnenden Folgen sind weitreichende urbane Transformationen. Es ist davon auszugehen, dass sich die in Rio auffällig kleinteiligen sozialräumlichen Fragmentierungen bzw. die „Exklusion im Zentrum" (Rothfuß 2012) zugunsten einer noch stärkeren sozialen Spaltung zwischen Zentrum und randstädtischer Peripherie auflösen. Kriminalität, Armut und andere gesellschaftliche Probleme verlagern sich lediglich. Die Ausdehnung exklusiver Wohn- und Konsumzonen im Zentrum mündet in den Umzug unterer Einkommensgruppen in städtische Randlagen – häufig mit gravierenden Auswirkungen auf ihre Existenzsicherung.

Die beobachtbaren Prozesse rund um die Großereignisse deuten an, dass die Festivalisierungspolitik Rio de Janeiros in erster Linie an den spekulativen Marktinteressen einer globalen *rentier class*[23] orientiert ist: Zentral gelegene Wohngebiete marginalisierter Bevölkerungsgruppen werden durch staatliche Intervention zunehmend in lukrative Investitionsräume umgewandelt, die überschüssiges Kapital aufnehmen können und neue Renditemöglichkeiten versprechen (vgl. Desai/Loftus 2013, Harvey 2013). Gegenüber dieser Inwertsetzungslogik geraten die Interessen einkommensschwächerer Stadtbewohner_innen immer weiter ins Hintertreffen, obgleich es genau diese Menschen sind, welche die Folgen der Globalisierung dieser neoliberalen Festivalisierungspolitik schon jetzt am stärksten spüren. Deshalb ist es bereits heute, nur wenige Monate nach Abpfiff der WM, angemessen, von einer *anti-social legacy* der Megaevents in Rio de Janeiro zu sprechen.

Endnoten

[1] Nachdem bei den Olympischen Spielen in Peking 2008 etwa 3,6 Milliarden TV-Zuschauer das Ereignis verfolgten und bei der WM 2010 in Südafrika etwa 3,2 Milliarden Menschen eingeschaltet hatten, wurde für die WM 2014 in Brasilien ein neuer Rekordwert erwartet (Burns 2014).

[2] So fanden die Olympischen Sommerspiele 2008 (Peking) und die Expo 2010 (Shanghai) in China statt, die FIFA-WM 2010 wurde in Südafrika ausgetragen und die Commonwealth Games 2010 (Delhi) in Indien. 2014 wurde schließlich die Fußball-WM in Brasilien ausgetragen, wo – in Rio de Janeiro, Austragungsort von sieben WM-Partien – auch die Olympischen Spiele 2016 stattfinden werden.

[3] Global-strategische, regional- und nationalpolitische sowie makroökonomische Kontexte werden in diesem Aufsatz zwar ebenfalls angesprochen, bedürfen jedoch einer eigenen detaillierten Betrachtung.

[4] Dieser Katalog umfasst weitreichende Maßgaben u.a. hinsichtlich Ein- und Ausreisebestimmungen, Sicherheitsmaßnahmen und Strafverfolgung, Ausbau von Sportinfrastruktur,

Verkehrs- und Kommunikationswesen, Sicherung von Eigentums- und Markenrechten, Bestimmungen des Gesundheitswesens sowie finanztechnischer und steuerrechtlicher Fragen rund um die Events.

[5] Einer aktuellen Analyse zufolge war dieser Impuls in Johannesburg weniger wirksam als befürchtet, macht sich jedoch in anderen südafrikanischen Städten deutlich bemerkbar (Haferburg et al. 2014).

[6] Im Jahr 2015 zelebriert die Stadt außerdem ihre Gründung vor 450 Jahren.

[7] Barcelona gilt nach der im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen von 1992 erfolgten Umgestaltung des Hafengebietes und anderer zentraler Flächen als Erfolgsmodell für die Restrukturierung von Städten und für die ‚Revitalisierung' (bzw. Gentrifizierung) von Stadtteilen im Kontext von Megaevents. So kommt es nicht von ungefähr, dass unter der Federführung Cesar Maias katalanische Berater eingeladen wurden, um die Verantwortlichen in Rio bei der Formulierung einer neuen Stadtentwicklungsstrategie sowie bei der strategischen Vorbereitung der Olympia-Bewerbungen zu unterstützen. Nach zwei erfolglosen Bewerbungen 2004 und 2012 gelang es der Stadt allerdings erst im dritten Anlauf, die Austragungsrechte für die Olympischen Spiele 2016 zu gewinnen (vgl. Sánchez et al. 2004, Gaffney 2010a).

[8] Carlos Vainer lehnt sich hier an Giorgio Agambens (2005) Konzept des *state of exception* an, das auf einer Auseinandersetzung mit dem Schmittschen Begriff des ‚Ausnahmezustands' beruht.

[9] Beispielsweise verfügen die demokratisch nicht legitimierten Organisationen *Brasil 2016* und die *Autoridade Público Olímpico* (*Public Olympic Authority*), die für die Umsetzung der Projekte mit Olympia-Bezug zuständig sind, über das Recht zur Enteignung von Grundstücken (vgl. Gaffney 2010a).

[10] Der Unmut unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen über diese Politik des Ausnahmezustands schlug sich deutlich in den sozialen Protesten im Umfeld des Confederations Cups 2013 sowie im Vorfeld und während der WM 2014 nieder.

[11] Soares Gonçalves (2006) zeichnet den stadtpolitischen Umgang mit den *favelas* im Laufe des vergangenen Jahrhunderts nach und zeigt, wie die *favelas* fast durchgängig als Gegenstück zur „Stadt", als Orte des Aussätzigen, Illegalen und Unerwünschten behandelt wurden: Bereits in den 1930er und 1940er Jahren waren Umsiedlungen eine gängige Methode, um die mit den Siedlungen assoziierten Probleme zu überwinden. Nachdem in den 1950er Jahren vermehrt soziale Unterstützungsmaßnahmen für die Bewohner_innen durchgeführt worden waren (etwa durch kirchliche Organisationen und Sozialarbeit), kamen ab den 1960er Jahren wieder verstärkt repressive Maßnahmen zum Einsatz. In dieser Zeit gab es u. a. eine Kampagne, in deren Rahmen 27 *favelas* mit rund 42.000 Einwohner_innen abgerissen wurden. Ab den späten 1970er Jahren wurden dann Maßnahmen ergriffen, um die *favelas* stärker in die Stadt zu integrieren (vgl. Soares Gonçalves 2006). Auch das Infrastrukturprogramm *Favela Bairro* in den 1990er Jahren ist in diesem Zusammenhang zu sehen (vgl. Pamuk/Cavallieri 2004).

[12] *Bus rapid transit*-Systeme sind Schnellbusverbindungen mit eigener Fahrspur. In Rio de Janeiro sind drei BRT-Strecken geplant, um die olympischen Standorte und andere zentrale Bereiche der Stadt miteinander zu verbinden.

[13] Neben Protesten hatten die Bewohner_innen der *favela* mit Unterstützung von Architekt_innen und Stadtplaner_innen einen eigenen alternativen Bebauungsplan für die Siedlung entwickelt. Dieser hätte sich – so ihre Argumentation – mit den geplanten Baumaßnahmen für die Olympischen Spiele in Einklang bringen lassen und eine infrastrukturelle Verbesserung des Gebietes unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte ermöglicht. Außerdem sah der Plan eine Minimierung der Umsiedlungen und die Relokalisierung der betroffenen Bewohner_innen innerhalb der Siedlung vor – und hätte bei Umsetzung deutlich weniger Kosten verursacht als die Umsiedlung der Bewohner_innen (vgl. Associação de Moradores e Pescadores da Vila Autódromo 2012, Vainer et al. 2013).

[14] In den sogenannten *bid books* für Olympia 2016 werden die Einzugsbereiche der olympischen Standorte in den kartographischen Darstellungen jeweils durch ‚Ringe' veranschaulicht. Neben Implikationen für die räumliche Konzentration eventrelevanter baulich-infrastruktureller Maßnahmen liefern diese auch Hinweise auf Gebiete, für die im Eventkontext erhöhter Sicherheitsbedarf besteht (vgl. Rio 2016 Candidate City [Vol. 2] 2009).

[15] *Morar Carioca* ist ein städtisches Infrastrukturprogramm, das bis zum Jahr 2020 zur ‚Reurbanisierung' der *favelas* beitragen soll. Es werden u. a. die Einrichtung neuer technischer Infrastrukturen, soziale Einrichtungen, Grünanlagen und öffentliche Plätze zur Freizeitgestaltung finanziert (vgl. Osborn 2013).

[16] Dieser Trend wird in *favelas* ohne UPP in der Nord- und Westzone sowie in der angrenzenden Region *Baixada Fluminense* und der Nachbarstadt Niterói beobachtet.

[17] Auf der offiziellen Homepage wird die UPP folgendermaßen beschrieben: *"managed under the principles of Police of Proximity [...] based on the partnership between local residents and law enforcement institutions [...] [and] guided by dialogue and respect to the culture and uniqueness of each community"* (Governo do Rio de Janeiro 2014).

[18] Darüber hinaus werden im Zusammenhang mit der Ankündigung von Maßnahmen unter *Morar Carioca* oftmals auch Umsiedlungspläne bekanntgegeben und legitimiert (vgl. Osborn 2013). Beispielsweise droht gegenwärtig den Bewohner_innen der *favela* Vila União die Umsiedlung, obwohl für das Wohngebiet ursprünglich infrastrukturelle *upgrading*-Maßnahmen im Rahmen von *Morar Carioca* vorgesehen waren (vgl. Waldron 2014).

[19] Schätzungen zufolge sind rund 30 % der Nutzer_innen der Seilbahn in Complexo do Alemão an Werktagen Tourist_innen, an Wochenenden sind es sogar bis zu 60 % (Frenzel 2013).

[20] In diesen vier *favelas* gibt es derzeit jeweils 15 bis 20 Hostels, die überwiegend von Nicht-Brasilianer_innen betrieben werden. Die Anzahl an Privatunterkünften ist weitaus höher, sie werden vor allem von *favela*-Bewohner_innen angeboten. (Für die Informationen zu den aktuellen Entwicklungen im Beherbergungsgewerbe in den *favelas* bedanken wir uns herzlich bei Lena Jehle, Universität Osnabrück.)

[21] Harvey (2013: 20) kommentiert die Situation folgendermaßen: „[...] the problem is that the poor, beset with insecurity of income and frequent financial difficulties, can easily be persuaded to trade in that asset for a cash payment at a relatively low price [...]. My bet is that, if present trends continue, within fifteen years all those hillsides now occupied by favelas will be covered by high-rise condominiums with fabulous views over Rio's bay, while the erstwhile favela-dwellers will have been filtered off to live in some remote periphery."

[22] Eine einfache Wortzählung in den *bid books* von Rio de Janeiro für Olympia 2016 veranschaulicht die Bedeutung der beiden Begriffe für die Argumentation der Veranstalter_innen: ‚*sustainability/sustainable*' und ‚*legacy*' tauchen mehr als 120 Mal bzw. mehr als 200 Mal in den insgesamt rund 430 Seiten starken Dokumenten auf.

[23] Der Terminus *rentier class* bezeichnet eine Gesellschaftsschicht, die ihr Einkommen (hauptsächlich) aus Kapitalerträgen bezieht.

Autor_innen

Malte Steinbrink, Sozialgeograph, arbeitet zu Fragen der Entwicklungs- und Mobilitätsforschung mit Fokus auf sozialer Ungleichheit und urbaner Entwicklung im Globalen Süden.
malte.steinbrink@uni-osnabrueck.de

Daniel Ehebrecht arbeitet zu sozialer Ungleichheit und informeller Stadtentwicklung im Globalen Süden.
daniel.ehebrecht@posteo.de

Christoph Haferburg befasst sich mit räumlich-sozialer Differenzierung, Megaevents sowie mit stadtbezogener Governance-, Konflikt- & Risikoforschung.
sefu@gmx.net

Veronika Deffner, Sozialgeographin, hat in Brasilien zu Reproduktionsmechanismen sozialer und räumlicher Ungleichheit gearbeitet und beschäftigt sich aktuell mit Migration und dem Urbanen in den Golfstaaten.
veronika.deffner@nus.edu.sg

Literatur

Agamben, Giorgio (2005): State of Exception. Chicago: Chicago University Press.

Andranovich, Greg / Burbank, Matthew J. / Heying, Charles H. (2001): Olympic Cities. Lessons Learned from Mega-Event Politics. In: Journal of Urban Affairs 23/2, 113-131.

Altrock, Uwe / Kunze, Ronald / Schmitt, Gisela / Schubert, Dirk (2011): Jahrbuch Stadterneuerung 2011. Stadterneuerung und Festivalisierung. Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin: Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin.

Arias, Enrique Desmond (2006): The Dynamics of Criminal Governance. Networks and Social Order in Rio de Janeiro. In: Journal of Latin American Studies 38, 293-325.

Ashcroft, Patrick (2014): History of Rio de Janeiro's Military Police Part 4. Pacifying Police Units. http://www.rioonwatch.org/?p=14728 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Associação de Moradores e Pescadores da Vila Autódromo (2012): Plano Popular da Vila Autódromo. Plano de Desenvolvimento Urbano, Econômico, Social e Cultural. http://www.portalpopulardacopa.org.br/vivaavila/index.php/joomla-forums (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Barbosa, Antonio Rafael (2012): Considerações Introdutórias sobre Territorialidade e Mercado na Conformação das Unidades de Polícia Pacificadora no Rio de Janeiro. In: Revista Brasileira de Segurança Pública 6/2, 256-265.

Bénit-Gbaffou, Claire (2009): In the Shadow of 2010. Democracy and displacement in the Greater Ellis Park Development Project. In: Udesh Pillay / Richard Tomlinson / Orli Bass (Hg.), Development and Dreams. The Urban Legacy of the 2010 Football World Cup. Cape Town: HSRC Press, 200-224.

Bienenstein, Glauco / Sanchez, Fernanda / Mascarenhas, Gilmar (2012): The 2016 Olympiad in Rio de Janeiro. Who can/could/will beat whom? In: Esporte e Sociedade 7/19, 1-19.

Black, David (2007): The Symbolic Politics of Sport Mega-Events. 2010 in Comparative Perspective. In: Politikon 34/3, 261-276.

Borsdorf, Axel (2002): Sozialräumliche Segregation in Lateinamerika. Geographica Helvetica 57/4, 238-310.

Brenner, Neil / Theodore, Nik (Hg.) (2002): Spaces of Neoliberalism. Urban Restructuring in North America and Western Europe. Malden, Mass. u.a: Blackwell.

Burgess, Rod (1992): Helping some to help themselves – third world housing policies and development strategies. In: Kosta Mathéy (Hg.), Beyond Self-Help Housing. München: Profil-Verlag, 75-91.

Burns, Zak (2014): Brazil 2014 Set to Smash TV Records. http://money.cnn.com/2014/06/10/ news/world-cup-audience/ (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Cano, Ignacio / Trindade, Claudia / Borges, Doriam / Ribeiro, Eduardo / Rocha, Lia (2012): 'Os Donos do Morro'. Uma Avaliação Exploratória do Impacto das Unidades de Polícia Pacificadora (UPPs) no Rio de Janeiro. http://riorealblog.files.wordpress.com/2012/07/relatc3b3riofinalcaf13.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Carlsen, Jack / Taylor, Anne (2003): Mega-Events and Urban Renewal. The case of the Manchester 2002 Commonwealth Games. In: Event Management 8/1, 15-22.

COHRE (Centre on Housing Rights and Evictions) (2007): Fair Play for Housing Rights. Mega-Events, Olympic Games and Housing Rights. Geneva: Centre on Housing Rights and Evictions.

Comitê Popular (da Copa e Olimpíadas do Rio de Janeiro) (2014a): Megaeventos e Violações dos Direitos Humanos no Rio de Janeiro. https://comitepopulario.files.wordpress.com/2014/06/dossiecomiterio2014_web.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Comitê Popular (da Copa e Olimpíadas do Rio de Janeiro) (2014b): Vila União de Curicica: da Urbanização à Remoção em Dois Anos. http://rio.portalpopulardacopa.org.br/?p=2799 (letzter Zugriff: 15.10.2014).

Cornelissen, Scarlett (2012): Our struggles are bigger than the World Cup. Civic activism, state-society relations and the socio-political legacies of the 2010 FIFA World Cup. In: British Journal of Sociology 63/2, 328-348.

Cornelissen, Scarlett (2004): It's Africa's turn! The narratives and legitimations surrounding the Moroccan and South African bids for the 2006 and 2010 FIFA finals. In: Third World Quarterly 25/7, 1293-1309.

Cottle, Eddie (Hg.) (2011): South Africa's World Cup – A Legacy for Whom? Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press.

Coy, Martin (2006): Gated communities and urban fragmentation in Latin America. The Brazilian experience. In: Geo Journal 66/1-2, 121-132.

Crumpler, Courtney Allen / Steiker-Ginzberg, Kate (2013): Vila Autódromo Responds to Forged Protest. http://rio onwatch.org/?p=12103 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Deffner, Veronika (2013): Favelas are not bad places to live. Neue Ausdrucksmöglichkeiten für Widerstand. In: Shadia Husseini de Araújo / Tobias Schmitt / Lisa Tschorn (Hg.), Widerständigkeiten im Land der Zukunft. Ein anderes Brasilienbuch. Münster: Unrast Verlag, 231-244.

Deffner, Veronika (2010): Habitus der Scham: Die soziale Grammatik ungleicher Raumproduktion. Eine sozialgeographische Untersuchung der Alltagswelt Favela in Salvador da Bahia (Brasilien). Passau: Selbstverlag Fach Geographie der Universität Passau (= Passauer Schriften zur Geographie 26).

Desai, Ashwin / Vahed, Goolam (2010): World Cup 2010. Africa's turn or the turn on Africa? In: Soccer & Society 11/1-2, 154-167.

Desai, Vandana / Loftus, Alex (2013): Speculating on Slums. Infrastructural Fixes in Informal Housing in the Global South. In: Antipode 45/4, 789-808.

De Soto, Hernando (2000): The Mystery of Capital. London: Bantam.

Ehrenberg, Eckehart / Kruse, Wilfried (2000): Soziale Stadtentwicklung durch große Projekte? EXPOs, Olympische Spiele, Metropolen-Projekte in Europa. Hannover u. a.: Lit-Verlag (= Dortmunder Beiträge zur Sozial- und Gesellschaftspolitik 30).

Essex, Stephen / Chalkley, Brian (1998): Olympic Games. Catalyst of Urban Change. In: Leisure Studies 17/3, 187-206.

Fernandes, Edésio (2007): Constructing the 'Right to the City' in Brazil. In: Social & Legal Studies 16/2, 201-219.

Fleischer, Matthias / Fuhrmann, Maximilian / Haferburg, Christoph / Krüger, Fred (2013): 'Festivalisation' of Urban Governance in South African cities. Framing the urban social sustainability of mega-event driven development from below. In: Sustainability 5/12, 5225-5248.

Forte, Jay (2013): Estimated 23 Percent of Rio Favela Homes to be Legalized. http://riotimesonline.com/brazil-news/rio-politics/estimated-23-percent-of-rio-favela-homes-to-be-legalized/ (letzter Zugriff: 12.09.2013).

Freeman, James (2012): Neoliberal accumulation strategies and the Visible Hand of police pacification in Rio de Janeiro. In: Revista de Estudos Universitários 38/1, 95-126.

Freire, Letícia de Luna (2013): Mobilizações Coletivas em Contexto de Megaeventos Esportivos no Rio de Janeiro. In: O Social em Questão 16/29, 101-128.

Freire-Medeiros, Bianca (2008): Selling the Favela: Thoughts and Polemics about a Tourist Destination. http://socialsciences.scielo.org/pdf/s_rbcsoc/v4nse/scs_01.pdf (letzter Zugriff: 22.09.2014).

Frenzel, F. (2013): Favela mit Ausblick. http://jungle-world.com/artikel/2013/49/48942.html (letzter Zugriff: 22.09.2014).

Frischtak, Claudio / Mandel, Benjamin R. (2012): Crime, House Prices, and Inequality. The Effect of UPPs in Rio. New York: Federal Reserve Bank of New York (= Federal Reserve Bank of New York Staff Reports 542).

Fundação Getulio Vargas (2012): Indicadores Socioeconômicos nas UPPs do Estado do Rio de Janeiro. Rio de Janeiro: Fundação Getulio Vargas (= FGV Projetos 2012, 17).

Gaffney, Christopher (2013): Between discourse and reality. The un-sustainability of mega-event planning. In: Sustainability 5/9, 3926-3940.

Gaffney, Christopher (2010a): The Production of Olympic Space in Rio de Janeiro. International Conference Mega Events and the City. Rio de Janeiro: Conference Paper November 2010

Gaffney, Christopher (2010b): Mega-Events and Socio-Spatial Dynamics in Rio de Janeiro 1919-2016. In: Journal of Latin American Geography 9/1, 7-29.

Governo do Rio de Janeiro (2014): Unidade de Polícia Pacificadora. http://www.upprj.com/ (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Greene, Solomon J. (2003): Staged cities. Mega-events, slum clearance, and global capital. In: Yale Human Rights and Development Law Journal 6, 161–187.

Haferburg, Christoph / Fuhrmann, Maximilian / Fleischer, Matthias / Krüger, Fred (2014): Post-World Cup effects and local regeneration strategies in Johannesburg and eThekwini. In: Christoph Haferburg / Marie Huchzermeyer (Hg.), Urban Governance in Post-apartheid Cities. Modes of Engagement in South Africa's Metropoles. Stuttgart: Borntraeger, 273-293.

Haferburg, Christoph (2011): South Africa under FIFA's reign. The World Cup's contribution to urban development. In: Development Southern Africa 28/3, 333-348.

Haferburg, Christoph / Steinbrink, Malte (Hg.) (2010a): Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel.

Haferburg, Christoph /Steinbrink, Malte (2010b): WM 2010 – Kick-Off für Südafrika und Anstoß für die Stadtentwicklung? In: Christoph Haferburg / Malte Steinbrink (Hg.), Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 10-25.

Harvey, David (2013): Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution. London: Verso.

Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford: University Press.

Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism. The transformation in Urban Governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler, Series B, Human Geography 71/1, 3-17.

Harris, Andrew (2008): From London to Mumbai and back again. Gentrification and Public Policy in comparative perspective. In: Urban Studies 45/12, 2407-2428.

Häußermann, Hartmut, Läpple, Dieter und Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1993): Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik. In: Hartmut Häußermann und Walter Siebel (Hg.), Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-31.

Hiller, Harry H. (2000): Mega-events, Urban Boosterism and growth strategies. An analysis of the objectives and legitimations of the Cape Town 2004 Olympic bid. In: International Journal of Urban and Regional Research 24/2, 439-458.

Holanda, Sérgio Buarque de (1995 [1936]): Die Wurzeln Brasiliens. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Holston, James (2008): Insurgent Citizenship. Disjunctions of Democracy and Modernity in Brazil. Princeton: Princeton University Press.

Horne, John / Manzenreiter, Wolfram (Hg.) (2006): Sport Mega-Events. Social Analyses of a Global Phenomenon. Malden, Mass. u. a.: Blackwell.

IBGE (Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística) (2010): Censo Demográfico 2010. http://www.ibge.gov.br/english/estatistica/populacao/censo2010/ (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Inzulza-Contardo, Jorge (2012): 'Latino Gentrification'? Focusing on physical and socioeconomic patterns of change in Latin American inner cities. In: Urban Studies 49/10, 2085-2107.

Jansen, Thiago (2012): Invasão Estrangeira na Favela. http://oglobo.globo.com/blogs/prosa/posts/2012/11/24/invasao-estrangeira-na-favela-476302.asp (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Jenkins, Paul / Smith, Harry / Wang, Ya Ping (2007): Planning and Housing in the Rapidly Urbanising World. London und New York: Routledge.

Kasimati, Evangelia (2003): Economic aspects and the Summer Olympics: A review of related research. In: International Journal of Tourism Research 5/6, 433-444.

Kitchin, Paul (2011): Financing the games. In: John R. Gold und Margaret M. Gold (Hg.), Olympic Cities. City Agendas, Planning and the World's Games, 1896-2016 (2. Auflage). London und New York: Routledge, 103-119.

Kotze, Nico J. / Van der Merwe, Izak Johannes (2000): Neighbourhood renewal in Cape Town's inner city: Is it gentrification? In: Journal of Family Ecology and Consumer Sciences 28, 39-46.

Lanz, Stephan (2012): Governing the Favela. In: Jenny Künkel / Margit Mayer (Hg.), Neoliberal Urbanism and its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries. Basingstoke u. a.: Palgrave MacMillan, 173-188.

LeBaron, Emily (2015): Re-Imagining the Geography of the Favela: Pacification, Tourism, and Transformation in Complexo do Alemão, Rio de Janeiro. Masterarbeit, Simon Fraser University. http://summit.sfu.ca/item/14704 (letzter Zugriff: 1.4.2015).

Ley, Astrid (2010): „Friede den Stadien, Krieg den Hütten?“ Strategische Stadtinszenierungen versus soziale Wohnungsbaupolitik in Südafrika. In: Christoph Haferburg / Malte Steinbrink (Hg.), Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 208-229.

Ley, Astrid / Teschner, Klaus / Haferburg, Christoph / Steinbrink, Malte (2010): Mega-Events und Stadtentwicklung unter den Bedingungen starker sozialer Ungleichheit. In: Christoph Haferburg / Malte Steinbrink (Hg.), Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 243-254.

Lopes de Souza, Marcelo (2008): Fobópole. O Medo Generalizado e a Militarização da Questão Urbana. Rio de Janeiro: Bertrand do Brasil.

Lopes de Souza, Marcelo (2004): Sozialräumliche Dynamik in brasilianischen Städten unter dem Einfluss des Drogenhandels. Anmerkungen zum Fall Rio de Janeiro. In: Stephan Lanz (Hg.), City of COOP. Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires (= MetroZones 5). Berlin: B-Books, 19-34.

Lopes de Souza, Marcelo (2001): The Brazilian Way of conquering the ‘Right to the City’. Success and obstacles in the long stride towards an “Urban Reform”. In: DISP 37/4, 25-31.

López-Morales, Ernesto José (2010): Real estate market, state-entrepreneurialism and urban policy in the ‘Gentrification by Ground Rent Dispossession’ of Santiago de Chile. In: Journal of Latin American Geography 9/1, 145-173.

Maennig, Wolfgang / Schwarthoff, Florian (2010): Regionalwirtschaftliche Wirkungen von Sportgroßveranstaltungen und ikonische Stadionarchitektur: Das Konzept von Durban. In: Christopf Haferburg / Malte Steinbrink (Hg.), Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden. Die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 43-63.

Marinho, Glaucia / Campagnani, Mario / Cosentino, Renato (2014): Brazil. In: Heinrich Böll Stiftung Brasil (Hg.), World Cup for Whom and for What? A Look upon the Legacy of the World Cups in Brazil, South Africa and Germany. Rio de Janeiro: Heinrich Böll Stiftung, 12-59.

Matheson, Victor A. / Baade, Robert A. (2004): Mega-sporting events in developing nations. Playing the way to prosperity? In: South African Journal of Economics 72/5, 1085–1096.

Mayer, Margit (2007): Contesting the neoliberalization of Urban Governance. In: Helga Leitner / Jamie Peck / Eric S. Sheppard (Hg.), Contesting Neoliberalism: Urban Frontiers. New York u. a. : Guilford Press.

McTarnaghan, Sara (2014): Despite Questions, Presidential Candidates Lean on Federal Housing Program for Electoral Support. http://www.rioonwatch.org/?p=18293 (letzter Zugriff: 15.10.2014).

Mesentier, Leonardo Marques de /Moreira, Clarissa da Costa (2014): Produção da Paisagem e Grandes Projetos de Intervenção Urbana. O Caso do Porto Maravilha no Rio de Janeiro Olímpico. In: Revista Brasileira de Estudos Urbanos e Regionais 16/1, 35-50.

Oliveira, Nelma Gusmão de (2012): O Poder dos Jogos e os Jogos de Poder. Os Interesses em Campo da Produção de uma Cidade para o Espetáculo Esportivo. Rio de Janeiro: Universidade Federal do Rio de Janeiro.

Osborn, Catherine (2013): A History of Favela Upgrades Part III. Morar Carioca in Vision and Practice (2008–Present). http://www.rioonwatch.org/?p=8136 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Ost, Sabina / Fleury, Sonia (2013): O Mercado Sobe o Morro. A Cidadania Desce? Efeitos Socioeconômicos da Pacificação no Santa Marta. In: Revista de Ciências Sociais 56/3, 635-671.

Paiva, Ludmila Ribeiro / Medeiros, Mariana Gomes Peixoto / Álvares, Lúcia Maria Capanema (2013): O Programa Neoliberal e os Megaeventos. Como a Copa e Olimpíadas Servem á Produção de Cidades Mais Excludentes no Brasil. http://www.anpur.org.br/revista/rbeur/index.php/anais/article/view/4133 (letzter Zugriff: 06.02. 2014).

Pamuk, Ayse / Cavallieri, Fernando (2004): Das Favela-Bairro-Programm. Neue Tendenzen bei der Aufwertung von Favelas in Rio de Janeiro. In: Blum, Elisabeth / Neitzke, Peter (Hg.), FavelaMetropolis. Berichte und Projekte aus Rio de Janeiro und São Paulo. Gütersloh u. a.: Bauverlag, 16-42.

Pellacini, Anna (2011): Sicherheitskonzepte im Vorfeld sportlicher Mega-Events. Eine Chance für Rio de Janeiro? In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 2011/4, 615-625.

Penglase, Ben (2009): States of insecurity: Everyday emergencies, public secrets, and drug trafficker power in a Brazilian favela. In: Political and Legal Anthropology Review 32/1, 47-63.

Prefeitura do Rio de Janeiro e Instituto Pareira Passos (2014): 5 Anos de Transformações nas Comunidades. http://www.rio.rj.gov.br/dlstatic/10112/4677271/4125271/AcoesMunicipais emareaspacificadas.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Perlman, Janice (2010): Favela. Four Decades of Living on the Edge in Rio de Janeiro. New York u. a.: Oxford University Press.

Pillay, Udesh / Tomlinson, Richard / Bass, Orli (Hg.) (2009): Development and Dreams. The Urban Legacy of the 2010 Football World Cup. Cape Town: HSRC Press.

Preuß, H. (2004): The Economics of Staging the Olympics. A Comparison of the Games 1972-2008. Cheltenham u. a.: Elgar.

Rio 2016 Candidate City 2009: Rio de Janeiro 2016. Candidature File for Rio de Janeiro to Host the 2016 Olympic and Paralympic Games (Vol. 1-3). http://rio2016.com/en/organising-committee/transparency/ documents (letzter Zugriff: 06.02.2014).

Roche, Maurice (1994): Mega-Events and Urban Policy. In: Annals of Tourism Research 21, 1-19.

Rodrigues, Eduardo de Oliveira (2013): Unidades de Polícia Pacificadora (UPPs). Policiamento para um Tempo de 'Novo Desenvolvimentismo' na Cidade do Rio de Janeiro? http://www.anpur.org.br/revista/rbeur/index.php/anais/article/view/4161 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Rojas, Eduardo (2010): Building Cities. Neighborhood Upgrading and Urban Quality of Life. Washington D.C.: Inter-American Development Bank.

Roy, Ananya / Al Sayyad, Nezar (Hg.) (2004): Urban Informality: Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia. Lanham u. a.: Lexington Books.

Rothfuß, Eberhard (2012): Exklusion im Zentrum. Die brasilianische Favela zwischen Stigmatisierung und Widerständigkeit. Bielefeld: Transcript.

Sánchez, Fernanda (1999): Políticas Urbanas em Renovação: Uma Leitura Crítica dos Modelos Emergentes. In: Revista Brasileira de Estudos Urbanos e Regionais 1, 115-132.

Sánchez, Fernanda / Bienenstein, Glauco / Canto, Bárbara L. / Guterman, Bruna da Cunha / Benedicto, Danielle Barros de M. / Picinatto, Leonardo (2004): Produção de Sentido e Produção do Espaço. Convergências Discursivas nos Grandes Projetos Urbanos. In: Revista Paranaense de Desenvolvimento 107, 39-56.

Sassen, Saskia (1991): The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton u. a.: Princeton University Press.

Shin, Hyun Bang (2009): Life in the shadow of mega-events: Beijing Summer Olympiad and its impact on housing. In: Journal of Asian Public Policy 2/2, 122-141.

Silvestre, Gabriel / de Oliveira, Nelma Gusmão (2012): The revanchist logic of mega-events: community displacement in Rio de Janeiro's West End. In: Visual Studies 27/2, 204-210.

Smith, Duncan A. (2013): Rio de Janeiro: A City in Transformation. http://citygeographics.org/2013/11/04/rio-de-janeiro-a-city-in-transformation/ (letzter Zugriff: 16.10.2014).

Smith, Neil (2002): New Globalism, New Urbanism. Gentrification as Global Urban Strategy. In: Antipode 34/3, 427-450.

Soares Gonçalves, Rafael (2006): A Política, o Direito e as Favelas do Rio de Janeiro. Um Breve Olhar Histórico. http://www.ifch.unicamp.br/ojs/index.php/urbana/article/view/1007 (letzter Zugriff: 06.10.2014).

Souza, Jessé (Hg.) (2006): A invisibilidade da desigualdade brasileira. Belo Horizonte: UFMG.

Souza, Jessé (2003): A Construção Social da Subcidadania. Para uma Sociologia Política da Modernidade Periférica. Belo Horizonte/Rio de Janeiro: UFMG/IUPERJ.

Steiker-Ginzberg, Kate (2014): Diverging Paths. Vila Autódromo Residents Resist, Move On, Await. http://www.rioonwatch.org/?p=17177 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Steinbrink, Malte (2013): Festifavelisation. Mega-events, slums and strategic City-Staging – The wxample of Rio de Janeiro 2014/2016. In: Die Erde 144/2, 129-145.

Steinbrink, Malte / Ehebrecht, Daniel (2013): Metropolitane Weltbühne und die Inszenierung der Backstage. Rios Umgang mit ‚der favela' vor den Events. In: Shadia Husseini de Araújo / Tobias Schmitt / Lisa Tschorn (Hg.), Widerständigkeiten im Land der Zukunft. Ein anderes Brasilienbuch. Münster: Unrast, 196-207.

Steinbrink, Malte / Frenzel, Fabian / Koens, Ko (2012): Development and globalization of a new trend in tourism. In: Fabian Frenzel / Ko Koens / Malte Steinbrink (Hg.), Slum Tourism: Poverty, Power and Ethics. London u. a.: Routledge, 1-18.

Steinbrink, Malte / Haferburg / Christoph / Ley, Astrid (2011): Festivalisation and Urban Renewal in the Global South. Socio-spatial consequences of the 2010 FIFA World Cup. In: South African Geographical Journal 93/1, 15-28.

Tadini, Nicola (2013): Chasing the Real. The Gentrification of Rio de Janeiro's Favelas. http://rudar.ruc.dk/handle/1800/11924 (letzter Zugriff: 22.09.2014).

UFRJ (Universidade Federal do Rio de Janeiro) / IPPUR (Instituto de Pesquisa e Planejamento Urbano e Regional) (2012): Projeto Metropolização e Megaeventos: Os Impactos da Copa do Mundo 2014 e das Olimpíadas 2016. http://www.observatoriodasmetropoles.net/download/Relat_RJ%202012.pdf (letzter Zugriff: 29.1. 2012).

UN-Habitat (2003): The Challenge of Slums. London: Earthscan.

Vainer, Carlos (2011): Cidade de Exceção. Reflexõesa Partir do Rio de Janeiro. http://www.anpur.org.br/revista/rbeur/index.php/anais/article/view/2874 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Vainer, Carlos / Bienenstein, Regina / Tanaka, Giselle Megumi Martino / De Oliveira, Fabricio Leal / Lobino, Camilla (2013): O Plano Popular da Vila Autódromo. Uma Experiência de Planejamento Conflitual. http://www.anpur.org.br/revista/rbeur/index.php/anais/article/view/4316 (letzter Zugriff: 06.02.2014).

Vasconcellos, Fábio / Tabak, Flávio / Damasceno, Natanael / de Mello, Paulo Thiago (2013): Novo Retrato da Metrópole. In: O Globo, 27. Oktober 2013.

Wacquant, Loïc (2008): The militarization of urban marginality: Lessons from the Brazilian metropolis. In: International Political Sociology 2/1, 56-74.

Waldron, Ian (2014): 100 Residents Meet to Resist Eviction for the Olympics in Vila União de Curicica. http://www.rioonwatch.org/?p=17880 (letzter Zugriff: 18.09.2014).

Wehrhahn, Rainer (2000): Megastadt São Paulo. Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen. In: HGG -Journal 15 (Megastädte – Weltstädte (Global Cities)), 105-118.

Whitson, David / Macintosh, Donald (1996): The Global Circus: International sport, tourism, and the marketing of cities. In: Journal of Sport and Social Issues 20/3, 278-295.

Williamson, Theresa (2013): Land Tenure and Urban Planning in Rio de Janeiro's Favelas. http://www.rioonwatch.org/?p=11075 (letzter Zugriff: 12.09.2014).

Mega Events and *Favelas* – Strategic Interventions and Socio-Spatial Effects in Rio de Janeiro

In 1993, Häußermann and Siebel coined the term 'festivalisation' as a conceptual framing of instrumentalisation of big events for urban development. Since then the character of mega-events as well as the academic debate have changed. With regard to mega events two trends can be diagnosed: a) a significant rise of their economic and political importance and b) an increasing tendency to host mega events in the 'Global South'. This paper investigates the urban conditions and effects of this specific configuration using the example of Rio de Janeiro. The focus is on the favelas. In the context of festivalisation these settlements of partially informal character have proven to be particularly vulnerable. In order to grasp the joint dynamics of the strategic measures and urban effects associated with mega events, we develop an analytical perspective that may also be applied for other host cities in the Global South. By emphasizing the socially excluding policies and strategies and their socio-economic effects we conclude that the urban outcome of the events can be summed up as an anti-social legacy.

CC BY NC ND

Debatte
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 75-90
zeitschrift-suburban.de

Stephan Lanz
Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Kommentare von:
Shadia Husseini
Laura Wenz
Kanishka Goonewardena
Jin Haritaworn

Replik von:
Stephan Lanz

Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Stephan Lanz

Ausgehend von der These, dass westliche Stadttheorie auf eurozentrischen Prämissen gründet, die urbane Modernität an westliche Städte koppeln und Städte anderswo dem Entwicklungsparadigma einer nachholenden Modernisierung unterwerfen, argumentiert der Beitrag für die Notwendigkeit, die *urban studies* zu postkolonialisieren. An zwei Beispielen werden Möglichkeiten diskutiert, theoretische und methodische Ansätze einer Stadtforschung voranzutreiben, die postkoloniale Kritik reflektieren. Zum einen erfolgt ein Versuch, Theorien aus ‚dem Süden' anzuwenden, um etablierte Wahrheiten in der Stadt des globalen Nordens zu erschüttern. Zum anderen wird das internationale Forschungsvorhaben „Global Prayers – Redemption and Liberation in the City" als Versuch diskutiert, im Rahmen eines transregionalen, transdisziplinären und transinstitutionellen Ansatzes einige eurozentrische Fundamente der *urban studies* zu dekonstruieren und eine kosmopolitischere Stadtforschung voranzutreiben.

Ersteinreichung: 18.9.2014; Veröffentlichung online: 10.4.2015
An english abstract can be found at the end of the document.

Die westliche Stadttheorie, so kritisiert Jennifer Robinson (2006), ist maßgeblich von zwei theoretischen Manövern geprägt: Zum einen stellt sie seit Georg Simmel oder Louis Wirth eine selektive Assoziation zwischen Stadt und Modernität her, zum anderen konzipiert ihr „developmentalism" (ebd.: 4) Städte jenseits des Nordens als unterentwickelt und defizitär. Nur bestimmte Städte im Westen werden so als privilegierte Orte von Erfindungen und Modernität imaginiert, während Städte anderswo auf der Welt als nichtmoderne Orte gelten. Auf sie wird das Paradigma der Entwicklung im Sinne einer nachholenden Modernisierung angewandt. Wie aktuell diese Kritik bezogen auf die deutschsprachige Stadtforschung ist, lässt sich für beide dieser Manöver nachvollziehen.

Die europäische Stadt und der Rest

So boomen in den letzten Jahren Forschungsvorhaben und Publikationen, die sich – unter anderem im Rahmen eines Programms des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMBF) – mit sogenannten Megastädten beschäftigen, ohne die aus postkolonialen Machtungleichheiten resultierende „Geopolitik des Wissens" (Mignolo 2002) zu reflektieren, in die

jeder Forschungsprozess schon im Rahmen seiner Förder- und Evaluationsbedingungen eingebettet ist (vgl. Kaltmeier 2012). Basierend auf dem Entwicklungsparadigma (vgl. zu dessen Kritik Lossau 2012, Ziai 2012) und mit Blick auf Fragen der Regierungsfähigkeit von ‚Megastädten' im globalen Süden zielen solche Programme und Studien langfristig mehrheitlich darauf, modellhafte politische „Lösungsstrategien" (BMBF 2010) oder, so etwa das Geographische Institut der Universität Köln (o.D.), „Instrumente für Stadtplanung und für städtische Governance-Systeme zu entwickeln und so eine nachhaltigere Entwicklung der im Globalen Süden verorteten Megastädte zu ermöglichen".[1]

Auf der anderen Seite zeigt das schon länger in der Kritik stehende Konzept der europäischen Stadt (vgl. zuletzt Ha 2014) eine bemerkenswerte Beharrlichkeit. So enthält das 2012 publizierte *Handbuch Stadtsoziologie* ein Kapitel, in dem „die europäische Stadt" als „Ort, an dem die moderne Gesellschaft entstanden ist" (Siebel 2012: 202), in Abgrenzung von „Städten anderer Kulturkreise" (ebd.: 204) zu einem von Emanzipation, Demokratie, Selbstbestimmung und Hoffnung auf besseres Leben bestimmten Idealtypus stilisiert wird. Dabei werden die gewaltsame globale Ausdehnung der ‚europäischen Stadt' im Zuge der Kolonialregime, ihre nur mithilfe der Ausbeutung der Kolonien mögliche Industrialisierung sowie die systematische Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen zunächst aus der Bürger- und später aus der kapitalistischen Industriestadt (vgl. Lanz 2008) zu nicht erwähnenswerten Betriebsunfällen degradiert, anstatt sie als strukturelle Bestandteile des „historisch Besonderen der Stadt in Europa" (Siebel 2012: 204) zu verstehen. Diese Konstruktion ist nur auf der Basis einer essentialistischen Vorstellung von Kulturen als ethno-national homogene ‚Kulturkreise' möglich, die den Repräsentationscharakter und die grundsätzlich unabgeschlossenen Austauschprozesse kultureller Praktiken übersieht. Sie gründet auf der eurozentrischen Vorstellung der einen Moderne und verkennt, dass sich Moderne in einem „welthistorischen Prozess" (Comaroff/Comaroff 2012: 16) in alternierenden Pfaden herausbildete und dass sich Vorstellungen von Modernität wandeln (vgl. King 2003). Schließlich gründen Konzepte wie Modernität oder Europa nicht auf objektiven Erkenntnissen, sondern enthalten als Bestandteil des Repräsentationssystems, in dem sie formuliert werden, allenfalls „partielle Wahrheiten" (Clifford 1986, vgl. auch Costa 2005). Engin Isin (2003) hat längst herausgearbeitet, dass die exklusive Kopplung der Konzepte Bürger und Bürgerschaft an eine europäische Stadt im Kontrast zu einer ‚orientalischen Stadt' durch die darin Max Weber folgenden Sozialwissenschaften auf orientalistischen Annahmen gründet. So offenbart sich das Konzept der europäischen Stadt als Bestandteil der von Stuart Hall (1994) als ‚der Westen und der Rest' bezeichneten Diskursformation, die das Westliche als städtisch, modern, zivilisiert und säkularisiert, den ‚Rest' hingegen als unterentwickelt, traditionell und religiös deutet (vgl. Lanz 2007).

In Richtung einer postkolonialen Stadttheorie

Dass im selben *Handbuch Stadtsoziologie* der Herausgeber Frank Eckardt mit Johanna Hoerning (2012) für eine postkoloniale Stadtsoziologie plädiert, zeugt von einem diskursiven Wandel in der etablierten deutschen Stadtforschung. Beide kritisieren zu Recht ein in den Sozialwissenschaften vorherrschendes

(bequemes) Verständnis von Postkolonialität als zeitliche Epoche. Sie schließen sich einer postkolonialen Kritik an, die der erste daran orientierte Stadttheoretiker Anthony King „as an oppositional form of knowledge that critiques Eurocentric conceptions of the world" definiert (2003: 262). Als Set interdisziplinärer Diskurspraktiken, die fundamental um Fragen von Subjektivität, Macht und Herrschaft kreisen (Roy 2009), beschäftigen sich postkoloniale Ansätze „längst nicht mehr nur mit den Wirkungen der Kolonialisierung, sondern bezieh[en] auch die aktuell bestehenden neokolonialen Machtverhältnisse und die diversen ‚kulturellen Formationen', die in Folge von Kolonialisierung und Migration in den Metropolen entstanden sind, in ihre Betrachtungen mit ein" (Castro Varela/Dhawan 2005: 25). Während die Forderung von Eckardt und Hoerning, die westliche Stadtforschung von ihren Fundamenten aus zu dekonstruieren, im Einklang mit der postkolonialen Kritik steht, verharren ihre beispielhaft skizzierten Perspektiven für eine postkoloniale Stadtsoziologie jedoch eng und deskriptiv an direkten Wirkungen des deutschen Kolonialismus und bleiben so hinter ihrer theoretischen Kritik zurück.

Denn eine Kritik der eurozentrischen Wissensproduktion über die Stadt erfordert eine fundamentale Dekonstruktion nicht nur des *Konzepts* der europäischen Stadt, sondern all seiner tief in die etablierte Stadtforschung eingeschriebenen Prämissen. Dazu gehört gerade in Deutschland deren systematische Weigerung, das gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnis, in dem in der Stadt Fremdes und Eigenes definiert, in ein hierarchisches Verhältnis zueinander gestellt und in eine „praktische Mechanik des Ausschlusses" (Terkessidis 2004: 99) übersetzt wird, mit postkolonial informierten Rassismustheorien zu analysieren, anstatt mit Integrations- und Multikulturalismusparadigmen zu hantieren. Denn deren unhinterfragte Prämissen basieren auf den „natio-ethno-kulturellen" Unterscheidungen zwischen ‚Wir' und ‚Nicht-Wir' (Mecheril 2004: 14), die in der historischen Tradition einer essentialistischen Konstruktion der deutschen Nation als Kulturgemeinschaft stehen (vgl. Lanz 2007; 2013). Nur so ist es beispielsweise zu erklären, dass regelmäßig aufflackernde Ghetto- und Parallelgesellschaftsdiskurse oder ein sich formierender „antimuslimischer Urbanismus" (Tsianos 2013) nicht als Bestandteile einer historischen Diskursformation erkannt werden. Vielmehr werden sie mit Konzepten wie Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit bearbeitet, die längst einheimische Nachkommen von Einwander_innen immer wieder zu ‚Fremden' machen.

Im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum haben postkoloniale Ansätze basierend auf wegweisenden Publikationen etwa von Anthony King (1990), Nezar AlSayyad (1992) oder Jane Jacobs (1996) in den englischsprachigen *urban studies* zwar schon eine längere Geschichte (einen frühen Überblick gibt Yeoh 2001), sie blieben aber auch dort die längste Zeit eine minoritäre Randerscheinung. Postkoloniale Beiträge der lateinamerikanischen Stadtforschung wurden zudem gänzlich übersehen (vgl. Huffschmid/Wildner 2013). Mit einem kritischen Blick auch auf postkoloniale Wissensproduktionen der *urban studies* halten es Jennifer Robinson, Ananya Roy oder Aihwa Ong für eine noch zu meisternde Aufgabe, eine „post-colonial urban theory" (Roy 2014) zu entwickeln. Ong argumentiert, dass die beiden in der kritischen „Western-centric urban theory" (Edensor/Jayne 2012: 5) vorherrschenden Ansätze zu eng an ihrem

marxistischen Stammbaum verharren: Der polit-ökonomische Ansatz fokussiere auf den globalen Kapitalismus als „singuläre Kausalität" für die Produktion von Stadt als Ort der Kapitalakkumulation und subsumiere urbane Heterogenität unter ein minimales Set von Erklärungsmustern (Ong 2011: 6, ähnlich Simone 2011). Offensichtlich zeigt sich dies in der Ignoranz gegenüber der urbanen Bedeutung von Religion (vgl. Lanz 2014a). Die postkoloniale Stadtforschung wiederum arbeitet zwar alternierende urbane Modernitätspfade und subalterne Handlungsmacht heraus. Beide dabei vorherrschenden Perspektiven – der Fokus auf Kontinuitäten der kolonialen Vergangenheit in der urbanen Gegenwart und der Fokus auf die politische Handlungsmacht subalterner Gruppen – verengten aber bei der Analyse unterschiedlichster urbaner Transformationen den Blick auf postkoloniale Subjektivität (vgl. Ong 2011). Roy kritisiert zudem ontologische und topologische Lesarten eines „subaltern urbanism" (2011a: 235), die Identitäten im ‚Slum' der ‚Megastadt' essentialisieren oder den unternehmerischen Habitus und die Selbstorganisation der Armen feiern (vgl. auch Lanz 2008).

Auf der Suche nach einem anderen Fokus auf den postkolonialen Urbanismus schlägt Roy daher einen Wechsel vor, „from the postcolonial as an urban condition to the postcolonial as a critical deconstructive methodology" (2011b: 308). Die Zentren und Begriffe urbaner Theorieproduktion sollen zugunsten „new geographies of theory" (2009) von Euroamerika weg verrückt werden. Mit Dipesh Chakrabarty (2000) sollen neue Theorien das westliche Wissen über die Stadt „provinzialisieren", das heißt die Partialität seiner Wahrheitsansprüche offenlegen. Zudem sollen sie in ihren Perspektiven globaler und kosmopolitischer sowie in ihren Geltungsansprüchen lokaler situiert und bescheidener sein (vgl. Robinson 2010). Roy und Ong (2011) entwickeln dafür ein auf Gayatri Spivak zurückgehendes Verständnis von *worlding*, das mit dem kapitalfixierten Zentrum-Peripherie-Modell des *Global-City*-Ansatzes bricht. Spivak (1999) prägte den Begriff des ‚Weltmachens', um nachzuvollziehen, auf welche Weise die koloniale Welt durch die Produktion eines spezifischen Wissens sowie die pure Anwesenheit der Kolonisator_innen hervorgebracht und angeeignet werden konnte. Mit Blick auf die Stadttheorie bezieht sich *worlding* bei Roy zunächst auf die urbane Wissensproduktion selbst und zielt auf eine Dekonstruktion von deren globalen Wahrheitsregimes. Zudem überträgt sie mit Ong am Beispiel asiatischer Städte das Konzept auf urbane Alltagspraktiken – seien sie dominant oder subaltern, amtlich oder irregulär –, die über existierende urbane Lebensverhältnisse hinausblicken: „[They] creatively imagine and shape alternative social visions and configurations – that is ‚worlds'" (Roy 2011b: 314). Als „worlding from below" wiederum hat AbdouMaliq Simone (2001: 16) schon früher die globale Ausdehnung des urbanen Afrika gedeutet. Roy sieht daher als zentrales Anliegen des Projekts einer postkolonialen Stadttheorie „an analysis of the worlding of the world but equally an effort to imagine other worlds" (2014: 18).

Mögliche neue Routen einer postkolonialisierten deutschen Stadtforschung

Die *Worlding*-Konzepte von Simone und Roy/Ong bilden ein sinnvolles Instrumentarium, um urbane Konfigurationen aus einer globalen Perspektive

jenseits der klassischen Nord-Süd-Dichotomie zu analysieren (vgl. bspw. Lanz 2014a, Heck/Lanz 2014). Im Folgenden möchte ich aber mithilfe von zwei Beispielen andere mögliche Routen einer postkolonial informierten Stadtforschung skizzieren.

Zum einen versuche ich am Beispiel von zwei zugegebenermaßen naheliegenden urbanen Konstellationen in Berlin, westzentrischen Theoriekonzepten der *urban studies* eine Strategie entgegenzuhalten, die „etablierte Wahrheiten über die gegenwärtigen Verhältnisse" mit Blick auf die ‚eigenen' Städte mithilfe von „Theorien aus dem Süden" zu erschüttern sucht. Diese jüngst von Jean und John Comaroff (2012: 32) erhobene Forderung zielt selbstverständlich nicht darauf, einen hierarchischen Dualismus durch sein Gegenteil abzulösen. Vielmehr geht es darum, eine kritische Verfremdung zu versuchen, um „dem Normalen seine Normalität zu nehmen" (ebd.). Dies folgt nicht zuletzt der Erkenntnis, dass die Effekte weltumspannender Zirkulationsprozesse auch im Westen urbane Konstellationen hervorbringen, die für euroamerikanische Städte entwickelte Konzepte nicht einmal mehr vermeintlich erklären können.

Zum anderen möchte ich den Blick auf Fragen des empirischen *doing of urban studies* richten, die die theoriefixierten Debatten von Ananya Roy und anderen über eine zu postkolonialisierende Stadtforschung allzu oft ausblenden. Nimmt man den Anspruch ernst, die eurozentrische urbane Wissensproduktion dekonstruieren zu wollen, muss neben den angewandten Theorien auch die Art und Weise kritisch reflektiert werden, wie sich die ‚Geopolitik des Wissens' in einem Forschungsprozess spiegelt (vgl. Kaltmeier 2012). Dies gilt von der Akteurskonstellation eines Projekts über die Datenerhebung bis hin zur Repräsentation der Forschungsergebnisse. Mit dieser Absicht werde ich das Projekt „Global Prayers – Redemption and Liberation in the City" skizzieren, das in meiner Praxis einen ersten solchen Versuch darstellt.

Theorien aus dem Süden in der Stadt des globalen Nordens

Im September 2012 marschierten Flüchtlinge aus verschiedenen deutschen Städten in einem Verstoß gegen die Residenzpflicht nach Berlin, errichteten auf dem Oranienplatz ein Zeltlager und besetzten wenig später eine leerstehende Schule. Bis zur ihrer Räumung im Frühjahr bzw. Sommer 2014 wohnten mehrere Hundert Flüchtlinge dort und organisierten die Kämpfe ihres *refugee strike* für Rechte auf Aufenthalt, Arbeit, politische Partizipation und einen selbstbestimmten Wohnort (vgl. Aktionskreis 2013). Die heterogen zusammengesetzte Mieterinitiative Kotti & Co wiederum besetzte im Mai 2012 einen öffentlichen Platz am Kottbusser Tor und errichtete eine *gecekondu* genannte Protesthütte. Ihren Kampf gegen den drohenden Verlust von Wohnung und Wohnort durch existenzbedrohende Mietsteigerungen und eine verfehlte Wohnpolitik führen sie seither in Demonstrationen, politischen Verhandlungen und Events.

Beide aus diesen Besetzungen öffentlicher Räume entstandenen urbanen Konstellationen sind meines Erachtens mit herkömmlichen Begriffen der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung nicht sinnvoll zu greifen.[2] Bezogen auf die postpolitische Situation der gegenwärtigen Stadt (vgl. Lanz 2014b,

Michel/Roskamm 2013) stellen beide einen Bruch des Gegebenen dar (vgl. Isin 2008). Sie zielen auf eine demokratische „Gleichheitslogik als Anteil der Anteillosen" (Rancière 2002: 146), entfernen die Subjekte von den ihnen zugewiesenen gesellschaftlichen Orten und repolitisieren so die Stadt.

Mit all den neuen Subjektivitäten und Kämpfen in der globalisierten Stadt – so argumentiert Engin Isin (2008) ähnlich wie der mexikanische Stadtforscher Sergio Tamayo (2013) – manifestiert sich *citizenship* (oder *ciudadanía* in Lateinamerika) immer weniger als Status und Habitus. Vielmehr erweist sie sich als eine soziale Praxis, bei der sich Subjekte zu *citizens* aufschwingen, das heißt zu „claimants of justice, rights and responsibilities" (Isin 2008: 18; vgl. dazu auch Hess/Lebuhn 2015). Dies offenbaren auch die beiden Berliner Initiativen, die sich die Schauplätze ihrer Kämpfe kollektiv aneigneten und sie in temporäre „Ciudadanía-Räume" transformierten (Tamayo 2013). Ihre „acts of citizenship" (Isin 2008) formulieren existentielle Ansprüche und verknüpfen sie mit der gesamten Stadt: „Es geht um unsere Existenz. Es geht um diese Stadt. Wir fordern unsere Rechte ein. Es geht um das Recht auf Stadt" (Kotti & Co 2012). Als Spiegel der globalisierten Stadt sind beide bezogen auf soziale, ethnische, nationale, religiöse oder politische Zugehörigkeiten „mehr oder weniger zufällig zusammengewürfelt" (ebd.) und äußerst heterogen. Sie verweigern jede Einteilung in bekannte Kategorien und lehnen normative Konzepte von Multikulturalität oder Integration ab. In ihrem Kampf sei es schwer genug, „normal" (ebd.) miteinander umzugehen. Dies war besonders in der prekär selbstverwalteten Schule, in der neben den Aktivist_innen andere Asylsuchende aus vielen Nationen, osteuropäische Wanderarbeiter_innen oder zwangsgeräumte Einheimische wohnten, kaum zu meistern.

Folgt man dem postkolonialen Theoretiker Walter Mignolo (2000), der den Kosmopolitismus als Set von Projekten in Richtung eines weltumspannenden Zusammenlebens bezeichnet hat, handelt es sich beim *refugee strike* um ein kosmopolitisches Projekt par excellence. Gemeint ist aber kein bürgerlich-elitärer, an einen eurozentrisch-liberalen Universalismus gekoppelter Kosmopolitismus, sondern ein „subaltern cosmopolitanism as politics" (Gidwani 2006). Für Vinay Gidwani besteht dieser aus „practices of thinking, border crossing, and connecting that are transgressive of the established order [...]. Rejecting the sacred and secular motifs of society neither as rights-borne privilege nor as charity, but as irrevocable claim" (ebd.: 19).

Arjun Appadurai (2001; 2011) bezeichnet die alltäglichen Kämpfe für bürgerschaftliche Rechte in den Armenvierteln von Mumbai als „cosmopolitism from below" und fasst sie mit dem Konzept der „deep democracy". Da dort Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Religionen oder Kasten auf engem Raum zusammengewürfelt leben, erfordert ihr Kampf ständige Übersetzungen. Diese müssen die interne kulturelle Diversität und die Kluft zu den Institutionen der offiziellen Stadt überbrücken. Dieser Kosmopolitismus ist keiner der freien Wahl, „it is a cosmopolitanism driven by the exigencies of exclusion rather than by the privileges (and ennui) of inclusion" (2011: 32).

Ähnlich wie Appadurai versuchen Partha Chatterjee (2004) oder Asef Bayat (2012) mit ihren Konzepten der *political society* bzw. der ‚Straßenpolitik' einen widerständigen Aktivismus in Städten Indiens oder des Nahen Ostens zu erfassen, in denen große Bevölkerungsgruppen dem Staat nicht als *citizens*, sondern als marginalisierte, oft in die Illegalität gedrängte Subjekte

gegenüberstehen. Da Eliten und Staatsapparate sie nicht als Teil der bürgerlichen Gesellschaft betrachten, stehen ihnen deren Kanäle für politische Partizipation nicht offen. Entsprechend unterscheiden sich ihre politischen Forderungen und ihre oft illegalen Mittel im Kampf um existentielle Rechte fundamental von denen von ‚Bürger_innen'. Bayat analysiert die bedeutende Rolle, die dabei die Straße spielt, insofern sie es kaum organisierten Marginalisierten ermöglicht, unmittelbar zu kommunizieren und die eigenen Körper im Konflikt mit den Staatsapparaten einzusetzen.

Ohne hier eine gründliche Analyse vornehmen zu können, weist das Verhältnis zwischen Staat, urbaner Gesellschaft und den um Rechte kämpfenden Flüchtlingen offensichtliche Gemeinsamkeiten mit den Analysen von Appadurai, Chatterjee oder Bayat in Städten des globalen Südens auf. Als selbst bezeichnete „non-citizens" (Arbeitskreis 2013), die im Zuge einer weltumspannenden Mobilität in einer „Weltrisikogesellschaft" (Ulrich Beck) aus der Stadt des Nordens nicht wieder verschwinden werden, agieren die Flüchtlinge illegal und verfügen über keinerlei Bürgerstatus, der ihnen Zugang zu zivilgesellschaftlichen Formen politischer Partizipation ermöglichen würde. Sie müssen daher auf andere Mittel zurückgreifen. Gleichwohl stigmatisieren selbst aufgeschlossene Grünen-Politiker_innen die Drohungen der Flüchtlinge mit Hungerstreik und Dachsprung als illegitime Erpressungen. Solchen Einschätzungen liegen eurozentrische, auf den Prämissen der bürgerlichen Gesellschaft basierende Vorstellungen eines legitimen politischen Handelns zugrunde.

Kotti & Co stellt sich in eine den Flüchtlingen vergleichbare kämpferische Tradition. Ihr *gecekondu* bezieht sich auf einen selbstorganisierten informellen Städtebau, mit dem ländliche Zuwander_innen in türkischen Metropolen dem Staat ihr Recht auf die Stadt abgerungen haben. Dies verweist auf übermittelte Erfahrungen in der türkischen Einwanderercommunity, der einige Mitglieder der Initiative angehören.

Mithilfe postkolonial geschulter Konzepte, so meine These, lässt sich die politische Bedeutung von Kotti & Co und dem *refugee strike* für Berlin greifen. Ihr ‚Kosmopolitismus als Politik' widersetzt sich herkömmlichen Kategorisierungen sozialer Gruppen und erprobt unter schwersten Bedingungen, wie im Alltag einer hochgradig heterogenen urbanen Gesellschaft Interessen und Bedürfnisse übersetzt und verhandelt werden können. Ihre *acts of citizenship* durchbrechen die Ausgrenzungsmuster zivilgesellschaftlicher Partizipationskanäle der bürgerlichen Stadt, um für Anteillose oder in ihren Rechten Gefährdete eine „Logik der Gleichheit als Anteil der Anteillosen" (Rancière) zu erkämpfen. Trotz ihrer Räumung unter Gewaltandrohung ließen die Flüchtlingsbesetzungen, ihre Unterstützung durch diverse städtische Milieus und die lange Duldung durch die Kommune Kreuzberg Potenziale einer urbanen „democracy without borders" (Appadurai 2001: 42) zumindest temporär aufscheinen.[3]

Trans…: Eine experimentell vergleichende Stadtforschung

Das Forschungsvorhaben „Global Prayers – Redemption and Liberation in the City" stellt einen Versuch dar, die Postkolonialisierung der Stadtforschung mit einem transregionalen, transdisziplinären und transinstitutionellen Projekt

voranzutreiben. Es ging aus dem die Buchreihe metroZones begründenden Ziel hervor, urbanen Alltag jenseits der ‚europäischen Civitas' zu erforschen (vgl. Becker/Lanz 2003). Die metroZones-Programmatik folgt seit 2003 den Prämissen, dass Städte des Südens und Nordens zum gleichen postkolonialen Analysefeld gehören und dass der urbane Süden als „palimpsests of colonization, de- re- and neo-colonization" (de Boeck 2002: 244) eigenständigen Modernisierungspfaden folgt. Zudem wurde der herkömmliche Blick urbaner Analysen im Sinne einer „inventive methodology" (Simone 2010: 279) zugunsten einer Süd-Nord-Perspektive gedreht. Süden und Norden sind dabei keine ontologischen oder grundsätzlich geografischen Kategorien, sondern in Anlehnung an Stuart Halls (1994) Konzept vom Westen und dem Rest relationale, einander bedingende Bestandteile einer einzigen Diskursformation.

Basierend auf diesen Manövern drängten sich weltweit neuartige urbane Manifestationen des Religiösen in das Blickfeld der metroZones-Forschungen. Insofern solche Entwicklungen fundamentalen Annahmen der kritischen Stadttheorie widersprachen, hatten auch unsere eigenen *urban studies* sie lange übersehen oder als Fundamentalismus urbaner Armer stigmatisiert. Die anfängliche Programmatik von „Global Prayers" basierte entsprechend auf einer normativen Religionskritik und koppelte den urbanen Boom religiöser Bewegungen eindimensional an soziale Verwerfungen in Folge des globalen Neoliberalismus. Konfrontiert mit postkolonialer Kritik, rangen wir uns erst im Rahmen eines Workshops zu der These durch, dass die dahinter stehende Annahme, urbane Modernität sei per se säkular, als eurozentrische Prämisse der Stadtforschung dekonstruiert werden müsse. Da mir hier der Platz fehlt, um alle Dimensionen des Projekts zu diskutieren (vgl. Lanz 2014a, Becker et al. 2013), möchte ich die strategische Konstellation und zentrale methodische Manöver bezogen auf mögliche Routen, Stadtforschung zu postkolonialisieren, diskutieren.

Die extreme Kluft zwischen urbanem Alltag und urbaner Wissensproduktion legte es nahe, vertraute Ansätze der *urban studies* beiseitezulegen und einen experimentellen, auf „de-centering", „de-familializing" und „untruthing" (Jacobs 2012: 907) zielenden Forschungsansatz zu konzipieren. In sehr unterschiedlichen Städten weltweit sollten explorative Fallstudien fragend und induktiv vorgehen, um die Bedeutung urbaner Religion als Bestandteil der materiellen, sozialen und symbolischen Produktion des Städtischen und als Artikulation urbaner Modernität zu untersuchen. Die Fallstudien selbst stellten keine klassischen Vergleiche an, sondern folgten einem experimentellen Vergleichsansatz (vgl. Robinson 2010). Im Sinne von Jane Jacobs war „Global Prayers" ein 1+1+ -Vorhaben: „(+) points to multiplicity, and in the direction of emergence and becoming" (2012: 905) und „the multiple (1+1) generates an ever-present ground ‚un-truthing'" (ebd.: 907). Es ging also weniger darum, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen abgegrenzten Einheiten zu untersuchen, als darum, Transformationen, Verknüpfungen oder Verschmelzungen urbaner Religions- und religiöser Urbanitätsformen herauszuarbeiten. Mit Fokus auf ihre global/lokalen Manifestationen und Prozesse sowie ihre materiellen und imaginären Netzwerke und Verknüpfungen wurden sie im Sinne von Simone, Roy und Ong als Praktiken des *worlding* untersucht (vgl. Lanz 2014a). Diese Projektkonstellation folgte der Erkenntnis, dass der Versuch einer

Dezentrierung als wesentlicher Bestandteil von Postkolonialisierung die Existenz einer Vielfalt von Perspektiven und Analysen voraussetzt; einer Vielfalt, die Evidenz erlangt in „the notion of the center against which one works“ (Jacobs 2012: 904).

Das 1+1+-Konzept von „Global Prayers“ geht über inhaltliche Fragen hinaus und entspricht Colin McFarlanes Verständnis eines Vergleichs als Strategie:

> „In the expansive reading of comparison [...], I argue for attention not just to different scholarly knowledges on cities from social science across the world, but different activist and public knowledges that are important for the production of a more global, more democratic urban studies characterized by diverse urban epistemes and imaginaries“ (2010: 727).

Der Vergleich ist so jenseits methodischer Fragen eine Denkweise und ein strategisches Werkzeug zur Konfiguration eines Projekts, das transdisziplinäre, transinstitutionelle und transregionale Überschreitungen vornimmt; ein Instrument „for creating new conversations and collaborations, for reading different traditions and connections, and for expanding the field of critique and inquiry“ (ebd.: 730). Ein solcher Vergleich geht über ein gegenseitiges „learning from*“ (so der Titel einer früheren metroZones-Ausstellung, vgl. Becker et al. 2003) hinaus: Er ist „a key site for the urban imagination – a potential site of politics“ (McFarlane 2010: 732).

Um innerhalb dieser Vergleichskonstellation einen analytischen Raum jenseits des westzentrischen Diskurses vom säkularen Charakter urbaner Modernität zu öffnen, wählten wir akteurszentrierte und praxistheoretische Ansätze, die darauf zielten, die „Binnenperspektive der Handelnden und die Erfahrungen, die ihr zugrunde liegen, zu rekonstruieren“ (Schiffauer 2010: 27). Die Fallstudien führten lokal situierte Forschende durch, deren Fellowships global ausgeschrieben waren. Um die herrschende Geopolitik des Wissens nicht unbedacht zu reproduzieren, erfolgte ihre Vergabe nach der Prämisse, unterschiedliche, auch jenseits akademischer Institutionen erworbene Wissensformen und Kompetenzen wertzuschätzen, anstatt die Bewertungsmuster euroamerikanischer Akademien anzuwenden. Daraus resultierte eine heterogene Zusammensetzung und methodische Experimentierfreudigkeit der Forschenden.

Das Konzept des Vergleichs als Strategie manifestierte sich in weiteren Manövern: In einer Öffnung für künstlerische Forschungsansätze etablierten wir Forschung als „procedure of exploration and discoveries, a constant and delicate movement between knowing and not-knowing“ (Huffschmid 2012: 165f.). Wir konfigurierten das Projekt als transinstitutionelle Kooperation zwischen wissenschaftlichen, kulturellen, künstlerischen und politischen Institutionen und entwickelten das Wissen kollaborativ in Workshops und Forschungsexkursionen mit Partner_innen in den Untersuchungsstädten. Die Kollaboration von Wissenschaft und Kunst als je eigenständige epistemische Praktiken (Bippus 2009) sollte die gegenseitigen Ordnungssysteme irritieren, nach denen beide ihr Wissen erzeugen. Auf diese Weise wollten wir reflexive Befragungen etwa von selbstverständlich erscheinenden Prämissen oder von Subjektivitätseffekten der Forschenden

fördern. Nicht zufällig, so die Überlegung, gingen in Deutschland die weitreichendsten Ansätze einer postkolonial informierten (Stadt-)Analyse wie „Projekt Migration“ (Kölnischer Kunstverein 2005), „Crossing Munich“ (Beyer et al. 2009) oder „Colonial Modern“ (Avermaete et al. 2010) aus transdisziplinären akademisch-künstlerisch-aktivistischen Konstellationen hervor. Die Diversität der Kollaborationen generierte eine Perspektivenvielfalt bezogen auf Motive, Fragen und Methoden der Forschung. Kulturelle Inszenierungen, die den laufenden Forschungsprozess öffentlich präsentierten (vgl. www.globalprayers.info), ermöglichten die Reflexion seiner Strategien und Methoden in speziellen Diskursformaten. Beispielsweise diskutierten projektbeteiligte Forscher_innen, Protagonist_innen und Kritiker_innen in per Kopfhörer übertragenen Zweiergesprächen selbstkritisch ihre Möglichkeiten und Grenzen, um den Prämissen einer postkolonialen Kritik im Forschungsprozess gerecht zu werden.

Die komplexe Projektkonstellation, die Divergenz von Ordnungssystemen beteiligter Institutionen und Disziplinen, die Vielzahl von inhaltlichen Fallstudien und Fragen, die Überlagerung verschiedener Wissens- und Forschungstraditionen sowie die hohen Reflexivitätsansprüche erzeugten zahlreiche Konflikte, die im Forschungsprozess ausbalanciert werden mussten, und auch eine Reihe ungelöster Probleme. Beispielsweise existierten je nach lokaler Verortung der Forschenden (im Norden/Süden) hochgradig ungleiche Zugänge zu wichtigen Ressourcen (wie Bibliotheken oder universitäre Infrastrukturen). Im Rahmen der akademischen und geografischen Verortung des Projekts (in Berlin) war es nur sehr bedingt durchzuhalten, Methoden und Repräsentationsformen des erzeugten Wissens, die nicht den standardisierten Anforderungsprofilen der jeweiligen Disziplinen entsprachen, den erforderlichen Freiraum oder angemessenen Wert zu geben. Die Forschenden sahen sich gezwungen, den internationalen Standards ihrer künstlerischen oder wissenschaftlichen Disziplin gerecht zu werden, um ihre Karrieren nicht zu gefährden. Und aus dem Spannungsfeld zwischen der experimentellen Konstellation des Projekts und den Erwartungen der es finanzierenden Institutionen, die dem diametral entgegengesetzten Exzellenzdiskurs folgten, resultierte ein hoher Druck auf die Steuerung des Vorhabens und ein dauerhafter Konfliktherd, der zu einer negativen Zwischenevaluation und damit fast zum vorzeitigen Aus des Projekts führte.

Was eine Postkolonialisierung der Stadtforschung (un-)möglich macht

Um die Stadtforschung zu postkolonialisieren, ist es zwar weiter unabdingbar, den westzentrischen Charakter ihrer Prämissen zu dekonstruieren und theoretische Ansätze fortzuentwickeln, die postkoloniale Kritik reflektieren. Theorien aus dem Süden in der Stadt des globalen Nordens anzuwenden, kann aber nur ein erster Schritt sein. Für eine grundlegende Erneuerung im Sinne einer kosmopolitischeren und demokratischeren Stadtforschung ist es erforderlich, Forschung im Sinne eines Dialogprozesses zu etablieren, der postkoloniale Machtungleichheiten reflektiert und nicht nur verschiedene Disziplinen umfasst, sondern auch nichtakademische und aktivistische Formen der Wissensproduktion. Ein solches Forschen lässt sich fragend

und mit offenem Ausgang auf eine Begegnung ein, „bei der wechselseitig Blicke und Reden ausgetauscht werden“ (Berkin/Kaltmeier 2012: 10). Filip de Boeck drückte es auf dem Global-Prayers-Kongress so aus: „For me, decolonizing means: how can you invent a language about an encounter or describe a reality that you yourself are inevitably part of?“

Da eine als dialogischer Prozess konzipierte Forschung permanent „die bestehenden Normen, institutionalisierten Praktiken und Wissensformen“ infrage stellt (ebd.: 13), müssen die etablierten Komfortzonen der westlichen Universitäten überschritten werden. Dazu gehört es, neben den inhaltlichen und methodischen Paradigmen auch Akteurskonstellationen, Repräsentationsformen oder Evaluierungsweisen eines Forschungsprozesses auf eurozentrische Muster zu prüfen, das heißt dessen gesamte Einbettungsformen in die globale, von nachkolonialen Machtungleichheiten geprägte „Geopolitik des Wissens“ (Walter Mignolo). Dies kann nur gelingen, wenn das klassische, an die Akademien gekoppelte Verständnis von Forschung und Wissen transdisziplinär und transinstitutionell geöffnet wird. Auch ist es erforderlich, sich Themen und Fragen – wie Religion, Gewalt etc. – zu stellen, die aus der Perspektive der kritischen Stadtforschung eingeübte Gewissheiten irritieren und daher zunächst unangenehm sind.

Zudem gilt auch hier, was Alexa Färber in ihrem Debattenbeitrag über urbane Assemblageforschung in s u b \ u r b a n bereits formuliert hat: Die geschilderten Anforderungen an eine Projektkonstellation bezogen auf mögliche Wege, Stadtforschung zu postkolonialisieren, sind „inkompatibel mit den Entwicklungen wissenschaftlicher Institutionen“ (2014: 101). Denn sie widersprechen deren Mainstreaming- und Homogenisierungsprozessen im Zuge der herrschenden Prämissen des ‚Exzellenz‘-Diskurses, der vereinheitlichten und quantifizierten Evaluierungs- und Konkurrenzlogik sowie der Marktfähigkeit des erzeugten Wissens. Zwar gilt dies für kritische Forschung generell. Um eine Postkolonialisierung voranzutreiben, genügt es aber nicht, die herkömmliche Forderung nach einer „analytischen Unabhängigkeit von Forschung“ (ebd.: 102) zu erneuern. Vielmehr bezieht sich die Forderung, die westliche Stadtforschung von ihren Fundamenten aus zu dekonstruieren, auch auf deren kritische Varianten, die allzu oft ebenso blind für den westzentrischen Charakter ihrer Paradigmen sind.

Endnoten

[1] Bezeichnenderweise konzentrieren sich die BMBF-Projekte unter dem Label „Future Megacities“ mit dem Ziel, „technologische, soziale und wirtschaftliche Effizienzsprünge und ‚Hebel‘ für Energieeffizienz und Klimaschutz zu erproben“ sowie „Lösungsstrategien“ zu entwickeln, die als „Modell auch für andere Megastädte dienlich sein“ sollen (BMBF 2010, Grußwort), in neokolonialistischer Manier ausschließlich auf Städte im globalen Süden. Die Tatsache, dass dabei auch in ihrer Größe und Bedeutung überschaubare Städte wie Casablanca, Hyderabad, Urumqui oder Addis Abeba unter das Label ‚Megastadt‘ fallen, verdeutlicht, dass sich ‚Mega‘ weniger auf „besonders groß, mächtig, hervorragend, bedeutend“ (Duden) bezieht, sondern dass eher die auch den Westen bedrohenden Dimensionen der Probleme und Fragen der Regierbarkeit von Städten das maßgebliche Kriterium dafür zu sein scheinen.

[2] Einen ähnlichen inhaltlichen Fokus hatte in dieser Zeitschrift der Debattenbeitrag von Margit Mayer (2013) über „urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“.

Aus meiner Sicht werden dabei aber die Thesen in der klassischen Manier der neomarxistischen Stadtforschung universalisiert, obwohl die Theorieansätze und Analysen des Beitrags unverkennbar nur auf urbane Konstellationen und Bewegungen in der euroamerikanischen Stadt sinnvoll anwendbar sind.

[3] Dagegen steht allerdings ein schockierender Zynismus, mit dem der rot-schwarze Berliner Senat in Person seines Innensenators mit einem juristischen Trick alle vertraglich fixierten politischen Zusagen an die Flüchtlingsaktivist_innen gebrochen hat, die er im Gegenzug für deren ‚freiwillige' Räumung des Oranienplatzes gemacht hatte.

Autor_innen

Stephan Lanz betreibt Stadtforschung bevorzugt an disziplinären und institutionellen Schnittstellen zwischen Wissenschaften, Kultur und Aktivismus.
lanz@europa-uni.de

Literatur

Aktionskreis (2013): Unabhängiger Aktionskreis Non-Citizen Kämpfe: Ankündigung der Auflösung. Erklärung, publiziert am 9.9.2013. Online unter http://www.refugeeetentaction.net/index.php?option=com_content&view=article&id=272:aktionskreis-unabhaengiger-non-citizen-kaempfe-ankuendigung-der-aufloesung&catid=2&Itemid=132&lang=de (letzter Zugriff am 2.12.2014).

AlSayyad, Nezar (Hg.) (1992): Forms of Dominance. On the Architecture and Urbanism of the Colonial Enterprise. London/Aldershot: Avebury.

Appadurai, Arjun (2001): Deep democracy. Urban governmentality and the horizon of politics. In: Environment & Urbanization 13/2, 23-44.

Appadurai, Arjun (2011): Cosmopolitanism from below. Some ethical lessons from the slums of Mumbai. Johannesburg Workshop of Theory and Criticism. The Salon 4. http://jwtc.org.za/volume_4/arjun_appadurai.htm (letzter Zugriff am 23.10. 2013).

Avermaete, Tom / Karakayali, Serhat / von Osten, Marion (Hg.) (2010): Colonial Modern. Aesthetics of the Past Rebellions of the Future. London: Blackdog Publishing.

Bayat, Asef (2012): Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. Berlin: Assoziation A.

Becker, Jochen / Burbaum, Claudia / Kaltwasser, Martin / Köbberling, Folke / Lanz, Stephan / Reichard, Katja (Hg.) (2003): Learning from*. Städte von Welt, Phantasmen der Zivilgesellschaft, informelle Organisation. Berlin: Vice Versa, metroZones 2.

Becker, Jochen / Klingan, Katrin / Lanz, Stephan / Wildner, Kathrin (Hg.) (2013): Global Prayers. Contemporary Manifestations of the Religious in the City. Zürich: Lars Müller Publishers, metroZones 13.

Becker, Jochen / Lanz, Stephan (Hg.) (2003): Space//Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben. Berlin: b_books, metroZones 1.

Berkin, Sarah Corona / Kaltmeier, Olaf (2012): Im Dialog. Methodologische Überlegungen zu Horizontalität und Reziprozität in den Sozial- und Kulturwissenschaften. In: dies. (Hg.): Methoden dekolonisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierug der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-16.

Beyer, Natalie / Engl, Andrea / Hess, Sabine / Moser, Johannes (Hg.) (2009): Crossing Munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus. München: Silke Schreiber Verlag.

Bippus, Elke (Hg.) (2009): Kunst des Forschens. Praxis eines ästhetischen Denkens. Berlin/Zürich: Diaphanes.

BMBF (2010): Megastädte – Die Welt von morgen nachhaltig gestalten. Bonn/Berlin: BMBF.

Castro Varela, María do Mar / Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript.

Chakrabarty, Dipesh (2000): Provincialising Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference. Princeton/Oxford: University of Princeton Press.

Chatterjee, Partha (2004): The Politics of the Governed. Reflections on Popular Politics in Most of the World. New York: Columbia University Press.

Clifford, James (1986): Introduction: Partial Truths. In: ders. / George Marcus (Hg.): Writing Culture. The Politics and Poetics of Ethnography. Berkeley u. a.: University of California Press, 1-26.

Comaroff, Jean / Comaroff, John (2012): Der Süden als Vorreiter der Globalisierung. Neue postkoloniale Perspektiven. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Costa, Sérgio (2005): Postkoloniale Soziologie. Differenzen und Konvergenzen. In: Berliner Journal für Soziologie 2, 282-294.

De Boeck, Filip (2002): Kinshasa: tales of the 'invisible city' and the second world. In: Okwui Enwezor (Hg.): Under Siege: Four African Cities. Freetown, Johannesburg, Kinshasa, Lagos. Ostfildern: Hatje Cantz Verlag, 243-85.

Eckardt, Frank / Hoerning, Johanna (2012): Postkoloniale Städte. In: Frank Eckardt (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, 263-288.

Edensor, Tim / Jayne, Mark (Hg.) (2012): Urban Theory Beyond the West. A World of Cities. London/New York: Routledge.

Färber, Alexa (2014): Potentiale freisetzen. Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären kritischen Stadtforschung. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2/1, 95-103.

Geographisches Institut der Universität Köln (o. D.): DFG-Schwerpunktprogramm Megacities – Megachallenge. Informal Dynamics of Global Change. http://www.geographie.uni-koeln.de/megacities-megachallenge.350.de.html (letzter Zugriff am 2.12.2014).

Gidwani, Vinay (2006): Subaltern cosmopolitanism as politics. In: Antipode 38, 7-21.

Ha, Noa (2014): Perspektiven urbaner Dekolonisierung. Die europäische Stadt als ‚Contact Zone'. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2/1, 27-47.

Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument.

Heck, Gerda / Lanz, Stephan (2014): Religiöses ‚worlding' in der Stadt: Globaler Pentekostalismus in Rio de Janeiro. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt 134/135, 212-238.

Hess, Sabine / Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und *citizenship*. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2/3, 11-34.

Huffschmid, Anne (2012): Another way of knowing. Notes on visual research on ghosts and spirits. In: metroZones (Hg.): Faith is the Place. The Urban Cultures of Global Prayers. Berlin: b_books, metroZones 11, 164-175.

Huffschmid, Anne / Wildner, Kathrin (2013): Stadtforschung aus Lateinamerika. Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios. Bielefeld: transcript.

Isin, Engin F. (2003): Historical sociology of the city. In: Gerard Delanty / ders. (Hg.): Handbook of Historical Sociology. London u. a.: Sage, 312-325.

Isin, Engin F. (2008): Theorizing acts of citizenship. In: ders. / Greg M. Nielsen (Hg.): Acts of Citizenship. London: Palgrave Macmillan, 15-43.

Jacobs, Jane M. (1996): Edge of Empire. Postcolonialism and the City. London/New York: Routledge.

Jacobs, Jane M. (2012): Commentary: Comparing comparative urbanisms. In: Urban Geography 33/ 6, 904-914.

Kaltmeier, Olaf (2012): Methoden dekolonisieren. Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens. In: ders. / Sarah Corona Berkin (Hg.): Methoden dekolonisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierug der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot, 18-44.

King, Anthony (1990): Urbanism, Colonialism, and the World Economy. Cultural and Spatial Foundations of the World Urban System. London/New York: Routledge.

King, Anthony (2003): Postcolonialism, representation, and the city. In: Gary Bridge / Sophie Watson (Hg.): A Companion to the City. Malden/Oxford: Blackwell Publishers, 261-269.

Kölnischer Kunstverein (Hg.) (2005): Projekt Migration. Köln: DuMont.

Kotti & Co (2012): Merhaba, Salam und schönen guten Tag. http://kottiundco.net/2012/08/03/merhaba-salam-und-schonen-guten-tag (letzter Zugriff am 15.1. 2014).

Lanz, Stephan (2007): Berlin aufgemischt: abendländisch – multikulturell – kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt. Bielefeld: transcript.

Lanz, Stephan (2008): ‚In Europa mehr Initiative und Kraft entwickeln'. Herrschaftsverhältnisse im globalen Städtesystem des Postkolonialismus. In: Sophie Wolfrum / Susanne Schaubeck (Hg.): Multiple City. Citykonzepte 1908/2008. Berlin: Jovis, 294-298.

Lanz, Stephan (2013): Berlin diversities. The perpetual act of becoming a true metropolis. In: Matthias Bernt / Britta Grell / Andrej Holm (Hg.): The Berlin Reader. Bielefeld: transcript, 209-224.

Lanz, Stephan (2014a): Assembling global prayers in the city. An attempt to repopulate urban theory with religion. In: Jochen Becker / Katrin Klingan / Stephan Lanz / Kathrin Wildner (Hg.): Global Prayers. Contemporary Manifestations of the Religious in the City. Zürich: Lars Müller Publishers, 16-47.

Lanz, Stephan (2014b): Politik zwischen Polizei und Post-Politik. Überlegungen zu ‚urbanen Pionieren' einer politisierten Stadt am Beispiel von Berlin. In: Melanie Behrens / Wolf-Dietrich Bukow / Karin Cudak (Hg.): Inclusive City. Überlegungen zum gegenwärtigen Verhältnis von Mobilität und Diversität in der Stadtgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.

Lossau, Julia (2012): Postkoloniale Impulse für die deutschsprachige Geographische Entwicklungsforschung. In: Geographica Helvetica 67, 125-132.

Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1/1, 155-168.

McFarlane, Colin (2010): The comparative city. Knowledge, learning, urbanism. In: International Journal of Urban and Regional Research 34/4, 725-42.

Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim/Basel: Beltz.

Michel, Boris / Roskamm, Nicolai (2013): Einführung: Die postpolitische Stadt. In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1/2, 9-16.

Mignolo, Walter (2000): The many faces of cosmo-polis. Border thinking and critical cosmopolitanism. In: Public Culture 12, 721-748.

Mignolo, Walter (2002): The geopolitics of knowledge and the colonial difference. In: The South Atlantic Quarterly 10/1, 57-96.

Ong, Aihwa (2011): Worlding cities, or the art of being global. In: Ananya Roy / dies. (Hg.): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden/Oxford: Blackwell Publishers, 1-26.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Robinson, Jennifer (2006): Ordinary Cities. Between Modernity and Development. London/New York: Routledge.

Robinson, Jennifer (2010): Cities in a world of cities. The comparative gesture. In: International Journal of Urban and Regional Research 35/1, 1-23.

Roy, Ananya (2009): The 21st-century metropolis. New geographies of theory. In: Regional Studies 43/6, 819-30.

Roy, Ananya (2011a): Slumdog cities. Rethinking subaltern urbanism. In: International Journal of Urban and Regional Research 35/2, 223-38.

Roy, Ananya (2011b): Postcolonial urbanism. Speed, hysteria, mass dreams. In: dies. / Aihwa Ong (Hg.): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden/Oxford: Blackwell Publishers, 307-35.

Roy, Ananya (2014): Worlding the south. Toward a post-colonial urban theory. In: Susan Parnell / Sophie Oldfield (Hg.): The Routledge Handbook on Cities of the Global South. London/New York: Routledge, 9-20.

Roy, Ananya / Ong, Aihwa (Hg.) (2011): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden/Oxford: Blackwell Publishers.

Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Siebel, Walter (2012): Die europäische Stadt. In: Frank Eckardt (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS, 201-211.

Simone, AbdouMaliq (2001): On the worlding of African cities. In: African Studies Review 44/2, 15-41.

Simone, AbdouMaliq (2010): City Life from Jakarta to Dakar. Movements at the Crossroads. London/New York: Routledge.

Simone, AbdouMaliq (2011): The surfacing of urban life. In: City 15/3-4, 355-364.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1999): A Critique of Postcolonial Reason. Toward a History of the Vanishing Present. Cambridge/London: Harvard University Press.

Tamayo, Sergio (2013): Die Stadt und die Produktion des Ciudadanía-Raums. Eine stadtsoziologische Perspektive. In: Anne Huffschmid / Kathrin Wildner (Hg.): Stadtforschung aus Lateinamerika. Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios. Bielefeld: transcript, 203-223.

Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: transcript.

Tsianos, Vassilis (2013): Urbane Paniken. Zur Entstehung eines antimuslimischen Urbanismus. In: Duygu Gürsel / Zülfukar Çetin / Allmende e. V. (Hg.): Wer MACHT Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: edition assemblage, 22-42.

Yeoh, Brenda S. A. (2001): Postcolonial cities. In: Progress of Human Geography 25/3, 456-468.

Ziai, Aram (2012): Post-Development. Fundamentalkritik der „Entwicklung“. In: Geographica Helvetica 67, 133-138.

On (im-)possibilities to postcolonialize western urban studies

Taking as a starting point that western urban theory is based on eurocentric premises connecting urban modernity to western cities and subjecting cities elsewhere to the developmentalism of catching up with modernization, this paper argues for the necessity of postcolonializing urban studies. Using two examples, the article discusses possible ways of promoting theoretical and methodological approaches that reflect postcolonial critique. On the one hand, 'theories of the south' are applied in order to shake established truths about the city of the global North. On the other hand, the international research project "Global Prayers – Redemption and Liberation in the City" is discussed as an attempt to deconstruct some of the eurocentric fundaments of urban studies and to promote more cosmopolitan urban studies with the help of a transregional, transdisciplinary and transinstitutional approach.

CC BY NC ND

Debatte
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 91-96
zeitschrift-suburban.de

Stephan Lanz
Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Kommentare von:
Shadia Husseini
Laura Wenz
Kanishka Goonewardena
Jin Haritaworn

Replik von:
Stephan Lanz

Postkoloniale Schlüsselkategorien und translokale Theoriebildung

Kommentar zu Stephan Lanz' „Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren"

Shadia Husseini de Araújo

Wissensproduktion zu postkolonialisieren, ist eine Herausforderung, der sich die akademische Welt seit geraumer Zeit stellen muss. Dabei geht es im Wesentlichen um die Dekonstruktion eurozentristischer Wissensproduktion, um die Enthüllung ungleicher Machtverhältnisse, die ihr zugrunde liegen, sowie um die Suche nach Alternativen, die zu ihrer Dezentrierung beitragen. In seinem Artikel „Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren" diskutiert Stephan Lanz, inwieweit diese Herausforderung in der Stadtforschung in Angriff genommen wird. Überzeugend legt der Autor dar, dass es nicht nur darum geht, der postkolonialen Kritik Rechnung zu tragen, sondern auch darum, Erklärungsansätze für neue urbane Prozesse, Phänomene und Entwicklungen zu finden, die mit einem euro-, west-, oder nordzentristischen Blick kaum einzufangen sind. In Ergänzung zu bestehenden Ansätzen schlägt er anhand von konkreten Beispielen zwei „mögliche Routen einer postkolonial informierten Stadtforschung" (S. 79) vor: erstens eine Anwendung von „Theorien aus dem Süden in der Stadt des globalen Nordens" (ebd.), zweitens eine experimentelle sowie translokal und transnational vergleichende Stadtforschung. Ich habe diesen Beitrag mit viel Gewinn gelesen und möchte mit ein paar kritischen Gedanken zur konstruktiven Weiterentwicklung vor allem der ersten Route beitragen.

Wie in der postkolonialen Theorie üblich, arbeitet Lanz an vielen Stellen seines Textes mit Dichotomien wie ‚Westen vs. Rest' und ‚Norden vs. Süden', stets mit dem Verweis, sie als diskursiv konstituiert und relational zu verstehen, aber ohne sie groß zu definieren. Es muss nicht immer alles aufs Neue definiert und gesagt werden, aber wenn für ‚Theorien des Südens' plädiert wird (Lanz' erste Route), ist meines Erachtens eine kurze Reflexion darüber wichtig, was ‚Norden' und ‚Süden' in diesem Zusammenhang ausmacht.

Mit Stuart Hall lassen sich ‚Norden' und ‚Süden' als postkoloniale Schlüsselkategorien verstehen, das heißt sie „wurden einer tiefen und gründlichen Kritik unterzogen, die ihre angeblich vorgängigen und fundierten Annahmen als eine Reihe diskursiver Effekte dekuvrierte" (2002: 239). Als äußerst machtvolle eurozentristische Konstruktionen, die (post-)koloniale gesellschaftliche Strukturen reproduzieren, galt und gilt es, sie zu

überwinden, jedoch nicht im Sinne einer „Streichung", denn sie bleiben weiterhin wichtige „Instrumente und Werkzeuge, mit denen die Gegenwart reflektiert werden kann – unter der Voraussetzung, dass sie in ihrer dekonstruierten Form verwendet werden" (ebd.).

Mit der Dekonstruktion von ‚Norden' und ‚Süden' durch und innerhalb des Diskurses der postkolonialen Kritik erfolgte eine Umdeutung: Während im modernisierungstheoretischen Diskurs etwa der ‚Norden' für Fortschritt, Entwicklung und Moderne steht, wird er im Diskurs der postkolonialen Kritik zum Inbild von Hegemonie, Gewalt und Ausbeutung. Der ‚Süden' wird entsprechend zum Ausgebeuteten, zum Marginalisierten, der ein Recht auf Eigenbestimmung und Widerstand hat, der einer eigenen Moderne folgt und dem Sichtbarkeit verschafft werden muss. Insbesondere wenn es um die Produktion von Wissen geht, werden ‚Norden' und ‚Süden' diese Attribute zugeschrieben. Paulin Hountondji (2009; 1990) wirft dem ‚Norden' beispielsweise epistemologische Gewalt vor und fordert den ‚Süden' auf, eigene Epistemologien zu produzieren. Auch Raewyn Connell (2007), Jean und John Comaroff (2011), Boaventura de Sousa Santos (2014) und viele andere plädieren vermehrt für ‚Theorien des Südens'. In diesem Sinne sind ‚Norden' und ‚Süden' – dekonstruiert und umgedeutet – auch für den postkolonialen Diskurs eine äußerst machtvolle Dichotomie. Als strategische Essentialismen (Spivak 1987) verwendet, schaffen sie Legitimität und Raum für Perspektiven und Wissensproduktion des sogenannten Südens.

Aber einmal abgesehen davon, dass viele der Autor_innen, die für ‚Epistemologien' oder ‚Theorien aus dem Süden' plädieren, oft nicht definieren, was sie jeweils unter ‚Süden' verstehen, oder Definitionen vom ‚Süden' vornehmen, die sie in ihren Argumentationsgängen nicht aufrechterhalten können (ein Vorwurf, der beispielsweise Comaroff/Comaroff (2011) gemacht wurde), muss diskutiert werden, inwieweit ein Weiterdenken in den Kategorien ‚Norden' vs. ‚Süden' überhaupt sinnvoll ist. Wie Lanz selbst schreibt, kann es beim Plädoyer für ‚Theorien aus dem Süden' nicht darum gehen, „einen hierarchischen Dualismus durch sein Gegenteil abzulösen" (S. 79). Aber ist die Gefahr, genau dies zu tun, wenn weiter in den Kategorien ‚Norden' und ‚Süden' gedacht wird, nicht einfach viel zu groß? Verfehlt ein Weiterdenken in diesen Kategorien dann nicht auch das politische Projekt der postkolonialen Kritik, in dem es um die Dezentrierung der (euro-, nord- oder westzentristischen) Wissensproduktion geht (nicht aber um eine alternative Zentrierung)?

Das Problematische an der Rede von ‚Theorien aus dem Süden' ist, dass sie suggeriert, Theorien aus dem ‚Süden' seien per se anders als die aus dem ‚Norden' – so, als bestünde ein gegenseitiges Ausschlussverhältnis. Aber diese Idee ist nicht haltbar, wenn wir davon ausgehen, dass kultureller Austausch für die Wissensproduktion wichtig ist und schon immer wichtig war; wenn wir anerkennen, dass Europas ‚Moderne' auch auf ‚nichtwestlichem' und ‚nichtnördlichem' Wissen aufbaut (al-Khalili 2011, Watt 2004, Hobson 2004); wenn wir von der Hegemonialität des vermeintlich ‚westlichen Wissens' ausgehen, das fast überall gelernt werden muss und somit die lokale Produktion von Wissen nicht homogenisiert, aber oft auf jeweils spezifische Weisen mitbeeinflusst (Hountondji 2009).

Wenn wir von all dem ausgehen, dann haben Theorien vielmehr Entstehungsgeschichten, die auf zu komplexe Weise mit ‚Süden' und ‚Norden'

verwoben sind, als dass sie sich eindeutig der einen oder anderen Kategorie zuordnen ließen. Diese Auffassung bestätigt sich oft beim genaueren Hinsehen auf konkrete Beispiele. So zeugen die Ansätze, die Lanz als ‚Theorien des Südens' anführt – zum Beispiel *cosmopolitanism from below* (Appadurai 2011; 2001), *political society* (Chatterjee 2004), Straßenpolitik (Bayat 2012) –, unter anderem durch Rückbezüge auf Konzepte Foucaults oder Gramscis ebenfalls von Entstehungsgeschichten zwischen Nord und Süd. Darüber hinaus sprechen auch die Autoren selbst (Appadurai, Chatterjee und Bayat) nicht von marginalisierten, sondern von privilegierten Positionen in der ‚westlichen' Wissenschaftswelt und blicken (zumindest unter anderem) von dort aus auf die Städte des ‚Südens'. Inwiefern können die Theorien also ausschließlich südlich sein? Weil sie am Beispiel südlicher Städte (im geografischen Sinne) und am Beispiel armer oder marginalisierter Bevölkerungsgruppen entwickelt worden sind? Wohl kaum, denn das wurde auch schon von eurozentristischen Positionen aus gemacht.

Diese Kritik ist nicht neu. Warum wird trotz aller Kritik gerne das Label ‚südlich' verwendet? Weil es im Sinne des strategischen Essentialismus nützlich ist. Es nützt vor allem denjenigen, die sich im postkolonialen Diskurs positionieren und für ‚den Süden' sprechen können (oder zumindest meinen, dies tun zu können). Dann ist das Label nützlich und kann dazu beitragen, Dinge mit ‚anderen' Augen zu betrachten. Dies gilt jedoch nicht immer, vor allem nicht außerhalb des Diskurses der postkolonialen Kritik, und vor allem nicht dort, wo der Begriff ‚Süden' nicht in der dekonstruierten Form verwendet wird und – neben vielen anderen Dingen – zumindest Spuren des modernisierungstheoretischen Diskurses und damit Konnotationen wie Stagnation, Rückschritt oder Unterentwicklung in sich trägt. Was ist, wenn Wissenschaftler_innen aus dem sogenannten Süden genau aus diesem Grund nicht ständig mit dem Begriff ‚Süden' gelabelt werden wollen?

An anderer Stelle habe ich gemeinsam mit Philippe Kersting versucht, über unsere Feldforschungserfahrungen im sogenannten Süden (d. h. konkret Vale do Ribeira, Brasilien, und Zentrales Hügelland, Ruanda) zu reflektieren (Husseini de Araújo/Kersting 2012). Von postkolonialer Theorie und Ansätzen der *Postdevelopment Studies* ‚geschult', zogen wir los, und zwar mit vielen Kategorien der postkolonialen Theorie im Gepäck – darunter ‚Süden' und ‚globaler Süden', ‚Subalterne', ‚Marginalisierte' und ‚Andere' –, die dazu beitragen sollten, „die Sichtweise der Betroffenen im Süden [...] zum Ausgangspunkt [der Forschung] zu machen" (Ziai 2006: 215) und eben nicht die der vermeintlichen Expert_innen aus dem Norden.

In zwei ganz unterschiedlichen Forschungskontexten und Projekten, die nichts miteinander verbindet außer das von außen aufgedrückte Label ‚Süden', mussten wir feststellen, dass wir mit diesen Kategorien der postkolonialen Theorie nicht weit kommen: nicht nur, weil es schwer ist, zu definieren, wo genau der (globale) Süden anfängt und wo er aufhört, nicht nur, weil diese Kategorien viel zu undifferenziert sind und gleichzeitig für viele Ideen, Subjekte, Bewegungen und Institutionen keinen Platz haben, sondern auch, weil diejenigen aus dem sogenannten Süden, mit denen wir zusammengearbeitet haben (und bis heute zusammenarbeiten) – Kolleg_innen, Student_innen, Mitarbeiter_inenn von NGOs, Aktivist_innen in politischen und religiösen Bewegungen, Kleinbäuer_innen –, wahrscheinlich

entsetzt gewesen wären, hätten wir sie, ihre Arbeit oder das Wissen, das sie produzieren, als „südlich“ oder gar als „subaltern“ angesprochen. In diesen Kontexten der Zusammenarbeit hätte ‚südlich‘, wenn auch ungewollt, eine Abwertung bedeutet und vielleicht nichts anderes zum Ausdruck gebracht als das, was wir eigentlich überwinden wollen: euro-, west- oder nordzentristisches Denken. Vor allem, wenn ‚Süden‘ eine Fremdzuschreibung bleibt, mit der ‚andere‘ Wissenschaftler_innen, ‚anderes‘ Wissen und ‚andere‘ Theorien von privilegierten Positionen aus angesprochen werden, ist der Begriff (immer noch) problematisch.

Vor diesem Hintergrund würde ich es vermeiden, generell für eine Anwendung von „Theorien aus dem Süden in den Städten des Nordens“ zu plädieren. Meiner Ansicht nach kann das gleiche Anliegen auch in weniger belastete Konzepte gefasst werden (oder wird es dann weniger sexy?). Was Lanz doch zeigt, ist, inwieweit sich Theorien, die am Beispiel urbaner Konstellationen in den Städten Indiens und des Nahen Ostens entwickelt wurden, sinnvoll für (neue) städtische Phänomene in Berlin anwenden lassen. In diesen Ansatz würde ich eine translokale Perspektive hineinlesen, die mit einem euro-, west- oder nordzentristischen Verständnis von globaler urbaner Entwicklung bricht und sowohl die Vielfalt als auch die Ungleichheit globaler urbaner Prozesse betont, die auf spezifische Weisen (neue) „cross-territorial linkages and flows“ (Freitag/von Oppen 2010: 1) hervorbringen. Da Lanz’ zweiter Punkt („Trans…: Eine experimentell vergleichende Stadtforschung“) auf empirischer und forschungspraktischer Ebene genau in diese Richtung geht, ließe sich überlegen, ob es nicht möglich wäre, sich analog dazu für eine *translokale* Theoriebildung einzusetzen – eine Theoriebildung, die nicht nur voraussetzt, dass die Produktion von Theorie ‚woanders‘ berücksichtigt wird, sondern diese zu einem zentralen Bestandteil macht.

Autor_innen

Shadia Husseini de Araújo ist Geografin und arbeitet zu postkolonialer Theorie, Migration, Islam in Brasilien und Postneoliberalismus in Lateinamerika.
shadiah@unb.br

Literatur

Al-Khalili, Jim (2011): Im Haus der Weisheit. Die arabischen Wissenschaften als Fundament unserer Kultur. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Appadurai, Arjun (2001): Deep democracy. Urban governmentality and the horizon of politics. In: Environment & Urbanization 13/2, 23-44.

Appadurai, Arjun (2011): Cosmopolitanism from below. Some ethical lessons from the slums of Mumbai. Johannesburg Workshop of Theory and Criticism. The Salon 4. http://jwtc.org.za/volume_4/arjun_appadurai.htm (letzter Zugriff am 1.2.2015).

Bayat, Asef (2012): Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. Berlin: Assoziation A.

Chatterjee, Partha (2004): The Politics of the Governed. Reflections on Popular Politics in Most of the World. New York: Columbia University Press.

Comaroff, Jean / Comaroff John (2011): Theory from the South. Or, How Euro-America Is Evolving Toward Africa. Boulder: Paradigm Publishers.

Connell, Raewyn (2007): Southern Theory. Social Science and the Global Dynamics of Knowledge. Cambridge: Polity Press.

Freitag, Ulrike / von Oppen, Achim (2010): Introduction. "Translocality" – an approach to connection and transfer in area studies. In: dies. (Hg.): Translocality. The Study of Globalising Processes from a Southern Perspective. Brill: Leiden, 1-24.

Hall, Stuart (2002): Wann gab es das „Postkoloniale"? Denken an der Grenze. In: Shalini Randeria / Sebastian Conrad (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Frankfurt am Main/ New York: Campus, 219-247.

Hobson, John M. (2004): The Eastern Origins of Western Civilisation. Cambridge: Cambridge University Press.

Hountondji, Paulin J. (1990): Scientific dependence in Africa today. In: Research in African Literatures 21/3, 5-15.

Hountondji, Paulin J. (2009): Knowledge of Africa, knowledge by Africans. Two perspectives on African studies. In: RCCS Annual Review 1, 1-11.

Husseini de Araújo, Shadia / Kersting, Philippe (2012): Welche Praxis nach der postkolonialen Kritik? Human- und physisch-geographische Feldforschung aus übersetzungstheoretischer Perspektive. In: Geographica Helvetica 67, 139-145.

Santos, Boaventura de Sousa (2014): Epistemologies of the South. Justice Against Epistemicide. Boulder: Paradigm Publishers.

Spivak, Gayatri C. (1987): In Other Worlds. Essays in Cultural Politics. New York/London: Routledge.

Watt, William Montgomery (2004): The Influence of Islam on Medieval Europe. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Ziai, Aram (2006): Post-Development. Ideologiekritik in der Entwicklungstheorie. In: Politische Vierteljahresschrift 47/2, 193-218.

Debatte
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 97-102
zeitschrift-suburban.de

Stephan Lanz
Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Kommentare von:
Shadia Husseini
Laura Wenz
Kanishka Goonewardena
Jin Haritaworn

Replik von:
Stephan Lanz

Worlding – Zwischen theoretischer Annährung, kritischer Intervention und gelebter (Forschungs-)Praxis

Kommentar zu Stephan Lanz' „Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren"

Laura Wenz

Im Hinblick auf die derzeitigen Debatten um Deutschlands und Europas verfehlte Flüchtlings- und Asylpolitik sind zwei Argumente der postkolonialen Stadtforschung aktueller denn je: zum einen, dass die urbanen Kämpfe im globalen Süden untrennbar verbunden sind mit jenen in Städten des globalen Nordens, zum zweiten, dass die unmenschlichen und gewaltsamen Zustände ‚hüben wie drüben' zweifellos als ein direktes Ergebnis (neo)kolonialer Unterwerfung zu deuten sind. Vor diesem Hintergrund fasst der Text von Stephan Lanz nicht nur wichtige theoretische Debatten zusammen, sondern gibt ebenso einen Einblick, wie diese Ansätze – allen voran die Idee des *worlding* (Roy/Ong 2011) – zur Analyse global-urbaner Zirkulation und widerständiger sozialer Praktiken fruchtbar gemacht werden können. Ferner argumentiert Lanz, dass, um Postkolonialismus als kritische Methodologie der Stadtforschung (Roy 2009) anwenden zu können, ein „sinnvolles Instrumentarium" (S. 78) entwickelt werden muss. Ich teile dabei seine Einschätzung, dass Roys und Ongs *worlding*-Metapher hierfür ein gutes Basisgerüst bietet, das – so Lanz – bisher allerdings noch wenig ausdifferenziert daherkommt. Zwar ist dies grundsätzlich richtig, jedoch verpasst Lanz in seinem Text meines Erachtens nach die Chance, die bereits vorhandenen und durchaus unterschiedlichen theoretisch-methodologischen Stoßrichtungen innerhalb der *worlding*-Debatte dezidierter abzubilden. Daher möchte ich den Fokus meines Kommentars darauf legen, seinen ansonsten wegweisenden Text durch eine etwas differenziertere Lesart von *worlding* als vielversprechendem Konzept in der postkolonialen Stadtforschung zu ergänzen.

Worlding als ‚heterodoxes Projekt'

Die Idee des *worlding* – oder, wie Lanz es in Rekurs auf Spivak übersetzt, des ‚Weltmachens' (S. 78) – beinhaltet grundsätzlich zwei kritische Perspektivverschiebungen, deren Ziel es ist, kolonial eingeschriebene Macht-Wissens-Komplexe in Bezug auf globale Stadtforschungsprozesse aufzubrechen. Zum einen stellt sich der Ansatz dezidiert gegen die nach wie vor in vielen Forschungsprojekten reproduzierte Pathologisierung von Städten des

globalen Südens, die allzu oft lediglich als Negativbeispiele scheinbar verfehlter Urbanität bemüht werden (Pieterse 2010: 207). Verstärkt wird diese reduktionistische Repräsentationsweise außerdem ohne Frage durch eine stark universalistische Tradition der euroamerikanischen Stadtforschung, in der oftmals eine Handvoll Städte für ganze Urbanitätsparadigmen Pate standen.[1] Nicht zuletzt geht es also darum, die daraus entstandenen Städtehierarchien als machtvolle „regulative Fiktion" (Robinson 2002: 546) zu enttarnen und durch alternative Narrationen zu ersetzen.[2]

Neben dieser eher epistemologischen Dimension versucht *worlding* als Analyseansatz jedoch auch eine methodologische Antwort darauf zu finden, wie man sich globaler bzw. ‚planetarer' Urbanität (Brenner 2013) von einer postkolonialen Warte aus nähern kann. Hier geht es vor allem darum, ein Vokabular zu finden, welches die Stadt sowohl als einen Knotenpunkt ephemerer, translokaler Verbindungen als auch als Produkt global zirkulierender Wissens-, Politik-, Subjekt- und Objektformen verstehbar macht (Roy 2009: 823). Herrscht im ersten Punkt noch weitestgehend Einigkeit unter den einschlägigen Denker_innen der *worlding*-Debatte, gibt es beim zweiten Punkt jedoch durchaus verschiedene Meinungen und Herangehensweisen. Nicht umsonst beschreiben McCann et al. (2013: 584) den Ansatz auch als ein „heterodoxes Projekt".

Diese unterschiedlichen Stoßrichtungen innerhalb der Debatte übersieht Lanz allerdings, wenn er schreibt: „Als ‚worlding from below' wiederum hat AbdouMaliq Simone (2001: 16) schon früher die globale Ausdehnung des urbanen Afrika gedeutet". Diese Formulierung wirkt meines Erachtens in zweierlei Hinsicht unglücklich verkürzend: zum einen, weil sich Simones radikal komparative Stadtethnografien in ihrer Ausdehnung ‚von Jakarta bis Dakar' (Simone 2010) dezidiert gegen eine kontinentale Reduktion auf das ohnehin schwer zu definierende ‚urbane Afrika' sperren. Zum zweiten, da sich Simones Lesart von *worlding*-Prozessen eben gerade aufgrund seiner eher phänomenologischen Forschungspraxis von der stärker politökonomisch orientierten Arbeit Roys und Ongs unterscheidet. Für ihn bezeichnet *worlding* vor allem einen jederzeit vergänglichen Zustand – ein „being in the world" (Simone 2001: 11) –, welcher lediglich durch ein instabiles Netz aus persönlichen Beziehungen und prekären Praktiken erhalten wird und sich so jeglichen „großen Erzählungen" (Lyotard 1994) widersetzt. Diese Perspektive informiert auch Simones stärker idiosynkratrisch und auf einzelne subalterne Protagonist_innen gerichtete dichte Beschreibungen, welche daher fast zwangsläufig sein *worlding* als einen ‚von unten' kommenden Prozess rahmen.

Zwar bleiben auch bei Roy und Ong subalterne Subjektpositionen nicht außen vor und auch sie begreifen *worlding* als eine Intervention gegen die noch immer vorherrschende strukturelle Trennung zwischen Theorie und Ethnografie in den *urban studies* (McCann et al. 2013: 584). Allerdings betten sie in ihren Analysen *worlding* – verstanden als „die Kunst global zu sein" (Roy/Ong 2011) – dezidierter in größere sozioökonomische Zusammenhänge und globale Machtstrukturen ein. Dies ist – so würde ich argumentieren – einer der Gründe, weshalb in den nach wie vor im Forschungstrend liegenden Analysen lokaler Iterationen von global zirkulierenden Stadtpolitikmodellen häufig Roys und Ongs Begriffsverständnis als theoretisch-methodologischer Anknüpfungspunkt bemüht wird. Ein zweiter Grund liegt meines Erachtens

aber auch darin, dass die beiden Autorinnen – im Gegensatz zu Simone – bereits versucht haben, das fluide Spektrum sozialer, politökonomischer und transkultureller Praktiken innerhalb urbaner *worlding*-Prozesse mit Hilfe dreier heuristischer Analysekategorien grob zu strukturieren.

So ließe sich die Stadt als „globalisiertes Interventionsfeld" (Roy/Ong 2011: 11) erstens über die Betrachtung ‚urbaner Modellierungen' (*urban modeling*) verstehen. In Anlehnung an die *policy-mobilities*-Debatte meinen Roy und Ong hiermit „eine globale Technologie, welche von ihrem Ursprungsort entkoppelt und andernorts wiederum als kondensiertes Set erstrebenswerter und umsetzbarer urbaner Formen aufgegriffen wird" (ebd.: 14). Mit anderen Worten geht es also darum, wie bestimmte Städte bzw. von ihnen propagierte Stadtpolitikmodelle in global machtvolle Stadtentwicklungsdiskurse eintreten und andernorts aufgegriffen, verankert und ggf. modifiziert werden. Der Fokus liegt hierbei jedoch ausdrücklich nicht auf den ‚üblichen Verdächtigen' *global city players* wie New York, Paris oder London, sondern richtet sich vielmehr auf den Umstand, dass sich mehr und mehr Städte des globalen Südens als modelhaft und vorbildlich hervortun und so die ‚westlichen' Referenzstädte ein Stück weit ihrer Alleinherrschaft berauben. Von partizipativen Haushaltsplanungen im brasilianischen Porto Alegre (Novy/Leubolt 2005) über Bogotás ÖPNV-‚Exportschlager' Ciclovía und TransMilenio (Torres et al. 2013, Wood 2014) bis zu Singapur und Lagos als scheinbare Vorzeigestädte asiatischer bzw. afrikanischer urbaner Innovationspotenziale (Huat 2011) – aufstrebende Städte im globalen Süden wenden sich immer mehr an ‚ihresgleichen', wenn es um den Austausch von Wissen und *best-practice*-Beispielen geht. Dass es sich hier jedoch nicht um einen simplen und schnellen Politiktransfer im klassischen und zu Recht kritisierten Sinne handelt, sondern um eine aktive und praxisbezogene Neuverhandlung, wird dabei von Ong (2011:15) betont: „Der Gebrauch von Blaupausen, Plänen oder Gebäuden als Leitbilder bedeutet jedoch nicht, dass diese Modellierung eine originalgetreue Kopie des Originals erstellt. Eher ist es als eine Praxis zu verstehen, welche versucht, einzelne Aspekte, Stile oder Auszüge des Originals einzufangen."

Im Zusammenhang hiermit steht auch die zweite heuristische Kategorie des Interreferenzierens (*inter-referencing*). Während modelhafte Stadtpolitiken oft an konkrete Projekte in bestimmten Städten gekoppelt sind, nehmen die beiden Autorinnen in dieser Kategorie eher allgemeinere Stadtentwicklungsdiskurse wie ‚smart', ‚green', ‚creative' oder ‚livable cities' in den Blick und beobachten, wie diese vor allem in aufstrebenden asiatischen Städten artikuliert, adaptiert und neu verhandelt werden. Es ist wiederum Ong (ebd.: 23), die beschreibt: „Die Diskurse, welche dieser Interreferenzialität unterliegen, formen ein intensives interstädtisches Bewusstsein für Kontraste, Vergleiche und Rivalitäten ebenso wie Redewendungen für die Initiierung und Legitimierung extravaganter Versprechen in Bezug auf urbane Megaprojekte."

Durch beide Kategorien tritt also deutlich hervor, dass *worlding*-Prozesse nicht nur ‚von unten' scheinbar unkontrolliert emporbrodeln, sondern ebenso durch globale Aspirationen, politische Strategien und urbane Selbstverständnisse aufstrebender Mittelklassen – das sogenannte „elite dreaming" (Roy/Ong 2011: 33) – hervorgebracht werden.

Dass es hierbei aber nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch geht, macht wiederum die dritte Kategorie klar, durch die sich der Bogen zurück zum von Lanz exzellent beschriebenen umkämpften Kosmopolitismus in Berlin schlagen lässt. Als neue Solidaritäten (*new solidarities*) beschrieben, widmet sich diese letzte Kategorie der immer stärkeren interurbanen und transkulturellen Verbundenheit ziviler Widerstandsbewegungen. Interessanterweise ist es gerade in dieser auf zivilgesellschaftliche Regierungsexperimente gerichteten Kategorie, dass Roy und Ong die Rekombination unternehmerischer und aktivistischer Elemente im Sinne eines ‚neoliberalen Remix' besonders stark in den Blick nehmen. In ihrer Dekonstruktion des globalen ‚Armutsmanagementregimes' an anderer Stelle zeigt Roy (2012) am Beispiel Indiens, dass die Artikulation subalterner Subjektmacht keineswegs jeglicher neoliberaler Kalkulation entbehrt, sondern dass im Gegenteil die sozialpolitischen Taktiken und aktivistischen Strategien sowohl von NGOs als auch von Graswurzelbewegungen durchaus von Deregulierungs- und Marktbestrebungen durchsetzt sein können. Um aber auch hier nicht wieder vorschnell einen irgendwie gearteten *trickle-down*-Effekt des globalen Kapitalismus anzunehmen, argumentieren die Autorinnen vehement für eine ‚Theoretisierung mittlerer Reichweite' (*mid-range theorizing*) auf Basis stärker ethnografisch informierter Beobachtungsmethoden, die es ermöglichen, „eng an den heterogenen Praktiken des worlding zu bleiben, welche sich nicht sauber in die gängigen politischen, kulturellen und klassenbezogenen Kategorien einordnen lassen" (Ong 2011: 12).

Insgesamt liegt die Stärke von *worlding* als einem heuristischen Konzept in der dezidierten Zurückweisung singulärer und linearer urbaner Transformationslogiken zugunsten einer stärker prozessorientierten, relationalen und vor allem multiskalaren Stadtentwicklung und -forschung. Hierbei ist jedoch nach wie vor Vorsicht geboten: Wie auch Lanz in seinem Text erwähnt, geht es nicht darum, den globalen Süden sowie dessen urbane Vielfalt als neues „privilegiertes Weltbild" (Roy 2014: 15) zu essentialisieren. Vielmehr geht es in den Worten des lateinamerikanischen Ethnografen Ramón Grosfoguel (2011: o. S.) um die Frage: „How can we overcome the Eurocentric modernity without throwing away the best of modernity as many Third World fundamentalists do?" Sowohl für ihn als sicherlich auch für die Protagonist_innen des *worlding*-Ansatzes liegt eine mögliche Antwort im kritisch-reflektierenden Dialog zwischen verschiedenen epistemischen, ethischen und politischen Projekten, welche versuchen, universale durch ‚pluriversale' und transkulturelle Konzeptualisierungen zu ersetzen. Hierzu gehört auch ausdrücklich, die von Lanz ins Feld geführte „Geopolitik des Wissens" (Mignolo 2002) kritisch zu hinterfragen und sie durch ein konzertiertes ‚theorising back' (vgl. Myers 2011, Parnell/Oldfield 2014) zunehmend ins Wanken zu bringen.

Gerade von diesem Blickwinkel aus finde ich den Vorwurf einer „theoriefixierten Debatte" (S. 79) allerdings unangebracht, vor allem wenn man in Betracht zieht, dass koloniale Stadtentwicklungs- und Forschungsprojekte von jeher Städte des globalen Südens für wenig mehr als „Reservoire roher Fakten" (Comaroff/Comaroff 2012: 1) über „Verschmutzung, Exkremente und Verfall" (Davis 2006: 174) hielten und so auch destruktive ‚Korrektivmaßnahmen' gerechtfertigt wurden.

Dieser Haltung treten nicht nur Roy, Ong und Simone, sondern auch viele andere unter dem Label des ‚*southern urbanism*' lose subsumierte Stadtforscher_innen entgegen, indem sie die ‚südlichen' Schauplätze ihrer empirischen Beobachtungen und theoretischen Überlegungen als kontingent verräumlichte, relationale und experimentelle „millieus of intervention" (McCann et al. 2013: 586) konzipieren. Nicht zuletzt deshalb gilt, „that worlding cities are mass dreams rather than imposed visions" (ebd.: 585).

Insgesamt teile ich jedoch Lanz' gelungenes Plädoyer für eine „kritische Verfremdung" (S. 79) sowohl von theoretischen Ansätzen, also auch von ‚westlichen' epistemologischen Praktiken und ihren „Ego-Politiken des Wissens" (Grosfoguel 2011: o. S.), welche nach wie vor scheinbar nicht von der Reproduktion universeller Wahrheitsansprüche lassen können (siehe das von Lanz pointiert kritisierte BMBF-Projekt zu Megastädten). Dass die praktische Umsetzung von stärker experimentellen, ergebnisoffenen und transdisziplinären Vorhaben vor dem Hintergrund neoliberalisierter Forschungszusammenhänge nicht nur Mut, sondern auch Durchhaltevermögen für die Verarbeitung etwaiger Rückschläge bedarf, stellt Lanz anhand seines metroZones-Projekts anschaulich dar. Vor dem Hintergrund meiner eigenen – durchaus nicht nur positiven – Erfahrungen im südafrikanischen Kontext mit akademisch-künstlerisch-aktivistischen Projektkonstellationen halte ich es jedoch mit der alten zapatistischen Weisheit, dass es sich trotz aller Frustration lohnt, für eine Welt zu kämpfen, in der viele Welten Platz haben.

Endnoten

[1] Zu nennen wäre hier neben dem Behaviorismus der Chicagoer Schule und Haussmanns Paris auch Los Angeles als die Modellstadt der Postmoderne.

[2] Alle englischen Zitate sind von der Autorin übersetzt worden.

Autor_innen

Laura Wenz arbeitet zu Sozial- und Kulturgeografie, postkolonialer Stadtforschung sowie *post-apartheid governance*.
laurawenz@uni-muenster.de

Literatur

Brenner, Neil (2013): Implosions/Explosions. Towards a Study of Planetary Urbanization. Berlin: Jovis.

Comaroff, John / Comaroff, Jean (2012): Theory from the South. Or, how Euro-America is evolving toward Africa. Boulder: Paradigm Publishers.

Davis, Michael (2006): Planet of Slums. London/New York: Verso.

Grosfoguel, Ramón (2011): Decolonizing post-colonial studies and paradigms of political-economy. Transmodernity, decolonial thinking, and global coloniality. In: Transmodernity. Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World 1/1, http://www.dialogoglobal.com/granada/documents/Grosfoguel-Decolonizing-Pol-Econ-and-Postcolonial.pdf (letzter Zugriff am 26.2.2015).

Huat, Chua Beng (2011): Singapore as model. Planning innovations, knowledge experts. In: Ananya Roy / Aiwah Ong (Hg.): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global, 29-54.

Lyotard, Jean-François (1994): Das postmoderne Wissen. Wien: Passagen Verlag.

McCann, Eugene / Roy, Ananya / Ward, Kevin (2013): Urban pulse. Assembling/worlding cities. In: Urban Geography 34/5, 581-589.

Mignolo, Walter (2002): The geopolitics of knowledge and the colonial difference. In: The South Atlantic Quarterly 10/1, 57-96.

Myers, Garth (2011): African Cities. Alternative Visions of Urban Theory and Practice. New York: Zed Books.

Novy, Andreas / Leubolt, Bernhard (2005): Participatory budgeting in Porto Alegre. Social innovation and the dialectical relationship of state and civil society. In: Urban Studies 42/11, 2023-2036.

Ong, Aihwa (2011): Introduction. Worlding cities, or the art of being global. In: Ananya Roy / dies. (Hg.): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global, 1-26.

Parnell, Sue / Oldfield, Sophie (Hg.) (2014): Handbook on Cities of the Global South. London/New York: Routledge.

Pieterse, Edgar (2010): Cityness and African urban development. In: Urban Forum 21, 205-219.

Robinson, Jennifer (2002): Global and world cities. A view from off the map. In: International Journal of Urban and Regional Research 26/3, 531-554.

Roy, Ananya (2009): The 21st-century metropolis. New geographies of theory. In: Regional Studies 43/6, 819-830.

Roy, Ananya / Ong, Aihwa (Hg.) (2011): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden: Blackwell Publishers.

Roy, Ananya (2012): Ethnographic circulations. Space-time relations in the worlds of poverty management. In: Environment and Planning A 44/1, 31-41.

Roy, Ananya (2014): Worlding the south. Toward a post-colonial urban theory. In: Sue Parnell / Sophie Oldfield (Hg.): Handbook on Cities of the Global South. London/New York: Routledge, 9-20.

Simone, AbdouMaliq (2010): City Life from Jakarta to Dakar. Movements at the Crossroads. New York: Routledge.

Simone, AbdouMaliq (2001): On the worlding of African cities. In: African Studies Review 44/2, 15-41.

Torres, Andrea / Sarmiento, Olga / Stauber, Christine / Zarama, Roberto (2013): The Ciclovía and Cicloruta programs. Promising interventions to promote physical activity and social capital in Bogotá, Colombia. In: American Journal of Public Health 103/2, e23-e30.

Wood, Astrid (2014): Learning through policy tourism. Circulating bus rapid transit from South America to South Africa. In: Environment and Planning A 46/11, 2654-2669.

CC BY NC ND

Debatte
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 103-110
zeitschrift-suburban.de

Stephan Lanz
Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Kommentare von:
Shadia Husseini
Laura Wenz
Kanishka Goonewardena
Jin Haritaworn

Replik von:
Stephan Lanz

Vom Antikolonialismus zu globalen Gebeten ohne Marx

Über die Ungewöhnlichkeit der sogenannten Postkolonialisierung
Kommentar zu Stephan Lanz' „Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren"

Kanishka Goonewardena

Was ist eigentlich Postkolonialisierung und wer will sie? Das Wort finde ich in keinem meiner Wörterbücher; auch habe ich es niemals in einem populären Aufstand gesehen. Was auch immer es bedeuten mag, Postkolonialisierung ist kein politisches Transparent, das bei Demonstrationen auf der Straße getragen wird, im Gegensatz zu den vielfarbigen Fahnen, die dem Liberalismus, Nationalismus, Faschismus sowie Anarchismus, Marxismus, Feminismus oder Antiimperialismus und Antikolonialismus verschrieben sind. Denn die letzteren sind nicht nur theoretische Diskurse, die von einer Handvoll traditionellen Intellektuellen propagiert wurden, sondern vielmehr politische Vorstellungen, die Millionen in aller Welt – auf Gedeih und Verderb – mobilisiert haben. In diesem Sinn betrachtet, besteht ein großer Unterschied zwischen dem antiimperialistischen und antikapitalistischen Antikolonialismus geprägt von Aimé Césaire, Frantz Fanon oder C. L. R. James, der die emanzipatorischen Bestrebungen der Verdammten dieser Erde genährt hat, und der von Stephan Lanz genannten Postkolonialisierung – die bestenfalls ein methodologisches Objekt ohne ein politisches Subjekt ist.

Der Blickwinkel der Postkolonialisierung stützt sich natürlich auf den sogenannten Postkolonialismus – eine misslich bezeichnete theoretische Tendenz, der ich zum ersten Mal als Student in den USA der 1990er Jahre begegnet bin. Ich fand sie am Anfang frustrierend und halte sie noch immer für inkohärent – trotz meiner großen Bewunderung für Edward Said, den unabsichtlichen Begründer dieser Strömung, insbesondere für sein klassisches Werk *Orientalism* und sein Eintreten für Palästina. Meine diesbezügliche Perspektive hat etwas damit zu tun, dass ich in den letzten Jahrzehnten des Kalten Kriegs in Sri Lanka geboren und aufgewachsen bin. Dort wurde ich bereits als Schüler sensibilisiert für das Erbe des Kolonialismus und die Aktualität des Neokolonialismus, lange vor meiner politischen Radikalisierung inmitten von ethnischen und Klassenkämpfen während meines Studiums in den 1980ern. Aber schon bald nach meiner Ankunft in der Neuen Welt wurde mir klar, dass das Alltagsdenken des Postkolonialismus in der US-Akademie mit meiner *tiers-mondiste*, sozialistischen und antikolonialen Erziehung nicht viel zu tun hatte.

Die zentrale Differenz zwischen dem Antikolonialismus und der Hauptströmung des Postkolonialismus, die mir als Doktorand an der Cornell University auffiel, bestand in der Ablehnung des Sozialismus des erstgenannten durch die Identitätspolitik der letztgenannten. Diese Ablehnung schien mir genau dem von Fanon vorausahnend befürchteten reaktionären Szenario im Kapitel „Mißgeschicke des nationalen Bewußtseins" in seinem Buch *Die Verdammten dieser Erde* (Fanon 1981 [1961]) zu entsprechen. Sie ist auch eine Haupteigenschaft der US-akademischen Postkolonialstudien, die beständig unter die Herrschaft einer kleinen, aber mächtigen, vor allem im Ausland lebenden, indischen Mafia gerieten. Deren äußerst verführerischer Vertreter in Deutschland scheint Dipesh Chakrabarty mit seiner Aufforderung zur „Provinzialisierung Europas" zu sein (Chakrabarty 2010 [2000]). In dieser Hinsicht ist es kaum übertrieben zu sagen, dass Postkolonialismus mehr mit dem Postmodernismus in seiner Blütezeit zu tun hat als mit Antikolonialismus. Abgesehen von seiner modischen Kritik am Marxismus ist der herrschenden Tendenz des nordamerikanischen Postkolonialismus in der Tat die Ersetzung der Kritik der politischen Ökonomie durch sogenannte „kulturelle Studien" mit dem Postmodernismus gemein. Außerdem waren beide Strömungen in Bezug auf ihre eigene Identität gleichermaßen konfus. Beziehen sie sich ernsthaft auf geschichtliche Epochen oder territoriale Abgrenzungen, die Kolonialismus bzw. Modernismus heißen? Oder betreiben sie lediglich methodologische Akrobatik auf einer liberal-pluralistischen theoretischen Bühne, die auf Stützen wie Derrida, Foucault und Heidegger beruht? Wenn Postkolonialisierung jedoch vor allem eine Methode ist, wie Lanz selbstsicher behauptet, warum hat man sie dann nicht einfach Dekonstruktion oder Antidialektik oder etwas Ähnliches genannt, ohne die irreführende historisch-geografische Spezifikation?

Sicher würde der uns bekannte Postkolonialismus nicht existieren, wenn es die feststehende Hegemonie ihrer amerikanischen Geburtshelferin nicht gäbe: den Postmodernismus, den Fredric Jameson so überzeugend als „die kulturelle Logik des Spätkapitalismus" theoretisch dargestellt hat. Die Popularität des Postkolonialismus in der englischsprachigen Akademie folgt aus den ideologischen Prämissen des Kalten Krieges in der postfordistischen Ära, die er mit dem Postmodernismus teilte, besonders hinsichtlich dessen, was Jean-Paul Sartre (1960: 15) treffend als „den unüberholbaren Horizont unseres Zeitalters" bezeichnete: den Marxismus. Wer zur Zeit von Francis Fukuyamas „End of History" an einer amerikanischen Universität studierte, wird sich erinnern können, dass „Marxismus hinter sich lassen" eine Zulassungsbedingung für diejenigen war, die in den von Chakrabarty und Gleichgesinnten aufgebauten diskursiven Gotteshäusern beten wollten – vergleichbar dem Schengenvisum, das heute von Menschen aus vielen postkolonialen Ländern verlangt wird, wenn sie bestimmte Provinzen Europas betreten wollen.

Vor dem Hintergrund solcher ideologischer Entschlackung scheint der einzige Satz, den Lanz in seiner „Postkolonialisierung" der politischen Ökonomie widmet, aufschlussreich. Mit ehrfurchtsvollem Bezug auf eine Gelehrte, die von Marxismus keinen blassen Schimmer hat, will er geltend machen, dass das Problem mit der abendländischen Stadttheorie in ihrer zu engen marxistischen Verwurzelung liegt, anscheinend weil politische Ökonomie

– für ihn die einzige Bedeutung des Marxismus? – den globalen Kapitalismus als die „singuläre Kausalität“ des urbanen Lebens feststelle. Weder Lanz noch die von ihm angerufenen Autoritäten scheinen von einer ganzen Reihe bahnbrechender marxistischer Beiträge zur Stadttheorie und Urbanistik zu wissen, die den Ökonomismus – explizit und spezifisch – kritisch betrachten. Man denke an Walter Benjamin, Henri Lefebvre, Guy Debord, Marshall Berman, Raymond Williams oder Mike Davis, um nur einige zu nennen. Auch Engels, der Verfasser der ersten „marxistischen“ Studie über die Stadt – *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* – ist hier lehrreich. In seinem Brief an Joseph Bloch (21.9.1890) schreibt er:

> Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzige* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase (Engels 1890: 463, Hervorh. i. O.).

Lanz versucht deutsche Stadttheorie voranzubringen. Jedoch schleppt er sie in Wirklichkeit um gut 100 Jahre zurück, wenn man an Engels erinnert; oder zumindest ein Vierteljahrhundert für Leute wie mich, die in ihren Studiengängen vom Kalten Krieg geprägte Klischees über den Marxismus zur Zeit des Berliner Mauerfalls erleiden mussten.

Sein Text erinnert mich an die gerade Linie, die Akademiker_innen postmodernistischer Prägung in Kalifornien und New York zwischen Hegels Weltgeist und Stalins Gulag via Marx damals so gern zeichneten, von ihrer reduktiven Zurückweisung des Marxismus als ökonomischem Determinismus ganz zu schweigen. Der Vorwurf des Ökonomismus hat mir nie eingeleuchtet, teils weil meine Beschäftigung mit kritischer Theorie – nachdem ich Sri Lanka verlassen hatte – mit Literaturkritikern historisch-materialistischer Prägung wie Jameson, Williams und Terry Eagleton, sowie mit Historikern wie Edward Thompson und Perry Anderson begann. Es waren diese Kritiker, die mir den Weg zu einigen toten weißen Männern gezeigt hatten: Lukács, Adorno, Gramsci, Sartre und Althusser. Sie alle behandelten in ihren Theorien die Rolle von Kultur und Ideologie in den sozialen Beziehungen. Wenn ich damals überhaupt einen Einwand hatte, dann den, dass der sogenannte westliche Marxismus der politischen Ökonomie nicht genügend Aufmerksamkeit schenkte. Aus genau diesem Grund fand ich David Harvey und seine Student_innen besonders erfrischend. Sie haben wiederum meine eigene Stadtforschung in Richtung Benjamin, Lefebvre und Williams gelenkt. Diese vertraten keine Theorie der „singulären Kausalität“, sondern einen überaus ganzheitlichen Standpunkt, der dazu führt, die objektiven und subjektiven Aspekte der Beziehung zwischen Raum und Ideologie zu begreifen – selbstverständlich in Verbindung mit den antikolonialen und antiimperialistischen Perspektiven von Fanon und anderen, die die wesentliche koloniale und neokoloniale Dimension der Stadterfahrung in aller Welt deutlich machten.

Damit ist nicht gesagt, dass der „Metromarxismus“ (Merrifield 2002) keine Schwachstellen hat. Abgesehen davon, dass er die Fragen von Geschlecht und Sexualität erst spät aufgegriffen hat, ist es richtig, dass sowohl die Theorie als

auch die Praxis dieses metropolitanen Marxismus über die Angelegenheiten der kolonisierten Völker lange Zeit nur am Rande schrieben – trotz wichtiger Ausnahmen wie Lenin, Luxemburg, Gramsci oder Sartre, der das Vorwort zu Fanons *Verdammten* schrieb. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass sich der ‚westliche Marxismus' bereits provinziell gemacht hatte, als ich 1989 in die USA kam, um mein Promotionsstudium aufzunehmen. Sicher hatte auch ich das Gefühl, von jener Tradition marginalisiert worden zu sein, trotz meiner Begeisterung für den emanzipatorischen Geist von Marx. Um auf dieses Problem zu reagieren, hätte ich gesagt: Man sollte den Marxismus weder lobpreisen noch begraben, sondern ihn nützlicher machen – gerade für die Leute, die von den engstirnigen Vertreter_innen marxistischer Orthodoxie an den Rand gedrängt werden. Man darf den Marxismus nicht den Dummköpfen überlassen; dafür ist er zu wichtig. Für dies bisschen Menschenverstand muss ich meinen radikal denkenden Lehrer_innen und Freund_innen herzlich danken: zum Beispiel der berühmten Benjamin- und Adorno-Forscherin Susan Buck-Morss, die uns in ihrem 1991 gehaltenen Seminar „Rethinking Marxism" mit dem *Black Marxism* von Cedric Robinson und den *Verdammten* von Fanon bekannt machte; und Vijay Prashad, der mir im ersten seiner vielen Bücher, *The Karma of Brown Folk*, die organische Beziehung zwischen *tiers-mondiste* Antikolonialismus und den Kämpfen der Schwarzen und eingeborenen Völker in den westlichen Städten aufzeigte.

Um Missverständnisse zu vermeiden, will ich es klar ausdrücken: Ich denke und schreibe von zwei Randbereichen aus, dem Rand des ‚Metromarxismus' und dem Rand der Haupttendenz der Postkolonialtheorie, die fixiert ist auf Identität und frei von Sozialismus. Es freut mich aber, dass dieser Doppelrand nicht nur mein Standpunkt ist, sondern seit mehreren Jahrzehnten auch der von vielen anderen aus der ganzen Welt, die Lanz in seinem Text völlig außer Acht lässt. Neben James, Fanon und Césaire fällt mir der Panafrikanist W. E. B. DuBois ein, der mit 93 Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei der USA wurde. Ich denke an die gottesfürchtigen Schwarzen Kommunist_innen von Alabama in der Zeit der großen Wirtschaftskrise, die Robin D. G. Kelley in *Hammer and Hoe* so lebendig darstellt; auch an *Communities of Resistance* und die Zeitschrift *Race and Class*, geschrieben bzw. gegründet von Ambalavanar Sivanandan (1990). Ich erinnere mich an das Werk über Rasse, Klasse und Geschlecht von Angela Davis; an die aufrührerischen Werke von Walter Rodney *How Europe Underveloped Africa* (1972), *Marx in the Liberation of Africa* (1981) und zahlreiche Schriften über die Karibik; an *L'accumulation à l'échelle mondiale* (1970) und *L'eurocentrisme* (1988) von Samir Amin; an *Perilous Passage* (2005) und *Colonialism and the Indian Economy* (2010) von Amiya Bagchi; an *Philosophy of Liberation* (1985 [1980]) und *Towards an Unknown Marx* (2001) von Enrique Dussel; auch an *A Rule of Property for Bengal* (1963) von Ranajit Guha – den Basistext des *Subaltern Studies*-Kollektivs, bevor diese von Gramsci inspirierte Gruppe vom Wind des Postmodernismus und Postkolonialismus von ihrem Kurs abgedrängt wurde, wie Sumit Sarkar (2000), der zur Zeit führende linke Historiker des modernen Indiens, in seinem schneidend formulierten Aufsatz „The decline of the subaltern in subaltern studies" zeigt. Zieht man die Reduktion des Marxismus auf die angeblich „singuläre Kausalität" des Ökonomismus der amerikanischen Beraterin von Lanz in Betracht, so sollten

wir uns dann auch an die Überfülle revolutionärer Künstler_innen erinnern, die in dem vergessenen Raum tätig waren, von dem aus ich jetzt spreche: etwa Pablo Neruda, George Lemming, Sembène Ousmane, Rabindranath Tagore, Faiz Ahmad Faiz, Oscar Niemeyer oder Ngũgĩ wa Thiong'o, der Autor von *Decolonising the Mind* (1986).

Wenn Kolonialismus als Phänomen nicht einfach der Vergangenheit angehört, sondern eine heutige Realität ist, die nach wie vor hartnäckig in neuen und alten Formen fortbesteht, dann wird der Unterschied zwischen dem Doppelrand, auf den ich mich berufe, und dem von Chakrabarty und seinen Anhänger_innen avancierten diskursiven Raum entscheidend – will man die Politik der Postkolonialisierung irgendwie fruchtbar machen. Intensiv gestritten wird über genau diesen Unterschied im Zusammenhang mit dem Willen zur Macht des Postkolonialismus in der abendländischen Akademie. Notwendig zu beachten in dieser Hinsicht wären kritische Texte wie *In Theory: Classes, Nations, Literatures* (1994) von Aijaz Ahmad; *The Postcolonial Aura: Third World Criticism in the Age of Global Capitalism* (1998) von Arif Dirlik; *Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial* (2000), herausgegeben von Vinayak Chaturvedi; *Absolutely Postcolonial* (2001) von Peter Hallward; *Marxism, Modernity and Postcolonial Studies* (2002), herausgegeben von Crystal Bartolovich und Neil Lazarus; *Cambridge Companion to Postcolonial Literary Studies* (2004), herausgegeben von Neil Lazarus; *Postcolonial Studies: A Materialist Critique* (2004) von Benita Parry; *Wars of Position: The Cultural Politics of Left and Right* (2007) von Timothy Brennan; und, jüngsten Datums, die ausgezeichnete Studie von Vasant Kaiwar, *The Postcolonial Orient: The Politics of Difference and the Project of Provincializing Europe* (2014), die besonders den Heideggerianischen Dünkel von Chakrabarty ins Gebet nimmt. Wer mit dieser Literatur vertraut ist, dem sind die durch antikoloniale, postkoloniale und dekoloniale Diskurse gezogenen Grenzen in Bezug auf linke und rechte politische Orientierungen genauso klar und deutlich wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg auf Berlinkarten gedruckt waren. Lanz jedoch schreibt, als hätte nichts dergleichen je existiert, als ob die Realitäten verstrickt in den Debatten über Postkolonialismus und seine Unzufriedenen politisch für uns keine Rolle spielten.

Während er dem Projekt der Differenz Vorschub leistet, löscht Lanz die wirklichen und wichtigen politischen Unterschiede – zwischen, zum Beispiel, dem Postkolonialismus einiger bengalischer Intellektueller, die wie Chakrabarty an einflussreichen englischsprachigen Universitäten tätig sind, und dem Antikolonialismus Fanons oder Sartres oder den lateinamerikanischen dekolonialen Perspektiven von Enrique Dussel, Aníbal Quijano, Michael Löwy und Eduardo Galeano. Also bietet seine willkürliche theoretische Assemblage – deren kulinarische Entsprechung ein unverdaulicher Eintopf aus jedem Würzmittel der Küche wäre – kaum einen begrifflichen Ausganspunkt für eine Stadttheorie, die vom Erbe und den Realitäten des Kolonialismus handelt. Auf der empirischen Seite des Arguments sind die allgegenwärtigen Behauptungen der Überschreitung von Lanz noch fragwürdiger. Das Leitkriterium, das er vorschlägt, um den Kampf der Flüchtlinge aus Afrika in Kreuzberg als spezifisch postkolonial zu betrachten – die Tatsache, dass ihre Taktik vom Staat nicht gutgeheißen wurde – verschleiert, warum nicht jeder erdenkliche radikal-antisystemische Aufstand unter der Sonne

postkolonial genannt werden sollte: von Buddha, Spartacus und Jesus über Luther und Müntzer bis zur Französischen Revolution und der Occupy-Bewegung. Genauso problematisch ist sein verkürzter und eigennütziger Anspruch, dass marxistische Stadtforschung Religion vernachlässigt habe. Lanz' Text erweckt den Eindruck, er habe niemals von Mike Davis' Buch *City of Quartz* (1990), insbesondere dem Kapitel „New Confessions", oder seinem Aufsatz „Planet of Slums" (2004), insbesondere dem Abschnitt „Marx and the Holy Ghost", gehört. Während er die vielfältige Tradition schöpferischer marxistischer Tätigkeit im Bereich der Religion in aller Welt nicht beachtet – von den Schriften Bhimrao Ramji Ambedkars über Buddhismus und Marxismus, über den islamischen Sozialismus von Ali Shariati bis zur Befreiungstheologie Dussels – nimmt Lanz einen blauäugigen Standpunkt ein, gegen eine böse Abstraktion namens Modernität, Europa oder der Westen, und dem Jargon der Eigentlichkeit Chakrabartys ergeben, ohne auf den reaktionären Heideggerianischen Ballast und die Schwarzwälder Herkunft des letzteren zu achten. Wenn das alles ist, was die deutsche Stadttheorie gegen Kolonisation zu bieten hat, dann denke auch ich an Heideggers berühmten Satz aus seinem Gespräch mit dem *Spiegel* (31.5.1976): „Nur noch ein Gott kann uns retten."

Autor_innen

Kanishka Goonewardena arbeitet zu Themen in der Architektur, im Städtebau, in der Kritischen Theorie und in der Geografie.
kanishka.goonewardena@utoronto.ca

Literatur

Ahmad, Aijaz (1992): In Theory. Classes, Nations, Literatures. London: Verso.

Amin, Samir (1970): L'accumulation à l'échelle mondiale. Paris: Editions Anthropos.

Amin, Samir (1988): L'eurocentrisme. Critique d'une idéologie. Paris: Anthropos/ Economica.

Bagchi, Amiya (2005): Perilous Passage. Mankind and the Ascendency of Global Capital. Lanham: Rowman and Littlefield.

Bagchi, Amiya (2010): Colonialism and the Indian Economy. Oxford: Oxford University Press.

Bartolovich, Crystal / Lazarus, Neil (Hg.) (2002): Marxism, Modernity and Postcolonial Studies. Cambridge: Cambridge University Press.

Brennan, Timothy (2006): Wars of Position. The Cultural Politics of Left and Right. New York: Columbia University Press.

Chakrabarty, Dipesh (2010 [2000]): Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung. Aus dem Englischen von Robin Cackett. Frankfurt a. M.: Campus.

Chaturvedi, Vinayak (Hg.) (2000): Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial. London: Verso.

Davis, Mike (1990): City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles. London: Verso.

Davis, Mike (2004): Planet of slums. Urban involution and the informal proletariat. In: New Left Review 26, 5-34.

Dirlik, Arif (1998): The Postcolonial Aura. Third World Criticism in the Age of Global Capitalism. Boulder: Westview Press.

Dussel, Enrique (1985 [1980]): Philosophy of Liberation. Aus dem Spanischen von Aquilina Martinez und Christine Morkovsky. New York: Orbis Books.

Dussel, Enrique (2001 [1988]): Towards an Unknown Marx. A Commentary on the Manuscripts of 1861-1863. Aus dem Spanischen von Yolanda Angulo. London: Routledge.

Engels, Friedrich (1890): Engels an Joseph Bloch (21./22. September). In: Institut für Marxismus- Leninismus beim ZK der SED (Hg.) (1967): Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 37: Friedrich Engels. Briefe. Berlin: Dietz, 462-465.

Fanon, Frantz (1981 [1961]): Die Verdammten dieser Erde. Aus dem Französischen von Traugott König, Vorwort von Jean-Paul Sartre. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Guha, Ranajit (1963): A Rule of Property for Bengal. An Essay on the Idea of Permanent Settlement. Paris: Mouton & Co.

Hallward, Peter (2001): Absolutely Postcolonial. Writing between the Singular and the Specific. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Heidegger, Martin (1976): Nur noch ein Gott kann uns retten. In: Der Spiegel, 31.5.1976, 193-219.

Jameson, Fredric (1991): Postmodernism, or, The Cultural Logic of Late Capitalism. London: Verso.

Kaiwar, Wasant (2014): The Postcolonial Orient. The Politics of Difference and the Project of Provincializing Europe. Leiden: Brill.

Kelley, Robin D. G. (1990): Hammer and Hoe. Alabama Communists during the Great Depression. Chapel Hill: University of North Carolina Press.

Lazarus, Neil (Hg.) (2004): Cambridge Companion to Postcolonial Literary Studies. Cambridge: Cambridge University Press.

Merrifield, Andy (2002): Metromarxism. A Marxist Tale of the City. New York: Routledge.

Parry, Benita (2004): Postcolonial Studies. A Materialist Critique. London: Routledge.

Prashad, Vijay (2000): The Karma of Brown Folk. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Robinson, Cedric (2000 [1983]): Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition. Vorwort von Robin D. G. Kelley. Chapel Hill: University of North Carolina Press.

Rodney, Walter (1972): How Europe Underdeveloped Africa. London: Bogle-L'Overture Publications.

Rodney, Walter (1981): Marx in the Liberation of Africa. Georgetown: Working People's Alliance.

Said, Edward (1978): Orientalism. New York: Random House.

Sarkar, Sumit (2000): The decline of the subaltern in subaltern studies. In: Vinayak Chaturvedi (Hg.): Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial. London: Verso, 300-323.

Sartre, Jean-Paul (1960): Critique de la raison. Paris: Gallimard.

Sivanandan, Ambalavanar (1990): Communities of Resistance. Writings on Black Struggles for Socialism. London: Verso.

Wa Thiong'o, Ngũgĩ (1986): Decolonising the Mind. The Politics of Language in African Literature. London: Heinemann.

Debatte
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 111-118
zeitschrift-suburban.de

Stephan Lanz
Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Kommentare von:
Shadia Husseini
Laura Wenz
Kanishka Goonewardena
Jin Haritaworn

Replik von:
Stephan Lanz

Über die (Un-)Möglichkeit, die Beziehung zwischen Kolonialität, Urbanität und Sexualität zu thematisieren

Kommentar zu Stephan Lanz' „Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren"

Jin Haritaworn

Die Kritik von Stephan Lanz an einer deutschen Stadtforschung, die die Kolonialität nordwesteuropäischer Städte wie Berlin umgeht und an entwicklungsparadigmatischen Vorstellungen von ‚Moderne' und ‚Tradition' festhält, ist willkommen und an der Zeit. Tatsächlich haben deutsche Stadtforscher_innen einen erheblichen Nachholbedarf in Forschungsfeldern wie Postkolonialität und Dekolonialität, *environmental justice* und Rassismus und Raum (Razack 2002, Teelucksingh 2002, McKittrick 2006). Insbesondere fehlt bislang ein Konzept städtischer Gerechtigkeit, das Gentrifizierung, Rassismus und Kolonialismus zusammendenkt (Coulthard 2013). Lanz' Vorschlag, bei den radikalen Methodologien zu beginnen, die sich aus städtischen Kämpfen im globalen Süden ergeben, ist sinnvoll. Er illustriert deren Einfluss anhand zweier Besetzungen öffentlicher Plätze in Berlin im Jahre 2012. Die erste wurde durch Anwohner_innen der Sozialwohnungen am südlichen Kottbusser Tor organisiert und dauert zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung noch an (Kotti & Co 2012), die zweite durch geflüchtete Menschen, die den Oranienplatz besetzten und 2014 polizeilich verdrängt wurden. Letztere Besetzung berief sich direkt auf antikoloniale Diskurse und hob die Kontinuitäten des deutschen Kolonialismus in aktuellen Regimen hervor – von Wirtschaft, Militär und Grenzen bis hin zu Gefängnissen (The Voice 2013). Beide Besetzungen fanden im Herzen Kreuzbergs statt, dem Berliner Stadtteil, dessen rasanter Aufstieg vom ehemaligen ‚Gastarbeiterbezirk' zum gentrifizierten ‚Multikulti-Kiez' die Überschneidung von Rassismus, Kolonialismus und neoliberaler Stadtpolitik auf besondere Weise nahelegt. In seiner Hervorhebung der sozialen Bewegungen des Südens wandert Lanz auf einem wichtigen Grat: Einerseits benennt er diese als wichtige Inspirationsquelle für radikale Aktionen in Deutschland; andererseits weist er auf die Grenzen dominanter rassisch-nationaler Ideologien hin, die nicht-weiße Subjekte in Deutschland auf den globalen Süden beschränken, indem sie „längst einheimische Nachkommen von Einwander_innen immer wieder zu ‚Fremden' machen" und die Ideologie eines weißen Deutschlands auf diese Art reproduzieren (Lanz, in Anlehnung an Tsianos 2013).

In diesem Beitrag möchte ich auf eine der von Lanz gestellten Fragen eingehen und drei weitere Fragen aufwerfen, die über diese hinausgehen.

Erstens: Wie können wir – mit Lanz – das Koloniale auf eine Art untersuchen, die über ein „(bequemes) Verständnis von Postkolonialität als zeitliche Epoche“ hinausgeht (Lanz)? Wie können wir, um das bekannte Argument Stuart Halls zu zitieren (1996), das Koloniale auf eine Weise erfassen, die über eine Teleologie des „Post-“ hinausgeht? Zweitens: Was bedeutet es, sich in einem Land auf das Postkoloniale zu berufen, dessen eigene koloniale Geschichte noch immer erfolgreich unterdrückt wird? Drittens: Inwiefern nehmen auch Queer- sowie andere minorisierte Diskurse häufig an der Logik eines Kapitalismus teil, der von Anfang an ein „racial capitalism“ (Robinson 1983) und ein kolonialer Kapitalismus war (Coulthard 2013)? Und viertens: Wie kann das Einbeziehen bislang ignorierter geografischer Subjekte dazu beitragen, städtische Gerechtigkeit über koloniale Logiken hinauszudenken? Im Folgenden schlage ich vor, dass die kognitiven Landkarten von Queers of Colour, die bislang nicht von der Stadtforschung wahrgenommen werden, eine wichtige Grundlage für die Erfassung des Verhältnisses zwischen Urbanität und Kolonialität bieten.

Die Benennung des Kolonialen im deutschen Kontext ist gerade deswegen so wichtig – und so schwierig –, weil sie uns dazu zwingt, Rassismus jenseits seiner dominanten 1933-1945-Historiographie und in Kontinuität mit dem deutschen Kolonialismus und dem Hier und Jetzt zu untersuchen. Eine Untersuchung jener räumlichen Techniken, die auf die Einsperrung, Deportierung, Ausweisung und Verdrängung rassifizierter Körper abzielen, im Zusammenhang mit Genealogien der Kontrolle kolonisierter Subjekte in Afrika und dem Pazifik, steht bislang noch aus (El-Tayeb 1999, Barskanmaz 2011, Samour 2012, Sailiata 2014). Des Weiteren bleibt zu erkunden, wie räumliche Paradigmen nationale und kontinentale Grenzen überschreiten: Zum einen finden sie ihren Weg aus den Siedlerkolonien (insbesondere den USA als dem Zentrum des neuen Imperiums) ins alte Imperium zurück, zum anderen speist Europa nach wie vor die Kolonisierung Nordamerikas als nie versiegende Quelle kolonialer Ideologien sowie – was nicht zu unterschätzen ist – von Siedler_innen.

Kaum ein anderer Text aus Deutschland stellt diese praktischen, theoretischen und politischen Herausforderungen so trefflich dar wie das *Khalass!!! We're vex!* Manifest (2013). Verfasst wurde der Text von Aktivist_innen, die sich selbst als „queer_trans*_inter*_Schwarz_Muslim*_Arab_Rromni*ja_mixedrace_Mizrahi_Refugee_Native_Kurdisch_Armenisch“ beschreiben. Das Manifest thematisiert Rassismus in queeren Szenen und deren Teilnahme an der Gentrifizierung Kreuzbergs und Neuköllns (Haritaworn 2009). Es wirft wichtige Fragen auf, die an Queer-of-Colour-Küchentischen in Berlin bereits seit Jahren diskutiert werden, bislang aber selten ein breiteres Publikum erreichen. Die Autor_innen gehen über eine Kritik an entwicklungsparadigmatischen Vorstellungen der modernen Stadt und ihren „vormodernen“ Anderen hinaus.[1] Darüber hinaus aber macht *Khalass!!! We're vex!* Queers of Colour als geografische Subjekte sichtbar, die wichtige Beiträge zu Kämpfen für städtische Gerechtigkeit zu machen haben, z. B. in Bereichen wie Antirassismus, Antigentrifizierung und Widerstand gegen Polizeigewalt (vgl. dazu Haritaworn 2009; 2015).

> „Uns geht es jetzt darum unsere Strukturen zu stärken und wir wollen von Euch dabei nicht gestört werden. Kommt nicht in unsere Communities

> um die Communities kaputt zu machen! Unsere Realitäten sind nicht Eure Realität! Zu unseren Strukturen gehören unsere Bezirke, unsere Viertel, in denen wir uns vor rassistischen Übergriffen geschützt fühlen. Ihr denkt nicht daran, dass Ihr für uns eine Gefahr darstellt oder, dass Ihr Teil des Problems sein könntet. Ihr redet die ganze Zeit davon, wovor Ihr Euch beim Umzug des Schwuz [eine seit langem bestehende, auf schwule Männer ausgerichtete Bar] nach Neukölln fürchtet, aber habt Ihr Euch schon mal Gedanken gemacht, wovor sich die Schwarzen und PoC [People of Colour] in Neukölln fürchten? Mieten gehen hoch, Polizeipräsenz wird noch weiter erhöht, betrunkene Partygäste pinkeln in Hauseingänge. Und die Neonazis sind nicht mehr weit, ob mit oder ohne Glatze. Unsere Räume werden zu Euren Müllhalden, zu Euren unbewohnten Billigmietefantasien. Ihr bezeichnet Euch mit Euren bourgeoisen Hausprojekten als „Pioniere" und bemerkt noch nicht mal Eure koloniale Sprache, Eure Zivilisationsmission und dass Ihr Räume für andere weiße Siedler*innen vorbereitet. Was meint Ihr wie [Berlin-] Kreuzberg vor dreißig Jahren aussah? Arm, heruntergekommen, am Rand von Westberlin. Genau deswegen haben Vermieter*innen zugelassen, dass Schwarze und PoC dort wohnen. Euer Gedächtnis ist erstaunlich schlecht. Fällt Euch gar nicht auf, dass in Euren Bioläden und queeren Bars keine Schwarzen Nachbarn und Nachbarn of Color sind? Oder ist es Euch sogar lieber? Hört auf Geld in Anti-Homophobieprojekte [...] zu investieren, kümmert Euch um die Homophobie und Transphobie in der weißen Gesellschaft!" (*Kalass!!! We're vex!* Manifest 2013)

Das Manifest verweist auf eine neue kritische Masse an Queers of Colour, die bereit sind, Rassismus und Gentrifizierung zu bekämpfen, auch wenn sie selten den Status einer nach außen hin sichtbaren Community erlangen. Diese im Entstehen begriffenen Queer-of-Colour-Narrative stellen koloniale Konzepte von Raum, Gewalt und Sicherheit in Frage, die der Territorialisierung einer singulären Homo-, Queer- oder auch Trans-Community dienen. Des Weiteren ermöglichen sie es uns zu fragen, inwiefern auch minorisierte Diskurse zu kolonial-kapitalistischen Logiken beitragen. So werden Rassismus und Kolonialismus in Diskussionen über queeren Raum zumeist umgangen oder wiederholt. Ein Beispiel hierfür ist Manuel Castells' (1983) berühmte Studie des Castros, dem Schwulenviertel von San Francisco, die für globale Debatten zu queerem Raum nach wie vor prägend ist. Castells feiert die überlegenen räumlichen Kapazitäten weißer schwuler Männer und stellt sie den defizitären rassifizierten Bevölkerungsgruppen gegenüber, die im Zuge queerer Stadtteilbildung verdrängt werden. In Richard Floridas (2002) Konzept der kreativen Stadt, dessen Einfluss auf neoliberale Stadtpolitik enorm ist, werden diese Ideen institutionalisiert. Hier tauchen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transmenschen (LSBT) in siedlerkolonialer Manier als „Pioniere" auf, die in Territorien vordringen, welche bislang als ungentrifizierbar galten.

Die binäre Gegenüberstellung von sexualisierten und rassifizierten Minderheiten nimmt im neuen Hasskriminalitäts-Diskurs oft einen offen feindseligen Ton an. Rassifizierte Subjekte, die in queer besiedelten Gebieten verweilen, werden hier direkt als gewalttätig, homophob, hasserfüllt, kriminell und

überwachungsbedürftig beschrieben (Hanhardt 2008, Haritaworn 2009). Ein akademisches Beispiel für einen derart rassifizierten Anti-Gewalt-Diskurs war der Urban Laboratory Workshop „Backlash? The resurgence of homophobia in contemporary cities", der 2010 am University College London organisiert wurde. Der Titel des Workshops zitierte eine Moralpanik über gefährliche ‚muslimische' Orte, die zu jener Zeit Ost-London ergriffen hatte. Diese Panik gipfelte im East End Gay Pride, einer *Pinkwashing* Demo, die von der rechtsextremen English Defence League organisiert wurde, und zwar mit starker queer-aktivistischer Beteiligung vor Ort (vgl. Decolonize Queer 2011). In der Einladung hieß es neutraler: „In letzter Zeit haben Angriffe in London und anderen Städten Homophobie als Teil des städtischen Lebens zum Vorschein kommen lassen – neben anderen Formen der Hasskriminalität und sozialen und kulturellen Grenzziehungen." Auf dem Programm vertreten waren mehrere queere Akademiker_innen und Aktivist_innen sowie ein Sprecher von der London Metropolitan Police (UCL 2010).

Im Gegensatz hierzu machen die kognitiven Landkarten antirassistischer Queers of Colour erkennbar, wie LSBT-Subjekte mit weißen und Mittelklasse-Privilegien längst Einzug in die neoliberale Stadt halten (Manalansan 2005, Hanhardt 2008, El-Tayeb 2012). Auch helfen sie uns zu verstehen, wie sexuell und geschlechtlich minorisierte Subjekte sehr unterschiedlich von Gentrifizierung und Polizierung betroffen sind. Von den zahlreichen nützlichen Analysen, die das *Khalass!!! We're vex!* Manifest anbietet, möchte ich hier seine Kritik an der kolonialen Figur des queeren Pioniers herausgreifen. Das nonchalante Auftauchen dieser Gestalt in der deutschen Anti-Gentrifizierungs-Debatte sollte dem Manifest zufolge eine schrille Konfrontation mit der verleugneten Geschichte des deutschen Kolonialismus provozieren: „Ihr bezeichnet Euch mit Euren bourgeoisen Hausprojekten als ‚Pioniere' und bemerkt noch nicht mal Eure koloniale Sprache…" Neben Afrika und dem Pazifik schließt diese Geschichte auch die (tatsächliche und symbolische) Beteiligung Deutscher an der Besiedlung Nordamerikas mit ein. Dort ist der Pionier – in Anlehnung an das Niederländische oft synonym als ‚Autochtoner' bezeichnet – eine zentrale Gestalt im genozidalen Drama des ‚wilden Westen'. Bemerkenswert ist, wie diese siedlerkolonialen Figuren im Anti-Gentrifizierungs-Diskurs jener, die in Stadteilen wie Kreuzberg und Neukölln oft selbst als Gentrifizierende ankamen, zu positiven Selbstbeschreibungen werden (z. B. Trudelfisch 2010). Wie das *Khalass!!! We're vex!* Manifest feststellt, geschieht dies ohne eine Spur von Ironie.[2]

Dies zwingt uns zur Konfrontation mit der Kolonialität von Gentrifizierungs- und Anti-Gentrifizierungs-Diskursen, deren globalisierte Landschaften austauschbare Bevölkerungsgruppen evozieren, die es jeweils zu räumen, zu assimilieren oder zu regenerieren gilt. Neben der ausstehenden Auseinandersetzung mit Queers of Colour und anderen bislang ignorierten geografischen Subjekten kann selbst ein genaueres Studium der Texte des Gentrifizierungsforschers Neil Smith, dessen Einfluss in der deutschen Anti-Gentrifizierungs-Bewegung enorm ist, hier Anstöße bieten. In Smiths (1996) Analyse der Gentrifizierung der Lower East Side in New York, einer vormals Latin@-Gegend in Manhattan, findet das Koloniale eine kurze aber beachtenswerte Erwähnung. Smith beschreibt, wie Gentrifizierende oftmals analog als ‚urbane Pioniere' dargestellt werden, die in gefährliche unzivilisierte

Welten vordringen, „where, in the words of *Star Trek*, no (white) man has ever gone before“ (Smith 1996: 11). Dabei läuft Smith selbst Gefahr, den Genozid und die Verdrängung Indigener von ihrem Land auf eine Metapher zu reduzieren, die ansonsten der Vergangenheit angehört (Tuck/Yang 2012). Dennoch macht er Gentrifizierung als koloniales Paradigma von Raum erkenntlich, demzufolge Subjekte, die als untergeordnet rassifiziert sind, durch jene ersetzt, die als übergeordnet rassifiziert sind.

Am deutlichsten wird dieser Prozess in der Arbeit Indigener Theoretiker_innen, die Verdrängungsprozesse der Vergangenheit mit denen der Gegenwart verbinden. Glen Coulthard (2013) beschreibt die Gentrifizierung kanadischer Innenstädte wie der Downtown Eastside in Vancouver in Anlehnung an die koloniale Ideologie des *terra nullius* als *urbs nullius*. So werden viele Indigene Menschen, die zunächst von europäischen Siedler_innen in Reservaten segregiert wurden, im Zuge von Ressourcenausbeutung und anderen kolonialen Politiken zur Migration in die Städte gezwungen, von wo sie im Zuge von Gentrifizierungsprozessen erneut verdrängt werden. Gentrifizierung ist also nicht außerhalb der Architektur eines Kolonialismus zu denken, der – wie Thobani (2014) eindrucksvoll zeigt – weder abgeschlossen noch auf die Siedlerkolonien beschränkt ist.

Sicher ist die Verbindung von Gentrifizierung und Kolonialismus in siedlerkolonialen Kontexten am augenfälligsten. Lanz' Argument, dass Ansätze, die im globalen Süden entstanden sind, uns einen guten Blick auch auf städtische Machtbeziehungen in Deutschland ermöglichen, ist meines Erachtens auf Indigene Ansätze aus den Siedlerkolonien im globalen Norden auszuweiten. Für das alte Imperium – welches mittlerweile oftmals Empfänger statt Produzent sozialer, wirtschaftlicher und räumlicher Paradigmen ist – stellen sich zweierlei Fragen. Erstens: Wie prägen koloniale Phantasien und Technologien die (kolonialen) Subjektivitäten jener, die niemals fortgegangen sind? Und zweitens: Wie kehren diese Phantasien und Technologien ins alte Imperium zurück – und wie verhalten sie sich dort in Bezug auf lokale Machtverhältnisse? Wie finden Raumdiskurse also ihren Weg (zurück) in Kontexte wie Deutschland, in denen jegliche Beteiligung an kolonialen Projekten abgestritten wird – sowohl in den Amerikas als auch in Australien, wo Deutsche Siedler_innen waren und sind; in Asien, das von Deutschen begierig konsumiert wird (in Form von Tourismus, Auswanderung und kolonialen Abenteuergeschichten); und nicht zuletzt in Afrika und dem Pazifik, wo Deutsche direkt als Kolonisator_innen aufgetreten sind (El-Tayeb 1999, Sailiata 2014)?

Um Lanz' Frage leicht zu variieren: Es scheint zu früh, die deutsche Stadt – und damit auch ihre Erforschung – zu postkolonialisieren. Im Gegenteil müssen wir diese, wie Noa Ha (2014) auch kürzlich schrieb, erst in ihrer Kolonialität untersuchen. Einen guten Einstiegspunkt, der auch für meine Arbeit über queere Gentrifizierung in Berlin ergiebig ist (Haritaworn 2015), liefert uns Sherene Razack (2002). Razack lenkt unsere Aufmerksamkeit erstens auf die Segregation ‚degenerierter' Räume wie der Innenstadt, dem Gefängnis und der Anstalt, die mit Verbrechen, Unruhe und Störung in Verbindung gebracht werden, weg von den ‚respektablen' Räumen der ‚anständigen' weißen Mittelklasse. Zweitens beschreibt sie diese Segregation des Raums als konstitutiv für die Segregation von Geschlecht. Weiße

Maskulinitäten und Femininitäten erringen ihren normativen Status durch Grenzüberschreitungen zwischen ‚respektablen' Räumen, in denen Weiße leben, und ‚degenerierten' Räumen, in denen People of Colour und Indigene leben. Gerade weißen Frauen boten die Kolonien oft eine Möglichkeit, den strikten Geschlechtervorstellungen Europas zu entkommen.

In meinem Buch *Queer Lovers and Hateful Others* (2015) untersuche ich einen ähnlichen Prozess – ich bezeichne diesen als „queere Regenerierung" – im Hinblick auf die Verortungen weißer Queers in Kreuzberg und Neukölln, den ‚degenerierten' Gegenden der Berliner Innenstadt. Im Gegensatz zu den von Razack beschriebenen normativen Geschlechtsidentitäten zwischen ‚respektablen' und ‚degenerierten' Räumen wirken queere Grenzüberschreitungen nicht automatisch respektabilisierend. Dennoch erfahren selbst LSBT-Subjekte Schutz und Legitimierung als Übergangserscheinungen in im Übergang begriffenen Gegenden – als Pioniere, die diese ‚erschließen' und sie somit gentrifizierbar machen. Queers of Colour – von den Autor_innen des *Khalass!!! We're vex!* Manifests zu den Teilnehmenden an Berliner Küchentischen, die ich für mein Buch interviewt habe – sind bislang allein darin, diese Prozesse in ihrer Kolonialität zu benennen. Sie zeigen Zusammenhänge auf zwischen scheinbar zusammenhanglosen „queeren Regenerierungen" – von der neoliberalen Stadt bis hin zur neuen Sichtbarkeit von LSBT-Lebensweisen. Queers of Colour als geografische Subjekte zu behandeln, ermöglicht es uns somit, die Verdrängung und Enteignung rassifizierter Körper und das Auftauchen erstmals wertvoller queerer Subjekte – die gleichzeitige Konstituierung vormals unerwünschter Subjekte und vormals unerwünschter Räume – in derselben Landschaft zu untersuchen. Die hierbei entstehenden kognitiven Landkarten erlauben es uns nicht nur, Urbanität und Kolonialität endlich zusammenzudenken. In der Tat weisen sie den Weg zu anderen Methoden der Verortung, welche Welten machen, die nicht auf Privatisierung, Sicherheit und Verdrängung basieren.

Endnoten

[1] In queer-theoretischen Diskursen werden solche developmentalistischen Narrative oftmals als ‚Homonationalismus' bezeichnet. Dieser mittlerweile etablierte Begriff wurde in Deutschland erstmals von Queers of Colour eingeführt, sodann jedoch rasch weißgewaschen – ähnlich wie Intersektionaliät und andere Begriffe zuvor (SUSPECT 2010, vgl. Haritaworn und Weheliye 2015).

[2] Ein Beispiel für den Gebrauch einer solchen Anti-Gentrifizierungs-Sprache ist der *NoCCTV! Walk*, der am 8. Juni 2012 in Neukölln stattfand (Genderliste 2012). Laut der Ankündigung per E-Mail geht es bei Gentrifizierung nicht nur um eine „schöne neue Shoppingwelt", sondern auch um die „falschen" Menschen, die auf Parkbänken sitzen, den zu hohen Anteil an Migrant_innen und Arbeitslosen sowie die Angst, dass die so an den Rand gedrängten Gruppen sich womöglich dagegen wehren könnten. Organisiert wurde die Aktion von vermutlich weißen, linken Aktivist_innen, die sich mit den Themen Gentrifizierung und Überwachung auseinandersetzen. In ihrem Versuch, die Aufmerksamkeit auf das Thema Verdrängung zu lenken, beschrieben sich die Organisator_innen wiederholt als „Pioniere" – und somit implizit als in höherem Maße ‚ansässig' als die rassifizierten Körper, die zwar visuelle Objekte des Spaziergangs waren, vom ‚wir' der Aktion aber größtenteils ausgeschlossen blieben. Ein kreatives Beispiel, welches sich indirekter auf den Pionierdiskurs bezieht, ist der Film *Offending the Clientele*, der von den Besitzer_innen der linken Neuköllner Kneipe Freies Neukölln

produziert wurde. Im Film beklagen diese die schrittweise Eroberung Neuköllns durch Studierende und Tourist_innen aus ganz Deutschland und Europa. In der Vimeo-Beschreibung heißt es: „Gentrification in Berlin's former borrough (sic). The Creative Class marches in and the founders of the first szene-pub in this corner feel unwell, guilty and overrunned (sic)."

Autor_innen

Jin Haritaworn arbeitet zu Umweltstudien, Gender, *race*, Queer-of-Colour-Aktivismus, *urban justice*, Kriminalisierung, Gewalt, Affekt, Biopolitik, Nekropolitik, Soziologie und Cultural Studies.
haritawo@yorku.ca

Literatur

Barskanmaz, Cengiz (2011): Rasse – Unwort des Antidiskriminierungsrechts? In: Kritische Justiz 4, 382-389.

Castells, Manuel (1983): Cultural identity, sexual liberation and urban structure. The gay community in San Francisco. In: ders.: The City and the Grassroots. A Cross-Cultural Theory of Urban Social Movements. Berkeley: University of California Press, 138-170.

Coulthard, Glen (2013): Polis Nullius. Gentrification, Settler-Colonialism and Indigenous Sovereignty in the City. Critical Ethnic Studies Conference. University of Illinois Chicago, 21. September.

El-Tayeb, Fatima (2012): „Gays who cannot properly be gay". Queer muslims in the neoliberal European city. In: European Journal of Women's Studies 19/1, 79-95.

El-Tayeb, Fatima (1999): Schwarze Deutsche. Der Diskurs um „Rasse" und nationale Identität 1890-1933. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. New York: Basic Books.

Genderliste (2012): Morgen: Kameraspaziergang Neukölln. E-mail-Ankündigung, 7. Juni.

Ha, Noa (2014): Perspektiven urbaner Dekolonisierung. Die europäische Stadt als „Contact Zone". In: s u b \ u r b a n. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 2/1, 27-41.

Hall, Stuart (1996): When was the „postcolonial"? Thinking at the limit. In: Ian Chambers / Lidia Curtis (Hg.): The Postcolonial Question. Common Skies, Divided Horizons. London: Routledge, 242-260.

Hanhardt, Christina (2008): Butterflies, whistles, and fists. Gay safe streets patrols and the new gay ghetto, 1976-1981. In: Radical History Review 100, 61-85.

Haritaworn, Jin (2015): Queer Lovers and Hateful Others. Regenerating Violent Times and Places. London: Pluto.

Haritaworn, Jin (2009): Kiss-Ins, Demos, Drag. Sexuelle Spektakel von Kiez und Nation. In: AG Queer Studies (Hg.): Verqueerte Verhältnisse. Intersektionale, ökonomiekritische und strategische Interventionen. Hamburg: Männerschwarm, 41-65.

Haritaworn, Jin / Weheliye, Alex (i. E.): Ethnic Studies in Deutschland? Über die Grenzen und Potenziale der universitären Institutionalisierung von minorisierten Wissensformen. In: Kien Nghi Ha / Noa Ha / Mekonnen Mesghena (Hg.): Geschlossene Gesellschaft? Exklusion und rassistische Diskriminierung an deutschen Universitäten. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Khalass!!! We're vex! (2013): We are here – we have always been here! Wir sind da – wir waren schon immer da! Berlin: unveröffentlichtes Manifest.

Kotti & Co (2012): Sozialer Wohnungsbau? http://kottiundco.net/hintergrund/ (letzter Zugriff am 1.2.2015).

Manalansan IV, Martin F. (2005): Race, violence, and neoliberal spatial politics in the global city. In: Social Text 84-85, 141-156.

McKittrick, Katherine (2006): Demonic Grounds. Black Women and the Cartographies of Struggle. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Offending the Clientele (2010): http://vimeo.com/16116523 (letzter Zugriff am 1.6.2014).

Razack, Sherene (2002): When place becomes race. In: dies. (Hg.): Space, Race and Law. Unmapping a White Settler Society. Toronto: Between the Lines, 1-20.

Robinson, Cedrick J. (1983): Black Marxism. The Making of the Black Radical Tradition. London: Zed.

Sailiata, Kirisitina Gail (2014): The Samoan Cause. Colonialism, Culture and the Rule of Law. Unveröffentlichte Doktorarbeit, University of Michigan.

Samour, Nahed (2012): Addressing Palestine as a Race Question. Vorlesung „Critical Race Theory Europe“, Humboldt Universität Berlin, 16. Juni.

Smith, Neil (1996): „Class Struggle on Avenue B“. The Lower East Side as wild wild west. In: ders.: The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. New York: Routledge, 3-27.

SUSPECT (2010): Where now? From Pride scandal to transnational movement. http://bullybloggers.wordpress.com/2010/06/26/where-now-from-pride-scandal-to-transnational-movement (letzter Zugriff am 1.8.2014).

Teelucksingh, Cheryl (2002): Spatiality and environmental justice in Parkdale (Toronto). In: Ethnologies 24/1, 119-141.

Thobani, Sunera (2014): Prologue. In: Jin Haritaworn / Adi Kuntsman / Silvia Posocco (Hg.): Queer Necropolitics. London: Routledge, xv-xviii.

Trudelfisch (2010): Schuldfragen in Neukölln. Steigende Mieten Stoppen. http://mietenstopp.blogsport.de/2010/08/26/schuldfragen-in-neukoelln (letzter Zugriff am 1.6.2013).

Tsianos, Vassilis (2013): Urbane Paniken. Zur Entstehung eines antimuslimischen Urbanismus. In: Duygu Gürsel / Zülfukar Çetin / Allmende e.V. (Hg.): Wer MACHT Demo_kratie. Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: edition assemblage, 22-42.

Tuck, Eve / Yang, K. Wayne (2012): Decolonization is not a metaphor. In: Decolonization: Indigeneity, Education & Society 1/1, 1-40.

UCL (2010): Backlash? The resurgence of homophobia in contemporary cities. Urban Laboratory Workshop. http://www.ucl.ac.uk/intercultural-interaction/project-pages/backlash (letzter Zugriff am 1.4.2014).

The Voice (2013): Stories of resistance. The current refugee protests in the light of the Berlin tribunal. http://www.thevoiceforum.org/node/3422 (letzter Zugriff am 18.2.2015).

CC BY NC ND

Debatte
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 119-128
zeitschrift-suburban.de

Stephan Lanz
Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren

Kommentare von:
Shadia Husseini
Laura Wenz
Kanishka Goonewardena
Jin Haritaworn

Replik von:
Stephan Lanz

Pluralistisches Theoretisieren der Stadt und ihrer Verknüpfungen mit dem Kolonialen

Replik

Stephan Lanz

Die Kommentare zu meinem Beitrag unterscheiden sich in ihren Fokussen und ihrem Gestus sehr deutlich, alle vier problematisieren aber spezifische Aspekte des Theoretisierens der Stadt im Verhältnis zum Kolonialen. Meine Replik greift daher die theoretischen Argumentationslinien der Kommentare auf – zum einen, um auf erhobene Kritiken zu antworten, zum anderen, um diese dafür zu nutzen, eine im Text zu kurz gekommene Debatte über theoretische Fragen bezogen auf das Ziel einer Postkolonialisierung der Stadtforschung zu vertiefen.

Die interessante Frage, die Goonewardenas Kommentar aus meiner Sicht aufwirft, ist, warum der Autor seine Kritik nicht aus einer ernsthaften Debatte meiner Argumentation entfalten zu können glaubt, sondern nur mithilfe einer herablassend formulierten Polemik und eines Großtheorie-Bombasts, dessen flächendeckendes Big-Name-Dropping ziemlich eindrucksvoll ist – was wiederum mit der theoretischen Position des Autors verknüpft sein könnte. Das ziemlich komplizierte Unterfangen, in einem kurzen Text so viele schillernde Namen sinnvoll unterzubringen und sich zugleich mit einer konkreten Argumentation zu beschäftigen, ist hier wohl gescheitert.

In der Art und Weise, wie Goonewardena zunächst einen Popanz errichtet – die Postmoderne –, um dann mit größtmöglicher Wucht auf ihn einzuschlagen, wirkt der Text seltsam aus der Zeit gefallen. Sein Gestus erinnert an fruchtlose Debatten der 1990er Jahre, in denen sich marxistische und poststrukturalistische Autor_innen oft gegenseitig unter Generalverdacht stellten und polemisch aufeinander losgingen, anstatt sich tatsächlich mit den jeweiligen Positionen auseinanderzusetzen. Dabei geraten die eigentlichen Punkte schnell aus dem Blickfeld. So argumentiere ich an keiner Stelle für ein „Projekt der Differenz“ (die Goonewardena anscheinend mit Pluralität verwechselt), für eine „Ersetzung der Kritik der politischen Ökonomie mithilfe sogenannter ‚kultureller Studien‘“ oder gar für so etwas Abstruses wie einen Standpunkt „gegen eine böse Abstraktion namens Modernität, Europa oder den Westen“. Bezeichnenderweise ignoriert Goonewardena auch, dass Theoretiker wie Bayat, Mignolo, Appadurai, Gidwani, Chatterjee oder Isin, von deren Konzepten ich hauptsächlich Gebrauch mache,

identitätspolitischer Positionen völlig unverdächtig sind. Goonewardena bastelt sich seinen Popanz aus zwei mehrfach angeführten Fragmenten des Textes zusammen. Das erste besteht aus der mit Chakrabarty erhobenen Forderung, die Partialität der Wahrheitsansprüche des westlichen Wissens über die Stadt offenzulegen (was gibt es daran zu kritisieren?). Das zweite rekurriert auf meine Kritik an einer Tendenz polit-ökonomischer Ansätze, die Heterogenität des Urbanen zu ausschließlich unter kapitalistische Logiken zu subsummieren und dadurch Versuche zu marginalisieren, „to grapple the notions of urban life itself" (Simone 2011: 355, vgl. Amin/Thrift 2002).

Keineswegs ist daraus abzuleiten, dass ich marxistische Ansätze generell ablehne, wie Goonewardena unterstellt. Vielmehr reihen sich meine Vorschläge in gegenwärtige Anstrengungen ein, in den *urban studies* einen „theoretischen Pluralismus" (Mayer/Künkel 2012: 9) zu etablieren. [1] Unter anderem soll dieser die „überholte Kluft zwischen politischer Ökonomie und Poststrukturalismus" (ebd.) oder die Kluft zwischen kritischer Stadttheorie und *assemblage urbanism* (bspw. Robinson 2011, McFarlane 2011) überwinden helfen. Jamie Peck (2015: 179) konstatierte jüngst aus einer polit-ökonomischen Perspektive in einer bemerkenswert unpolemischen und produktiven Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen Ansätzen: „Es wäre hilfreich anzuerkennen, dass urbane politische Ökonomie und postkolonialer Urbanismus keine inkommensurablen Räume eines Wettbewerbs besetzen, der auf ein Nullsummenspiel hinausläuft". Auch er plädiert für einen „konstruktiven Dialog" zwischen diesen „theoretischen Traditionen" (ebd.: 160) und für eine „pluralistischere Kultur urbaner Theorie" (ebd.: 162). Ein notwendiges und für beide Schulen gemeinsam mögliches Vorhaben sieht er in einer „theoretischen Rekonstruktion" (ebd.: 163), bei der neue Geografien urbaner Theorieproduktion zu etablieren wären.

Bezeichnenderweise wird die Argumentation in den wenigen Sätzen, in denen Goonewardena auf meine empirischen Beispiele für mögliche Routen einer postkolonialen Stadtforschung eingeht, so trostlos, dass man ihm mit Marx (1978: 5) entgegnen möchte: „Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit eines Denkens, das sich von der Praxis isoliert, ist eine rein scholastische Frage". Bezogen auf das erste Beispiel fällt ihm lediglich die absurde Kritik ein, dass ich den Kampf der Flüchtlinge in Kreuzberg nur deshalb als postkolonial bezeichnen würde, weil der Staat deren Taktik nicht gutheißt. Zum einen verpasse ich diesem Kampf aber überhaupt kein postkoloniales Label, sondern plädiere dafür, ihn mithilfe von Ansätzen zu untersuchen, die uns ihr politisches Handeln als *acts of citizenship* und ihren ‚Kosmopolitismus als Politik' verstehen lassen. Zum anderen sind es die Refugee-Aktivist_innen selbst, die etwa unter dem Slogan „We are here because you destroy our countries" ihre Kämpfe in koloniale Zusammenhänge stellen und gleiche Rechte mit dem systematischen Verweis auf (neo-) koloniale Unterwerfungs- und Ausbeutungsmuster einfordern (vgl. auch Haritaworns Kommentar). Goonewardenas Aussage, da könne man ja allen antisystemischen Aufständen zum Beispiel von Buddha, Spartacus oder Jesus ein postkoloniales Label anhängen, ist hier schlicht zynisch.

Als Begründung für seine Überzeugung, dass marxistische Stadtforschung auch die Bedeutung von Religion in der Stadt angemessen erforscht (hat), führt er zu guter Letzt ausgerechnet Mike Davis' Aufsatz „Planet of

slums“ (2004) an. Das ist angesichts der fundamentalen Kritiken an Davis (z. B. Angotti 2006, Cunningham 2007, Pithouse 2008) und des Themas der hier geführten Debatte durchaus erstaunlich. Davis übernimmt nämlich in dem Aufsatz sowie in seinem Buch desselben Titels (2006) zunächst den Begriff des Slums ohne jegliche Reflexion der damit verbundenen rassifizierenden und stigmatisierenden Bedeutungen, die Staatsinstanzen stets eine Legitimation dafür lieferten, als Slums markierte Nachbarschaften zu zerstören oder polizeilich zu ‚pazifizieren‘. Schon das führt zu der Frage, ob hier jene Tendenz marxistischer Ansätze durchschlägt, wenig sensibel für Effekte von Rassismus und dominanzgesellschaftlichen Repräsentationsformen zu sein. Davis’ Blick auf den ‚Slum‘ ist eine reine Außenperspektive. Sichtweisen von Bewohner_innen kommen gar nicht vor, die Positionen von lokalen Intellektuellen kaum, reichlich übernimmt er dagegen Aussagen von Organisationen wie der United States Agency of International Development. Weitgehend blind ist Davis jedenfalls für progressive urbane Bewegungen. Sein Buch strotzt vor Rassismen und apokalyptische Metaphern charakterisieren die ‚Slums‘ als urbane Manifestationen des Conrad’schen ‚Herz der Finsternis‘. In dem Aufsatz von 2004 behandelt Davis das Thema Religion ausführlicher. Dazu stellt Angotti (2006: 962) zu Recht fest: „Glücklicherweise ließ er den letzten Abschnitt seines Artikels weg, der die städtischen Armen als unterwürfige Subjekte evangelikaler Religion darstellte; allerdings erscheinen sie im Buch immer noch als atomisierte, apolitische Massen“. Es bleibt zu hoffen, dass das nicht alles ist, was die marxistische Stadtforschung in Bezug auf Religion zu „emanzipatorischen Bestrebungen der Verdammten dieser Erde“ (Goonewardena) zu bieten hat.

Jenseits der Davis’schen Version von Religion als Opium für die Armen teile ich aber Goonewardenas Hinweis, dass eine „vielfältige Tradition schöpferischer marxistischer Tätigkeit im Bereich der Religion in aller Welt“ existiert, mit der es sich auseinanderzusetzen gilt, wenn man urbane Manifestationen davon betrachtet. Dies geschah bei dem Projekt „Global Prayers“ (und das thematisiert mein Text tatsächlich nicht) auf verschiedenen Ebenen. Klaus Ronneberger (2013: 142) etwa stellte mit Ernst Bloch heraus, dass Marx die Religion nicht nur als „Einschläferungs-Opiat“, sondern auch als eine Quelle der Revolte verhandelt hat. Auf dieser Basis lieferten der islamische Marxist Ali Shariati (etwa für die dokumentarische Videoinstallation „on the set of 1978 ff“ von Sandra Schäfer) und Befreiungstheologen wie Enrique Dussel, der bei einem Global-Prayers-Kongress sprach, wichtige Anregungen (vgl. Dussel 2012, Huffschmid 2014). Das Projekt brachte außerdem Fallstudien hervor, die aus einer polit-ökonomischen Perspektive religiöse *gated communities* in Lagos und Istanbul untersuchten (etwa Ukah 2014). Den Beobachtungen, dass die im globalen urbanen Raum boomenden ‚unternehmerischen Religionen‘ selbst von neoliberalen Selbst- und Herrschaftstechniken durchzogen sind und mit „hybriden Formationen“ eines „neoliberalen Urbanismus“ (Brenner et al. 2010) interagieren, widmen sich vier aus dem Projekt hervorgegangene Aufsätze (zurzeit im Review-Verfahren). Aus diesen Analysen eines religiös-urbanen Neoliberalismus entwickelte sich ein fruchtbarer „Dialog zwischen politischer Ökonomie und postkolonialen Ansätzen“ (Peck 2015: 172). Im Gegensatz zum reduktionistischen Fokus von Mike Davis kommen wir darin zum Ergebnis, dass urbane

Religion und religiöse Urbanität nicht zuletzt als konstitutive Elemente des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner Raumproduktionen verstanden werden müssen (Lanz/Oosterbaan 2015, Manuskript). Konzeptionell schlagen wir vor, für unterschiedliche analytische Perspektiven auf die vielgestaltigen, widersprüchlichen und fluiden Verbindungen zwischen Stadt und Religion einen je spezifischen Gebrauch von polit-ökonomischen, Gouvermentalitäts-, *Assemblage*- und/oder *Worlding*-Ansätzen zu machen.

Daraus mag sich für Goonewardena, der der Auffassung zu sein scheint, marxistische Ansätze könnten jegliches urbanes Phänomen umfassend analysieren, ein „unverdaulicher Eintopf" ergeben. Tatsächlich ist stets die Gefahr im Auge zu behalten, sich aus den jeweiligen Ansätzen nur die Kirschen herauszupicken und Unvereinbares oberflächlich zu verbinden. Wie immer man jedoch zur ‚Postmoderne' stehen mag, es sollte doch gelernt worden sein, dass „große Erzählungen" (Lyotard) keineswegs die (urbane) Welt umfassend deuten können. Ohne Einschränkung stimme ich Goonewardenas Aussage zu, „man sollte den Marxismus weder lobpreisen noch begraben, sondern ihn nützlicher machen". Allerdings wird dies nicht möglich sein mit dem hochtrabenden Gestus seines Kommentars, der alles andere als die (eigene) reine Lehre als ahnungslos oder reaktionär abkanzelt, und mit seinem Ausschließlichkeitsanspruch für den Marxismus bei der Deutung all dessen, was Stadt ausmacht. Vielmehr muss es gelingen, marxistische Ansätze in eine theoretische Pluralität einzubetten, die auf spezifische Untersuchungsfragen und Forschungskonstellationen hin maßgeschneidert wird. Wenn Stadttheorie um die Welt gehen und in vielen unterschiedlichen Kontexten hilfreich sein soll, so argumentiert Jennifer Robinson (2013: 1104) zu Recht, muss sie als provisorisch und revidierbar gelten und sie muss die konkreten Orte deutlich machen, aus denen sich ihre Überlegungen speisen. „Der Status und die Bedeutung von ‚Theorie' sind schließlich gefertigte Setzungen – etwas, das wir in der Praxis unserer Wissenschaft produzieren und das nicht vorher bestimmt ist". Raewyn Connell (2007: 207) definiert in ihrem Buch *Southern Theory* ein derartiges Verständnis von Theorie wie folgt:

> „[O]ne tries to arrive at a configuration of knowledge that reveals the dynamics of a given moment of human history. All such attempts produce generalisations, but only the weak ones are universals. The power of social science generalisations is multiplied if they can be linked to the characteristics of the context *within* which they apply. This suggests an argument against pure general theory, in favour of what we might call dirty theory – that is, theorising that is mixed up with specific situations. The goal of dirty theory is not to subsume, but to clarify; not to classify from outside, but to illuminate a situation in its concreteness. And to that purpose – to change the metaphor – all is grist to the mill. Our interest as researchers is to maximise the wealth of materials that are drawn into the analysis and explanation. It is our interest to multiply, rather than slim down, the theoretical ideas that we work with. That includes multiplying the local sources of our thinking".

Der Ansatz einer „dirty theory" als pluralistisches und kontextspezifisches Theoretisieren über das Verhältnis zwischen dem Urbanen und dem Kolonialen findet sich zum Beispiel im Kommentar von J. Haritaworn wieder. Am

Beispiel eines als „queere Regenerierung“ bezeichneten Prozesses lässt sich hier die „Kolonialität von Gentrifizierungs- und Anti-Gentrifizierungsdiskursen“ in Berlin-Neukölln herausarbeiten, indem ein polit-ökonomischer Ansatz (die *rent-gap*-Theorie von Neil Smith) mit queer- und rassismustheoretischen Positionen kombiniert wird. Damit kann Haritaworn zeigen, wie Gentrifizierung als „koloniales Paradigma von Raum […], bei dem Subjekte, die als untergeordnet rassifiziert sind, durch jene zu ersetzen sind, die als übergeordnet rassifiziert sind“ sowohl als sozial-räumlicher Prozess wie auch als Formation von Diskursen und Imaginationen – ‚Pioniere‘ an der ‚*urban frontier*‘ – mit ursprünglich kolonialen Wissensformen und Machtverhältnissen verknüpft ist.

Der *Worlding*-Ansatz als Theoriekonzept mit dem Ziel, „kolonial eingeschriebene Macht-Wissens-Komplexe in Bezug auf globale Stadtforschungsprozesse aufzubrechen“, den Laura Wenz vertieft, reiht sich ebenfalls in ein Verständnis ein, Theorie ausgehend von „ethnografisch informierten“ Beobachtungen im Sinn eines ‚*mid-range theorizing*‘ zu entwickeln, das keine neue „privilegierte Weltsicht“ (Roy 2014) etabliert. Indem Wenz die „heuristischen Analysekategorien“, die vor allem Roy und Ong dafür entwickelt haben, präzise auffächert, ergänzt sie die von mir vertretene Argumentation. Zu Recht verweist sie auf die Unterschiede zwischen den *Worlding*-Konzepten von Simone (2001) und Roy/Ong (2011), die aber zugleich keine Unvereinbarkeit begründen, sondern eher unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Beide Konzepte eint ihr Blick auf situierte Alltagspraktiken, die in einem doppelten, imaginären wie handlungspraktischen Sinn „alternative soziale Visionen und Konfigurationen – das bedeutet ‚Welten‘“ (Ong 2011: 12) kreieren. Ausgehend von afrikanischen Stadterfahrungen beleuchtet einerseits auch Simone subalterne Subjektpositionen in ihrer Einbettung in globale Ökonomien und Machtstrukturen. Andererseits erfasst das Konzept von Roy und Ong neben globalen urbanen Modellbildungen und Praktiken wechselseitiger Beobachtungen und Aneignungen auch jene „antizipatorischen Politiken von Bewohner_innen und Durchreisenden, Citizens und Migrant_innen“ (Roy 2011: 313), die Simone als „worlding from below“ bezeichnet.

Im Global-Prayers-Projekt ermöglichte es die sich ergänzende Anwendung beider *Worlding*-Konzepte, urbane Verankerungsprozesse von Religion nicht funktionalistisch aus äußeren sozialen Zwängen und als Akte der Implantation ‚fremder‘ globaler Formen (Christentum, Islam) deuten zu müssen. Vielmehr ließen sie sich als im Alltag verhaftete soziale Praktiken untersuchen, die „konventionelle Grenzziehungen zwischen Klasse, *race*, Stadt und Land“ (Ong 2011: 23) überschreiten und vielen in der Welt zirkulierenden Quellen entspringen (vgl. Lanz 2014, Heck/Lanz 2014).

Meine aus Sicht von Laura Wenz unangebrachte Kritik an der Theoriefixierung viel referierter ‚Southern-Urbanism‘-Publikationen richtet sich so nicht gegen ein „(Re)Theorizing cities from the Global South“ (Parnell/Robinson 2013). Vielmehr geht es darum, dass dieses häufig auf ethnografische Ansätze zugreift, ohne dort längst etablierte Anforderungen an eine transparent gemachte Selbstreflexivität des Forschens zu beachten (vgl. Streule 2014). Selten werden Forschungskonstellationen und Methoden thematisiert, auf deren Grundlage die Texte zustande kommen, zumal wenn sie (etwa im Rahmen asymmetrischer Beziehungen zwischen Forschenden und Erforschten) eigenen

Ansprüchen danach, die herrschende „Geopolitik des Wissens“ (Mignolo) ins Wanken zu bringen, entgegenzulaufen drohen (vgl. Kaltmeier 2012).

Ein Gegenbeispiel hierzu liefert der Kommentar von Shadia Husseini de Araújo, insofern er entlang einer eigenen Forschungserfahrung beschreibt, wie das aus „vielen Kategorien der postkolonialen Theorie“ bestehende „Gepäck“, das sie ins Untersuchungsfeld im ‚Süden‘ mitgebracht hatte, bei dortigen Begegnungen oft wenig hilfreich war. Ausgehend von dieser selbstreflexiven Erzählung ihrer Forschungspraxis problematisiert Husseini de Araújo völlig zu Recht den Reigen der Fallstricke, die mit Begriffen wie „Theorien aus dem Süden“ einhergehen. Im Ergebnis schlägt sie vor, den Begriff des Südens fallenzulassen und das Vorhaben, mit einem „euro-, west- oder nordzentrischen Verständnis von globaler urbaner Entwicklung“ zu brechen, stattdessen als „translokale Theoriebildung“ zu bezeichnen. Da sie den Charakter eines solchen Konzeptes nicht weiter erörtert, ist es für mich kaum möglich, auf diesen Vorschlag zu antworten.

Gleichwohl erscheint es mir verfrüht, die *Southern-Theory*-Perspektive durch „weniger belastete“ Konzepte zu ersetzen. Eher sehe ich die Notwendigkeit, sie zu präzisieren, um damit verbundene Probleme zu entschärfen. Denn die Notwendigkeit, dem „theoretischen Verschweigen der Städte des globalen Südens und Ostens“ (Peck 2015: 170) und der „asymmetrischen Ignoranz“ (Robinson 2003: 275) der euroamerikanischen Stadttheorie entgegenzuwirken, hat sich keineswegs erledigt. Beispielsweise halten es Anne Huffschmid und Kathrin Wildner (2013: 17 f.) selbst bezogen auf urbane Prozesse in Lateinamerika, die in den *urban studies* viel komplexer analysiert wurden als etwa jene in Afrika, noch immer für angebracht, die Perspektive zu dezentrieren und „Städte vom globalen Süden her zu denken“. Denn theoretische und methodologische Zugänge der lateinamerikanischen Stadtanalyse stellen bis heute eine weitgehende Leerstelle in der international etablierten Theorie dar, obwohl sie „übergreifende Achsen und Fokussierungen“ (ebd.: 19) enthalten, die sich anderswo fruchtbar machen ließen.

In einer Diskussion der auch von Husseini de Araújo angeführten Plädoyers für „Southern theory“ (Connell 2007), „Epistemologies of the South“ (Santos/Meneses 2009) und „Theory from the South“ (Comaroff/Comaroff 2011) kommt der brasilianische Soziologe Marcelo Rosa (2014) zu dem ernüchternden Ergebnis, dass darin ‚Theorie‘ und ‚Süden‘ sehr unterschiedlich miteinander verknüpft werden: „[E]s wird klar, dass in diesen Arbeiten nichts Einheitliches ist, das es uns erlauben würde, sie ohne Bedenken als Werkzeug zu benutzen“ (ebd.: 14). Denn die „Spuren des Südens“ verstreuen sich dabei auf Praxistheorien bei den Comaroffs, auf nichtwissenschaftliche epistemische Praktiken bei Santos/Meneses und auf lokale Soziologien bei Connell, verweisen also jeweils auf spezifische Qualitäten von Theorie, die an den Süden gekoppelt werden. Eine sinnvolle Kategorie kann ‚Southern Urbanism‘ aus meiner Sicht aber nur dann sein, wenn damit keine essenzialistischen Aussagen zu einer spezifischen Qualität von Theorie und Methodik, von Stadt und ihrem Alltag, von Forschenden und ihrer Herkunft verbunden werden, sondern lediglich zu einer Kombination aus Perspektive, Verortung und Positionierung der urbanen Analyse und Theoriebildung.

Als Antwort auf die Frage, ob ‚Süden‘ gleichwohl als legitime und bedeutsame Kategorie gerettet werden sollte, schlägt Rosa vor, ihn im Sinne von

Boltanski und Chiapello (2003: 147 ff.) als kritisches Projekt zu etablieren, „das einen ‚neuen Geist' formen hilft, innerhalb dessen sich gegenwärtige Sozialwissenschaften entwickeln" (2014: 15). Ein solches Projekt begründete eine temporäre, hoch aktivierte Verbindung einer sozial, professionell, geografisch und kulturell diversen Gruppe von Akteur_innen, die gemeinsam eine Notwendigkeit darin sehen, „to bring the social processes taking place outside of Euro-America to the core of social theory; this must be done in a competent, symmetrical way, not merely as counterexamples or derivations on the great march toward the West" (ebd.). Im Rahmen eines solchen temporären Projekts bedeutete ‚globaler Süden' keine ontologische Kategorie, sondern eine „konzeptuelle Metapher, die globalen Raum im Interesse der Wiederinbesitznahme durch die Enteigneten reterritorialisiert" (Sparke 2007: 117). Insofern die Produktion von Theorie grundsätzlich sowohl raum-zeitlich verortet ist als auch anderswo angeeignet und neu kartiert werden können soll, verweist „Theorie des/aus dem Süden" (Roy 2014: 19) zwar auch, aber nicht nur auf einen geografischen Raum: „Der globale Süden ist überall, aber er ist immer auch irgendwo: nachvollziehbar, Gestalt geworden und hochgradig heterogen" (Sparke 2007: 117).

Ein solches, in der doppelten Bedeutung als Theorie ‚des' und ‚aus dem' Süden gefasstes Projekt suggerierte weder eine essenzielle Differenz zu Theoretisierungsformen des/aus dem Norden, noch würden darin Wissenschaftler_innen wegen ihrer geografischen Verortung oder Herkunft mit ‚Süden' gelabelt. Es wäre ein temporäres wissenschaftlich-politisches Projekt, um *urban studies* jenseits der „alten Kernländer der Theorieproduktion" (Peck 2015: 167) als Kritik an den Hinterlassenschaften und Ideologien des (Neo-)Kolonialismus und als emanzipatorischen Eingriff bezogen auf die Handlungsmacht jener Mehrheit der globalen Stadtbevölkerung zu etablieren, deren Lebensverhältnisse die hegemoniale urbane Wissensproduktion bisher marginalisiert oder stigmatisiert hat.

Endnote

[1] Englischsprachige Zitate wurden vom Autor übersetzt.

Autor_innen

Stephan Lanz betreibt Stadtforschung bevorzugt an disziplinären und institutionellen Schnittstellen zwischen Wissenschaften, Kultur und Aktivismus.
lanz@europa-uni.de

Literatur

Angotti, Tom (2006): Apocalyptic anti-urbanism. Mike Davis and his planet of slums. In: International Journal of Urban and Regional Research 30/4, 961-967.

Amin, Ash / Thrift, Nigel (2002): Cities. Reimagining the Urban. Cambridge: Polity Press.

Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Brenner Neil / Peck, Jamie / Theodore, Nick (2010): Variegated neoliberalism. Geograhies, modalities, pathways. In: Global Networks 10/2, 182-222.

Comaroff, Jean / Comaroff John (2011): Theory from the South. Or, How Euro-America Is Evolving Toward Africa. Boulder: Paradigm Publishers.

Connell, Raewyn (2007): Southern Theory. The Global Dynamics of Knowledge in Social Theory. Cambridge: Polity Press.

Cunningham, David (2007): Slumming it. Mike Davis' grand narrative of urban revolution. In: Radical Philosophy 142, 8-18.

Davis, Mike (2004): Planet of slums. In: New Left Review 26, 5-34.

Davis, Mike (2006): Planet der Slums. Berlin: Assoziation A.

Dussel, Enrique (2012): „Keine Angst vor den Pfingstkirchen". Ein Gespräch über die Aktualität der Befreiungstheologie. In: metroZones (Hg.): Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der Stadt. Berlin: Assoziation A, 25-40.

Heck, Gerda / Lanz, Stephan (2014): Religiöses ‚worlding' in der Stadt: Globaler Pentekostalismus in Rio de Janeiro. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt 134/135, 212-238.

Huffschmid, Anne (2014): From Padre Mugica to Santa Muerte? Liberation spirits and religious mutations in urban space in Latin America. In: Jochen Becker / Katrin Klingan / Stephan Lanz / Kathrin Wildner (Hg.): Global Prayers. Contemporary Manifestations of the Religious in the City. Zürich: Lars Müller Publishers, 392-407.

Huffschmid, Anne / Wildner, Kathrin (2013): Stadtforschung aus Lateinamerika. Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios. Bielefeld: transcript.

Kaltmeier, Olaf (2012): Methoden dekolonialisieren. Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens. In: ders. / Sarah Corona Berkin (Hg.): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften. Münster: Westfälisches Dampfboot, 18-44.

Lanz, Stephan (2014): Assembling global prayers in the city. An attempt to repopulate urban theory with religion. In: Jochen Becker / Katrin Klingan / Stephan Lanz / Kathrin Wildner (Hg.): Global Prayers. Contemporary Manifestations of the Religious in the City. Zürich: Lars Müller Publishers, 16-47.

Lanz, Stephan / Oosterbaan, Martijn (2015): Entrepreneurial religion in the age of neoliberal urbanism. Manuskript (zurzeit im Review-Verfahren).

Marx, Karl (1978): Thesen über Feuerbach. In: Marx-Engels-Werke, Band 3. Berlin: Dietz Verlag, 5-7.

Mayer, Margit / Künkel, Jenny (2012): Introduction. In: dies. (Hg.): Neoliberal Urbanism and its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, 3-26.

McFarlane, Colin (2011): The city as assemblage. Dwelling and urban space. In: Environment and Planning D/29, 649-671.

Ong, Aihwa (2011): Worlding cities, or the art of being global. In: Ananya Roy / dies. (Hg.): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden/Oxford: Blackwell Publishers, 1-26.

Parnell, Sue / Robinson, Jennifer (2013): (Re)Theorizing cities from the global South. Looking beyond neoliberalism. In: Urban Geography 33/4, 593-617.

Peck, Jamie (2015): Cities beyond compare? In: Regional Studies 49/1, 160-182.

Pithouse, Richard (2008): Review of Mike Davis' 'Planet of Slums'. http://housingstruggles.wordpress.com/2008/06/08/mike-davis-planet-of-slums/ (letzter Zugriff am 9.3.2015).

Robinson, Jennifer (2003): Postcolonialising geography. Tactics and pitfalls. In: Singapore Journal of Tropical Geography 24/3, 273-289.

Robinson, Jennifer (2011): Between Marx and Deleuze. Discourses of capitalism's urban future. In: Matthew Gandy (Hg.): Urban Constellations. Berlin: Jovis, 14-17.

Robinson, Jennifer (2013): 2010 Urban geography plenary lecture. The travels of urban neoliberalism. Taking stock of the internationalization of urban theory. In: Urban Geography 32/8, 1087-1109.

Ronneberger, Klaus (2013): Treasures squandered on heaven? In: metroZones (Hg.): Faith is the Place. The Urban Cultures of Global Prayers. metroZones 11. Berlin: b_books, 140-153.

Rosa, Marcelo (2014): Theories of the South. Limits and perspectives of an emergent movement in social sciences. In: Current Sociology 62/6, 1-17.

Roy, Ananya (2011): Postcolonial urbanism. Speed, hysteria, mass dreams. In: dies. / Aihwa Ong (Hg.): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden/Oxford: Blackwell Publishers, 307-35.

Roy, Ananya (2014): Worlding the south. Toward a post-colonial urban theory. In: Susan Parnell / Sophie Oldfield (Hg.): The Routledge Handbook on Cities of the Global South. London/New York: Routledge, 9-20.

Roy, Ananya / Ong, Aihwa (Hg.) (2011): Worlding Cities. Asian Experiments and the Art of Being Global. Malden/Oxford: Blackwell Publishers.

Santos, Boaventura de Souza / Meneses, Maria Paula (2009): As Epistemologias do Sul. Coimbra: Almedina.

Simone, AbdouMaliq (2011): The surfacing of urban life. In: City 15/3-4, 355-364.

Sparke, Matthew (2007): Everywhere but always somewhere. Critical geographies of the global South. In: The Global South 1/1, 117-126.

Streule, Monika (2014): Trend zur Transdisziplinarität. Kritische Einordnung einer ambivalenten Praxis qualitativer Stadtforschung. In: Forum Qualitative Sozialforschung 15/1, Art. 17.

Ukah, Asonzeh (2014): Redeeming urban spaces. The ambivalenc of buildung a pentecostal city in Lagos, Nigeria. In: Jochen Becker / Katrin Klingan / Stephan Lanz / Kathrin Wildner (Hg.): Global Prayers. Contemporary Manifestations of the Religious in the City. Zürich: Lars Müller Publishers, 178-197.

Magazin
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 129-134
zeitschrift-suburban.de

Terroranschläge in Frankreich seit 1995: ein postkoloniales Drama

Éric Macé

Die Terroranschläge im Namen von Al-Qaida im Januar 2015 in Frankreich können als ein postkoloniales Drama gedeutet werden: ein Drama zunächst im Sinne des Schocks, den die Gewalt und der Schmerz ausgelöst haben. Aber auch aus einem analytischen Blickwinkel – nämlich im Gegensatz zum Begriff der Tragödie. Während sich in der Tragödie auf der Grundlage göttlicher, ideologischer oder materialistischer Mechanismen ein Determinismus entfaltet, wird das Drama als Ergebnis eines Bündels kontingenter Beziehungen, Handlungen und Erfahrungen aufgefasst, die eigentlich nicht zu diesem Ausgang hätten führen sollen. Eine Deutung als Drama rückt die ‚relationale Konstruktion' in den Blickpunkt: Hier steht nicht mehr die Notwendigkeit des Ereignisses, sondern die Bedingungen seiner Ermöglichung im Zentrum der Frage – und dies sowohl auf der historischen und geopolitischen als auch auf der subjektiv-individuellen Ebene. Das Konzept ‚postkolonial' darf nicht mit der Idee einer kolonialen Kontinuität oder, was auf dasselbe hinausläuft, mit dem Konzept des ‚Neokolonialen' verwechselt werden. Ein koloniales Verhältnis setzt voraus, dass es Kolonialisierte und Kolonisierende gibt. Heute bestehen solche Verhältnisse nicht mehr – auch nicht zwischen Israel und Palästina, wo es sich eher um eine strafende Segregation handelt (durch die Eingrenzung in Gaza und die partielle Annexion und Besetzung im Westjordanland). Das Postkoloniale soll vielmehr als die Gesamtheit aller gegenwärtigen Machtverhältnisse verstanden werden, die aus der Kolonialisierung und der Entkolonialisierung hervorgehen (Hall 2007).

Für die hier besprochene Fragestellung sind die Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und den Staaten des Nahen Ostens und des Maghreb von besonderer Bedeutung. Allgemeiner betrachtet ist die postkoloniale Beziehung Bestandteil der Kosmopolitisierung der Welt bzw. der „glokalisierten", wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse der Zweiten Moderne (Beck 2004): Es gibt in der Welt der Zweiten Moderne kein ‚Außen' mehr, das sich den Rückwirkungen der globalisierten Handlungen und sozialen Beziehungen entziehen könnte (Beck 2002). Davon ausgehend ist es meines Erachtens möglich, sowohl die 1995 von der GIA (Groupe Islamique Armé[1]) angeordneten Anschläge in Frankreich als auch die mit Al-Qaida in Zusammenhang stehenden Anschläge

von 2012 und 2015 als Ergebnis des dramatischen Aufeinandertreffens zweier postkolonialer Handlungslogiken zu deuten. Dies sind einerseits Logiken, die zur Bildung eines revolutionären Dschihadismus im Nahen Osten und im Maghreb führen, und andererseits Logiken, die zu den sozialen und subjektiven ‚Karrieren' (im Sinne von Becker 1981) einer ultrakleinen Minderheit französischer Nachfahren postkolonialer Migrant_innen führen, die zu Dschihadist_innen in ihrem eigenen Land und gegen ihr eigenes Land geworden sind.

Die postkoloniale Fabrik des revolutionären Dschihadismus in Gesellschaften mit muslimischer Mehrheit

Die Hauptkonsequenzen der Kolonialisierung und Entkolonialisierung der arabischen Gesellschaften sind die Errichtung – im politikwissenschaftlichen Sinne – modernisierender Regimes autoritärer, nationalistischer, plutokratischer und/oder oligarchischer Prägung und Allianzen mit dem Westen, der so seine Energieinteressen verteidigt. Wie die ehemaligen Kolonialherren üben diese autoritären Regime ihre Macht aus, indem sie einerseits die Herausbildung einer Zivilgesellschaft verhindern, weil sie die Demokratisierungsbestrebungen der Mittelschicht als Bedrohung erachten, und andererseits jede Form des politischen Islams, das einzige potentielle Sprachrohr eines Volksprotests, gewaltsam unterdrücken. Somit lassen sie dem politischen Islam keinen Raum für eine modernisierende und demokratische Entwicklung. Nach dem Scheitern der arabischen Kriege gegen Israel haben diese Regimes *de facto* die palästinensische Sache aufgegeben und somit genau wie die westlichen Staaten die Politik der vollendeten Tatsachen des israelischen Staats stillschweigend gebilligt.

In der schiitischen Welt kann die islamische Revolution 1979 im Iran als erfolgreiches Ergebnis des politischen und ideologischen Widerstands in der schiitischen Welt gegen diese Allianz von autoritären Regimen des Nahen Ostens und dem Westen gedeutet werden. In der sunnitischen Welt hat die revolutionäre und militarisierte Bewegung des neoislamischen Dschihadismus, welche von Al-Qaida bereits 1987 gegründet wurde, sowohl die modernisierenden, autoritären Regimes als auch deren westliche (Saudi Arabien und die USA an erster Stelle, aber auch Ägypten) oder schiitische Alliierten (Syrien) als Gegner. In beiden Fällen werden die Motive dieser Bewegungen von einem tiefliegenden arabischen und muslimischen Ressentiment genährt, welches sich auf einen antisemitistischen und antiisraelischen Antizionismus stützt, der durch jede Verschärfung der Repression durch Israel gestärkt wird. Durch die Kombination von kurzfristigen (Sturz der lokalen Regierungen) und langfristigen Zielen (Schwächung der westlichen Unterstützung) hat sich dieser revolutionäre Dschihadismus in einen ‚asymmetrischen Krieg' gestürzt: einen von den antikolonialen Befreiungskriegen übernommenen Krieg des Schwachen gegen den Starken (Chaliand 2008) – insbesondere in Algerien gegen die Franzosen und in Afghanistan gegen die Sowjets. Er wird zu einem transnationalen ‚Krieg der Zivilisationen' gemacht, der von der Idee einer historischen Revanche im Maßstab von Jahrtausenden durch die Anhänger einer neoislamitische religiöse Ideologie angetrieben wird.

Symmetrisch dazu kann der größtenteils von jungen kosmopolitischen Menschen getragene ‚Arabische Frühling' von 2011 als die demokratische

Version des Aufstands gegen die aus der Entkolonialisierung entstandene autoritäre postkoloniale Ordnung gedeutet werden. Nun, da die Offensive des Dschihadismus den postkolonialen *Status quo* bedroht, haben die USA, begleitet von den anderen westlichen Staaten, die Vorzeichen des ‚Kriegs der Zivilisationen' akzeptiert und ihn in einen ‚Krieg gegen den Terror' umbenannt – eine Politik, die von den selbst oft terroristischen kolonialen Techniken des Gegenterrorismus und Gegenaufstandes herrührt (Scahill 2013). Dies hatte zwei Effekte: Einerseits wurden die autoritären Regime in ihrem Kampf gegen den politischen Islam gestärkt, auch wenn dabei die Zivilgesellschaft der ‚Arabischen Frühlinge' beseitigt wird (wie in Ägypten). Andererseits wurde der absolute ‚Kriegszustand' in Afghanistan und im Irak wiederbelebt. Die Konsequenz ist ein militärisches, wirtschaftliches, ethno-religiöses und ideologisches Chaos, welches zahlreiche Menschenleben kostet und dadurch das begünstigt, was hätte bekämpft werden müssen – und dessen direktes Ergebnis die Entstehung des Islamistischen Staates ist (Shaw 2005).

Das politische Ziel der antikolonialen Kämpfe war die Abschaffung der kolonialen Asymmetrie zugunsten einer symmetrischen wechselseitigen Anerkennung. Der revolutionäre Dschihadismus und der ‚Krieg gegen den Terror' radikalisieren jedoch die Spannungen, indem sie der westlichen postkolonialen Asymmetrisierung (Butler 2010) eine reziproke dschihadistische Asymmetrisierung entgegensetzen. In beiden Fällen ist das Leben der ‚Anderen' – das der ‚terroristischen' Bevölkerung einerseits und das der westlichen Bevölkerung und ihrer Alliierten andererseits – wertlos in einem Krieg, der keine räumlichen, zeitlichen, rechtlichen und technischen Grenzen mehr hat. Diese Radikalisierung lässt sich auch im paradigmatischen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern beobachten: Dieser war zunächst lange Zeit ein klassischer nationalistischer, antikolonialistischer Kampf gegen den Einfluss des israelischen Staates in Gaza und im Westjordanland. Die UNO sollte dabei als Schiedsrichter fungieren. Der Konflikt gleitet nun aber ohne westliche Reaktion immer weiter in Richtung eines ‚Kriegs der Zivilisationen' ab. Er wird ausgetragen zwischen dem ethno-religiösen, rassistischen Extremismus in Israel einerseits – ein Extremismus, der das Antlitz einer Politik des ‚geringsten Schadens' annimmt, bewaffnet durch das Recht und den technologischen Vorsprung (Weizman 2011) –, und dem ethno-religiösen, antisemitischen und antiwestlichen Extremismus in Palästina andererseits. Allgemein gesprochen – und ohne, dass es hier möglich wäre, einfache ‚Lösungen' für diese Verwerfungen zu erkennen – kann sehr wohl eine *Koproduktion* des revolutionären Dschihadismus beobachtet werden. Und zwar in der Art und Weise, wie die geopolitische postkoloniale Ordnung von den Gesellschaften des Nahen Ostens und denen der westlichen Gesellschaften definiert wird, wobei der Dschihadismus als eine der kosmopolitisierten Rückwirkungen der Beziehungen von Westen und Nahem Osten erscheint.[2]

Soziale und subjektive Werdegänge junger (postmigrantischer), postkolonialer Franzosen und Französinnen, die zu Dschihadist_innen gewordenen sind

Die Kehrseite dieses dramatischen Aufeinandertreffens ist, dass die französische Gesellschaft nicht nur die dschihadistischen Praktiken selbst

hervorbringt, sondern auch die Bedingungen ihrer Entstehung. Tatsächlich werden kaum junge französische Nachfahren postkolonialer Migrant_innen zu Dschihadist_innen. Jene, die es werden, teilen eine ähnliche Erfahrung mit der französischen Gesellschaft, die hart mit den Jugendlichen aus armen Verhältnissen umgeht und die weniger die gesellschaftliche Integration als die soziale ‚Desintegration' fördert: die Konzentration der Armut in einzelnen Stadtvierteln; ein elitäres Schulsystem, das durch Scheitern selektiert; eine lang währende Prekarität beim Eintritt in den Arbeitsmarkt; sowie eine kulturelle und subjektive Ghettoisierung, die zum Auftreten von marginalisierten Subkulturen führt (Lapeyronnie 2008). Hinzu kommt für die Nachfahren postkolonialer Migrant_innen die Erfahrung, jederzeit zum Opfer von Rassismus, Stigmatisierung und Diskriminierung werden zu können – wenn sie das nicht bereits wurden. Während sie diese Erfahrungen als ein ‚Problem' empfinden, das sie daran hindert, ein ‚normales Leben' zu führen, vermitteln ihnen die meisten medialen und politischen Darstellungen, sie selbst seien das Problem, sei es nun als Nachfahren von Migrant_innen, als Muslime oder gar als Individuen (Dubet et al. 2013). Diese Erfahrung kann bei manchen zu einem tiefen Unterdrückungsgefühl führen, welches das verstärken kann, was François Dubet bereits in den 1980er Jahren als die ‚Wut der Unterschicht' beschrieb, die keine politische Unterstützung durch die alten Traditionen des Arbeiterwiderstandes mehr erfährt (Dubet 1987). Diese ‚Wut' kann entlang einer sozialen und subjektiven ‚Karriere' aus Zwischenschritten, die umkehrbar sein können, zu einer Kultur des Ressentiments und zur narzisstischen Dekompensation führen – oft vor dem Hintergrund eines komplizierten familiären und emotionalen Lebens: Mangel an emotionaler Zuwendung, Gewalt, Aufenthalte in Pflegeheimen. Von dort eröffnen sich für einige zahlreiche Möglichkeiten zur Überschreitung der Normen von Leben und Tod – je nach kultureller und politischer Verankerung der einzelnen ‚Karriere' und den ‚Vorteilen' bei der eigenen Subjektivierung (Khoroskhavar 2014). Dies kann sich äußern in unkontrollierbaren, wütenden, an Wahnsinn grenzenden Gewaltausbrüchen und/oder in Delinquenz und Kriminalität und/oder sektiererischem muslimischen Neofundamentalismus und/oder politisch-religiösem neomuslimischen, antiwestlichen Radikalismus, verbunden mit einem mit Antizionismus verwechselten Antisemitismus.

Die Begegnung von Subjektivitäten, die meinen, ihren Tod besser gestalten zu können als ihr Leben, mit den Logiken des Dschihadismus ist nicht zwingend und bleibt extrem selten, denn es gibt viele gute Gründe für alle, die diese sozialen Erfahrungen teilen, *kein* Dschihadist zu werden und ein ‚normales Leben' anzustreben. Dennoch stehen diese ‚verfügbaren' Subjektivitäten im Zentrum der Strategien des Dschihadismus, der schon seit langem klassische und neue Methoden der Anwerbung, Rekrutierung, Ausbildung und Unterstützung für terroristische – am häufigsten selbstmörderische – Aktionen beherrscht. Diese Praxis ist seit der terroristischen Anwerbung von Khaled Khelkal durch die GIA bekannt, deren Ziel es war, während des algerischen Bürgerkriegs der 1990er Jahre[3] Druck auf Frankreich auszuüben und reicht bis zur Anwerbung von Mohamed Merah, Amedy Coulibaly und der Brüder Kouachi durch Untergruppen von Al-Qaida – ganz abgesehen von den nun noch hinzu kommenden Effekten der ‚vernetzten' Anwerbungsmethoden des Islamischen Staates.

Von einer Koproduktion zur anderen

Es wird nun deutlich, dass der ‚Krieg gegen den Terror' und die quasi-religiöse Verherrlichung der ‚Werte der Republik' als Antwort auf den ‚Krieg der Zivilisationen' weniger Lösungen als Teil des Problems Dschihadismus darstellen und seine Attraktivität weiter erhöhen. Diese Erkenntnis lässt mehrere Schlüsse zu: Einerseits sind alle ‚guten Gründe' dafür vereint, dass der Dschihadismus existiert und weiterhin rekrutiert. Andererseits bleibt dieses Engagement für den tödlichen Dschihadismus minoritär, so dass bei jedem Zwischenschritt dieser Logiken und dieser ‚Karrieren' der Schritt in den Dschihadismus verhindert werden könnte: durch die Koproduktion einer weniger ungerechten postkolonialen Ordnung. Hierfür sind Politiken der demokratischen Transition und der Umverteilung denkbar, wie etwa in Tunesien. Selbst in Palästina, Nigeria, Mali und anderen Ländern würden sie zur Entstehung einer Zivilgesellschaft führen, die die dschihadistische ‚Lösung' verhindern könnte. Dies wäre allerdings ein überaus umfangreiches Reformprogramm, was nachvollziehbar werden lässt, weshalb sich meist die ‚Lösung' in Form des ‚Kriegs gegen den Terror' durchsetzt. Andererseits muss an der Verhinderung dieser dschihadistischen ‚Karrieren' gearbeitet werden, und zwar durch konsequente Politiken gegen Stigmatisierungs-, Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen in Schule und Stadt. Ein solches Programm wäre durch und durch reformistisch. Es würde sich vom dem republikanischen Begriff der ‚Brüderlichkeit' inspirieren lassen und sich den Logiken der heute in Frankreich vorherrschenden „Bevorzugung sozialer Ungleichheit" (Dubet 2014) entgegenstellen. Und es sollte umgesetzt werden, bevor der größte Kollateralschaden – wenn nicht sogar das strategische Ziel – des dschihadistischen Terrorismus in Frankreich und überall im Westen eintritt: der Import des ‚Krieges der Zivilisationen' in die französische Gesellschaft durch die gemeinsame Aktion der dschihadistischen Radikalen, der rechtsradikalen Ethnonationalist_innen und der ‚republikanischen' Radikalen, die eine staatliche Gewalt fordern, deren Konsequenz der Niedergang der Zivilgesellschaft und der Demokratie wäre.

Übersetzung aus dem Französischen ins Deutsche:
Mélina Germes, Philippe Kersting, Nina Schuster und Andreas Tijé-Dra

Endnoten

[1] GIA, Groupe Islamique Armé (dt.: bewaffnete islamische Gruppe) bezeichnet die Gruppen, die nach der Annullierung der ersten freien Parlamentswahlen in Algerien 1992, bei denen die Islamische Heilsfront gewann, einen Bürgerkrieg ausgelöst haben (Anmerkung der Übersetzer_innen).

[2] Zum Begriff der Koproduktion von Gewalt und Unsicherheit durch die Akteure die sie bekämpfen sollten, siehe Macé 1997.

[3] Einige Jahre vor den Anschlägen Khaled Kelkals 1995 interviewte der deutsche Soziologe Dietmar Loch ihn in Vaulx-en-Velin im Rahmen einer Doktorarbeit über die Integration junger Franko-Maghrebiner. Dieses Interview wurde von der Tageszeitung *Le Monde* 1995 veröffentlicht, um den sozialen und subjektiven Werdegang dieses ersten französischen Dschihadisten, der gegen Frankreich handelte, zu veranschaulichen.

Autor_innen

Éric Macé ist Soziologe und Politikwissenschaftler.
eric.mace@u-bordeaux.fr

Literatur

Beck, Ulrich (2002): The terrorist threat: World risk society revisited. In: Theory, Culture & Society. 19: 39-55.

Beck, Ulrich (2004): Qu'est-ce que le cosmopolitisme? Paris: Aubier.

Becker, Howard (1981): Außenseiter: zur Soziologie abweichenden Verhaltens Outsiders. Etudes de sociologie de la déviance. Frankfurt am Main : Fischer, 1981.

Butler, Judith (2010): Raster des Krieges: Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt am Main: Campus.

Chaliand, Gérard (2008): Les guerres irrégulières: XXe-XXIe siècle. Guérillas et terrorismes. Paris: Gallimard-Folio.

Dubet, François (1987): La galère: Jeunes en survie. Paris: Fayard.

Dubet, François (2014): La préférence pour l'inégalité. Comprendre la crise des solidarités. Paris: Seuil

Dubet, François; Cousin, Olivier; Macé, Eric; Rui, Sandrine (2013): Pourquoi moi? L'expérience des discriminations. Paris: Seuil.

Hall, Stuart (2007): Quand commence le ‚postcolonial' ? Penser la limite. In: Identités et cultures. Politiques des Cultural Studies. Paris: Éditions Amsterdam.

Khosrokhavar, Farhad (2014): Radicalisation. Paris: Éditions de la MSH.

Lapeyronnie, Didier (2008): Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté en France aujourd'hui. Paris: Robert Laffont.

Macé, Éric (1997): Service public et banlieues populaires : une coproduction de l'insécurité. Le cas du réseau bus de la RATP. Sociologie du Travail, n° 4 (473-498)

Scahill, Jeremy (2013): Schmutzige Kriege: Amerikas geheime Kommandoaktionen. München: Kunstmann.

Shaw, Martin (2005): The New Western Way of War. Risk-Transfer and its Crisis in Iraq. Cambridge: Polity Press.

Weizman, Eyal (2011), The Least of All Possible Evils. Humanitarian Violence from Arendt to Gaza. London: Verso.

CC BY NC ND

Magazin
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 135-144
zeitschrift-suburban.de

Im Treibhaus wächst der Eigensinn

Methode(n), Migration und Widerstand [1]

Olaf Tietje

Studien zu Migration scheinen in den Sozialwissenschaften oftmals vor allem die „Inkorporation" (Levitt/Glick Schiller 2004: 1002, Übers. OT) der Migrant_innen in neue Länder zu rekonstruieren: Bewegungen werden zielorientiert und einseitig gerichtet gelesen. Anschließend an derartige Vorannahmen bleiben Analysen oftmals einem gewissen methodologischen Nationalismus verhaftet (vgl. Amelina 2010, Levitt/Glick Schiller 2004). Eigensinnige Praktiken und widerständige Handlungen bleiben beziehungsweise werden in der Folge derart homogenisierender Perspektiven zumindest in Teilen unsichtbar. Ebenso bleiben Beweglichkeiten, flexible Positionierungen sowie subversive Praktiken innerhalb von Macht- und Herrschaftsverhältnissen relativ unbeleuchtet.

Ausgehend von der Forschung zu meinem Dissertationsprojekt untersucht dieser Artikel Beweglichkeiten und die mit diesen verbundenen *methodologischen Möglichkeiten* in der andalusischen Stadt Almería und dem an ihr symbolisch festgemachten Regime der europäischen Migrationskontrolle. Dabei werde ich vor allem der Frage nachgehen, welche methodischen Voraussetzungen notwendig sind, um (unsichtbare) eigensinnige Praktiken und Widerstände rekonstruieren zu können. Dieses werde ich exemplarisch an der Besetzung einer Finca in Almería im Mai 2013 durch die dort irregulär beschäftigten marokkanischen Arbeiter_innen darstellen. Als eigensinnige Praktiken verstehe ich insbesondere solche, die in gewisser Weise dissident sind und etwas zur als normal verstandenen Ordnung Verschobenes entstehen lassen können, ohne dabei frei von strukturellen Komponenten oder eben auch Zwängen zu sein (vgl. Tietje 2015).

Flexibilität und Beweglichkeit

Die Grenze der EU schließt in der andalusischen Stadt Almería mit dem Mittelmeer an. Wegen der relativen Nähe zur spanischen Enklave Melilla auf dem afrikanischen Kontinent (ca. 190 km über das Mittelmeer) befindet sich die Stadt in einer landwirtschaftlich geprägten Region direkt an einer stark frequentierten Migrationsroute in die EU und aus ihr heraus.

Infolge der intensivierten Gemüseproduktion im Anschluss an globalisierte Absatzstrukturen benötigten die Produzent_innen in den letzten Jahrzehnten immer mehr flexible und vor allem ‚billige' Arbeitskräfte (vgl. Hartkemeyer 2007: 92 f., Tietje 2015). Mit dem Ende des Franquismus 1975 und dem Beitritt Spaniens zur EU 1986 stieg die Zahl der Migrant_innen vor allem aus Marokko in der Provinz deutlich an. Viele von ihnen begannen in der regionalen Landwirtschaft zu arbeiten (vgl. Hartkemeyer 2007: 96 f., Tietje 2015). Gegenwärtig arbeiten in der Provinz Almería in den 40.000 ha Treibhäusern beinahe ausschließlich Migrant_innen – viele von ihnen ohne gültige Papiere für die EU oder eine entsprechende Arbeitserlaubnis (vgl. Hartkemeyer 2007: 100, Tietje 2015).

Methode und Flüchtigkeiten – methodologische Flüchtigkeiten?

In diesem Grenzraum, in welchem die industrialisierte landwirtschaftliche Produktion eine der hauptsächlichen Bezugsmöglichkeiten von Lohnarbeit ist, werden verschiedene Konzepte von Flexibilität, Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zu ausschlaggebenden Faktoren für die Konstruktion des Forschungsfeldes – ebenso wie auch *Flüchtigkeiten*. Mit ‚Flüchtigkeiten' sollen an dieser Stelle vor allem die Schwierigkeiten thematisiert werden, die eine geografische Isolierung von Forschungsfeldern mit sich bringt (vgl. Marcus 1986: 178). Durch eine solche geraten nämlich andere räumliche und/oder zeitliche Zusammenhänge aus dem Blick.

Rekonstruktionen im Kontext irregulärer Arbeit und der ‚Illegalisierung' von Menschen vorzunehmen, bedeutet in einem Kontext zu forschen, der sich genau diesem weitestgehend entziehen will – und es eben auch können muss (vgl. Karakayali 2010: 266). Wissen über ein flüchtiges „soziales Feld" (Levitt/Glick Schiller 2004: 1009, Übers. OT) zu erzeugen, heißt auch, eine methodologische Herangehensweise zu entwickeln, die *unsichtbare* Aspekte rekonstruieren kann (vgl. Star 1991: 265 ff.). Entsprechend gilt es diese Flüchtigkeiten zunächst zu akzeptieren und im Weiteren nachzuzeichnen, um sie aufnehmen zu können. Im Kontext irregulärer Arbeit sind die Verhältnisse, in denen die jeweilige Lohnarbeit stattfindet, dementsprechend nicht bloß undokumentiert, sondern in der Folge auch unsicher, unsichtbar und zugleich flexibel – ohne wirklich beliebig zu sein (vgl. Mezzadra 2007: 183). Ausgehend von diesen Annahmen wird deutlich, dass weder die geografische Begrenzung des Forschungsfeldes (etwa als Stadt an der Grenze) noch seine zeitliche Begrenzung einen zufriedenstellenden Rahmen liefert. Die Thematiken halten nicht an und setzen aus, beziehungsweise werden an *dem einen* Ort sichtbar. Sie sind beweglich, bleiben es und bezogen auf Widerstände oder Eigensinnigkeiten gilt es, sich von den Akteur_innen und Aktanten an die (flüchtigen) Bruchlinien heranführen zu lassen (vgl. Hess/Tsianos 2010, Stephenson/Papadopoulos 2006, grundlegend Strauss/Corbin 1996).

Für das Beispiel der Besetzung, als ein möglicher Bruch, bedeutete das etwa, dass ich gemeinsam mit einem Gewerkschafter der SOC/SAT[2] aus Almería zu einer von marokkanischen Arbeiter_innen besetzten Finca im Umland der Stadt fuhr. Diese hatten sich dort als *Jornaler@s sin Patrón* (Tagelöhner_innen ohne Chef) zusammengeschlossen und die

selbstorganisierte Bewirtschaftung eines Teilbereichs der Finca eingeleitet. Der Besitzer dieser Finca war über Nacht verschwunden und hatte den ausstehenden Lohn der Arbeiter_innen von teilweise über acht Jahren mitgenommen. Die *Jornaler@s sin Patrón* sahen in der Besetzung die einzige Möglichkeit, zumindest an Teile ihres Lohnes zu gelangen. Im Verlauf der Besetzung verloren immer mehr Arbeiter_innen das Vertrauen in diese, beziehungsweise waren gezwungen sich an anderen Orten nach einer Lohnarbeit umzusehen. Bis schließlich nach etwa einem Jahr die Stadt die Wasserversorgung der Finca einstellte und damit das Projekt zumindest derzeit keine Perspektive mehr hat.

Um bei der Rekonstruktion dieser Brüche beweglich bleiben zu können, sind die in der Grounded Theory entwickelten Instrumente des *andauernden Vergleichens* und damit verbunden des *offenen*, *axialen* und *selektiven Kodierens* von besonderer Relevanz (vgl. Strauss/Corbin 1996). Wissen, Bedeutungen und Wahrheit entstehen durch Handeln in Interaktionen. Sie werden nicht von den Forscher_innen im Feld gefunden, sondern aktiv von ihnen mit hergestellt (vgl. Strauss/Corbin 1996: 8, Wagels 2013: 80). Basierend auf diesen Annahmen bilden nicht Theorien die Grundlage der Datenkonstruktion und Wissensrekonstruktionen, sondern die Daten bilden die Grundlage von Theoretisierungen. Durch ein solchermaßen bewegliches Vorgehen lassen sich an den Stellen, an welchen „bereits viel Wissen – in Form von Kategorien und Abstraktionen – besteht" (Wagels 2013: 81), Konzepte und Konstruktionen immer wieder neu kritisch hinterfragen. Auf diese Weise es möglich, auf *Unsichtbarkeiten* zu verweisen (vgl. Star 1991: 277ff.). Um erneut zur besagten Finca zurückzukehren, gilt es, nicht nur auf die vom Produzenten im Stich gelassenen, zum Teil illegalisierten und ausgebeuteten Migrant_innen zu fokussieren, sondern auch auf die *Jornaler@s sin Patrón* zu blicken, die auf der Suche nach Handlungsoptionen eigensinnig agierten.

Wollen wir als Forscher_innen methodische Ausschlüsse hinterfragen, unter anderem auch, um von dieser Warte aus widerständige Praktiken in einem Kontext kontrollierender Regierung zu rekonstruieren, sind die traditionellen Möglichkeiten der Feldforschung begrenzt (vgl. Marcus 1995: 96). Im Zusammenhang mit Migration wird so häufig auf als ‚kulturell' beschriebene Aspekte fokussiert. Gruppen werden gebildet, es wird homogenisiert und z.T. noch immer zumindest vordergründig viktimisiert (vgl. Hess/Tsianos 2010: 259). Die Akteur_innen im Forschungsfeld werden oftmals als isolierte Phänomene betrachtet (vgl. Levitt/Glick Schiller 2004: 1003, Marcus 1986: 168, 178, Nadai/Maeder 2005: 9).

Diesem Vorgehen stelle ich zwei grundlegende Aspekte gegenüber: Erstens soll es nicht darum gehen, geschlossene, als homogen und isoliert verstandene ‚kulturelle' Zusammenhänge zu konstruieren (vgl. Amelina 2010: 5ff., Marcus 1995: 96f.). Das Konzept des sozialen Feldes, wie es Peggy Levitt und Nina Glick Schiller skizzieren, liefert hier eine Folie. Ein solches Feld beschreiben sie als „Zusammenstellung multipler, miteinander verzahnter Netzwerke sozialer Beziehungen, über die Ideen, Praktiken und Ressourcen ungleichmäßig ausgetauscht, organisiert und transformiert werden" (Levitt/Glick Schiller 2004: 1009, Übers. OT). Dementsprechend geht es nicht darum, die verschiedenen Praktiken und Lebensweisen von Menschen in einem wie auch immer eingegrenzten Rahmen als ‚kulturell' zu konstruieren, sondern eben

diese vielfältigen und differierenden Positionen zu rekonstruieren (vgl. Nadai/Maeder 2005: 22). Zweitens ist es – auch im Zusammenhang von Ausbeutung im Kontext neoliberaler ‚Optimierung' industrieller Produktion – stark vereinfachend, lediglich auf viktimisierende Lesarten von Situationen zu fokussieren (vgl. Hess/Tsianos 2010: 247, Marcus 1986: 168). Vielmehr soll es mit dem Rückgriff auf die Praxis des andauernden Hinterfragens auch möglich sein, die eigensinnigen und widerständigen Praktiken der Landarbeiter_innen zu rekonstruieren (vgl. Hess et al. 2014: 14).

Vor diesem Hintergrund erscheint die *Multi-Sited-Ethnography* (MSE), wie sie von George E. Marcus 1995 zur Diskussion gestellt wurde, als eine erfolgversprechende Möglichkeit, den Bewegungen im Feld sowohl physisch als auch semantisch zu folgen (vgl. Marcus 1995: 106). Die MSE verlangt die privilegierte Position einer ethnographischen Perspektive zu hinterfragen und den Focus auf andere, ebenfalls rekonstruierbare Wissens- und Bedeutungsproduktionen jenseits der subordinierenden, zu lenken (vgl. Marcus 1995: 101). Es gilt eine wissenschaftliche Perspektive „von unten" (Haraway 1995: 83) einzunehmen, aber auch intersektionale Verschränkungen in den Fokus zu rücken: mensch ist nicht nur Landarbeiter_in, Frau *oder* Migrant_in. Dergestalt verweist eine intersektionale Lesart auf die verschiedenen Dimensionen von Wissens- und Bedeutungsproduktionen (vgl. Klinger/Knapp 2008).

Die methodologische Notwendigkeit, sich mit unterschiedlichen *sites* (Orten) auseinanderzusetzen und diese in die Forschung mit einzubeziehen, bedeutet laut Marcus, sich darauf einzulassen, den Spuren des Forschungsinteresses *zu folgen* und sich unter Umständen mit den Menschen, Dingen, Geschichten, Biographien, Metaphern oder – wie für das Beispiel der besetzten Finca – den Konflikten *zu bewegen* (vgl. Marcus 1995: 106 ff.). Diese *sites* bieten hierbei eine Möglichkeit, Grenzen oder zumindest begrenzende Punkte von Forschungsfeldern auszumachen, die in globalisierten Kontexten extrem ausfasern (vgl. Nadai/Maeder 2005: 10). Unter diesen Voraussetzungen ist das Forschungsfeld als eine Sammlung von Praktiken in unterschiedlichen und komplex miteinander verbundenen Orten zu lesen (vgl. Nadai/Maeder 2005: 11). Dennoch können auch hier schwerlich alle möglichen Orte in die Analysen aufgenommen werden, unter anderem da mensch wahrscheinlich nicht auf alle aufmerksam (gemacht) werden wird.

Entsprechend dieser Bewegungen werden sozialräumliche Perspektiven in der vorgeschlagenen Praxis der Forschung offensichtlich. Zugleich wird ebenfalls die Verknüpfung mit den von Anselm Strauss vorgeschlagenen ‚sozialen Welten' und ‚Arenen' deutlich. Die von ihm als kleinste soziale Einheiten bezeichneten kollektiven Akteur_innen (‚soziale Welten'), etwa die *Jornaler@s sin Patrón*, agieren innerhalb sozialer Arenen in Aushandlungs- und Konfliktprozessen (vgl. Strauss 1978). Entgegen einer positivistisch zugespitzten Lesart der Grounded Theory, welche eine gewisse Linearität normativer Erwartungen bezogen auf solche Produktionen zum Ausdruck bringt (vgl. Clarke 2012: 75 f.), soll daran anschließend von sozialer Positionalität und einer eher kartographischen Metapher ausgegangen werden (vgl. Clarke 2012: 76). Die von Georg E. Marcus in der MSE erfolgte Aufforderung, den Forschungsinteressen zu folgen (vgl. Marcus 1995: 106 ff.), klingt nach und nimmt – indem nicht-menschliche Aspekte (Aktanten) einbezogen werden (vgl. Clarke 2012: 101 ff.) – an *der relationalen Produktion von*

verschiedenen Räumen und Orten teil (vgl. Massey 1985: 12, Massey 1996: 80). Im Kontext der Finca ist hier zwischen den Treibhäusern zu unterscheiden, die von unorganisierten Arbeiter_innen und jenen, die selbstorganisiert von den *Jornaler@s sin Patrón* bewirtschaftet wurden. Ebenso gilt es zu rekonstruieren, welcher Raum durch die Verschiebung von den Arbeiter_innen zu den *Jornaler@s sin Patrón* sichtbar wird und die Frage zu stellen, welche möglichen Auswirkungen diese erzeugt. So bleiben zwar die Aktanten wie auch die Akteur_innen im Wesentlichen dieselben, es verändern sich aber in Teilen die sozialen Beziehungen, Praktiken und in Folge die Symboliken der Räume.

Die von Adele Clarke als ‚Postmodernisierung' der Grounded Theory entworfene Situationsanalyse steht in direktem Bezug zu diesen Produktionen (vgl. Clarke 2012) und fokussiert das Situative an Prozessen und Situationen, um auf diese Weise mithilfe von *maps*[3] eine intensivere Analyse, eine weiterführende ‚Öffnung' der Daten zu erreichen (vgl. Clarke 2012: 121). Ein entscheidender Teil dieser *maps* ist es, „Informationen, Annahmen und so weiter offenzulegen" (Clarke 2012: 123) und auf diese Weise die unsichtbaren Aspekte, die Leerstellen, sprachlosen Diskurse und flüchtigen Praktiken zu rekonstruieren beziehungsweise überhaupt auf jene Positionen in der Forschung zu stoßen (vgl. Clarke 2012: 124).

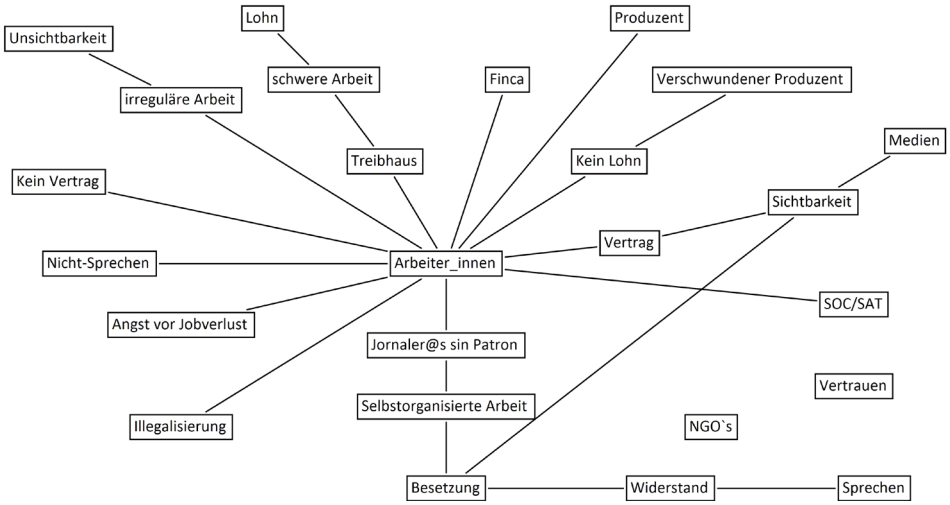
Mapping Resistance

Adele Clarke schlägt drei Haupttypen des *mappings* vor. Erstens die „Situations-Maps" (Clarke 2012: 124): Diese funktionieren zunächst als Strategie der Rekonstruktion von forschungsrelevanten Elementen und anschließend den Beziehungen zwischen diesen Elementen des Forschungsfeldes. Zweitens die *maps* von sozialen Welten/Arenen, mittels derer die „kollektiven Verpflichtungen, Beziehungen und Handelsschauplätze" (Clarke 2012: 124) analysiert werden. Und drittens die „Positions-Maps" (Clarke 2012: 124). Letztere beschreibt sie als eine Strategie, mit welcher Diskurse auf eine vereinfachte grafische Darstellung gebracht werden können, vor allem auch, um die „*nicht* zur Sprache gebrachten Positionen" (Clarke 2012: 124, kursiv original) rekonstruieren zu können. Diesen drei *Mapping*-Strategien können – ganz im Sinne der Grounded Theory – unterschiedliche Arten von Daten als Ausgangslage dienen (vgl. Clarke 2012: 124). Meiner Forschung in Almería etwa liegen teilnehmende Beobachtungen, narrative Interviews und Expert_inneninterviews zugrunde. Es wäre aber auch leicht möglich, andere Praktiken zur Konstruktion der Daten in das Verfahren zu integrieren.

Im folgenden Teil dieses Beitrags möchte ich ausschnitthaft eine Möglichkeit darstellen, die drei vorgestellten methodologischen Ansätze der Grounded Theory, MSE und Situationsanalyse zu verknüpfen. Für die Situations-Maps wurde intendiert, alle „analytisch relevanten menschlichen und nicht-menschlichen, materiellen und symbolischen/diskursiven Elemente" (Clarke 2012: 125) einer bestimmten Situation in eine *map* aufzunehmen. Für die Situation der Besetzung einer Finca im Mai 2013 in der Provinz Almería waren das unter anderem die Arbeiter_innen, der Produzent, Gewerkschaften, das Rote Kreuz, Treibhäuser, Verträge, Vertrauen, der Lohn sowie einige andere mehr (vgl. weiter unten Abb.1 und Abb.2).

Im nächsten Schritt wurden dann die Beziehungen der Aktanten und Akteur_innen zueinander rekonstruiert (vgl. Clarke 2012: 140 f.), wie beispielhaft in Abbildung 1 zentralisiert für die Arbeiter_innen als Linien dargestellt. Diese Analysen können dann etwa dadurch erweitert werden, dass weitere Beziehungen fokussiert werden. So wurde in Abbildung 2 beispielhaft die relationale Analyse auf die *Jornaler@s sin Patrón* zentralisiert, die zwar personell für die Situation beinahe deckungsgleich mit den Arbeiter_innen sind, für den Kontext aber eine andere Bedeutung erfahren. Dieses sollte für alle in der *map* enthaltenen Elemente durchgeführt werden und dabei so intensiv, wie es nützlich erscheint (vgl. Clarke 2012: 141). Folglich stellen die Abbildungen 1 und 2 keine Ergebnisse, sondern lediglich veranschaulichende Ausschnitte aus dem Prozess der Rekonstruktion dar. Ebenfalls sind die relationalen Situations-Maps – wie aus den vorherigen Ausführungen deutlich wird – lediglich einer von mehreren Auswertungsschritten, die immer wieder aufeinander und auf die Daten zurückbezogen werden müssen.

Die relationalen Analysen der *maps* haben so in der unterschiedlichen Fokussierung von Abbildung 1 zu Abbildung 2 die Ambivalenz von ‚Sprechen' und ‚Nicht-Sprechen' besonders deutlich hervorgehoben. Ebenso werden durch den verschobenen Fokus variierende Beziehungen von ‚Sichtbarkeit' und ‚Unsichtbarkeit' mit den jeweiligen Akteur_innen und Aktanten lesbar. Dieses Vorgehen ermöglicht bspw. *Unsichtbarkeit* als diskursives Element illegalisierter Arbeiter_innen als direkten Widerspruch



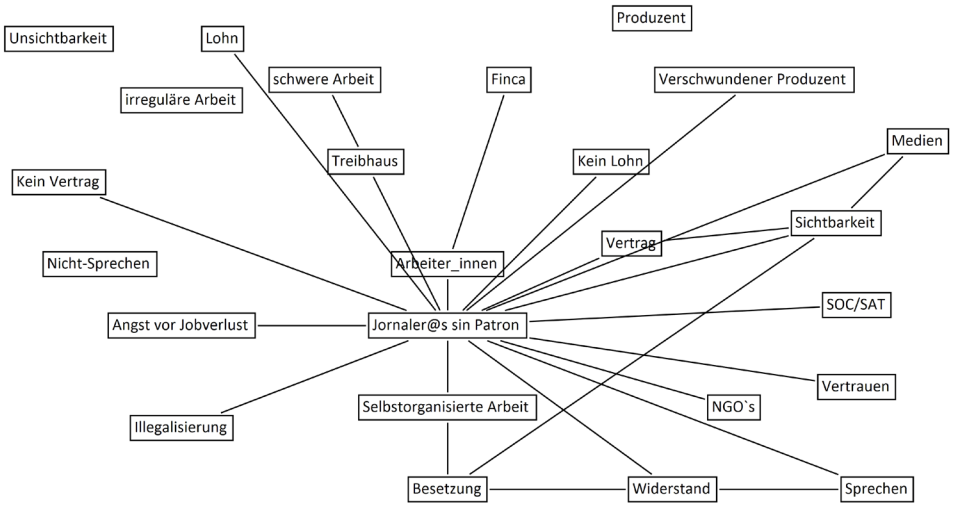


Abb. 1 Relationale Analyse einer Situations-Map: Arbeiter_innen (Quelle: Eigene Daten).

Abb. 2 Relationale Analyse einer Situations-Map: Jornaler@s sin Patrón (Quelle: Eigene Daten).

zur medienwirksam inszenierten Besetzung der Finca durch die Gruppe *Jornaler@s sin Patrón* in Zusammenarbeit mit der radikalen Gewerkschaft SOC/SAT zu lesen. Die Besetzung der Finca und die mit ihr verbundenen eigensinnigen Praktiken der Arbeiter_innen – bezogen auf die Aneignung von Raum, Produktionsbedingungen und damit verbunden der Produktion einer Sprecher_innenposition – produziert(e) Sichtbarkeit.

Die Methode der MSE sah in diesem Zusammenhang vor, dem konkreten Konflikt zu folgen (vgl. Marcus 1995: 110). Dementsprechend habe ich auf der besetzten Finca Interviews und teilnehmende Beobachtungen durchgeführt, welche wiederum für die Rekonstruktion der Situation eine spezielle Bedeutung produzieren konnten. Weitere *sites* waren unter anderem Gewerkschaftsbüros und Beratungsgespräche der SOC/SAT in Almería, El Ejido, San Isidro und Nijar, sowie Wohnzusammenhänge der Arbeiter_innen und andere Fincas. Aber auch einzelne Arbeiter_innen, ihre Lebensgeschichten, die Geschichte der SOC/SAT und der Migration nach Almería beziehungsweise ins ‚Plastikmeer': *Sites* sind nicht bloß physisch, sondern auch semantisch zu lesen. Zur Analyse der auf diese Weise produzierten Daten bot die Grounded Theory Werkzeuge an. Vermittelt durch die Situationsanalyse und die Forschungspraxis der *maps* ließen sich anschließend *Zwischenräume* lesen, welche in den Positionen jenseits von Identitätspolitiken rekonstruierbar waren (vgl. Clarke 2012: 166): Mit der Besetzung öffnete sich zum Beispiel ein solcher Zwischenraum, der auf der einen Seite die Ausmaße der Ausbeutung verdeutlicht, auf der anderen Seite aber auch auf eigensinnige Praktiken verweist. Weiter entwickelten sich mit und aus der Besetzung Dynamiken und Verbindungen in der als ‚Meer aus Plastik' bezeichneten Umgebung Almerías (wie auch in der Stadt selbst), die sich sowohl zeitlich als auch örtlich weit auseinander bewegen und auf die Brüche in der andauernden (Re-)Produktion viktimisierender Erzählungen über migrantische Arbeiter_innen verwiesen.

In sozialen Räumen werden Anforderungen produziert, die von den Akteur_innen in einer Stadt Bewegungen verlangen. In Almería etwa verändert die Grenze der EU andauernd ihre Gestalt, wird unklarer und unsichtbarer, ohne dass dadurch ihre Auswirkungen indifferenter würden. Als Forschungsfeld lässt sich die Stadt bezogen auf Migration und die Arbeit der Migrant_innen weder räumlich noch zeitlich klar eingrenzen und verweist immer wieder auf Leerstellen und Zwischenräume, die aktivistisch gefüllt werden können und eigensinnigen Praktiken Raum bieten.

Nicht zuletzt verlangt das vorgeschlagene Vorgehen die zumindest zeitweilige physische Anwesenheit der Forscher_in im jeweiligen Kontext, um die Bewegungen zu erfahren – beziehungsweise selbst an deren Produktion mitzuwirken (vgl. Marcus 1995: 113, Nadai/Maeder 2005: 21ff., Wacquant 2014: 98). Im Anschluss an diese soziologisch-ethnographische Position ermöglicht die Reflexion der Forscher_in unter Anderem der im Forschungskontext entgegengebrachten Anti-, Em- und Sympathien die wichtige Möglichkeit, eigene Vorstellungen kritisch zu hinterfragen. Im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit Betroffenheiten, Ängsten, vorgefassten Vorstellungen und Irritationen (vgl. Wacquant 2014: 96f.) bietet sich die Chance, eine Brille abzulegen: In den Treibhäusern rund um und in der Stadt Almería wächst nicht nur Gemüse.

Endnoten

[1] Für die vielen kritischen wie auch inspirierenden Diskussionen über Methoden und Empirie möchte ich mich bei Miriam Trzeciak bedanken.

[2] SOC/SAT, Sindicato de Obrer@s del Campo/Sindicato Andaluz de Trabajador@s ist eine andalusische Gewerkschaft, die in Almería als einzige in den Bereichen informeller und atypischer Arbeit organisiert.

[3] *Maps* werden hier weniger als geografisches Bildwerk verstanden, denn als methodisch-kartographisches Instrument zur vertiefenden Analyse der Daten (vgl. Clarke 2012: 35) und daher wird der englische Ausdruck beibehalten.

Autor_innen

Olaf Tietje ist Soziologe. Er forscht u. a. zu Migration, Geschlecht, Grenzen und Gewerkschaften.
Olaf.Tietje@uni-kassel.de

Literatur

Amelina, Anna (2010): Searching for an appropriate research strategy on transnational migration: The logic of multi-sited research and the advantage of the cultural interferences approach. In: Forum Qualitative Sozialforschung 11/1, 46.

Clarke, Adele E. (2012): Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden: Springer VS.

Haraway, Donna (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt/Main: Campus.

Hartkemeyer, Tobias (2007): Marokkanische Arbeitskräfte in Almerías Gewächshäusern. Der wirtschaftliche Aufschwung einer marginalen Region und seine sozialen Kosten. In: Béatrice Knerr (Hg.), Vorweggenommene Erweiterungen. Wanderungsbewegungen aus Grenzgebieten in die EU. Kassel: Univ. Press, 85-120.

Hess, Sabine / Heimeshoff, Lisa-Marie / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (2014): Einleitung. In: Lisa-Marie Heimeshoff / Sabine Hess / Stefanie Kron / Helen Schwenken / Miriam Trzeciak (Hg.), Grenzregime II. Migration - Kontrolle - Wissen. Transnationale Perspektiven. 1. Aufl. Berlin: Assoziation A, 9-40.

Hess, Sabine / Tsianos, Vassilis (2010): Die Autonomie der Migration. Ethnographische Grenzregimeanalyse als Methodologie: Von der Ethnographie zur Praxeographie des Grenzregimes. In: Sabine Hess / Bernd Kasparek (Hg.), Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin: Assoziation A, 243-264.

Karakayali, Serhat (2010): Forschung über illegale Migration. Methodologische und theoretische Überlegungen. In: Sabine Hess / Bernd Kasparek (Hg.), Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin: Assoziation A, 265-279.

Klinger, Cornelia / Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.) (2008): ÜberKreuzungen. Fremdheit, Ungleichheit, Differenz. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Levitt, Peggy / Glick Schiller, Nina (2004): Conceptualizing simultaneity: A transnational social field perspective on society. In: International Migration Review 38 (3), 1002-1039.

Marcus, Georg E. (1986): Contemporary problems of ethnography in the modern world system. In: James Clifford / Georg E. Marcus (Hg.), Writing Culture. The Poetics and Politics of Ethnography. Experiments in Contemporary Anthropology. Berkeley: Univ. Press, 165-193.

Marcus, Georg E. (1995): Ethnography in/of the world system: The emergence of multi-sited ethnography. In: Annual Review of Anthropology (24), 95-117.

Massey, Doreen (1985): New directions in space. In: Derek Gregory / John Urry (Hg.), Social relations and spatial structures. Basingstoke: Macmillan, 9-19.

Massey, Doreen (1996): Politics and space/time. In: New Left Review (196), 65-84.

Mezzadra, Sandro (2007): Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe. In: Marianne Pieper / Thomas Atzert / Serhat Karakayali / Vassilis Tsianos (Hg.): Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri. Frankfurt: Campus, 179-194.

Nadai, Eve / Maeder, Christoph (2005): Fuzzy fields. Multi-sited ethnography in sociological research. In: Forum Qualitative Sozialforschung 6/3, 24.

Stephenson, Niamh / Papadopoulos, Dimitris (2006): Analysing Everyday Experience. Social Research and Political Change. Basingstoke: Palgrave.

Star, Susan L. (1991): The sociology of the invisibles. The primacy of work in the writings of Anselm Strauss. In: David R. Maines (Hg.), Social Organization and Social Process: Essays in Honor of Anselm Strauss. New York: A. de Gruyter, 265-285.

Strauss, Anselm L. (1978): A social worlds perspective. In: Studies in Symbolic Interaction 1, 119-128.

Strauss, Anselm L. / Corbin, Juliet M. (1996): Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz.

Tietje, Olaf (2015): Produktive Flexibilität und Eigensinn. Die Räume einer vergeschlechtlichten Segregation in der Agrikultur Andalusiens. In: Sonja Lehmann / Karina Müller-Wienbergen / Julia Elena Thiel (Hg.): Neue Maschen, alte Muster? Interdisziplinäre Perspektiven auf die Verschränkungen von Geschlecht und Raum. Bielefeld: Transcript, im Erscheinen

Wacquant, Loïc (2014): Für eine Soziologie aus Fleisch und Blut. In: sub\urban 2 (3), 93-106.

Wagels, Karen (2013): Über ein Denken von Zweigeschlechtlichkeiten hinaus - Struktur und Dynamik von Geschlecht aus der Perspektive von Grounded Theory. In: Mechthild Bereswill (Hg.), Geschlecht (re)konstruieren. Zur methodologischen und methodischen Produktivität der Frauen- und Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 80-97.

Magazin
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 145-152
zeitschrift-suburban.de

Vom Zentrum an die Peripherie und wieder zurück

Über die städtischen Distinktionspraktiken der alten Istanbul-Elite

Katharina Sucker

Der Begriff der Mittelklasse ist in Istanbul schon lange nicht mehr aktuell. Nichtsdestotrotz wird er weiterhin genutzt. Dabei ist die Gesellschaft nicht nur durch riesige Einkommensdiskrepanzen gekennzeichnet, sondern sie ist auch mehrfach horizontal fragmentiert. Verschiedene soziale Gruppen wetteifern bei gleicher Kaufkraft um das Erbe und um die zukünftige Identität Istanbuls, was zu einer immer stärker werdenden stadträumlichen Segregation mit immer komplexeren städtebaulichen und architektonischen Ausprägungen führt.

Bestimmend sind dabei die Abgrenzungsversuche der alteingesessenen säkularen Istanbuler Bourgeoisie, die vor sich vor allem gegen die islamisch geprägte Wirtschaftselite des Landes richten. Diese „neureiche" Elite hat sich, gefördert durch die neoliberale Wende der 1980er Jahre, in der Wirtschaftsspitze des Landes etabliert und findet heute in der Regierungspartei AKP ihre politische Repräsentation. Die Partei entstand aus den Rängen der ehemals durch die Verwestlichung Atatürks benachteiligten Bevölkerung des Hinterlands, die nun mit aller Kraft aus dieser (räumlich und sozial bedingten) Benachteiligung heraustritt. In punkto Lebensstil divergiert die alte von der neuen Elite vor allem durch ein völlig anderes Konsumverhalten. Obwohl beide Bevölkerungsgruppen wirtschaftlich gut aufgestellt sind, verschmäht erstere die Demonstration von Reichtum, während letztere ihren gesellschaftlichen Aufstieg stolz zur Schau stellt. Die alte Mittelklasse, welche das als vulgär empfindet, versucht dabei, durch ein Anpassen ihrer eigenen Ästhetik der Bescheidenheit, durch die sie sich von den „Neureichen" zu unterscheiden glaubt, Ausdruck zu verleihen. Dies tut sie jedoch nicht durch Verzicht, sondern durch einen feinen materiellen Puritanismus, welcher nicht selten kostspielige Materialien und Verarbeitungsmethoden erforderlich macht.

Die komplizierten Diskursinnovationen, welche so durch die alte Elite zustande kommen, macht sie dadurch in vielen Bereichen des kulturellen Lebens zur Avantgarde. Obwohl zusehends wirtschaftlich und politisch benachteiligt, gibt die alte säkulare Elite im intellektuellen Milieu den Ton an. Die Architekturavantgarde, von der hier die Rede sein wird, geht aus ihren

Rängen hervor, was nicht zuletzt an der gesellschaftlichen Verantwortung und Rolle liegt, die die Moderne den Architekten aufgetragen hat. Viele gut ausgebildete Architekten der modernen Schule sympathisieren daher mit den Vorstellungen und Aversionen der alten Elite. Als Erbe des westlich-modernen Lebens steht die innovative Architekturavantgarde heute nicht nur der neuen wirtschaftlichen Elite antagonistisch gegenüber, sondern auch der Regierung und der öffentlichen Baubranche.

In ihrem Diskurs verbindet die alte Elite die Neureichen mit Vulgarität und Kulturlosigkeit und schreibt ihnen so ein Profil sozialer Minderwertigkeit zu, das diese durch das Scheffeln von Geld kompensieren würde. Die Gier nach Geld wurde so zum Attribut einer unerwünschten Klasse und damit zu einem krankhaften sozialen Missstand erklärt. Weite Teile der alteingesessenen Istanbuler Elite zogen deshalb in den 1990er Jahren in andere Stadtteile, als ihre innerstädtischen Territorien, befähigt durch die steigende Kaufkraft der Neureichen, erobert wurden.

Im Jahr 1989 entstand daraufhin am nördlichen Stadtrand Istanbuls das Projekt Kemer Country, eine Wohnbausiedlung, die in utopischer Manier den Stadtflüchtigen der alten Elite eine Insel der Rettung bot. Kemer Country basierte auf der Idee des New Urbanism, welche zum Avantgardemodell des zivilisierten Lebens erhoben wurde, denn es befriedigte nicht nur die Abgrenzungswünsche seiner Bewohner_innen, sondern stellte durch Raumkonzept, Lage und Architektur auch eine sozio-kulturelle Selektion der Bewohnerschaft sicher. Die Siedlung bestand aus luxuriösen Villen, eingebettet in eine privat betriebene Parkanlage. Sie eröffnete denjenigen, die dort lebten, Sport- und Freizeitmöglichkeiten aller Art. Kemer Country markierte die Geburtsstunde der Istanbuler Gated Community.

Zehn Jahre später wurde die Gated Community, für die Kemer Country als eines der bedeutendsten Beispiele galt, an Istanbuler Universitäten viel und heiß diskutiert. Sie stand symbolisch für die Spaltung der Gesellschaft, zunächst nur in Arm und Reich, sowie für die Zersiedelung der Stadt und die Zerstörung des öffentlichen Raumes. Am meisten zitiert wurde dabei das Buch Setha Lows „Behind the Gates: Life, Security and the Pursuit of Happiness in Fortress America“ (Low 2003) und die Beschreibung Teresa Caldeiras (Caldeira 1999: 83):

> „… fortified enclaves are privatized, enclosed and monitored spaces for residence, consumption, leisure and work. The fear of violence is one of their main justifications. They appeal to those who are abandoning the traditional public sphere of the streets to the poor, the marginal and the homeless.”

Die Forschung nach 2008 zeigt jedoch mit ihrer endlosen Zahl an Definitionen und Kategorien, dass die Gated Community in Istanbul weder mit einer bestimmten Lage, noch mit einer bestimmten Architektur in Verbindung gebracht werden kann und dass die Käufer_innen aus allen Einkommensschichten und sozial-kulturellen Gruppen stammen. Umso interessanter ist es zu sehen, wie fest die Gated Community heute im Diskurs der türkischen Architekturavantgarde verankert ist.

Erstaunlicherweise gilt die Gated Community dort mittlerweile als die Antithese des zivilisierten Lebens. Heute wird ihr Name vor allem in

Verbindung gebracht mit dem jüngsten Appell an die Alteingesessenen, wieder in die Stadt zurückzukehren. Dabei ist es noch nicht allzulange her, seit es diese Leute aus der Stadt in den suburbanen Raum trieb. Wie kam es wohl zur Verunglimpfung eines Ortes, der erst kürzlich als neue Heimat erfunden worden ist, und wodurch ließen sich die Bewohner_innen von Kemer Country wieder zurück in die Stadt locken? Eine Antwort findet sich in den Jahren direkt nach dem Bau von Kemer Country. Der wirtschaftliche Aufschwung der 1980er Jahre ging in der Türkei mit der Gründung vieler Bau- und Immobilienfirmen einher, die nicht den Wünschen der alten städtischen Elite, sondern denen einer anderen Käufergruppe nachkam. Der Immobilienmarkt hatte sich um ein Segment erweitert, das die besserverdienende, regierungsnahe Mittelklasse bediente. In die ehemals bürgerlichen Stadtteile ergossen sich neue Investitionen.

Doch das Ausweichen der Alteingesessenen in den suburbanen Raum war im Zuge der territorialen Erweiterung nur ein Abgrenzungsmodel von kurzer Dauer. Schon nach wenigen Jahren setzte das Immobilien-Investment durch die neue Elite auch dort ein. Der dringende Wunsch, am New Urbanism teilzuhaben und so auch das zu bekommen, was den Bürgerlichen so begehrenswert erschien, hatte auf jene Gruppen der Stadtbevölkerung übergegriffen, die der eigentliche Grund für die Stadtflucht und die Geburt der Gated Community in Istanbul gewesen waren.

So wurde zu Beginn der 1990er Jahre damit begonnen, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Kemer Country ein kleines Waldstück zu roden, um eine Eigenheimsiedlung im Stil von Kemer Country zu errichten: Villen, eingebettet im Grünen, mit akkurat angelegter Wegeführung und Bepflanzung, privat betrieben und mit einem Zaun umgeben. Andere Projekte dieser Art folgten. Die von den Bewohner_innen von Kemer Country als prätentiös wahrgenommene neue Architektur bestand zunächst aus Replikas, die aufgrund stilistischer Inkohärenzen, überflüssiger Dekoration oder absurder Namensgebung als „schlechte Kopien“ bezeichnet wurden. So wurden zum Beispiel für die Eingangsbereiche der neuen Villen historisierende Elemente verwendet oder die Dachfirste mit osmanischer Ornamentik geschmückt. Solche ästhetischen Stilbrüche entlarvten die neuen Nachbarn trotz ihrer elitistischen Aspiration als nicht zugehörig zur westlich-puritanischen Welt der alt-bürgerlichen Elite. Im öffentlichen Raum gaben sich die Neuankömmlinge durch eine explizite Zurschaustellung ihrer Statussymbole zu erkennen: schwarze Range-Rover und Jeeps mit verdunkelten Fenstern, teure Uhren, Sonnenbrillen und Markenkleidung gesellten sich zur eklektizistischen Architektur ihrer Häuser und zeichneten ein Bild ostentativer Geschmacklosigkeit.

Veranlasst durch die Bezirksregierung, die größere Areale in direkter Nähe zu Kemer Country für Bauvorhaben erschloss, setzte rasch eine weiträumige suburbane Zersiedelung ein. Diese wurde von der Bezirksregierung noch weiter gefördert, indem sie großzügige Parzellierungen für die Grundstücke vornahm und die Mindestinvestitionsmarke im obersten Bereich ansetzte. Gab es im Jahre 1995 fünf private Siedlungen, so hatte sich ihre Zahl gerade fünf Jahre später weit mehr als verdoppelt. Nach dem Ausverkauf der besten Grundstücke präsentierte sich das ehemalige Waldgebiet am nördlichen Stadtrand als zusammenhangsloser Siedlungsbrei, der nahezu ausschließlich aus Gated Communitys bestand und den Raum zwischen

Abb. 1 Karte der Gated Communities im Stadtviertel Göktürk von 1995 (Quelle: IABR)

Abb. 2 Karte der Gated Communities im Stadtviertel Göktürk von 2009 (Quelle: IABR)

den einzelnen Projekten zu einer reinen Transitzone verkommen ließ (siehe Abb. 1 und 2). Schon bald stieg jedoch auch das Interesse an diesen räumlichen Überresten; sie wurden durch mehrstöckige Apartments aufgefüllt, welche sich zu dritt oder zu viert hinter einem privilegiert anmutenden, goldumrahmten Willkommensschild versammelten.

Für die Bewohner_innen von Kemer Country bedeuteten diese Entwicklungen nur eines: Der Traum von Suburbia war geplatzt. Heute haben das Urbane und das öffentliche Leben den Wunsch nach Intimität und Zurückgezogenheit abgelöst und locken die Stadtflüchtigen von damals wieder zurück ins Stadtzentrum. Motiviert sind jene aber vor allem durch die Schrecken der suburbanen Zersiedlung an der sie selber, obwohl sie dessen Pioniere waren, nicht beteiligt zu sein glauben. Dieser Schrecken ist es, dem heute eine fast fühlbare Sehnsucht nach der alten Heimat, der Stadt der Moderne, entspringt. Er ist es auch, der den jüngsten Architekturdiskurs in Istanbul prägt. Die Nostalgie des Lebens in der Stadt der Moderne speist sich aus dieser Antithese.

Die Wahrnehmung der avantgardistischen Architekturszene verbindet nicht nur die Geographie, sondern auch die weiträumige suburbane Bautypologie zusammen mit dem Eklektizismus und postmodernem Dekor zu

einem Schreckensbild: dem der Gated Community. Die Gated Community als Sinnbild der Gier und Prahlerei beherbergt heute jedoch eine weitere, im Verborgenen liegende, Antithese. Sie ist nämlich nicht nur ein mit konkreten Kontexten und Attributen ausgestattetes Phänomen der Forschung, sondern auch ein Symbol der Avantgarde und somit auch der alten Elite. Dieses Symbol trägt in sich die schmerzliche Erinnerung an die Aneignung durch eine „sozial minderwertige, unrechtmäßig zu Macht gelangte Klasse", und steht so, getränkt mit der Angst vor dem sozialen Abstieg, Pate für die Aversion vor dem „Kapitalismus für Jedermann". Die Ursache für ihre Aversion, die die alte Elite in der Vulgarität der Neureichen und der Maßlosigkeit der Regierung sucht, wird durch die Gated Community repräsentiert. Die Gated Community beim Namen zu nennen, ist der Versuch der alten Elite, die soziale Grenze wieder herzustellen und so neue Sicherheit zu gewinnen.

Die alte Elite überließ den suburbanen Raum den „Spekulanten" und gab sich dem Leben der Restaurants und Kaffeehäuser altbürgerlichen Ambientes hin. Die Urbanität im Zentrum der Stadt wird dabei als positiver Gegensatz zu der verbauten Enge am Stadtrand wahrgenommen. Trotz einer eigentlich höheren Siedlungsdichte scheint dabei die mit der Ästhetik der bürgerlichen Nostalgie versehene Dichte der Innenstadt eher den Vorstellungen von einer zivilisierten Stadtgesellschaft zu entsprechen. Der selbstverständliche Umgang mit dieser neuen Dichte, sie sogar zu genießen, demonstriert zudem, dass es trotz der städtischen Intimität möglich ist, Rücksicht auf die Nachbarn zu nehmen und dass dies ein soziales Attribut bestimmter Kreise ist.

Das von Swanke Hayden Connell 2009 entworfene Projekt „Bomonti Apartments" im Bezirk Şişli zelebriert die Rückkehr des alteingesessenen Städters in die Stadt. Es überrascht daher nicht, dass sich in „Bomonti Apartments" Zentrumsnähe, Urbanität und Dichte zu einem Bild der Stadt der 1940er Jahre verbinden, in denen Bomonti ein Vorzeigeviertel der damaligen Stadtplanung war. Die Architektur des Projekts erinnert an die planerischen Zeichnungen Henri Prosts, die er für eine Straße in direkter Nachbarschaft des Projekts angefertigt hatte, kurz nachdem er von Atatürk in das Amt des Stadtplaners berufen wurde. Und auch auf der Webseite des Projekts werden durch computergenerierte, scheinbar handgezeichnete Aquarelle modernistischer Städtebauszenen starke Assoziationen mit dieser Periode hervorgerufen. Eine solche Rückbesinnung auf die Moderne ist nur vor der Kulisse einer gescheiterten suburbanen Bewegung zu verstehen. Es ist der Versuch, wieder herzustellen, was zunächst in den 1980er Jahren im bürgerlichen Zentrum und dann 25 Jahre später am Stadtrand erneut verloren gegangen

Abb. 3 Henri Prost Zeichnung

Abb. 4 Bomonti Apartments, Straßenansicht (Foto: Katharina Sucker)

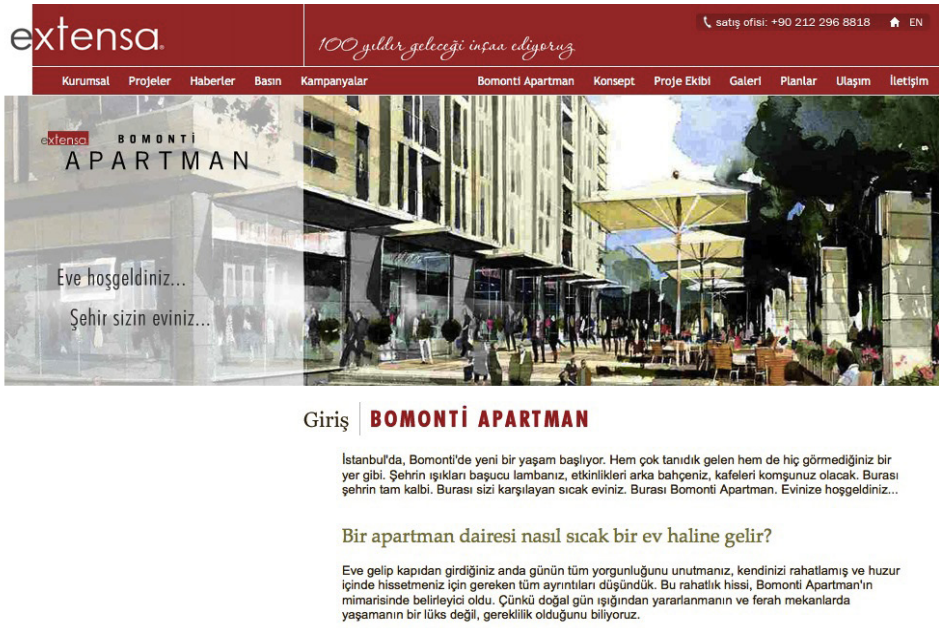


Abb. 5 Screenshot Bomonti Apartments

war – das Gefühl zu Hause zu sein. Ein Gefühl, das sich bei der alten Elite nur einzustellen scheint, solange das Bedürfnis nach Exklusivität befriedigt wird.

In einer Stadt, in der die Avantgarde rapide zum Mainstream verkommt und wo Territorien binnen kürzester Zeit von unerwünschten Nachbarn erobert werden, stellt sich dieses Gefühl, wenn überhaupt, nur für eine kurze Dauer ein. Noch bis in die 1970er Jahre wurde das Zuhause durch einen gestaffelten Wohnungsmarkt und eine fest daran gebundene Stellung in der Gesellschaft gewährleistet. Kam jemand aus bürgerlichen Kreisen, war es vom Einkommen – mitunter sogar nur vom Erbe – abhängig, ob er/sie sich ein Zuhause im angestammten sozial-räumlichen Umfeld sichern konnte. Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg einer neureichen, den bürgerlichen Traditionen und Gewohnheiten nicht entsprechenden Schicht, erweiterte sich jedoch die vertikale Organisation der Gesellschaft, in der jede_r bürgerlich war, die/der in einem Viertel der Besserverdienenden zu Hause war, durch eine horizontale Ebene. Menschen mit völlig anderen kulturellen Ansichten konnten sich die Viertel der Altbürgerlichen leisten. Von diesem Zeitpunkt an war es nicht mehr nur das Geld, das die soziale Zugehörigkeit gewährleistete. Komplexere Strategien der Abgrenzung, räumlich wie sozial, wurden erforderlich. Auf der Suche nach einem neuen Zuhause zog es die alte Elite zunächst an den Stadtrand, wo sie ihrer Angst vor dem Verlust der sozialen Identität durch räumliche Distanz Abhilfe schuf. Der neue Standort untermauerte die Abgrenzung durch eine geographische Distanz. Die suburbane Architektur von Kemer Country vervollständigte durch ihren visionären Stil nur noch die Aneignung des neuen Raumes.

Die eigentlichen Mechanismen der Abgrenzung, die diesen Prozess der Aneignung begleiteten, zeigten sich in ihrer Unausweichlichkeit jedoch erst bei dem erneuten Richtungswechsel. Die Rückkehr in die Innenstadt markiert daher nicht nur geographisch eine Wendung um 180 Grad. Sie verinnerlicht die doppelte Umkehrung der Utopie – die scheinbare Rückkehr zum Ausgangspunkt. Sie verkörpert jedoch keine wahre Rückkehr, sondern markiert eine immer feiner werdende gesellschaftliche Spaltung entlang antagonistischer Grenzen durch eine innovative Veränderung der Raumsymboliken.

Projekte wie Bomonti Apartments stehen nicht für eine bloße Rückkehr in die bürgerliche Stadt zu Zeiten der Republik. Trotz des Bezugs zur Vergangenheit stellt das Projekt einen völlig neuen Beitrag zum türkischen Architektur- und Stadtdiskurs dar, der sich aus der Abgrenzung von der Gated Community speist und aus einer Kombination alter und neuer materieller Anordnungen und Gewohnheiten herleitet. Bomonti, das Viertel, in dem das Projekt steht, ist auch nicht mehr das Bomonti, das sich die alte Elite ersehnt und an das sie sich zu erinnern glaubt.

Es ist dasselbe alte Viertel, das sie Anfang der 1990er Jahre verließ und das sich während ihrer Abwesenheit noch weiter gewandelt hat. Es ist hässlich, es ist nachverdichtet und seine Bewohner_innen kommen von überall her. Die Nostalgie allerdings gilt einem Bomonti, das weiter in der Vergangenheit liegt: einem Bomonti, dem die republikanische Vision der Stadtplanung zugrunde lag. Sie verändert die Ortswahrnehmung und lässt die mittlerweile stark verbaute Innenstadt in neuem, attraktivem Licht erscheinen.

Das Bedürfnis nach Nostalgie lässt die Immobilienpreise in den altbürgerlichen Bezirken in die Höhe schnellen. Doch auch hier setzen die Großinvestoren der neuen Utopie ein rasches Ende. Neben weitreichenden Flächensanierungen durch die öffentliche Hand und die gleichförmige Architektur vollverglaster Luxushotels in der Nachbarschaft kann sich Bomonti Apartments nicht behaupten. Vor allem aber hat es als privates Immobilienprojekt keinen Einfluss darauf, was sich außerhalb seiner Grundstücksgrenzen zuträgt. Steigende Grundstückspreise bringen neue, unerwünschte Investoren und schon bald wird das neu entdeckte innerstädtische Leben auch für die neue Elite zum Privileg erkoren. Das fortschreitende Absterben des öffentlichen Raumes und die Verdrängung der ehemals in Bomonti Gebliebenen lässt den Kampf um die Stadt nur allzu deutlich werden. Die Möglichkeit, sich den Raum anzueignen, beschränkt sich auf immer größer werdende Akteure im Immobilienmarkt und führt zur erneuten Marginalisierung des alten Bürgertums. Die maximale Erschöpfung der Raumresourcen durch privates Kapital und fehlende Investitionen in den öffentlichen Raum lassen die Grenzen, räumlich wie sozial, nur allzu deutlich hervortreten. Die Erfahrung von Kemer Country wiederholt sich.

Autor_innen

Katharina Sucker beschäftigt sich mit Diskursanalyse, Architekturtheorie und poststrukturalistischer Theorie.
urbanitiez@gmail.com

Literatur

Caldeira, Teresa (1999): Fortified Enclaves: The new urban segregation. In: Setha Low (Hg.), Theorizing the city. New Brunswick/ N.J.: Rutgers University Press.

Low, Setha (2003) Behind the gates: Life, Security and the Pursuit of Happiness in Fortress America. New York: Routledge.

CC BY NC ND

Magazin
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 153-164
zeitschrift-suburban.de

Das Unsichtbare sichtbar machen

Die *Networks of Dispossession* kartieren türkische Stadtentwicklungsprozesse

Yaşar Adnan Adanalı
Nina Gribat

Dieses Interview mit Yaşar Adnan Adanalı stellt das kollektive Datensammel- und Kartierungsprojekt *The Networks of Dispossession* (Netzwerke der Enteignung) vor, das die Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklungsprojekten und der Konzentration von Kapital und Macht in der Türkei untersucht. Wie im Verlauf des Interviews deutlich wird, ist das dem Kartierungsprojekt zugrunde liegende Verständnis von Enteignung sehr breit angelegt. Es bezieht sich auf den Verlust von natürlichen Ressourcen, Stadträumen, Nachbarschaften, Wohnungen und Leben als Folge von Stadtentwicklungsprozessen.

Die *Networks of Dispossession* umfassen drei Karten (mulksuzlestirme.org): Die erste Karte „Projekte der Enteignung" (siehe Abb. 1) deckt die Verbindungen zwischen privaten Unternehmen und Regierungsinstitutionen in der Türkei auf; die zweite Karte „Partnerschaften der Enteignung" (siehe Abb. 2) enthüllt die engen Beziehungen zwischen verschiedenen privatwirtschaftlichen Immobilienentwickler_innen, staatlichen Akteuren und Institutionen sowie Medienunternehmen; die dritte Karte „Enteignete Minderheiten" (siehe Abb. 3) untersucht, wie im Besitz von Minderheiten befindliche Immobilien, die von staatlichen Organisationen konfisziert wurden, über die Zeit den Besitzer gewechselt haben.

Rechenschaft abzulegen und Prozesse transparent zu machen sind zentrale Anliegen dieses Kartierungsprojekts. Die Daten, die zur Generierung der Karten genutzt wurden, stammen entweder aus öffentlich zugänglichen Quellen, wie zum Beispiel den Webseiten von Unternehmen, der Datenbank der Istanbuler Handelskammer oder dem Amtsblatt für Handelseintragungen, oder aus Sekundärquellen wie Zeitungsartikeln.

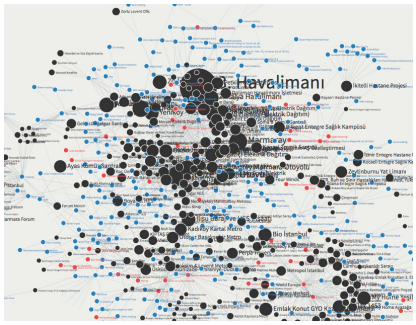


Abb. 1 Projekte der Enteignung (Ausschnitt)

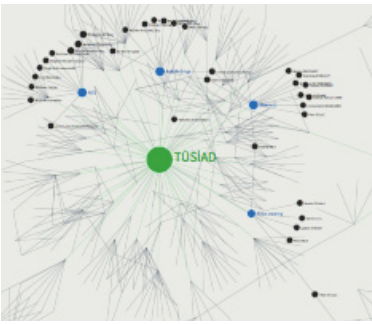


Abb. 2 Partnerschaften der Enteignung (Ausschnitt)

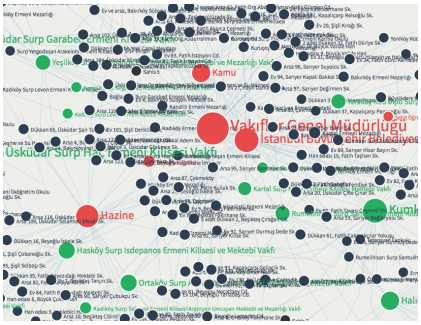


Abb. 3 Enteignete Minderheiten (Ausschnitt)

Nina Gribat (NG): *Wie entstand die Idee, die* Networks of Dispossession *zu kartieren?*

Yaşar Adnan Adanalı (YAA): Am Anfang des Gezi-Protests im Jahr 2013 begann eine Gruppe von Freunden – Burak Arıkan, ein Künstler, ich, ein Stadtforscher und Blogger, ein Paar Journalist_innen, Anwält_innen und Angestellte in Investmentfirmen –, über Stadtentwicklungsfragen zu sprechen, die uns interessierten und zu denen wir schon arbeiteten: Wer sind die Akteure der städtischen Transformation in der Türkei? Wer entwickelt die großen Stadtentwicklungsprojekte, die so viel Unbehagen in der Bevölkerung auslösen? Welche öffentlich-privaten Partnerschaften ermöglichen diese Projekte? Und warum erscheinen diese Projekte so unvermeidlich? Wir entschieden uns, zu diesen Fragen einen Workshop im Gezi-Park zu organisieren. Wir begannen unsere Diskussion mit dem Gezi-Park-Projekt – dem Vorhaben der Regierung, die Taksim-Baracken anstelle des Parks wieder aufzubauen, was auch der Auslöser für die Gezi-Proteste war. Dann setzten wir das Gezi-Park-Projekt in Beziehung zu anderen Stadtentwicklungsprojekten. Nach dem Treffen im Park haben wir uns online organisiert. Zunächst haben wir einen generellen Rahmen für unsere Untersuchung definiert. Alles, was wir dann zu tun hatten, war eine Datenbank zu generieren. Wir haben eine Tabelle angelegt und angefangen, Informationen zu sammeln über verschiedene Stadtentwicklungsprojekte und ihre jeweiligen Entwickler_innen. Dann haben wir angefangen, nach anderen Projekten dieser Entwickler_innen zu suchen.

NG: *Was können wir auf der Karte „Projekte der Enteignung" sehen?*

YAA: Da sind zunächst die Stadtentwicklungsprojekte zu sehen, sogenannte Megaprojekte – ‚mega' in Bezug auf die riesigen Summen von öffentlichen Investitionen, wie zum Beispiel die 22 Milliarden Euro für den neuen Istanbuler Flughafen (siehe Abb. 4), oder ‚mega' in Bezug auf die Auswirkungen auf die Stadt, wie durch die Umwandlung einer Nachbarschaft in eine Shoppingmall, oder ‚mega' in Bezug auf die ökologischen Folgen, wie im Fall des Baus einer großen Autobahn in einem Waldgebiet im Norden Istanbuls, oder ‚mega' im Sinne der riesigen kulturellen und symbolischen Bedeutung, wie bei den Plänen, die größte Moschee des Landes auf dem Çamlıca-Hügel zu bauen, die von überall in der Stadt sichtbar sein wird. In finanzieller Hinsicht wird diese Moschee nur ein Prozent des geplanten Flughafens ausmachen, aber in Bezug auf die symbolischen Auswirkungen wird sie vielleicht wichtiger sein. Je mehr ‚mega' diese Projekte sind, desto größer sind auch die Widersprüche und Konflikte, die sie erzeugen.

Abb. 4 Das größte Projekt der Karte: der dritte Flughafen Istanbuls (Ausschnitt)

Seit die AKP-Regierung 2002 an die Macht kam, ist das Wirtschaftswachstum in der Türkei stark abhängig von der Entwicklung des Bausektors. Die Türkei erfährt zurzeit eine städtische Transformation massiven Ausmaßes. Die erwartete Anzahl von Wohneinheiten, die in der Türkei abgerissen und neu entwickelt werden sollen, liegt bei ca. 7 Millionen, ein wesentlicher Teil davon befindet sich in Istanbul. In vielen Fällen werden ganze Nachbarschaften als (Stadt-)Erneuerungsgebiete ausgewiesen, dann abgerissen und neuentwickelt als bewachte Wohnanlagen (*gated communities*) oder Einkaufszentren. Ein Großteil des Stadterneuerungsprozesses in der Türkei ist geprägt durch

eine mangelnde Beteiligung der Bewohner_innen an diesen Prozessen und das Versagen von Regierung und Immobilienentwickler_innen, die Belange der Menschen, die in Stadterneuerungsgebieten leben, ins Zentrum zu rücken. Der Erneuerungsprozess in der Türkei ist ein Fall von Enteignung der mittleren bis unteren Mittelschichten durch Erneuerungsprojekte, die für den Profit geplant wurden, fast wie aus dem Lehrbuch.

NG: *Welche Stadtentwicklungsprojekte habt ihr kartiert und wo befanden sie sich?*

YAA: Wir haben Stadterneuerungsprojekte in den Außenbezirken und im Stadtzentrum von Istanbul kartiert. Außerdem haben wir kleinmaßstäbliche Wasserkraftwerke in ländlichen Gegenden kartiert, die zwar eine nachhaltige Energiequelle sein sollen, aber doch recht seltsame Entwicklungsprojekte im nördlichen Teil der Türkei sind. Man kann sie überall finden. Sie stellen einen extrem interessanten Fall von Enteignung dar, weil sie so stark von der Regierung als Teil der Umweltpolitik gefördert werden. Diese kleinen Wasserkraftprojekte erstrecken sich entlang der Flussläufe und leiten Wasser vom Flussbett in Röhren um, die im Zickzack den Berg hinunter und durch mehrere Turbinen geführt werden. Während das Wasser auf diesem Weg mehrfach Elektrizität produziert, verliert das Flussbett sein Wasser. Nur sogenanntes Überlebenswasser (*survival water*) fließt noch im Flussbett, sodass die Natur auch bekommt, was als ihr ‚fairer Anteil' verstanden wird. Es gibt Hunderte solcher Projekte und wir haben bemerkt, dass die Gegenden mit besonderem ökologischem Wert, in denen diese Wasserkraftprojekte umgesetzt wurden, sich in den letzten Jahren insgesamt radikal gewandelt haben. Die Dorfbewohner_innen haben ihre Wasserquelle verloren, der Vegetation und den Tieren wurde das Wasser entzogen. Die Firmen, die Wasserkraftwerke entwickeln und betreiben, bekommen auch das Recht, das Wasser, das sie benutzen, zu verkaufen. Am Ende können sie dieses Wasser abfüllen und am Markt verkaufen! Sie haben noch nicht damit angefangen, aber sie könnten. Darüber hinaus können diese Firmen mit den Emissionsrechten am internationalen Markt handeln, weil diese Form der Energieerzeugung erneuerbar sein soll. Das ist eine der problematischsten Formen von scheinbar ‚nachhaltiger' Entwicklung, die wir haben, und in diesen Dörfern hat sich eine der aktivsten Widerstandsbewegungen dagegen formiert.

Wir haben diese Kombination von Megaprojekten – bestehend aus Stadterneuerungsprojekten, Wasserkraftprojekten und Bergbauprojekten – nicht von Anfang an ausgewählt, auch wenn all diese Projekte eine direkte Auswirkung auf die Bevölkerung und die Umwelt und unsere städtischen und dörflichen Commons haben. Wir haben nicht zuerst Kategorien entwickelt und dann nach passenden Projekten gesucht. Wir haben mit dem Gezi-Park-Projekt angefangen und dann nach anderen Projekten gesucht, die von den gleichen Projektentwickler_innen bearbeitet wurden – und so wurden wir auf die Kombination von Projekten, die ich gerade beschrieben habe, aufmerksam. Wir hätten es auch andersherum angehen und mit einer umfassenden Liste von Projekten der Enteignung anfangen können, aber stattdessen haben wir mit der drohenden Enteignung eines Parks durch

die Überbauung mit einem Megaprojekt, dem Wiederaufbau der Taksim-Baracken, angefangen. Von dort hat sich die Karte ausgedehnt, bis sie diese verschiedenen Elemente einschloss.

NG: *Warum habt ihr euch entschlossen, Verbindungen von Stadt- und Regionalentwicklungsprojekten zu den Medien zu untersuchen?*

YAA: Während der Gezi-Park-Proteste war die Rolle der Medien einer der kritischen Punkte. Es war wirklich schwierig, ausgewogene Nachrichten über die Vorgänge zu bekommen. Ein sehr markantes Beispiel ist, dass CNN Türkei während des Höhepunkts von Gezi einen Dokumentarfilm über Pinguine gezeigt hat, während zum ersten Mal in der türkischen Geschichte etwas Außergewöhnliches in diesem Maßstab geschehen ist! Sie hätten ja noch nicht einmal eine Position beziehen müssen für oder gegen das, was passierte, aber sie hätten wenigstens tun können, was ein Nachrichtenkanal normalerweise tut: von den Ereignissen berichten. Es war so eine einmalige Gelegenheit, die Ereignisse zu verfolgen und von ihnen zu berichten – für jeden Nachrichtenkanal, für jede Zeitschrift: Millionen von Leuten waren auf der Straße! Nachrichtensender lieben solche Ereignisse normalerweise, aber auf CNN Türkei blieb es still. Andere Kanäle wie zum Beispiel NTV berichteten ebenfalls fast gar nicht über Gezi. Schließlich sind die Leute zu den Headquarters dieser Sender gegangen und haben dort protestiert. Die Forderung der Protestierenden war einfach: Wir werden hier nicht weggehen, bis ihr uns auf euren Sendern zeigt. In einer Liveshow sind dann die Fernsehjournalist_innen aus ihren Büros gekommen und haben gesagt: „Vor unseren Büros protestieren Gezi-Demonstranten, weil wir nicht über den Gezi-Park-Protest berichten." Die Leute haben sich durch die Besetzung des Nachrichtensenders ihr Recht zurück erkämpft, Nachrichten zu empfangen. Während der Gezi-Proteste waren die Medien ein riesiges Problem, weswegen wir entschieden haben, uns auch die Eigentumsverhältnisse im Bereich der Medien als Teil der *Networks of Dispossession* anzusehen. Wir wollten im Grunde wissen, ob die Firmen, die die großen Stadterneuerungsprojekte bauen, auch die wichtigen Nachrichtenkanäle besitzen.

Uns wurde klar, dass dies der Fall ist (siehe Abb. 5). Zum Beispiel wurde eines der Stadtentwicklungsprojekte, das Tarlabaşı-Erneuerungsprojekt, von der Firma durchgeführt, der auch eines der größten Medienunternehmen gehört, das wiederum vom Schwiegersohn des Premierministers und heutigen Präsidenten Erdoğan geführt wird. Wenn man alle türkischen Medien zusammennimmt und sich ansieht, wie sehr sie in die *Networks of Dispossession* verflochten sind, dann wird unmittelbar deutlich, dass es eine echte Krise der Demokratie gibt! Deswegen sage ich immer wieder, dass es in der Türkei eine städtische Krise gibt, die Hand in Hand geht mit einer demokratischen Krise.

NG: *Darüber hinaus habt ihr die Todesfälle kartiert, die in Verbindung mit den Stadterneuerungsprojekten auftraten. Kannst du ein bisschen darüber erzählen?*

YAA: Wir wollten die Arbeitermorde einbeziehen, um das Argument zu untermauern, dass die geschilderte Entwicklung nicht nur auf Kosten unserer

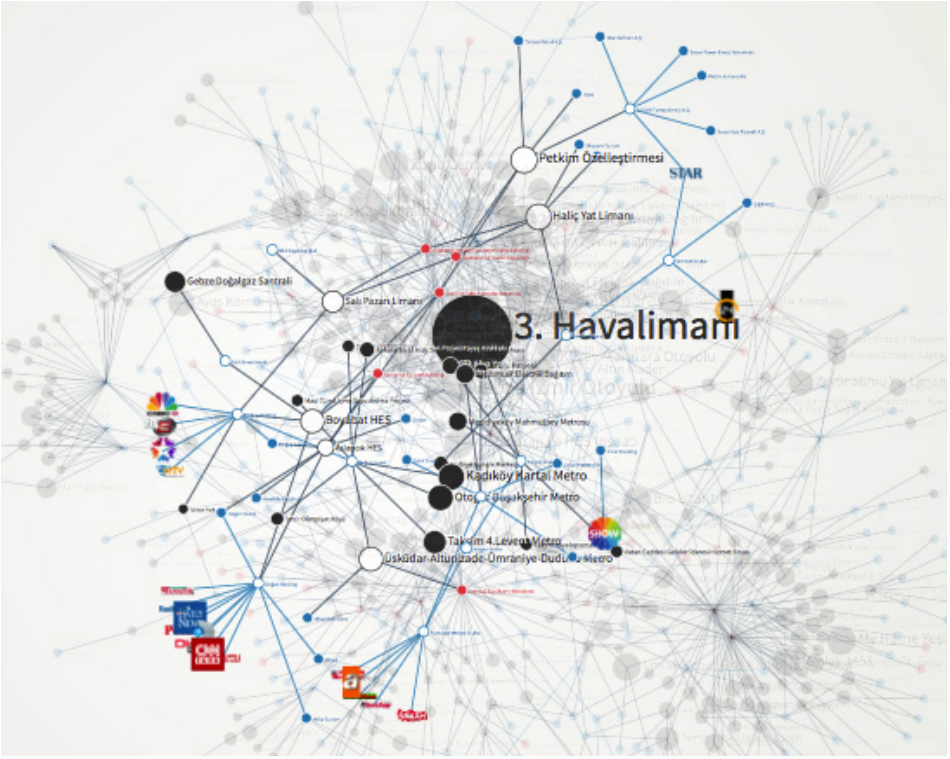
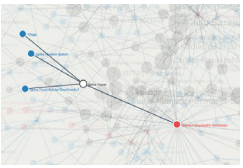


Abb. 5 Enge Verbindungen von Projektentwicklern und Medienunternehmen (Ausschnitt)

öffentlichen Räume und unserer städtischen und dörflichen Commons vonstattengeht, sondern auch Arbeiter_innen ihr Recht zu leben nimmt. Wir wollten dieses Argument sichtbar machen und haben deswegen die Projekte hervorgehoben, bei denen Arbeiter_innen während des Baus und aufgrund schlechter oder fehlender Sicherheitsbestimmungen ihr Leben verloren haben.

Wie wichtig das war, wurde im Mai 2014 während des Massakers im Bergwerk Soma deutlich. Der Bergbausektor, der in der Türkei zum Großteil als öffentlich-privates Partnerschaftsmodell organisiert ist, beutet die Arbeiter aus. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht und es gibt keine staatlichen Sicherheitsbestimmungen. Die Bergbaufirma hat den Mehrwert, den sie von den Minenarbeitern abziehen konnte, in Projekte im Zentrum von Istanbul investiert, etwa in den Bau des höchsten Wolkenkratzers der Türkei. Sie haben sogar behauptet, dieser Wolkenkratzer sei der „sicherste" in der ganzen Türkei, da sie als Bergbaufirma den besten Zement nutzen könnten. Da sie aber ihre Bergbauarbeiter nicht mit dem Besten von allem versorgt haben, verloren 300 von ihnen ihr Leben im größten Bergbauunfall der letzten Dekade. Ein Immobilienentwicklungsprojekt im Geschäftszentrum von Istanbul – das übrigens auch ein Enteignungsprojekt ist, weil es eine sehr umstrittene Baugenehmigung hatte – wurde also ermöglicht durch die Verbindung in eine kleine Bergbaustadt, in der die Firma im Prinzip 300 Leute tötete (Abb. 6). All das war nur möglich, weil die private Bergbaugesellschaft eine Partnerschaft mit dem türkischen Staat schließen konnte. Der Staat gab der Firma eine Garantie, so viel Kohle wie möglich aus dieser Mine zu kaufen, was für die Arbeiter eine Abwärtsspirale in Gang setzte.

Abb. 6 Der *Spine Tower* wurde von der Bergbaufirma gebaut, in deren Mine 300 Arbeiter bei einem Unfall ums Leben kamen (Ausschnitt)



NG: *Jetzt haben wir die Entwickler_innen, wir haben die Projekte, die Medien und die Arbeiter, die ihre Leben verloren. Du hast angefangen, die*

Verstrickungen des Staates anzudeuten. Kannst du die Rolle des türkischen Staates etwas näher erläutern?

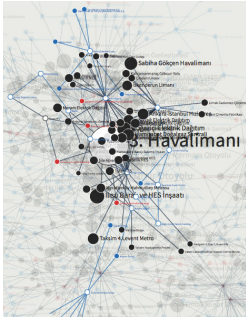


Abb. 7 Enge Verbindungen zwischen großen Baufirmen und öffentlichen Akteuren (Ausschnitt)

YAA: Zum Beispiel entwickelt die Behörde TOKI (wörtlich: Massenwohnungsbehörde des Premierministers) eine große Anzahl von Immobilienprojekten in Partnerschaft mit privaten Immobilienentwickler_innen, hauptsächlich bewachte Wohnanlagen (*gated communities*) für die mittlere und obere Mittelschicht in bevorzugten Wohnlagen und sogenannte Sozialwohnungsprojekte für die mittlere bis untere Mittelschicht in den Peripherien der Städte. Diese Projekte werden meist auf öffentlichem Grund und Boden durchgeführt und basieren auf einem Gewinnbeteiligungsmodell. Andere öffentliche Institutionen, wie bestimmte Ministerien oder städtische Verwaltungen, sind in unseren Karten auch prominent sichtbar, weil sie als Verbindungsglieder fungieren. Man kann zum Beispiel ein Cluster von Megainfrastrukturprojekten sehen, das von bestimmten Entwickler_innen geplant wurde, die in sehr enger Verbindung stehen mit der obersten Spitze der Regierung (siehe Abb. 7). Und die Regierungsakteure sind wiederum mit einer Gruppe von großen Bauunternehmen verbunden. Die Typen, die den großen Kuchen entwickeln, haben durch diese Partnerschaften Verbindungen zu den Typen, die die kleineren Kuchen entwickeln. Das zeigt die Karte „Projekte der Enteignung" (*Projects of Dispossession*).

Bei der Bekanntmachung der *Maps of Dispossession* in den sozialen Netzwerken verwendeten wir vor allem den Hashtag *#KentselDönüşümLobisi* (#Stadtentwicklungslobby) – Lobby bezog sich auf den Fakt, dass der Premierminister und seine Ratgeber_innen während der Gezi-Proteste scharf darauf waren, hinter den Protestierenden eine Lobby zu entdecken, wie zum Beispiel die deutsche Flughafenlobby oder die Lobby der US-Interessen. Der Premierminister und seine Berater_innen haben sich diese ganzen verrückten Argumente ausgedacht, was auch zeigt, dass sie keine Absicht hatten zu verstehen, was die Gezi-Protestierenden forderten. Unser Hashtag war eine Art auszudrücken, dass die Verbindungen, die sie bauten, in den *Networks of Dispossession* die wahre Lobby darstellten – eine Stadtentwicklungslobby.

NG: *Wie ist die Karte „Projekte der Enteignung" (*Projects of Dispossession*) organisiert?*

YAA: Sie ist nicht räumlich nach dem Standort der Projekte aufgebaut, sondern wenn man auf die Projekte klickt, kann man Informationen zu ihrem Standort bekommen. Die Kartierung des Netzwerks sollte die öffentlich-privaten Partnerschaften sichtbar machen, auf denen die Projekte beruhen und die sie auch untereinander verbinden. Durch diese Sichtbarkeit wollten wir eine öffentliche Diskussion anstoßen. Wir erhofften uns, dass Leute anfangen würden, die mangelnde Transparenz des Stadtentwicklungsprozesses in der Türkei zu hinterfragen. Unsere grundsätzliche Argumentation war, dass wir durch diese städtischen und ländlichen Entwicklungsprojekte einen Konzentrationsprozess der Macht und insbesondere der Entscheidungsprozesse und eine Konzentration von Kapital sehen könnten. Die folgenden Beispiele des Gezi-Parks und des Bezirks Tarlabaşı zeigen dies: Während wir unseren Park und Tausende Menschen ihre Nachbarschaft verlieren sollten,

machten andere Leute eine Menge Geld. Auch während die Istanbuler_innen mit dem EMEK-Kino ein denkmalgeschütztes Gebäude verloren, machten andere Leute Geld. Dieser Prozess der Enteignung wurde ermöglicht durch die Konzentration von Kapital und Macht, die sich dadurch weiter verstärkte. Es ist ein Prozess, der zu einer Entdemokratisierung beiträgt. Deswegen argumentieren wir, dass wir uns in einer Krise befinden – einer Krise, die während des Gezi-Park-Protests sehr sichtbar wurde. Wir haben es in der Türkei mit einer Vielzahl ökologischer und demokratischer Krisen zu tun, und unsere Karten zeigen die Verbindungen zwischen diesen scheinbar so unterschiedlichen Krisen auf sehr deutliche Art.

NG: *Neben der Projektkarte habt ihr noch ein paar andere Karten produziert. Kannst du mir mehr darüber erzählen?*

YAA: Ja, es gibt verschiedene Karten, weil wir durch die Methode der Netzwerkkartierung verschiedene Aspekte herausziehen konnten. Die zweite Karte fokussiert auf die Partnerschaften der Enteignung (*Partnerships of Dispossession*): Wir haben angefangen mehr zu den involvierten Firmen zu recherchieren – insbesondere den Gremien bzw. Ausschussmitgliedern. Wir sind die Handelszeitschriften und öffentlichen Datensätze durchgegangen, bis wir enthüllen konnten, wie die einzelnen Personen miteinander verbunden sind. Das ist wichtig, weil in vielen Fällen einzelne Individuen in verschiedenen Gremien und Ausschüssen sitzen. Die Entwicklungsfirmen gehören zu verschiedenen Trägergesellschaften, aber am Ende sind sie durch diese Einzelpersonen sehr eng verbunden.

NG: *Die Personen sitzen also in verschiedenen Positionen und so wisst ihr, dass das Netzwerk eng gestrickt ist?*

YAA: Ja, genau, das Netzwerk ist eng gestrickt und das hat weitere Folgen, weil diese Firmen alle im gleichen Sektor arbeiten. Theoretisch sollen sie miteinander im Wettbewerb stehen. Nachdem wir kartiert haben, wie eng diese Firmen miteinander verbunden sind, wissen wir, dass es im türkischen Bausektor fast ein Kartell gibt. Die zweite Karte zeigt das.

Die dritte Karte der enteigneten Minderheiten (*Dispossessed Minorities*) ist eng verbunden mit unserer Entscheidung, die Karten an einem bestimmten Ort auszustellen. Die *Networks of Dispossession* wurden im September 2013 auf der Istanbuler Biennale ausgestellt. Der Biennale-Ort, an dem wir ausstellen sollten, war eine alte griechische Schule. Diese Schule hat der türkische Staat der griechischen Gemeinschaft vor vielen Jahren weggenommen, ähnlich wie viele andere Immobilien von anderen nichtmuslimischen Gemeinschaften. Diese Gebäude wurden entweder vom türkischen Staat genutzt oder sie wurden privatisiert. Das ist eine andere Art von Enteignung und wir dachten es sei nötig, diese historische Lesart unseren Kartierungen der gegenwärtigen Enteignungsprozesse hinzuzufügen und zu betonen, dass diese aktuellen Partnerschaften zwischen Staat und Kapital in Beziehung stehen zu historischen Prozessen. In der Karte „Enteignete Minderheiten" kann man bestimmte Gebäude sehen und die Gemeinschaften, denen sie gehörten, wie auch die öffentlichen oder privaten Institutionen, denen diese

Gebäude heute gehören. Vor ein paar Jahren wurde ein Gesetz erlassen, das es einigen Gemeinschaften ermöglicht, ihre Liegenschaften zurückzufordern. Die Geschichte der Enteignung in der Türkei wird also irgendwie anerkannt. Natürlich ist das sehr schwer umzusetzen, etwa weil sich die Anzahl der Gemeindemitglieder stark reduziert hat, Gemeinden gänzlich verschwunden sind oder manche Gebäude schon abgerissen wurden. Trotzdem hat der Prozess der Rückforderung einen Weg geöffnet, und durch die Karte wollten wir an einem sehr symbolischen Ort unser Statement dazu abgeben.

NG: *Wer hat zu der Datenbank, auf der eure Kartierungen basieren, beigetragen? Wie viele Leute wart ihr und woher kamt ihr?*

YAA: Der innere Kreis bestand aus acht bis zehn Leuten, die von Zeit zu Zeit zusammenkamen und ihre Forschungsergebnisse austauschten. Dann hat es sich mehr zerstreut und die Leute haben hauptsächlich an ihren Schreibtischen gearbeitet. Wir haben einige Beiträge aus einem größeren Kreis von vielleicht 20 Leuten erhalten. Nachdem die Karten einen gewissen Stand erreicht hatten, haben wir ein paar Workshops veranstaltet, um Feedback zu bekommen. Dieser erweiterte Kreis hat auch einiges beigetragen. Die Leute kamen aus ganz unterschiedlichen Disziplinen, beteiligt waren Stadtforscher_innen, Anwält_innen, Investor_innen, Künstler_innen, Aktivist_innen und Journalist_innen. Unser gemeinsames Interesse brachte uns von unterschiedlichen Orten aus zusammen. Die Leute haben ihre eigenen Spezialisierungen und ihr Wissen eingebracht. Die Arbeit selbst erforderte keine besonderen Fertigkeiten oder besonderes Wissen – einfach nachzuforschen war schon genug.

NG: *Wie funktionierte die Übersetzung der von euch geschaffenen Datenbank in eine Karte?*

YAA: Es handelt sich im Grunde um ganz einfache Visualisierungen. Als Infrastruktur haben wir das Programm Graphcommons verwendet (http://graphcommons.org), das unser Kollege Burak Arıkan entwickelt hat. Es ist eine Open-Source-Kartierungsplattform, mit der man diese Art von Netzwerken aufbauen kann. Dann haben alle ihre Beiträge hinzugefügt. Wir hatten Journalist_innen im Team, die über die Karten geschrieben haben. Sie waren anonyme Mitglieder unseres Teams, die ihre Beteiligung verdeckt haben, die aber zu dem Projekt beigetragen haben, indem sie darüber berichteten. Wir hatten auch Leute dabei, die in Investmentfirmen arbeiteten. Sie wussten eine Menge über die Stadterneuerungsprojekte. Was diese Freunde beitrugen, kann man nicht „Insiderwissen“ nennen, weil alles auf öffentlichen Informationen basierte. Nach manchen Informationen hätte man einfach intensiver suchen müssen. Für jemanden, der schon Informationen hatte, war der Zugang dazu natürlich viel einfacher. Ich schrieb und war bereit, die Karten öffentlich zu promoten. All diese Elemente haben schließlich zusammengefunden und es hat geklappt…

NG: *Ihr habt also die Karten veröffentlicht und verbreitet. Wie wurden sie aufgenommen? Was passierte dann?*

YAA: Zuerst hat die Istanbuler Biennale geholfen, die Karten bekannter zu machen. Sie fragten uns, ob wir teilnehmen wollten. Ich war schon im Austausch mit dem Biennale-Team, nicht wegen der Karten, sondern wegen diverser anderer Dinge. Unser Künstlerfreund Burak kommunizierte auch mit ihnen. Als sie das Potenzial unserer Arbeit sahen, wollten sie uns eine Plattform bieten. Wir haben dann in unserer Gruppe diskutiert, ob es eine gute Entscheidung wäre, zur Biennale zu gehen, weil es schon ein relativ problematisches Megaevent ist. Wir behielten dabei aber all unsere Freiheit. Und wir zogen keinerlei finanziellen Nutzen aus unserer Biennale-Teilnahme. Wir waren uns über den Inhalt und die Wirkung dieser Arbeit im Klaren. Und wir dachten, wenn wir durch diese Plattform viele Leute erreichen können, könnten wir eine große Wirkung erzielen. Die Biennale wurde einfach ein Podium für das, was wir ohnehin schon taten. Wir haben nichts Neues produziert um der Biennale-Teilnahme willen. Das machte einen großen Unterschied, und deswegen haben wir uns entschieden, es zu tun. Durch die Biennale haben wir eine Menge positiver Rückmeldungen bekommen. Sogar die *Financial Times* hat über die Karten geschrieben und gesagt, es sei eine bahnbrechende Arbeit. Das war ein gewaltiger Erfolg für uns. Die *Financial Times* sollte ja immer auf der Seite des Kapitals stehen, hat aber doch unsere Wirkung erkannt. Die türkischen Zeitungen haben die Karten stark beworben. Das ermöglichte es uns, mit verschiedenen Gruppen zu sprechen. Erleichternd hinzukam, dass der Eintritt zur Biennale dieses Mal frei war.

Unsere Karten wurden zunächst als künstlerische Arbeiten gesehen, dann als Forschungsarbeiten, dann als politische Lobbyarbeit, dann als ein Stück Journalismus. Sie sprachen verschiedene Gruppierungen an: künstlerische Gruppierungen, die Mediencommunity, Journalistengruppen, die Bevölkerung, Aktivist_innen und Politiker_innen. Es gab Oppositionsmitglieder, die an den Untersuchungen zu den Korruptionsvorwürfen in Verbindung mit den Projekten, die wir kartiert hatten, beteiligt waren. Sie waren sehr an den Karten interessiert und an der Unterstützung unseres Projekts. Sie sendeten uns sogar noch zusätzliche Informationen und wirkten an der Verbreitung der Karten mit. Das lag natürlich zum Teil an der großen Sichtbarkeit, die wir durch die Biennale hatten. Aber ich glaube immer noch, dass selbst wenn wir nicht an der Biennale teilgenommen hätten, wir schließlich auch viele Leute erreicht hätten, weil der Verlauf der Geschichte die Karten einfach sehr sichtbar und wichtig gemacht hat.

NG: *Kannst du etwas über die allgemeine Wirkung der Karten erzählen?*

YAA: Wie schon gesagt hat unsere Arbeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen angesprochen. Darüber hinaus war sie eine Botschaft an manche der Entwickler_innen von Projekten, die schon oder noch nicht kartiert wurden. Die Karten machten ihnen deutlich: „Du kannst kartiert werden." Es war auch eine Botschaft an die Architekt_innen dieser Projekte, die selbst im Rampenlicht standen. Ich habe auf diversen Events, bei denen Architekt_innen gesprochen haben, bemerkt, dass sie unsere Kartierungen verbreiten. Architekt_innen, die auf diesem Markt aktiv waren, haben sich auf unsere Karten bezogen und ihr professionelles Umfeld gewarnt: „Ihr könntet auch hier drauf sein – passt auf."

Mit diesem Projekt wollen wir auf die öffentliche Diskussion einwirken und einen neuen, öffentlichen Zugang zu der Art erschließen, wie Stadtentwicklungsprojekte bisher diskutiert wurden. Für uns war es sehr wichtig, dass die Karten auf Daten basieren, auf Verbindungen und Sichtbarkeit, so dass jede_r weiß, dass wir nicht einfach spekulieren und rhetorisch anklagen. Wir können unser Argument auf Daten stützen. In Verbindung mit den Korruptionsanschuldigungen vom 17. Dezember 2013 wurden viele Menschen in Untersuchungshaft genommen, die auch auf unseren Karten auftauchen. Das heißt wohl, dass wir etwas gezeigt haben, das falsch gelaufen ist. Zu dieser Zeit gab es eine öffentliche Diskussion über diese Themen, und wir haben unseren bescheidenen Beitrag dazu geleistet. Unsere Karten haben uns ermöglicht zu argumentieren, dass die Korruptionsvorwürfe sich nicht nur darum drehen, dass Geld von einer Tasche in die andere wandert, sondern dass es sich bei dem, was gerade vor sich geht, um einen größeren Stadtentwicklungsprozess handelt, in dem die breite Öffentlichkeit enteignet wird: Enteignet werden ihre Häuser, ihre Wälder, ihr Wasser.

NG: *Wie kommt es, dass ihr die weitreichenden Folgen dieser Enteignungen nicht kartiert habt? Etwa Statements wie: „300 Familien haben ihre Häuser verloren…“*

YAA: Wir haben die Quellen mit solchen Informationen verlinkt, dort kann man sich über die Effekte der Enteignungen informieren. Wir wollten nicht zu deskriptiv werden und sagen: „Wegen dieses Projekts…“ Wir fanden das nicht nötig. Wir haben nur die Arbeitermorde mit aufgenommen, weil wir es sehr wichtig fanden, diese Aussage zu machen. Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir andere Effekte der Enteignungen, wie Zwangsräumungen, Gentrifizierung oder ökologische Schäden, noch nicht kartiert.

NG: *Was du über die Aufdeckung der Korruptionsfälle erzählst, hört sich erst mal optimistisch an – gibt es Anzeichen dafür, dass sich nun alles zum Besseren wandelt?*

YAA: Naja, das stimmt so nicht ganz. Ein paar Mal wollten uns die ganz großen Mainstream-Fernsehkanäle einladen, aber dann haben sie immer wieder davon abgesehen. Ich habe mich gefragt, ob sie jemand zurückgehalten hat oder ob sie Selbstzensur betrieben haben. Es ist wichtig zu verstehen, dass es in der Türkei zur Zeit unmöglich ist, einen konstruktiven öffentlichen Dialog zu führen, besonders seit Gezi, weil das Krisenmanagement der Regierung daraus bestand, binäre Gegensätze und Feindschaften zu etablieren, die den Anschein erwecken, als wäre das, was gerade in der Türkei geschieht, eine Art Kalter Krieg.

NG: *Ist das deine These oder die These der Regierung?*

YAA: Ich interpretiere die Reaktionen der Regierung als einen internen Kalten Krieg. Sie hat die Protestierenden auch offen als „Plünderer“ bezeichnet und behauptet, diese würden mit „geheimen internationalen Kräften im Untergrund“ zusammenarbeiten. Oder sie bringt Lobbyargumente vor: „Die Banker, die Finanzwelt, die Länder des Westens provozieren diese

sogenannten Bürger.“ Solche Verschwörungstheorien und polarisierenden Schwarz-Weiß-Bilder sind in der Türkei weit verbreitet.

NG: *Und ihr habt darauf reagiert, indem ihr etwas veröffentlicht habt, das nicht auf Spekulationen basiert, sondern auf Fakten.*

YAA: Ja, wir wollten die Diskussion von diesem Gebiet der starken Worte und der nichtfundierten Behauptungen wegbewegen und auf den Bereich von Daten und Fakten lenken. Zum Beispiel gab es einen Vorfall in den Nachrichten, und plötzlich fing die Regierung an zu behaupten, nackte Protestierende hätten auf eine Kopftuch tragende schwangere Gläubige gepinkelt - mitten am Tag. Das war eines dieser Fantasiebilder, die sie zu erschaffen versuchten, indem sie sagten, die Gezi-Proteste würden von einem Lynchmob getragen. In der Vergangenheit, vor nur ein paar Monaten, hätte man diese Leute noch für bedachte Journalist_innen und Politiker_innen gehalten, auch wenn sie auf der anderen Seite standen. Mit solchen Mechanismen versuchte die Regierung, die Gesellschaft zu spalten. Dabei sieht man auf den Videos ganz deutlich, dass es zwischen der vorbeigehenden Frau und den Leuten fast keinen Kontakt gab – es gab noch nicht einmal viel Protest! All diese riesigen Lügen: Die Kampagne der Regierung baute auf etwas auf, was selbst im ersten Moment unmöglich oder gänzlich verrückt klang. Wie konnte das passieren? Wenn du die Videos siehst, realisierst du, dass etwas völlig anderes passierte! Wir waren in dieser verrückten Situation, in der es sehr schwer war, die Leute zu erreichen – sogar mit Fakten.

NG: *Ist die Auswahl der Fakten, die ihr visualisiert, schon eine Art der Interpretation? Eure Karten zeigen manche Verbindungen stärker als andere – wie funktioniert dieser Mechanismus der Visualisierung?*

YAA: Als wir die Karten veröffentlichten, gab es eine Menge Gerede, warum wir dieses oder jenes Projekt nicht aufgenommen hatten – als ob wir versucht hätten, bestimmte Projekte oder Akteure zu verstecken. Unsere *Networks of Dispossession* sind weiter in Arbeit, sie können wachsen. Wir sammeln immer noch Daten und die zweite Version ist schon auf die doppelte Größe angewachsen.

In Bezug auf die Frage, wie die Darstellung funktioniert: Sie bezieht sich auf die Investitionssumme der Projekte – darauf, wie viel Raum sie in der türkischen Wirtschaft in Bezug auf ihr Projektbudget einnehmen. Wir bilden diesen finanziellen Wert über verschiedene Kreisgrößen ab. So kann man die kleinen und die großen Fische sehen. Man kann unterschiedliche visuelle Lesarten entwickeln. Es kann zum Beispiel eine Menge relativ kleiner Projekte geben, die alle vom gleichen Akteur entwickelt wurden – was heißt das nun am Ende? Oder man kann bestimmten Pfaden folgen, das ergibt auch ganz interessante Lesarten: Ein bestimmtes Projekt kann mit einem anderen verbunden werden, an das wir nicht denken würden, wenn wir die Verbindung nicht sehen würden. Die einfache Lesart funktioniert über die Größe der Projekte, wie sie miteinander verbunden sind und wohin einen die Verbindungen führen. Wenn man die Medien mit reinnimmt und die Verbindungen zu den öffentlichen Institutionen, wird es etwas komplexer.

Es wäre nicht fair, das als „pure Daten“ und nichts weiter zu bezeichnen. Natürlich gibt es eine Interpretation, aber die bleibt immer offen für weitere Interpretationen. Hineinzuzoomen oder herauszuzoomen ist auch ein Weg, sich die Karten anzusehen. Die Intensität der Verbindungen ist ein weiterer. Und die Art, wie manche Akteure als Verbindungsknoten agieren, eröffnet wiederum neue Interpretationen.

NG: *Denkst du, dass soziale Medien wichtig waren für die Wirkung eurer Karten?*

YAA: Ja, soziale Medien und normale Medien waren zentral, genau wie unsere Bereitschaft, im Fernsehen, im Radio und in den Nachrichten aufzutreten – all das hat geholfen, die Karten sichtbar zu machen. Und natürlich bietet jede_r beim öffentlichen Teilen eine bestimmte Lesart an, zumindest macht man einen Kommentar. Man zeigt den Leuten eine Richtung, die Karten zu lesen. Wenn es ein Ereignis in Verbindung mit einem bestimmten Projekt oder einem bestimmten Akteur gibt, kannst du in die Karte reinzoomen und das in der Karte zeigen. Damit bietest du zugleich einen Kontext der Enteignung an, wodurch dieses spezielle Ereignis eine viel systematischere Lesart gewinnt.

NG: *Yaşar, vielen Dank für das spannende Interview.*

Interview, Transkription, redaktionelle Überarbeitung und Übersetzung: Nina Gribat

Beteiligte

Yaşar Adnan Adanalı ist Stadtforscher, Aktivist und Blogger. Er arbeitet zur Zeit an Projekten, die räumliche Gerechtigkeit und städtische Demokratie fördern.
yasaradanali@gmail.com

Nina Gribat ist Stadt- und Planungsforscherin. Sie arbeitet zur Zeit an international vergleichenden Forschungsprojekten, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten, schrumpfenden Städten und den Studienreform/-revolten um 1968 beschäftigen.
nina.gribat@tu-berlin.de

CC BY NC ND

Magazin
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 165-166
zeitschrift-suburban.de

Schöneweide – neu collagiert

Ein künstlerisches Forschungsprojekt

Der dazugehörige Bild-Beitrag ist im HTML-Format auf der Seite der Zeitschrift zu finden.

Albert Markert

Der Berliner Stadtteil Schöneweide – einst AEG-Areal und Wiege der Elektrifizierung Berlins - war bis zur Wende einer der größten Industriestandorte Europas. Nach der Wende schlossen nahezu alle Industriebetriebe. Seitdem stehen die meisten Fabrikhallen leer. Seit einiger Zeit wandelt sich Oberschöneweide: Die Hochschule für Technik und Wirtschaft hat seit einigen Jahren hier ihren Hauptstandort; eine international expandierende Kunstgießerei hat eine neue Produktionsstätte eröffnet; der kanadische Rocksänger und Fotograf Bryan Adams plant, ein Kulturzentrum zum internationalen Austausch in einer der ehemaligen Produktionshallen zu etablieren. Seit einigen Jahren ziehen zahlreiche Designer_innen, Künstler_innen und Student_innen nach Schöneweide und prägen zunehmend das Erscheinungsbild des Stadtteils.

Die hier veröffentlichten Bilder von Albert Markert beschäftigen sich mit dem Wandel von Schöneweide. Entstanden sind sie im Rahmen eines fortlaufenden künstlerischen Forschungsprojektes. Sie werden von einem Computerprogramm per Zufall und automatisch generiert. Das Programm speist sich aus einer vom Künstler zusammengestellten Bildersammlung und wurde von Markert selbst programmiert. Die Sammlung umfasst ca. 1000 Bilddateien: historische Bilder zu Schöneweide, zumeist aus dem Internet; Fotografien des Künstlers zur gegenwärtigen Entwicklung von Schöneweide und Bilder von geplanten Stadtentwicklungs- und Bauprojekten, die die Zukunft von Schöneweide abbilden / zeigen. Das Computerprogramm collagiert aus dieser Bildersammlung jeweils zwei bis vier Bilder der Vergangenheit, der Gegenwart und Zukunft zu einem neuen Bild, basierend auf wechselnden Bildbearbeitungsfiltern. Die Bilder werden in einem festgelegten Rhythmus generiert, aus einem unendlichen und niemals versiegenden Strom von neuen Kombinationsmöglichkeiten. Der Künstler kann mit einem Mausklick das Programm anhalten und einzelne Bilder speichern. In einer Anordnung von 3x3 Bildern arrangiert er die computergenerierten Bilder für Ausstellungen oder Publikationen.

Das Projekt basiert auf der Idee, dass sich mit den Vorstellungen und Plänen für die Zukunft Schöneweides auch die Wahrnehmung und Interpretation

der Gegenwart und der Vergangenheit ändert. Und umgekehrt, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit – etwa dem Zwangsarbeiterlager in Niederschöneweide – die Wahrnehmung der Gegenwart und Zukunft von Schöneweide verändert.

Wir zeigen in dieser Ausgabe von s u b \ u r b a n die Schöneweide-Bilder von Albert Markert im Magazinteil und auf dem Titelblatt. Im Magazinteil werden neun 3x3 Bilder gezeigt, auf dem Titel ein Einzelbild.

Autor_innen

Albert Markert ist Künstler und Historiker. Er arbeitet zur Zeit bei Schöneweide Keativ als künstlerischer Leiter der Projektgalerie Schalterraum.
info@albert-markert.de

CC BY NC ND

Rezension
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 167-172
zeitschrift-suburban.de

Wenn „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“

Städtische soziale Bewegungen und Geschichte[1]

Rezension zu Armin Kuhn (2014): *Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt.* Münster: Westfälisches Dampfboot.

Lisa Vollmer

Ab Ende der 1960er Jahre befand sich die westliche Gesellschaft in einer Krise, in einer Übergangssituation im hegemonietheoretischen Sinne, in der „das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“ (Gramsci 2012 [1929 ff.]: H. 3, § 34, 354). Der alte hegemoniale fordistische Konsens begann zu bröckeln und ließ Raum für andere hegemoniale Projekte. Solche Übergangssituationen sind prinzipiell offen. Indem Armin Kuhn in seinem Buch einen hegemonietheoretischen Blickwinkel einnimmt, wird nachvollziehbar, dass und wie Geschichte *gemacht* wird, dass sie kontingent und umkämpft ist. Deshalb spielen soziale Bewegungen in solchen Übergangssituationen eine besonders große Rolle. Denn „Herrschaft lässt sich ohne Widerstand nicht denken, Widerstand nicht ohne das Gegenüber, gegen das er sich formiert“ (Kuhn 2014: 65). Kuhn beschreibt zwei im Kampf befindliche hegemoniale Projekte in der Offenheit der Krisensituation: Besetzerbewegungen und den Neoliberalismus. Den Hausbesetzer_innen ist immer wieder der Vorwurf gemacht worden, durch ihre Ideale der Selbstbestimmung und Autonomie die Neoliberalisierung vorweggenommen zu haben bzw. leicht vom Neoliberalismus vereinnahmbar gewesen zu sein. Werden aber soziale Bewegungen und ihre Akteure als aktive Ermöglicher der neoliberalen Erneuerung des kapitalistischen Herrschaftssystems dargestellt, werde, so der Vorwurf Kuhns, nur „die Hegemonie neoliberalen Denkens wider[ge] spiegelt und reproduziert“ (Kuhn 2014: 13). Denn so wird die scheinbare Alternativlosigkeit der Entwicklung unterschrieben, wo doch gerade die sozialen Bewegungen andere Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt haben.

Abb. 1 Titelseite des Buches (Quelle: Westfälisches Dampfboot)

Soziale Bewegungen nehmen neoliberale Denkmuster nicht vorweg, sondern stehen in einem wechselseitigen Prozess mit anderen hegemonialen Projekten. Mit dem symbolischen Jahr 1968 verschob sich die Kritik sozialer Bewegungen von der sozialen Frage der Arbeiterbewegung – der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital – zur Kritik an normierenden Mechanismen des fordistischen Staates. Folglich erweiterten sich auch die Felder des Protestes von der Fabrik und dem Büro zum Stadtteil, dem öffentlichen Raum und anderen Orten, an denen das staatliche Herrschaftsverhältnis spürbar war. Kuhn fasst die sogenannten neuen und städtischen sozialen Bewegungen als antifordistische Kämpfe zusammen. Sie stellen damit einen neuen

Protestzyklus (Tarrow 1983) dar, der sich aus der Ablehnung fordistischer Produktions- und Lebensweisen speist. Boltanski und Chiapello (2006) haben diesen Übergang mit den Begriffen Sozial- und Künstlerkritik belegt. Die neuen Strategien der Künstlerkritik, wie sie die neuen sozialen Bewegungen und mit ihnen die Besetzerbewegung verkörpern, setzten die Forderungen nach Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und das Experimentieren mit abweichenden Lebensweisen gegen die fordistische Hegemonie mit ihren Idealen des Normalarbeiterverhältnisses und der bürgerlichen Kleinfamilie. Zunächst traten Themen der Künstlerkritik in Verbindung mit sozialkritischen Forderungen auf und stürzten so, zusammen mit strukturellen Veränderungen wie der stärkeren Verbreitung der Hochschulbildung und der Zunahme von erwerbstätigen Frauen, den hegemonialen Konsens ‚Fordismus' erst in die Krise. Ein Beispiel für die von Kuhn postulierte Wechselwirkung zwischen sozialen Bewegungen und staatspolitischem Handeln ist die Erklärung für die spätere Dominanz der Künstlerkritik über die Sozialkritik: Die Proteste der frühen 1970er Jahre führten zu einer (kurzzeitigen) Ausweitung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und einer Erhöhung des Lohnniveaus, was die Arbeiter_innen in den neuen sozialen Bewegungen demobilisierte (Kuhn 2014: 47 f.). Die Hausbesetzungsbewegungen können außerdem stellvertretend für eine andere Tendenz der neuen sozialen Bewegungen stehen: Mit ihrer Errichtung von ‚Freiräumen' und ‚autonomen Zentren' dringt das Politische in den Bereich des Alltags und der Lebensweise ein, hier soll die verloren geglaubte ‚Authentizität' der Lebensführung (Reichardt/Siegfried 2010) wiedererlangt werden.

Parallel zu dem gegen-hegemonialen Projekt der sozialen Bewegungen entwickelte sich eine andere Antwort auf die „Vielfachkrise" (Demirović et al. 2011) des Fordismus: der Neoliberalismus. Gerade Städte wurden zum Experimentierfeld neoliberaler politischer Praktiken (Brenner/Theodore 2002: 21) rund um Ökonomisierung, der Redefinition von Staatlichkeit und Individualisierung (Kuhn 2014: 61 ff.). Die Träger *dieses* hegemonialen Projekts bleiben bei Kuhn seltsam unausgefüllt.

Im Verlauf des Buchs geht Kuhn den von ihm postulierten „Verwandtschaftsverhältnissen" beider hegemonialer Projekte auf den Grund. Einen ersten Berührungspunkt erkennt er in der Kritik am fordistischen Wohlfahrtsstaat. Gemeinsamkeiten dieser Kritik sind die Ablehnung der emanzipatorischen Grundlage des Wohlfahrtsstaates bzw. der These, die in ihm garantierten sozialen Rechte seien die notwendige Voraussetzung für Selbstbestimmung. Auch kritisierten sowohl der Neoliberalismus als auch die Besetzerbewegungen den Wohlfahrtsstaat aufgrund seiner bürokratischen Verfahren sowie der von ihm produzierten Unfreiheiten und neuen Ungleichheiten jenseits der Klassenfrage. Anders als die Kritik der sozialen Bewegungen an einer „Kolonialisierung der Lebenswelt" (Habermas) beförderte die neoliberale Kritik allerdings eine Umdeutung der Rolle von Staatlichkeit zur Organisation von marktförmigem Wettbewerb einerseits und zur Herstellung von ‚Sicherheit und Ordnung' andererseits.

Einen weiteren Berührungspunkt macht Kuhn in der Proklamation von Autonomie und Selbstbestimmung als zentralen Werten beider Projekte aus. Beiden würde dabei ein bürgerliches Subjektbild und dessen Freiheitsversprechen zugrundeliegen; zudem hätten beide ihre Kritik diskursiv mit ästhetischen Vorstellungen verbunden. Politische Fragen konnten so auf eine Frage des Lebensstils reduziert werden.

Berührungspunkte sieht Kuhn auch in den Ideen zur „Regierung der Selbstbestimmung“. Beide Projekte orientierten sich in Ablehnung des zentralistischen Wohlfahrtsstaates an „Dezentralität, Hierarchieabbau, Projektorientierung, Informalität und netzwerkartige[r] Koordination“ (Kuhn 2014: 174). In den sozialen Bewegungen wurden durch alltagspraktisches Experimentieren Konzepte der Selbstverwaltung und -hilfe entwickelt. Selbstbestimmung und -verwaltung wurde bei den sozialen Bewegungen allerdings als kollektive Aufgabe gedacht. Dagegen verlagerten die neoliberalen Konzepte der Governance, des Humankapitals und der Autonomie die Organisation von Gesellschaft weg vom Sozialstaat in privatwirtschaftliche Unternehmen und die individuelle Verantwortung der Einzelnen. So sehr sich die „Argumente und Ziele, Interessen und Bedürfnisse, Praktiken und Konkretisierungen“ (Kuhn 2014: 174) der beiden Strömungen auch unterschieden, letztlich verschob sich die politische Forderung nach Selbstbestimmung zu einer „gesellschaftlichen Forderung an die Einzelnen“ (Kuhn 2014: 173). Die sozialen Bewegungen wurden so zum „Hebel“ (Kuhn 2014: 175) für die Hegemonialisierung des neoliberalen Projekts, das ihre Ansätze umdeutete und sich dabei auch an sie anpasste. So konnte das „Verwandtschaftsverhältnis“ von bloßen Berührungspunkten zu tatsächlichen Gemeinsamkeiten umgearbeitet werden, was nach Kuhn durch vier große Verschiebungen geschah:

> „Diese Verschiebungen bestanden in einer Reduktion vielfach aufgeworfener Alternativen zur zentralstaatlich-autoritären Regierungsweise auf eine Politik der eigentumsgebundenen Privatisierung; in einer Auflösung des Nebeneinanders sozialer und lebensweltlicher Forderungen hin zu einem Ausblenden der sozialen Frage und einer Entpolitisierung und Kulturalisierung gesellschaftlicher Konflikte; in einer Auflösung eines komplexen individuell-kollektiven Autonomieanspruchs zugunsten bloß individueller Selbstbestimmung; sowie einer Ökonomisierung der gegenkulturell geprägten Selbstbilder und Organisationsweisen.“ (Kuhn 2014: 176)

Diese Verwandtschaftsverhältnisse und ihre konkreten Wechselwirkungen macht Kuhn (exemplarisch) anhand der Hausbesetzungsbewegungen in Berlin und Barcelona nachvollziehbar, leider ohne die Akteur_innen dabei selbst ausführlich zu Wort kommen zu lassen. Es wird deutlich, dass die Besetzungsbewegung im Berlin der frühen 1980er Jahre noch einigen Einfluss auf die Ausgestaltung von Stadtpolitik gewinnen konnte, da sie sich am noch nicht stabilisierten Übergang zum neuen hegemonialen Konsens des Neoliberalismus vollzog. Die Besetzungsbewegungen in den 1990er Jahren in Berlin und Barcelona trafen dagegen auf eine bereits gefestigtere neoliberale Stadtpolitik und konnten dementsprechend kaum Einfluss ausüben.

Ende der 1970er Jahre war das stadtpolitische Modell Berlins für viele offensichtlich gescheitert. Hoher Leerstand und Kahlschlagsanierung standen von vielen Seiten in der Kritik. Die entstehenden Stadtteilinitiativen, die Alternativszene und Jugendzentrumsbewegung setzten dem fordistischen Leitbild der funktional aufgeteilten und autogerechten Stadt eine neue Idee des Städtischen (M. Castells) entgegen „als gewachsen, funktional durchmischt, dezentral, gebrauchswertorientiert und von Vielfalt und Unterschiedlichkeit geprägt“ (Kuhn 2014: 72). Aus den drei Bewegungsströmungen kristallisierte sich die Aktionsform Besetzen als geeignetes Mittel heraus, diese Idee zu verkörpern

– es entstand die zunächst sehr heterogene Besetzungsbewegung. Hinter der Praxis des Besetzens standen ganz verschiedene Intentionen, von der Strategie gegen Wohnungsnot über die ‚Instandbesetzungen' von Altbauten zur eigenen Nutzung bis hin zur Errichtung von sozialen Zentren und Freiräumen, um alternative Lebensweise auszuprobieren. Besetzung war also manchmal Ziel, manchmal Mittel; ein Konflikt, der sich auch in der Auseinandersetzung zwischen ‚Verhandler_innen' und ‚Nichtverhandler_innen' widerspiegelte. Die Besetzungsbewegung traf auf Brüche in der politischen Landschaft, in der selbst Teile der CDU eine Abkehr von der alten Stadterneuerungspolitik forcierten. Es ergaben sich also bedingte Möglichkeiten für die Hausbesetzer_innen, Einfluss auszuüben. Schnell hatte aber auch der Senat Praktiken für den Umgang mit den Besetzer_innen gefunden: Ihnen wurde mit einer Mischung aus selektiver Einbindung und gewaltsamem Ausschluss begegnet, die Bewegung so effektiv gespalten. Trotzdem schlug sich der Einfluss der Hausbesetzer_innen, ihre entwickelte Idee des Städtischen, in nichts weniger nieder als in der Abkehr von Flächensanierungen und im neuen Modell der ‚behutsamen Stadterneuerung' als neuem hegemonialem Konsens. Dieses Beispiel zeigt im Kleinen einen hegemonialen Aushandlungsprozess und die relevante Rolle sozialer Bewegungen dabei (Holm/Kuhn 2010). Das Programm der ‚behutsamen Stadterneuerung' ist einer der Gründe, warum bis Anfang der 2000er Jahre die Mietsteigerungen in Berlin relativ moderat verliefen. In der ausgehandelten Neuerung lag aber auch schon der Fallstrick für die Entpolitisierung der Bewegung: Die neue, dezentralisierte Planung machte eine Politisierung von Themen über Kiez oder Bezirk hinaus schwierig. Mitte der 1980er Jahre rollte dank des CDU-Senats bereits die erste große Neoliberalisierungswelle über die Wohnungspolitik Berlins und unterlief so die Instrumente der ‚behutsamen Stadterneuerung', die nach und nach zur bloßen Moderationsinstanz bei anstehenden Sanierungen degradiert wurde – Partizipation wirkte nun vor allem als einhegendes, konsensstiftendes Moment. Die Vereinigung von Ost- und Westberlin und das Wegfallen des Sonderstatus Westberlins veränderten die politischen Rahmenbedingungen enorm. Der städtische Haushalt schrumpfte, während gleichzeitig die Ostberliner Innenstadtviertel mit ihrem Sanierungsbedarf hinzukamen. Unter anderem durch das Treuhandgesetz setzte sich „eine umfassende Privatisierung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse in Gang" (Häußermann et al. 2002: 31). Die ‚behutsame Stadterneuerung' diente dabei auch als symbolischer Rahmen, innerhalb dessen sich die Neoliberalisierung durchsetzen ließ. In dieser Situation hatte die zweite Besetzungsbewegung von 1989/90, die sich vor allem in Ostberlin Häuser aneignete, keine neuen gegen-hegemonialen Angebote zu machen, da sich ihre Ideen bereits in den hegemonialen Konsens eingeschrieben hatten. Gleichzeitig standen dem Senat die erlernten Praktiken im Umgang mit Hausbesetzer_innen zur Verfügung. So konnte die zweite Bewegungswelle kaum Einfluss auf die Politik gewinnen. Diese zweite Welle zeigt auch die subkulturelle Einigelung der Bewegung, ihre identitäre Fixierung auf Freiräume. So gab es zum Beispiel 1992 kaum Schnittstellen zwischen ihr und dem Bündnis „Wir bleiben Alle!", das Stadtteilaktivist_innen und Betroffene gegründet hatten.

Auch die Besetzungsbewegung in Barcelona ging aus der Jugendbewegung und der Nachbarschaftsbewegung hervor. Die Bewegung konnte allerdings nie

den Einfluss gewinnen, den die erste Welle in Berlin hatte, da sie ab Mitte der 1980er Jahre zu einem Zeitpunkt mit antifordistischen Ideen und Praktiken agierte, zu dem der krisenhafte Übergang vom Fordismus zum Neoliberalismus schon weiter fortgeschritten war. Die Besetzungsbewegung richtete sich gegen nicht eingehaltene Versprechen des ‚Modell Barcelona'. Dieses sah, mit einiger Parallelität zur ‚behutsamen Stadterneuerung', Instandsetzungen statt Abriss vor und verschob die Planungsebene von der gesamten Stadt in die Stadtviertel. Auch das ‚Modell Barcelona' geht auf eine Protestbewegung zurück, nämlich die breite Nachbarschaftsbewegung, die in Spanien Ende der 1960er Jahre entstand. Wie in Berlin spielten hier progressive Stadtplaner_innen und Architekt_innen bei der Ausarbeitung des Modells sowie der Übersetzung der lebensweltlichen Forderungen und der Ideen der Bewegung in planbare Entwicklungen eine wichtige Rolle. Auch das ‚Modell Barcelona' sah partizipative Instrumente auf lokaler Ebene vor und verlagerte den Konflikt damit auf eine kleinteilige Ebene. Die Instrumente zur Einhegung der Besetzer_innen waren also schon vor ihrem Auftreten geschaffen. Eine „Selbst-Ghettoisierung" (Kuhn 2014: 128) in subkultureller Abgrenzung war die Folge und Anlass zu Selbstkritik und Konflikten innerhalb der Bewegung. Wie in Berlin waren zu diesem Zeitpunkt die subkulturellen Freiräume einer kulturalisierten Stadtpolitik kein wirklicher Dorn im Auge mehr.

Kuhn bezeichnet die Besetzungsbewegung der 1990er Jahre bis heute deshalb als anachronistische Bewegung, die dem neoliberalen hegemonialen Konsens keine gegen-hegemonialen Bilder mehr entgegenzusetzen habe. Ihre Prinzipien – die prinzipielle Ablehnung staatlicher Planung und Verwaltung, das Setzen von Autonomie und Selbstbestimmung als Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns sowie die ästhetische Fixierung auf alternative Lebensweisen – seien aber nicht nur obsolet geworden, da ihnen das Feindbild abhanden gekommen sei, sie seien durch ihre „Verwandtschaftsverhältnisse" zum Neoliberalismus auch kontraproduktiv für aktuelle (stadt-)politische Bewegungen. Nicht nur hier gibt Kuhn einige interessante Hinweise zum Verständnis der heutigen neuen Welle städtischer Bewegungen, die wieder auf die Krise eines hegemonialen Konsenses antworten – diesmal die des Neoliberalismus. Zu bedauern ist, dass Kuhn in seinem Buch kaum auf migrantische Proteste der 1980er Jahre eingeht. Von ihnen wäre wohl eher eine Kontinuitätslinie zur neuen Bewegungswelle zu ziehen. Aus den Erfahrungen der Besetzungsbewegung mit der „Ambivalenz des Besetzens" können, so Kuhn, die heutigen Bewegungen lernen, der ständig drohenden neoliberalen Vereinnahmung produktiv zu begegnen. Dies kann aber nur gelingen, wenn man vom Moment des (Selbst-)Vorwurfs der neoliberalen Vereinnahmung Abstand nimmt. Heutige Dilemmata städtischer Bewegungen, mit denen schon die Besetzungsbewegungen zu kämpfen hatten, sieht Kuhn in drei auch heute noch relevanten Konfliktfeldern aktualisiert: dem Umgang mit staatlichen Institutionen, der von der anti-institutionellen Haltung und dem Ideal der Selbstverwaltung der Besetzungsbewegung abgelehnt wurde, dessen Ablehnung sich aber gleichzeitig in der neoliberalen Forderung nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation und dem „Regieren durch community" (Rose 2000) widerspiegelt; der Widerspruch zwischen Ansprüchen an die Urbanität des eigenen Lebensumfeldes der der Mittelschicht entstammenden Aktivist_innen und dem Wissen darüber, dass diese Gestaltung von

Nachbarschaften für einen Aufwertungsdiskurs missbraucht werden kann; und die immer noch relativ homogene Zusammensetzung von radikalen Protestgruppen mit ihren akademischen Mittelschichtsaktivist_innen.

Die Lektüre dieses Buches empfiehlt sich nicht nur allen, die Interesse an den Besetzungsbewegungen Berlins und Barcelonas haben. Vielmehr liegt mit Kuhns Arbeit ein sehr lesenswertes Buch ganz allgemein zur Genealogie städtischer und anderer sozialer Bewegungen vor. Auch für Historiker_innen bietet es deshalb viele Anregungen, soziale Bewegungen endlich angemessen in ihrer Rolle für politischen Wandel zu beschreiben. Stadtplaner_innen können erfahren, inwiefern planerische Paradigmenwechsel kein innerdisziplinäres Phänomen sind, sondern ganz konkret mit gesellschaftlichem Wandel und dessen Akteuren zusammenhängen. Und nicht zuletzt empfiehlt sich das Buch allen aktuell stadtpolitisch Bewegten, die die Konflikte in und zwischen ihren Gruppen verstehen und lösen wollen, die strategische Anregungen suchen und die neoliberale Praktiken analysieren und sich ihnen widersetzen wollen.

Endnote

[1] Das Zitat aus der Überschrift ist aus Gramsci 2012 (1929 ff.): H. 3, § 34, 354 entnommen.

Autor_innen

Lisa Vollmer ist Stadt- und Kultursoziologin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind urbane Protestformen, Wohnraumversorgung und kapitalistische Stadtproduktion.
lisa.vollmer@metropolitanstudies.de

Literatur

Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.

Brenner, Neil / Theodore, Nik (2002): Cities and the geographies of "actually existing neoliberalism". In: Antipode 34/3, 349-379.

Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bade, Pauline (Hg.) (2011): Vielfachkrise. Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus. Hamburg: VSA.

Gramsci, Antonio (2012 [1929 ff.]): Gefängnishefte. Hg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument Verlag.

Häußermann, Hartmut / Holm, Andrej / Zunzer, Daniela (2002): Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg. Opladen: Leske + Budrich.

Holm, Andrej / Kuhn, Armin (2010): Häuserkampf und Stadterneuerung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2010, 107-115.

Kuhn, Armin (2014): Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen in Berlin und Barcelona. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Tarrow, Sidney (1983): Struggling to Reform. Social Movements and Policy Change during Cycles of Protest. Ithaca: Center for International Studies, Cornell University.

Reichardt, Sven / Siegfried, Detlef (2010): Das alternative Milieu. Konturen einer Lebensform. In: dies. (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983. Göttingen: Wallstein, 9-26.

Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 72-109.

CC BY NC ND

Rezension
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 173-178
zeitschrift-suburban.de

Interventionen als Kunst des urbanen Handelns?

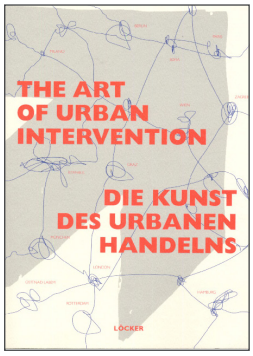
Rezension zu Judith Laister / Anton Lederer / Margarethe Makovec (Hg.) (2014):
***Die Kunst des urbanen Handelns / The Art of Urban Intervention.* Wien: Löcker.**

Friederike Landau
Henning Mohr

Kreative und künstlerische Strategien gewinnen in innovations- und effizienzorientierten liberalen Demokratien als ‚alternative' Formen der Wissensproduktion sowie der Dynamisierung und potenziellen Demokratisierung von Kommunikations- und Entscheidungsprozessen zunehmend an Bedeutung. Die Anwendung von Kreativitätstechniken befördert die Konzeption des modernen Subjekts, welches Ideale von Selbstentfaltung und (Selbst-)Schöpfung – die maßgeblich der Figur des künstlerischen Genies entliehen sind – in den Kontext von (Selbst-)Optimierung und Ökonomisierung stellt (vgl. Reckwitz 2012: 215 ff.). Kreativität und künstlerische Ausdrucksformen werden als lösungsbringende, über funktionalistisch ausgerichtete Ansätze hinausgehende Herangehensweisen wahrgenommen, die Partizipation und – damit einhergehend – Legitimation begünstigen können. Insbesondere in städtischen Transformationsprozessen scheinen Künstler_innen immer häufiger eine Rolle in der (Oberflächen-)Gestaltung städtischer Räume zu spielen. Sie tun dies sowohl aus eigenem Antrieb, zunehmend jedoch auch im konkreten Auftrag lokaler, Akteur_innen des Stadtteilmanagements oder ähnlicher Programme, die übergeordnet das Thema ‚Soziale Stadt' forcieren.

Die Auftraggeber_innen erhoffen sich von den Künstler_innen einen dynamischen Kommunikationsprozess, in dem die vorherrschenden Alltagswirklichkeiten der Bewohner_innen reflektiert und neu verhandelt werden. In Stadtteilentwicklungsprojekten übernehmen Künstler_innen die Rolle von Quasi-Mediator_innen, um eine Veränderung der dort vorherrschenden Lebenswirklichkeiten mit den (oder problematischer: *für* die) dort lebenden Menschen einzuleiten. Darüber hinaus ist die Anwendung künstlerischer Praktiken auch in Widerstands- und Protestbewegungen eine bewusste Strategie gegen eine zunehmend ökonomisch oder unternehmerisch motivierte Stadtentwicklungspolitik. Beispielsweise in Protesten gegen die Folgen von Gentrifizierung, Aufwertung und Verteuerung – Erscheinungen, die oft mit der räumlichen Verdrängung ursprünglich Ansässiger aus deren Lebensumfeldern einhergehen – spielen künstlerische Ausdrucksformen eine Rolle.

Abb. 1 Titelseite des Buches (Quelle: Löcker Verlag)



Der englisch-deutsche Essaysammelband *Die Kunst des urbanen Handelns / The Art of Urban Intervention,* herausgegeben von Judith Laister, Margarethe Makovec und Anton Lederer im Löcker Verlag, setzt sich mit künstlerischem Handeln in urbanen Kontexten auseinander. Die darin versammelten 17 Beiträge von Künstler_innen, Stadtforscher_innen, Stadtplaner_innen, Architekt_innen, Journalist_innen und Aktivist_innen eröffnen vor allem subjektive und projektbezogene Perspektiven auf unterschiedliche Formate von künstlerischen Projekten im städtischen Raum und thematisieren die in diesen Projekten angewandten räumlichen, künstlerischen, kommunikativen und aktivistischen Strategien. Das Buch liefert jedoch keine analytisch fundierte und damit streng wissenschaftliche Abhandlung über den zugrunde liegenden Begriff der ‚Intervention', welcher im Titel verwendet wird.

Mehrere Essays des Sammelbandes beziehen sich auf das Stadtentwicklungsprojekt Annenviertel im österreichischen Graz als Verhandlungsort urbaner Transformation (vgl. die Beiträge von Makovec/Lederer, Wolkinger et al. und Kühberger). Die Initiator_innen des im Annenviertel ansässigen Kunstzentrums <rotor> verstehen ihren Akt der Namensgebung, und somit die Kreation der Marke Annenviertel!, einerseits als kreative Ausrufung und Aneignung eines lebensweltlich und gemeinschaftlich zu gestaltenden Möglichkeits- und Aktionsraum. Andererseits entstand durch das Aufgreifen der neu geschaffenen Identität des Ortes im Sinne des *place branding* auch ein verstärktes Interesse seitens der lokalen Politik und (Immobilien-)Investor_innen, das Gebiet aufzuwerten und zu vermarkten. Die Vereinnahmung progressiver Aktivierungsbewegungen eines Ortes und die damit verbundene Involviertheit von Künstler_innen als Agent_innen von Gentrifizierung – welche Klassiker_innen der kritischen Stadtforschung wie Rosalyn Deutsche und Sharon Zukin bereits in den frühen 1980er Jahren analysierten – scheint auch in Graz nicht abzuwenden zu sein. Zwar gibt es durchaus wissenschaftliche Stimmen, die der These widersprechen, dass Künstler_innen durch die Besiedlung bestimmter Stadtquartiere den Startpunkt der Gentrifizierung markieren (z. B. Schulman 2012), allerdings weisen die im Sammelband aufgezeigten Beispiele auf eine starke wechselseitige Beeinflussung hin. Demnach suchen sich Künstler_innen unter anderem ganz bewusst strukturschwache Stadtteile, da die Mieten hier finanzierbar sind und es viele ungenutzte Räume für Projektarbeit gibt.

Im weiteren Verlauf des Bandes werden Projekte und konkrete Beispiele aus Mailand, Hamburg, Istanbul, Sofia, Ústí nad Labem, Rotterdam, Paris, London und Zagreb porträtiert und diskutiert. Beispielsweise thematisiert das Istanbuler Künstler_innenkollektiv Oda Projesi die eigene Doppelrolle als Nachbar_innen oder Mitstreiter_innen eines städtischen Verdrängungskampfes. Zudem skizzieren Beiträge wie beispielsweise Vesna Vukovics Essay die raumproduzierende Dimension der Kunst – Kunst als „Ort der Artikulation jener räumlichen Beziehungen, die Stadt herstellen, die aber als ‚natürlich' angenommen werden" (Vukovic in Laister et al. 2014: 209). Der Essay von Christoph Schäfer und Margit Czenki nimmt eine stärkere kunsttheoretische Verortung ihrer künstlerischen Praxis im Rahmen des Hamburger Projekts Park Fiction vor und thematisiert explizit die Notwendigkeit von Begriffsarbeit (Schäfer/Czenki in Laister et al. 2014: 99).

Doina Petrescu und Constantin Petcou beziehen ihr Projekt ECObox auf den Diskurs von Deleuze/Guattari und deren Verständnis von Begehren als Freisetzung eines gemeinsamen Begehrens nach kollektiver Wiederaneignung der Stadt (vgl. Petrescu/Petcou in Laister et al. 2014: 185). So erhält die Kunst ihre „Existenzberechtigung im öffentlichen Raum als Geste der Präsenz eines Bürgers oder einer Bürgerin" (Boyadjiev in Laister et al. 2014: 139).

Die Stärke des Sammelbandes liegt darin, eine große Bandbreite künstlerischer und nationaler Positionen aufzuspannen, die unterschiedliche Sicht- und Herangehensweisen hinsichtlich urbaner Spannungskontexte wie Mietsteigerungen, räumliche Verdrängung und soziale Homogenisierung aufzeigen. Durch die Lokalspezifität und Kleinteiligkeit der Projekte bewegen sich die Künstler_innen meist nah an den mikropolitischen Lebenswelten der Anwohner_innen und bieten so konkrete und persönliche Eindrücke der Projektentwicklungen vor Ort. Befreit von Konventionen sozialwissenschaftlicher empirischer Forschung mit ihrer Tendenz zur Vereinheitlichung erlauben die jeweiligen Berichte sprachlich und methodisch diverse Einblicke in die Ambivalenzen diffiziler Kunstprozesse, die sich an den Gegebenheiten der vorgefundenen Lebenswelten orientieren und somit einen Grad an konstitutiver Ergebnisoffenheit innehaben. Generell kommt jedoch oft die Stimme anderer involvierter Akteur_innen zu kurz: Wie empfinden Anwohner_innen, Partizipant_innen der künstlerischen oder aktivistischen Projekte den Verlauf der Dinge? Hier verbleiben die meisten Autor_innen bei einer zur Legitimation des eigenen Erfolgs notwendigen positiven Selbstbeschreibung aus der subjektiven Perspektive.

Der Interventionsbegriff: ein un(ter)bestimmtes Forschungsfeld

Die Einordnung des Bandes in *einen* Forschungsstand gestaltet sich schwierig. Stadtforschung im weiteren Sinne – ob in kultur- oder wirtschaftsgeografischen, stadt- oder kultursoziologische Diskurse – konnte die Uneindeutigkeit des Interventionsbegriffs analytisch bisher nicht verarbeiten. In vielerlei Hinsicht scheint Prozesskunst (und damit auch die Form der Intervention) quasi ein blinder Fleck in vielen Forschungsdisziplinen zu sein, die sich nicht originär dem Kunstfeld zuordnen lassen. Zwar etablierte sich in den vergangenen Jahren wieder eine deutschsprachige Kunstsoziologie, die vielen Neuerscheinungen in dieser Disziplin haben sich jedoch bisher unzureichend mit künstlerischen Strategien beschäftigt, die sich explizit der Gestaltung des Sozialen widmen (vgl. Danko 2012, Smudits 2014, Müller-Jentsch 2012, Schwietring 2010).

Der Begriff der ‚Intervention' (lat. intervenire: eingreifen) wird häufig als Platzhalter für einen Eingriff in soziale, räumliche, diskursive, zeitliche oder sonstige Ordnungen verwendet. Dies ist vor allem deshalb problematisch, da so die ursprüngliche Konnotation einer militärischen Operation nicht vollständig überwunden wird und sich, zumindest symbolisch, in die künstlerische Produktion überträgt. Künstlerische oder kulturelle Interventionen werden oft als Störung oder Irritation von lebensweltlichen Zusammenhängen rezipiert (von Borries et al. 2012a: 100, Hildebrandt 2012; 2014), obgleich die Künstler_innen oftmals an den

vorgefundenen Alltag anknüpfen und Veränderungen tendenziell unter Einbeziehung der Rezipient_innen aushandeln. Der Begriff der Intervention ist auch deshalb schwierig, weil er keine einheitliche Definitionsgrundlage bietet, unter die die hier versammelten künstlerischen Praktiken subsumiert werden könnten. Paula Marie Hildebrandt fragt treffenderweise, wie man etwas festschreiben könne, „das sich explizit durch das Moment des Flüchtigen, der Bewegung und der Unabgeschlossenheit auszeichnet" (2012: 736). In diesem Zusammenhang verweist sie darauf, dass es im Kunstfeld eine Reihe von Kategorisierungsversuchen gegeben hat. So wurde versucht, diese als übergreifende Praxisform einzuordnen: etwa als partizipative, kollaborative, situative Projekte o. ä. (ebd.: 735, Hildebrandt 2014). Aber auch diese Einteilung kann als unzureichend bezeichnet werden, da keine analytischen Abgrenzungen zwischen den Kategorien dieser Projektformate erfasst werden können. Interventionen können, müssen aber nicht durch die „Infragestellung vermeintlicher Selbstverständlichkeiten und stillschweigender gesellschaftlicher Übereinkünfte diese [gesellschaftlichen Übereinkünfte, d. Aut.] in ihrer Kontingenz vorführen und verweisen auf ihre permanente Veränderbarkeit" (Bocks/Landau 2014: 70). Die dafür verwendeten (künstlerischen) Praktiken bleiben jedoch unsystematisierbar und unerschöpflich.

An dem Versuch einer Systematisierung arbeitet seit einigen Jahren die Forscher_innengruppe des DFG-Projekts Urbane Interventionen unter Leitung des Designtheoretikers Friedrich von Borries. Bereits im Vorwort ihres *Glossar der Interventionen* (2012b) beklagen sie, dass der Begriff der Intervention nicht nur „überverwendet, sondern auch unterbestimmt" sei (von Borries et al. 2012b, Vorwort). In dem eher feuilletonistischen Werk sammeln sie mehr als 100 Interventionsbegriffe und -verweise, um die paradoxe Verwendung der Begrifflichkeit zu verdeutlichen. Parallel dazu fordern sie dazu auf, wieder mehr „über das Wesen des Intervenierens nachzudenken" (ebd.: 6). In Verbindung mit dem hier besprochenen Band wäre eine Zusammenführung bestimmter Begriffe, die zur Beschreibung und Bestimmung der eigenen künstlerischen Praxis verwendet werden, spannend gewesen: Spricht beispielsweise Oda Projesi vom „Sickern" in einen sozialen Raum, „wobei man die Struktur nicht verändert, sondern von innen durchdringt" (in Laister et al. 2014: 123), nutzt Antonio Brizioli den Begriff der „Zersprengung" (in Laister et al. 2014: 85). Kann man eine Intervention als Sickern in soziale Zusammenhänge verstehen? Ist Intervenieren das Zersprengen kollektiver Ordnungen?

Zudem taucht das von der Wiener Kulturtheoretikerin Elke Krasny vorgestellte Konzept des *urban curating* auf, welches sie als „Praxis der Erzeugung von Konstellationen und ihrer über ihre Vorgefundenheit dynamisch hinausgehenden Transformationen auch außerhalb des Felds des Museums und des Formats Ausstellung" beschreibt (in Laister et al. 2014: 225). Auch *urban curating* könnte als Form der Einmischung in städtische Kontexte und damit als interventionistische Praxis gedacht und ausgeführt werden.

Handeln = Intervention?!

Überraschenderweise ist der Begriff der ‚Intervention' im diskutierten Sammelband nur im englischen Titel zu finden. Für den deutschsprachigen Teil

nutzen die Herausgeber_innen den Begriff des ‚Handelns'. Eine derartige (Über-)Setzung eröffnet ein konzeptuelles Spannungsfeld – unabhängig davon, dass der englische Titel des Buches identisch ist mit dem Titel des EU-finanzierten Projekts *The Art of Urban Intervention*. Die (Über-)Setzung verwundert auf den ersten Blick: Wieso wird der konzeptuell so schwer zu bestimmende Begriff der ‚Intervention' einfach mit ‚Handeln' übersetzt? Ist dieser Schritt der sprachlichen Distanz der Übersetzer_innen zuzuschreiben oder ist es eine bewusste Transposition der Herausgeber_innen? Hierzu erhalten die Leser_innen keine weitere Ausführung; in der Einleitung der Mitherausgeberin Judith Laister fehlt eine Begründung für diese Titelwahl. Zwar kann der deutsche Titel durchaus als Hommage an den französischen Soziologen Michel de Certeau und sein Hauptwerk *Kunst des Handelns* (1980) verstanden werden, dessen Theorien Laister zufolge über eine besondere Erklärungskraft für künstlerische Praktiken in urbanen Kontexten verfügen. Im Vergleich dazu wirkt die englischsprachige Übersetzung jedoch eher irritierend und steht in keinem Zusammenhang zur englischen Übersetzung von Certeaus Titel, *The Practice of Everyday Life* (1980). Durch die Abwesenheit eines Fazits oder einer abschließenden konzeptuellen Zusammenführung der Essays wird auch am Ende des Bandes die Möglichkeit versäumt, die Verwendung und das Verständnis hinsichtlich der Begriffe ‚Intervention' und ‚Handeln' zu klären.

Trotz der ungenutzten Chancen, die Essays mit dem Konzept der künstlerischen/ kreativen/ kulturellen/urbanen Interventionen zusammenzuführen, gibt das Buch dank seiner ansprechenden Haptik und zahlreichen Fotos von Projektbeispielen einen lebhaften Eindruck vom künstlerischen Handeln von Mikro-Urbanist_innen. Sie wollen städtische Räume im Sinne einer „Produktion konkreter Räume, in denen der Austausch von Kompetenzen, Wissen, Erfahrung und Ideen stattfinden kann" (Laister in Laister et al. 2014: 17) herstellen oder für Öffentlichkeiten (re)aktivieren. Zudem geht es ihnen um die Ermöglichung von Formen der Begegnung und des Erlebens temporärer und lokaler Gemeinschaften sowie darum, künstlerische Praktiken in ihren unterschiedlichsten Spielformen als Bestandteil städtischer Transformationsprozesse sichtbar zu machen.

Ausblick: das selbstschöpferische Subjekt im urbanen (Kunst-)Feld

Die im Sammelband vereinten Projekte und künstlerisch-kreativen Praktiken stehen im weitesten Sinne im Kontext des eingangs genannten Credos der (Selbst-)Gestaltung und (Selbst-)Schöpfung (vgl. Reckwitz 2012). Partizipatorische, nachbarschafts- oder öffentlichkeitsaktivierende Kunstprojekte, wie sie im Band dargestellt werden, erfüllen in Form von immer neuen Erfahrungen, Erlebnissen und Beziehungen einerseits das zunehmende Bedürfnis nach permanentem (ästhetischem) Reiz, andererseits den Wunsch nach individueller Selbstverantwortung und -entfaltung. In diesem Zusammenhang spricht Reckwitz (ebd.: 97) von einer Tendenz zur ‚Normalisierung des Künstlerischen', da die Kunst zunehmend ihren selbstbezüglichen Charakter zugunsten der bewussten Lebensweltgestaltung aufgibt und in diesem Sinne funktionalisiert wird. Aus unserer Sicht bewegen sich

die beschriebenen Projekte zwischen verschwimmenden Felderlogiken: zwischen autonomer Kunstproduktion, sozialer Innovation und partizipatorischer Zukunfts- und Stadtgestaltung. Die Projekte sind damit zugleich Anstoß und Ausdruck eines sich entwickelnden (auflösenden?) Kunstbegriffs.

Autor_innen

Friederike Landau ist politische Theoretikerin und Stadtsoziologin. Sie arbeitet zu künstlerischem Protest sowie zu Kultur- und Stadtentwicklungspolitik.
friederike_landau@web.de

Henning Mohr ist Kunst- und Stadtsoziologe. Er beschäftigt sich mit der Normalisierung künstlerischer Strategien in der ästhetisierten Lebenswelt.
henning.mohr@innovation.tu-berlin.de

Literatur

Bocks, Vivica / Landau, Friederike (2014): In(ter)ventionen im öffentlichen Raum. Zwischen Kunst, Politik und Stadtentwicklung. In: Dokumentation der Deutschen Schülerakademie Hilden 2014, 70-83.

Certeau, Michel de (1980): Kunst des Handelns. Berlin: Merve.

Danko, Dagmar (2012): Kunstsoziologie. Bielefeld: Transcript.

Hildebrandt, Paula Marie (2012): Urbane Kunst. In: Frank Eckardt (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,719-742.

Hildebrandt, Paula Marie (2014): Staubaufwirbeln oder die Kunst der Partizipation. http://e-pub.uni-weimar.de/opus4/files/2158/Staubaufwirbeln_diss_paulahildebrandt_2014.pdf (letzter Zugriff am 25.2.2015).

Laister, Judith / Makovec, Margarethe / Lederer, Anton (Hg.) (2014): The Art of Urban Intervention. Die Kunst des urbanen Handelns. Wien: Löcker.

Müller-Jentsch, Walther (2012): Die Kunst in der Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Reckwitz, Andreas (2012): Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Schulman, Sarah (2012): The Gentrification of the Mind. Witness to a Lost Imagination. Oakland: University of California Press.

Schwietring, Thomas (2010): Kunstsoziologie. In: Georg Kneer / Markus Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 221-241.

Smudits, Alfred (2014): Kunstsoziologie. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

von Borries, Friedrich / Wegner, Friederike / Wenzel, Anna-Lena (2012a): Ästhetische und politische Interventionen im urbanen Raum. In: Doreen Hartmann / Inga Lemke / Jessica Nitsche (Hg.): Interventionen. Grenzüberschreitungen in Ästhetik, Politik und Ökonomie. München: Wilhelm Fink, 95-104.

von Borries, Friedrich / Hiller, Christian / Kerber, Daniel / Wegner, Friederike / Wenzel, Anna-Lena (2012b): Glossar der Interventionen. Berlin: Merve.

CC BY NC ND

Rezension
2015, Band 3, Heft 1
Seiten 179-183
zeitschrift-suburban.de

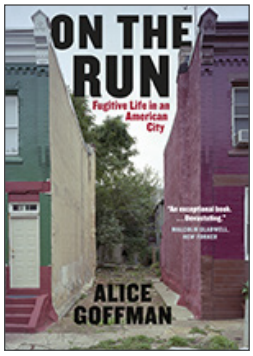
(Über-)Leben auf der Schattenseite des neoliberalen Kapitalismus in den USA

Rezension zu Alice Goffman (2014): *On The Run. Fugitive Life in an American City.* Chicago/London: The University of Chicago Press.

Philippe Greif

Seit den 1970er Jahren steigt die Zahl der Gefängnisinsass_innen in den USA kontinuierlich (Goffman 2014). Mit Beginn der 2000er Jahre erreichte sie im historischen Vergleich einen neuen Höchststand. Dieser Trend erfährt in der US-amerikanischen Öffentlichkeit nur wenig Aufmerksamkeit. Auffällig ist: Bei den Betroffenen handelt es sich überproportional um schwarze Männer aus sogenannten sozial benachteiligten Stadtvierteln. In den Vereinigten Staaten stellen Schwarze circa 13 Prozent der Bevölkerung und machen zugleich rund 37 Prozent aller Gefängnisinsass_innen aus (ebd.). Aus einem erweiterten Blickwinkel betrachtet wird klar: Diese anhaltende Konjunktur eines „Bestrafens der Armen" (Wacquant 2009) geht mit umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozessen einher. Loïc Wacquant (2008; 2009) und David Garland (2008) verweisen in diesem Zusammenhang auf die Rolle zunehmend repressiver Polizeimaßnahmen als Bestandteil neoliberaler Sicherheitspolitik. Zieht sich der Staat mit seinen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in wachsendem Maße aus sozialen Bereichen zurück, wird dieser Trend von einem Erstarken staatlicher Befugnisse und Maßnahmen im Strafvollzug begleitet (Wacquant 2009). Nach Garland und Wacquant handelt es sich bei dieser repressiven Verwaltung der „Nichtverwertbaren" um einen integralen Bestandteil des Wiedererstarkens von Staatlichkeit im neoliberalen Kapitalismus. In den sozial benachteiligten Stadtvierteln US-amerikanischer Großstädte verdichten sich laut Wacquant diese negativen Konsequenzen neoliberaler Transformationsprozesse auf katastrophale Art und Weise.

Abb. 1 Titelseite des Buches (Quelle: The University of Chicago Press)



Welche Auswirkungen dies auf die sozialen Strukturen und Dynamiken in den betroffenen Stadtvierteln hat, ist das zentrale Thema von Alice Goffmans jüngst erschienener Ethnografie *On the Run. Fugitive Life in an American City*. Darin taucht Goffman in die alltägliche Lebenswelt der Bewohner_innen eines sozial benachteiligten Viertels in Philadelphia ein. Sie zeigt in ihrer Analyse, auf welche Weise der „strafende Staat" (Foucault 1993) dazu beiträgt, dass für viele Bewohner_innen das alltägliche Leben dort aus einem von Unsicherheit und Misstrauen geprägten Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Gefängnis und Bewährungsauflagen besteht.

Goffmans Ethnografie gewährt Einblicke in einen paradoxen Alltag, in dem soziale Nahbeziehungen maßgeblich von Fluktuation, Risikohandeln und kurzweiligen Solidaritäten geprägt sind. In sozial benachteiligten Stadtvierteln, in denen laut Goffman (2014: 107) das Strafvollzugssystem für Heranwachsende sukzessive das Bildungssystem als maßgeblichen Referenzrahmen der Adoleszenzphase zu ersetzen droht, stellen das instinktive Erspähen, Weglaufen und Verstecken vor der Polizei schon für die Allerjüngsten integrale Bestandteile des kindlichen Alltags dar (ebd.: 23 ff.; 107 ff.). Auf diese Weise findet die Durchdringung sozial benachteiligter Stadtviertel durch den strafenden Staat bereits in der habituellen Inkorporierung von Achtsamkeits- und Fluchtreflexen durch dessen jüngste Bewohner_innen ihren Niederschlag.

Männliche schwarze Jugendliche scheinen von den ständigen Personenkontrollen (*search-and-frisk*-Operationen) durch die Polizei am stärksten betroffen. Für sie ist der Kontakt mit Polizei und Strafvollzugsbehörden ein bedeutsamer alltäglicher Handlungskontext, innerhalb dessen eine komplexe kontextspezifische Sozialordnung ausgehandelt wird. Wie Goffman zeigt, ist die Konsequenz die Entwicklung einer Lebensweise, innerhalb derer alltägliche Unstetigkeit und Unberechenbarkeit erstrebenswerte Bewältigungsstrategien darstellen (ebd.: 37). Als kontextspezifische soziale Zwänge prägen Intransparenz und Täuschung auf diese Weise eine alltägliche Bewältigungsweise des „Auf-der-Flucht-Seins", wodurch eine stabile Alltagsstruktur nahezu verunmöglicht wird (ebd.). Familienangehörige und Freund_innen stellen dabei in erster Linie Quellen potenzieller Bedrohung dar, da sie für die Polizei auf der Suche nach Verdächtigen die ersten Anlaufstellen sind und im Zuge dessen oft selbst einer Vielzahl an Druckmitteln ausgesetzt sind. Nach Goffman werden besonders Frauen in diesem Zusammenhang oftmals durch Drohungen wie Kindes- oder Wohnungsentzug bis hin zu physischer und psychischer Gewalt im Rahmen von Hausdurchsuchungen zu Opfern polizeilicher Repression (ebd.: 63).

Doch Goffman beschreibt die Bewohner_innen dieser marginalisierten Viertel nicht ausschließlich als Opfer schwieriger Lebensumstände. Ein spannender Aspekt ihrer Untersuchung sind Strategien der Ermächtigung und Formen des Widerstands, die die Menschen in ihren alltäglichen Bewältigungsweisen entwickeln. In Kapitel 7 zeigt die Autorin auf, dass und auf welche Weise es den Bewohner_innen gelingt, sich innerhalb dieser konfliktiven Lebensumstände Räume der Selbstbestimmung zu bewahren und durch die aktive Konstruktion einer kontextspezifischen moralischen Integrität ein Leben in Würde und relativer Selbstbestimmung zu führen. So wird deutlich, dass der Kontakt mit Strafverfolgungsbehörden auch in persönliche Ressourcen gewendet werden kann. Dabei werden Mitarbeiter_innen von Polizei und staatliche Behörden je nach Möglichkeit instrumentalisiert, ganz entgegen ihrem Selbstverständnis und oftmals ohne ihre Kenntnis. Beispielsweise wird die Drohung, die Polizei zu rufen oder der Polizei Hinweise zu geben, auch als Mittel zur sozialen Kontrolle eingesetzt. Um für eine Weile von der Straße zu verschwinden, kann ein Gefängnisaufenthalt aus Gründen des Selbstschutzes umgekehrt auch zur bevorzugten Wahl werden, indem die festgelegte Kaution bewusst nicht gezahlt wird. Goffman beschreibt, dass Verwandte oder Lebenspartner_innen

einander zum Teil gegenseitig an die Polizei verraten, weil sie ihrer Ansicht nach im Gefängnis sicherer sind als auf der Straße. Dies kann von der betroffenen Person, der es nach außen hin nicht möglich ist, einer Konfrontation offen auszuweichen, ohne ihre Reputation auf der Straße zu gefährden, insgeheim sogar erwünscht sein. Ein weiteres Beispiel ist, dass größere Geldbeträge, die zur Bewährung gezahlt wurden, länger als nötig in Bewährungsbüros belassen werden, weil das Geld dort als vor Diebstahl und Erpressung geschützt gilt. In Vierteln, in denen Arbeitsplätze selbst Mangelware sind, stellen die alltäglichen Beschränkungen, denen zu Gefängnisstrafen verurteilte, unter Bewährungsauflagen liegende oder polizeilich gesuchte Personen unterliegen, für andere wiederum ökonomische Möglichkeiten dar. Parallel zum Bewährungs- und Strafvollzugssystem existiert außerdem ein damit verbundener informeller Dienstleistungsmarkt. Die dargebotenen Dienstleistungen reichen vom Drogenschmuggel in Gefängnisse über das Zurverfügungstellen ‚sauberen' Urins bis hin zum Verleih von Personalausweisen und offiziellen Dokumenten.

Indem Goffman aufzeigt, auf welche kreativen Arten und Weisen sich Bewohner_innen den Kontakt mit dem Strafvollzugssystem als Ressourcen für das Verfolgen persönlicher Interessen und Ziele aneignen, und zwar entgegen der eigentlichen Intention der Behörden, nimmt sie eine eher ungewöhnliche Forschungsperspektive ein und arbeitet Aspekte heraus, die in der bisherigen Forschung zum Alltag in benachteiligten Stadtquartieren bisher wenig beachtet wurden. Die überwiegend schwarzen Bewohner_innen der untersuchten Stadtviertel erscheinen aus dieser Perspektive nicht als ohnmächtige Betroffene erschwerter Lebensbedingungen, sondern als handlungsmächtige Akteure, die es auch unter den skizzierten erschwerten Bedingungen verstehen, ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Es stellt sich hier allerdings die Frage, ob die Veröffentlichung von Goffmans Beobachtungen für die Beforschten negative Konsequenzen haben könnte, und wenn ja, welche. Hier fehlt leider eine kritische Reflexion ihrer Untersuchung und ihrer forschungsethischen Haltung.

In einem separaten Kapitel (Kapitel 7, *Clean People*, 163 ff.) weist Goffman ebenfalls darauf hin, dass in sogenannten marginalisierten Vierteln auch sogenannte *Clean People* leben, also Menschen, die trotz der vergleichsweise schwierigen Lebensumstände einem Leben mit Erwerbsarbeit und ohne Kriminalität und Gefängnis nachgehen. Diese Bewohner_innen werden im Diskurs um sogenannte marginalisierte bzw. sozial benachteiligte Stadtviertel tendenziell vernachlässigt. Mit dieser differenzierenden Darstellung wirkt Goffman pauschalkriminalisierenden und viktimisierenden Stereotypen entgegen.

Goffman präsentiert in *On the Run. Fugitive Life in an American City* eine vielschichtige und detailreiche Analyse der Auswirkungen neoliberaler Sicherheitspolitik in sozial benachteiligten Stadtvierteln US-amerikanischer Großstädte. Dabei konzentriert sich ihre Perspektive im Wesentlichen auf das Vorgehen und Wirken von Polizei und Strafverfolgungsbehörden als staatliche Exekutivorgane sowie den Umgang der Bewohner_innen damit. Andere gesellschaftliche Akteure und Institutionen und deren Rolle im Alltag sozial benachteiligter Stadtteile bleiben weitgehend außer Acht. Eine Erweiterung der Akteursperspektive erschiene hier vielversprechend. Auch eine Einordnung in breitere ökonomische und gesellschaftliche Strukturen

und Prozesse, wie sie beispielsweise in den Arbeiten von Loïc Wacquant oder David Garland erfolgt, findet nicht statt.

Wenn Goffman resümierend zu dem Schluss kommt, das zeitgenössische „Schwarze Ghetto" sei eines der letzten repressiven Regimes unserer Zeit, ein selektives Strafrechtsregime, welches innerhalb einer liberalen Demokratie operiere, die sich offiziell vom Rassismus distanziere, zugleich jedoch stetig wachsende Summen dafür ausgebe, in sozial benachteiligten, überwiegend von Schwarzen bewohnten Stadtvierteln ein Überwachungs- und Strafsystem zu errichten und auszubauen (Goffman 2014: 204), dann ist dies keine neue Erkenntnis, sondern bestätigt zunächst einmal die üblichen Klischees zu sozial benachteiligten Stadtvierteln. Auch in diesem Zusammenhang wäre eine Bezugnahme auf vergleichbare aktuelle Entwicklungen wie etwa beim Grenzregime der Europäischen Union als ein weiteres Beispiel für ein „zeitgenössisches repressives Regime" (ebd.) spannend gewesen.

Aus ethnografisch-methodologischer Sicht erscheint Goffmans Untersuchung in verschiedenen Punkten unklar und nach wissenschaftlichen Kriterien fragwürdig. Was der erkenntnisleitende Anspruch ihrer Untersuchung ist, bleibt offen. Vor diesem Hintergrund bleibt auch unklar, welche analytischen Setzungen und Fokussierungen Goffman im Verlauf ihrer Erhebung vornimmt. Eine nachvollziehbare systematische Darstellung ihrer ethnografischen Vorgehensweise sucht die wissenschaftlich informierte Leser_in vergeblich.

Erfreulich ist Goffmans selbstkritisches Resümee ihres Forschungsprozesses am Schluss des Buches. Darin wird deutlich, dass sie im Verlauf ihrer Untersuchung zum Teil enge persönliche Beziehungen zu den von ihr beforschten Personen entwickelt hat. Im Zuge dessen beschreibt sie, dass sie kein besonderes Erkenntnisinteresse geleitet hätte, als sie zu einem ihrer Bekannten ins Auto stieg, der mit dem expliziten Ziel, den Mörder eines gemeinsamen Freundes zu finden und zu töten, durch die nächtlichen Straßen Philadelphias fuhr:

> „Aber ich glaube nicht, dass ich zu Mike in das Auto gestiegen bin, um aus erster Hand etwas über Gewalt zu lernen oder um mich als loyal oder mutig zu beweisen. Ich stieg in das Auto, weil ich wie Mike und Reggie wollte, dass der Mörder von Chuck stirbt. [...] Ich wollte einfach, dass er für das bezahlt, was er uns angetan hatte, für das, was er von uns genommen hat." (Goffman 2014: 260 f., Übersetzung P.G.)

Die an diesem Beispiel deutlich hervortretende Identifikation mit den von ihr beforschten Personen lässt darauf schließen, dass Goffman in ihrem außergewöhnlich langen Untersuchungszeitraum von sechs Jahren ein „going native" nicht vermeiden konnte. Dies veranschaulicht, mit welchen persönlichen Herausforderungen sich Ethnograf_innen im Verlauf ihrer Feldforschungen konfrontiert sehen. Trotz dieser durchaus selbstkritischen Perspektive bezieht Goffman nicht systematisch Stellung zu ihrem Selbstverständnis und ihrer Rolle als Forscherin im Feld. Insgesamt bleibt unklar, auf welche Weise die zum Teil engen persönlichen Verhältnisse zu den von ihr beforschten Personen ihre Untersuchungsperspektive geprägt haben.

Neben diesen methodologischen Ungenauigkeiten erscheint Goffmans Untersuchung auch unter empirisch-methodischen Kriterien an vielen Stellen

intransparent. Es bleibt unklar, wann Goffman aus welchen forschungsstrategischen oder -pragmatischen Gründen mit welchen Erhebungsmethoden gearbeitet hat. Aus methodologischer Sicht wäre eine nachvollziehbare Aufbereitung ihrer Ergebnisse in Form von Zitaten, Interviews, substanziellen Feldnotizen und Beobachtungsprotokollen interessant gewesen. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass sich zur Auswertungsmethode ihres empirischen Materials ebenfalls keine Hinweise finden lassen.

Aus wissenschaftlicher Perspektive entzieht sich Goffmans Buch basalen Kriterien des wissenschaftlichen Arbeitens. Als beispielhafte Heranführung an ethnografisch-empirisches Arbeiten ist ihre Untersuchung daher ungeeignet. Jedoch kann gerade die kritische Auseinandersetzung mit Goffmans methodologischer Vorgehensweise angehenden wie praktizierenden Ethnograf_innen die spannende Möglichkeit bieten, sich mit zentralen Fragen des Fachs zu beschäftigen.

Goffmans *On The Run. Fugitive Life in an American City* bietet eine umfassende Beschreibung der Auswirkungen von repressiver Polizeipräsenz in Stadtvierteln, die als marginalisiert kategorisiert werden. Was ihre Untersuchung spannend macht, ist, dass sie dabei eine differenzierte Perspektive einnimmt. Indem Goffman einen Fokus auf alltägliche, widerständige Praxen und Aneignungsformen im Umgang mit Polizei und Strafverfolgungsbehörden in den Bewältigungsstrategien der Lebensverhältnisse in sozial benachteiligten Vierteln mit in den Blick nimmt, wirkt sie kriminalisierenden und viktimisierenden Klischees und Annahmen über deren Bewohner_innen entgegen. Vor dem Hintergrund ihrer methodologisch-empirischen Ungenauigkeiten ist Goffmans Untersuchung allerdings eher im Feld des investigativen Journalismus zu verorten.

Autor_innen

Philippe Greif ist Soziologe und forscht zu Männlichkeitskonstruktionen von Jugendlichen in Pariser Banlieues.
phi.greif@googlemail.com

Literatur

Foucault, Michel (1993): Überwachen und Strafen. Über die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Garland, David (2008): Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Frankfurt a. M./New York: Campus-Verlag.

Goffman, Alice (2014): On The Run. Fugitive Life in an American City. Chicago. London: The University of Chicago Press.

Wacquant, Loïc (2008): Ghettos and anti-ghettos. An anatomy of the new urban poverty (1). In: Thesis Eleven 94, 113-118.

Wacquant, Loïc (2009): Bestrafen der Armen. Zur neuen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

s u b \ **u r b a n**
zeitschrift für kritische stadtforschung
band 3, heft 1, 2015
www.zeitschrift-suburban.de
ISSN 2197-2567